

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2004

II

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| <i>Jörg Roesler</i> : "Akkord ist Mord, Normenerhöhung ist das Gleiche". Eine Tradition des ökonomischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und der 17. Juni 1953 | 4 |
| <i>Olaf Klenke</i> : Betriebliche Konflikte in der DDR 1970/71 und der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker | 18 |
| <i>Ulla Plener</i> : Zur Geschichte des Umgangs der SED-Führung mit der SPD-West: Das Stricken an deren "linker Opposition" (1948-1953) | 28 |
| <i>Matthias Loeding</i> : Politischer Neubeginn unter sowjetischer Besatzung: Die Konstituierung des Zentralausschusses (ZA) der SPD in Berlin im Mai/Juni 1945 | 38 |
| <i>Wolfgang Beutin</i> : "Nicht zählen wir den Feind, / Nicht die Gefahren all" – Die unter dem Sozialistengesetz verbotene und verfolgte Literatur | 51 |
| Miszellen | |
| <i>Heidi Beutin</i> : Das Sozialistengesetz im Briefwechsel von August und Julie Bebel | 62 |
| <i>Sandor Vadasz</i> : Die Rolle Bernsteins bei der Gründung der USPD | 71 |
| Biographische Skizze | |
| <i>Martin Creutzburg</i> : August Otto Creutzburg (1892-1941). Der Lebensweg eines deutschen Kommunisten | 78 |
| Regionalforschungen | |
| <i>Dagmar Semmelmann</i> : Zu den Juni-Ereignissen von 1953 in Stalinstadt/Fürstenberg | 99 |
| <i>Günter Gerdesius</i> : Der Geschichtsverein Maximilianshütte/Maxhütte Unterwellenborn e.V. | 115 |
| Dokumente | |
| <i>Irmtraud Schubert</i> : Lenin und Roshkow | 120 |

Diskussion

Zur Parteigeschichtsschreibung der SED

Jürgen John: Herrschaftsdiskurs- und Leittextforschung am oder ohne Ende? 132

Günter Benser: Die Parteigeschichtsschreibung der SED auf dem Seziertisch 142

Leserzuschrift

Anneliese Griese: Zum Aufsatz von Volker Riedel (JBzG 2004/I) 154

Berichte

Jochen Cerný: Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni (Erster Teil) 155

Peter Hübner: "Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit – Prägungen, Funktion, Leitbilder" 169

Gerd Kaiser: Rosa Luxemburg und ihre politischen Freunde 173

Renate Merkel-Melis: Die Inkraftsetzung des Sozialistengesetzes vor 125 Jahren. Presse und Publizistik unter den Bedingungen des Ausnahmegesetzes 177

Rezensionen

Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA). Dritte Abteilung, Bd. 13: Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel Oktober 1864 bis Dezember 1865. Bearbeitet von Svetlana Gavril'ëenko/Inna Osobova/Ol'ga Koroleva und Rolf Dlubek (*Walter Schmidt*) 180

Angelika Limmroth: Jenny von Westphalen – Die Frau von Karl Marx. Mit einer historischen Einführung von Raban Graf von Westphalen (*Heinrich Gemkow*) 183

Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie. Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945 (*Horst Schützler*) 185

Ingelore Pilwousek (Hrsg.): Otto und Wolfgang Graf. Leben in bewegter Zeit 1900-2000 (*Nikolaus Brauns*) 187

Heinz-Jürgen Schneider/Erika Schwarz/Josf Schwarz: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik (*Peter Mönnikes*) 189

Wal Buchenberg: Was Marx am Sowjetsystem kritisiert hätte. Politische Ökonomie der Sowjetunion (*Walter Rösler*) 190

Mike Schmeitzner: Alfred Fellisch 1884-1973. Eine politische Biographie (*Detlef Ziegs*) 192

Gegen Faschismus und Krieg. Auseinandersetzung, Opposition und Widerstand im Raum Jena vom September 1929 bis Mai 1945. Dokumente. Auswahl und Zusammenstellung: Heinz Grün, Teil 1: September 1929 bis Januar 1933; Teil 2: Februar bis Juli 1933 (*Horst Benneckenstein*) 194

Wolfgang Ruge: Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration (*Paul Heider*) 196

| | |
|---|-----------|
| Wladislaw Hedeler: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Mit einem Essay von Steffen Dietzsch (<i>Horst Klein</i>) | 198 |
| Ruth Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre 1944-1948; Ruth Kibelka: Memelland. Fünf Jahrzehnte Nachkriegsgeschichte. (<i>Kurt Wernicke</i>) | 200 |
| Martin Kukowski: Die Chemnitzer Auto Union AG und die "Demokratisierung" der Wirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1948 (<i>Wolfgang Uhlmann</i>) | 203 |
| Petra Galle: RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945-1949. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm, Personal und Organisation vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges (<i>Christoph Classen</i>) | 205 |
| Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49-1957 (<i>Hanna Behrend</i>) | 207 |
| Siegfried Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumente (<i>Eberhart Schulz</i>) | 210 |
| Wilfriede Otto: Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente; Jürgen Hofmann/Annette Neumann (Hrsg.): Die Klasse im Aufruhr. Der 17. Juni 1953 in Berliner Betrieben. Dokumente (<i>Günter Benser</i>) | 213 |
| Torsten Diedrich: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR (<i>Paul Heider</i>) | 217 |
| Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 (<i>Wolfgang Heyn</i>) | 219 |
| Annotationen | |
| Vademekum der Geschichtswissenschaften. Verbände, Organisationen, Gesellschaften, Vereine, Institute, Seminare, Lehrstühle, Bibliotheken, Archive, Museen, Dienststellen, Ämter, Verlage und Zeitschriften sowie Historiker in Deutschland, Österreich und der Schweiz. 5. Ausgabe 2002/2003 (<i>Wolfgang Heyn</i>) | 221 |
| Leben ist Streben. Das erste Auguste-Schmidt-Buch, hrsg. von Johanna Ludwig/Ilse Nagelschmidt/Susanne Schötz unter Mitarb. v. Sandra Berndt (<i>Ursula Herrmann</i>) | 222 |
| Alexander K. Woronski: Die Kunst, die Welt zu sehen. Ausgewählte Schriften 1911-1936 (<i>Manfred Behrend</i>) | 223 |
| Unbeirrbar Rot. Zeugen und Zeugnisse einer Familie. Erzählt und ausgewählt von Stefan und Witold Leder, hrsg. von Gerd Kaiser (<i>Heinrich Gemkow</i>) | 224 |
| Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, hrsg. von Heinrich August Winkler (<i>Wolf G. Angmeyer</i>) | 226 |
| Lotte Ulbricht: Mein Leben. Selbstzeugnisse, Briefe und Dokumente (<i>Joachim Eichler</i>) | 226 |
| NachSatz | 228 |
| Autorenverzeichnis /Impressum | 229 |

„Akkord ist Mord, Normenerhöhung ist das Gleiche“. Eine Tradition des ökonomischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und der 17. Juni 1953

Jörg Roesler

1. Die Normenfrage aus Sicht der am 17. Juni 1953 streikenden Belegschaften

„Akkord ist Mord, Normenerhöhung ist das Gleiche“. Das Auftauchen dieser Losung ist vermerkt in einem Bericht über den Instruktoreinsatz beim Gebietsvorstand der IG Te-Be-Le (Textil-Bekleidung-Leder) in Glauchau-Meerane, einem der Zentren der sächsischen Textilindustrie. Datiert ist der Bericht an den Bundesvorstand mit dem 8. Juni 1953.¹

Was an Unwillensäußerungen über Leistungslohn und Normenarbeit Anfang Juni 1953 noch als Zettel innerhalb der Betriebe kursierte, wurde am 17. Juni 1953, meist in Form von ad hoc zustande gekommenen Resolutionen streikender Betriebsbelegschaften an den FDGB-Bundesvorstand bzw. die Regierung der DDR, in die Öffentlichkeit getragen. Gefordert wurde von den Streikenden vielfach die „Beseitigung der Normerhöhung“. Rückgängig gemacht werden sollte die am 14. Mai 1953 vom ZK der SED beschlossene allgemein obligatorische Steigerung der Arbeitsnormen um mindestens 10 Prozent, die am 28. Mai vom Ministerrat der DDR zum Gesetz erhoben worden war.²

In einem Teil der Betriebe wurden generell Forderungen an die Normung gestellt: verlangt wurde im Roßlauer Schiffswerk eine „gesunde Norm“, die einen „anständigen Stundenlohn“ ermögliche, letztlich, als ultimatives Ziel, ein „gerechter Lohn“. Wie die Normen (und die Löhne) dann auch immer ausgesehen hätten, ein Teil der streikenden Betriebsbelegschaften ging noch weiter als die Roßlauer: „Weg mit den Normen!“ wurde im Bunawerk in Schkopau gefordert. Über Betriebsfunk verkündeten die Streikenden: „Alle Funktionäre (sind) ihrer Funktion enthoben und auch die Normierer gelten als entlassen“. Die generelle „Abschaffung aller Normen“ forderten ebenfalls die Streikenden der Filmfabrik Wolfen. Auch in den „Halloren“ Süßwarenwerken plädierten die Arbeiter für „Sofortmaßnahmen zur Aufhebung des Normensystems“ und die „Einführung eines normalen und gesunden Stundenlohnes“. Offensichtlich hielten die Streikenden in einer ganzen Anzahl von Betrieben Leistungslohn und „gesunde bzw. gerechte Entlohnung“ für unvereinbar miteinander und mit ihren Vorstellungen von Überwindung der (kapitalistischen) Ausbeutung. Die Forderung der Diamant-Werker nach „Abschaffung der Akkord-

1 SAPMO-BArch, CY 34, 15/194/1499, unpag.

2 Bekanntmachung des Beschlusses über die Erhöhung der Arbeitsnormen, 28.5.1953, GBl. DDR 1953, S.781-783.

arbeit“ spiegelt dies durch bewußte Nutzung der seit 1948 in Ostdeutschland offiziell verpönten Bezeichnung für den Stücklohn nur allzu deutlich wieder.³

2. Der Kampf gegen das Akkordsystem in Deutschland vom Ende des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts

„Akkord ist Mord!“ hatte es bereits in den 20er Jahren geheißt, als in deren zweiter Hälfte eine auf die Erkenntnisse des Amerikaners Frederick W. Taylor gestützte Rationalisierungswelle die deutschen Großbetriebe erfaßte, die die Arbeitsplätze neu bestimmte und das Arbeitstempo erhöhte.

Doch die 20er Jahre waren nicht der Beginn der Auseinandersetzung der deutschen Proletarier mit der Akkordarbeit. Der lag damals bereits drei Jahrzehnte zurück. Im Jahre 1887 hatte der 4. Kongreß der Maurer Deutschlands die Forderung nach „Abschaffung der Akkordarbeit“ gestellt.⁴ Um diese Zeit begannen die gewerkschaftlichen Vertreter weiterer Berufsgruppen, so die Former der Eisenindustrie und die Textilarbeiter, mit ihrer Agitation gegen die „Stücklöhnung“.⁵ Diese Bekundungen lassen erkennen, daß die Arbeiterschaft die neue Methode der Ausbeutung, der sich die Unternehmerschaft zunehmend bediente, seit die Gewerkschaften beim Kampf um die Verkürzung des Arbeitstages erste Erfolge erreicht hatten, durchaus ernstnahm. Kaum wurden auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung auch in Deutschland Erfolge verzeichnet - die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden sank z.B. in der deutschen Textilindustrie zwischen 1875/80 und 1890/95 von 72 auf 65 Stunden⁶ - wurde seitens der Unternehmer versucht, verlorenes Terrain mittels der Akkordarbeit über die Erhöhung der Arbeitsintensität zurückzugewinnen. Marx hatte auf das neue Feld des ökonomischen Kampfes frühzeitig hingewiesen: „Selbst bei gegebenen Grenzen des Arbeitstags“, schrieb er, „kann eine Lohnsteigerung notwendig werden, schon um den alten Normalwert der Arbeit aufrechtzuerhalten. Durch Erhöhung der Intensität der Arbeit mag ein Mann dazu gebracht werden, in einer Stunde soviel Lebenskraft zu verausgaben wie früher in zwei. Dies ist in den Geschäftszweigen, die der Fabrikgesetzgebung unterworfen wurden, bis zu gewissem Grade geschehen durch beschleunigten Lauf der Maschinerie und Vermehrung der Zahl der Arbeitsmaschinen, die ein einzelner nun zu überwachen hat. Wenn die Zunahme der Arbeitsintensität oder der in einer Stunde verausgabten Arbeitsmasse der Verkürzung des Arbeitstags einigermaßen angemessen ist, so wird der Arbeiter noch im Vorteil sein. Wird diese Grenze überschritten, so verliert er in der einen Form, was er in der anderen gewonnen, und 10 Arbeitsstunden können dann ebenso ruinierend werden

3 Die Forderungen sind wiedergegeben nach Angelika Klein: Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle, Heft 1-3, Potsdam 1993.

4 Siehe Ludwig Bernhard: Die Akkordarbeit in Deutschland, Leipzig 1903, S.59-61.

5 Siehe Aktivisten, Hennecke-Bewegung und Steigerung der Arbeitsproduktivität. Schulungsmaterial für Betriebsfunktionäre 5/1949, hrsg. vom FDGB-Bundesvorstand, S.89.

6 Siehe Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Studien, Bd.4 (1871-1918), Berlin 1982, S.343.

wie früher 12 Stunden. Tritt der Arbeiter dieser Tendenz des Kapitals entgegen, indem er für eine der steigenden Intensität entsprechende Lohnsteigerung kämpft, so widersetzt er sich nur der Entwertung seiner Arbeit.⁴⁷

Die Arbeiterschaft reagierte auf den Akkordlohn ganz im Sinne von Marx. Die Gewerkschaften versuchten, das hemmungslose Streben der Unternehmer nach Steigerung der Arbeitsleistung durch die Festsetzung von Akkord-Richtsätzen in den Tarifverträgen einzudämmen. Ziel war es, den an 100prozentige Normerfüllung orientierten Akkordrichtsatz so zu gestalten, daß er über dem tariflichen Zeitlohnsatz stand, um so durch eine höhere Bezahlung Kompensation für die generell höhere Arbeitsintensität der im Akkord Arbeitenden zu erreichen. Die Unternehmer antworteten auf derartige von seiten der Arbeiter erkämpfte Akkord-Richtsätze gern mit der Anwendung einer spezifischen Kampfmaßnahme, für die etwa um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert der Begriff „Akkordschere“ aufkam. Gemeint war damit die permanente Verringerung der Vorgabezeiten im Akkordlohn durch Heraufsetzen der (stets von einem Teil der Arbeiter überbotenen) durchschnittlichen Leistung, so daß die individuelle Leistung jedes Arbeiters gesteigert werden mußte, um erneut die Normleistung (für die der Akkordrichtsatz vereinbart wurde) zu erreichen. Mit der „Akkordschere“ wurde die von den Gewerkschaften über den Akkord-Richtsatz erkämpfte höhere Entlohnung für gestiegene Arbeitsintensität regelmäßig wieder zunichte gemacht – sofern sich das die Arbeiter gefallen ließen.

Gegen die neue Form der Lohndrückerei entwickelte die Arbeiterschaft in Deutschland Anfang des 20. Jahrhunderts eine wirksame Kampfform: Die Arbeiter griffen zur organisierten Leistungszurückhaltung. Sie beinhaltete im Prinzip das Nichtausschöpfen der eigenen Leistungsfähigkeit durch die jüngeren bzw. geschickteren Arbeiter als Form der Solidarität gegenüber Kollegen, die ein höheres Arbeitstempo nicht mithalten konnten. In einer zeitgenössischen Darstellung hieß es dazu: Gegen die Akkordschere „kämpfen die Arbeiter mit allen Mitteln, die ihnen ihre gewerkschaftliche Organisation oder ihr Solidaritätsgefühl zur Verfügung stellt, (um) die Akkordzeit in ihrem Interesse möglichst lange zu halten. Das Bemühen, durch schnelleres Arbeiten sich einen höheren Akkordlohn zu verdienen, wird von allen organisierten Arbeitern als schimpfliche Akkorddrückerei angesehen. Der Betreffende wird fast wie der Streikbrecher von seinen Kollegen förmlich geächtet. Man kann es deshalb als einen dem Streik ähnlichen Vorgang ansehen, wenn in einer Werkstatt Verabredungen getroffen werden, für einen bestimmten Akkordpreis nicht mehr als das verabredete Quantum Arbeit zu leisten.“⁴⁸

Lieber als der durch „Akkordbrecher“ immer wieder gefährdete Kampf gegen die Akkordschere wäre den Arbeitern die Abschaffung des Akkordlohnes und die generelle Rückkehr zum Zeitlohn gewesen. Doch das Kräfteverhältnis ließ das nicht zu. Jedenfalls nicht, bevor die herrschenden Kreise in Deutschland 1918 nach dem verlorenen Weltkrieg in eine schwere politische Krise gerieten. Während der

7 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S.145.

8 Fritz Schulte: Die Entlohnungsmethoden in der Berliner Maschinenindustrie, Berlin 1906, S.51f., 55.

Novemberrevolution sahen die deutschen Arbeiter erstmals eine Chance, sich des verhaßten Akkordlohnes zu entledigen. Bis zum Jahre 1920 gingen sie in breiter Front gegen den Stücklohn als Ausdruck kapitalistischer Ausbeutung vor. In vielen Betrieben gelang damals die Abschaffung des Akkordlohnes, in anderen wurde dessen Stellenwert erheblich gemindert.⁹

Erst nach dem Ende der Inflation und mit dem Einsetzen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ab 1924 funktionierte der Akkordlohn wieder in vollem Umfang als leistungspolitisches Instrument der Unternehmer. 1925 war die Akkordarbeit in 37 Prozent der Tarifverträge, die für 62 Prozent der im Rahmen von Tarifverträgen Beschäftigten galten, erneut verankert. Ein Jahr zuvor war als Bestandteil dieser lohnpolitischen Offensive des Kapitals der „Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung (REFA)“ gebildet worden. Bis Ende der 20er Jahre entstand eine umfassende Organisation von REFA-Schulen, REFA-Lehrern und REFA-Ingenieuren. Ausgehend von der Metallindustrie drang mit den REFA-Leuten die kapitalistische Rationalisierung in alle Industriezweige vor.¹⁰ Zwischen 1925 und 1929 stieg nach Berechnungen von Jürgen Kuczynski die Leistung des einzelnen Arbeiters um 18 Prozent an gegenüber 3,4 Prozent in den Jahren 1913-1924.¹¹ Offensichtlich waren die vor dem Ersten Weltkrieg entwickelten Formen des Kampfes gegen die „wissenschaftliche Schweißauspressung“ der neuen, durch tayloristische Arbeitsstudien untermauerten Leistungslohnoffensive, nicht mehr ausreichend gewachsen. Ende der 20er Jahre lief unter den Berliner Arbeitern, ein Vers um, der auf die mit Hilfe des Taylorismus erreichte Arbeitshetze in Berliner Großbetrieben anspielte. Er läßt wegen seines resignativen Tones aufhorchen: „Wer nie bei Siemens-Schuckert war, bei AEG und Borsig, der kennt den Ernst des Lebens nicht, der hat ihn erst noch vor sich!“¹²

3. Der Verfall der Leistungsentlohnung im Vierzonendeutschland während der ersten Nachkriegsjahre

Das Gefühl der Schwäche und Hilflosigkeit der Arbeiterschaft gegenüber dem Akkordlohn schwand erst, als mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die herrschende kapitalistische Ordnung in Deutschland erneut, wie zuvor schon 1918, in Frage gestellt war – im Osten wie im Westen. Wie 25 Jahre zuvor schien die Möglichkeit zu bestehen, den verhaßten Akkordlohn ganz abzuschaffen, zugunsten eines „gesunden Stundenlohnes“. So sahen es jedenfalls viele Arbeiter, Betriebsräte und auch Gewerkschaftsvertreter vor Ort in allen vier Besatzungszonen.

9 Siehe Lohnformen der kapitalistischen Wirtschaft im Gegensatz zu Lohnformen in der demokratischen Wirtschaft. Schulungsmaterial für Betriebsfunktionäre 2/1949, hrsg. vom FDGB-Bundesvorstand, S.8f.

10 Siehe Engelbert Pechhold: 50 Jahre REFA, Berlin u. a. 1974.

11 Siehe Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Studien Bd.5 (1918-1945), Berlin 1982, S.159.

12 Willi Mann: Berlin zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Erforschung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der deutschen Hauptstadt, Berlin o. J. (1957), S.120.

Im Unterschied zu 1918 unternahmen die Gewerkschaften nach 1945 weder in den Westzonen noch in der sowjetischen Besatzungszone den direkten Versuch, den bei den Arbeitern verhaßten Stücklohn abzuschaffen. Der Grund dafür war nicht eine neue Sicht auf den Leistungslohn. Vielmehr „gab es Hinweise“, schreiben Schmiede und Schudlich über die Westzonen, „daß in der Arbeiterschaft das Mißtrauen gegen den Leistungslohn, insbesondere gegen den REFA-Akkord eher noch zugenommen“ hatte¹³. Wenn es trotzdem nicht zu einer ähnlichen machtvollen Bewegung gegen den Akkordlohn wie in der Novemberrevolution 1918 kam, so lag das an einer Entscheidung der Siegermächte, die direkt in Frage zu stellen keine deutsche Institution in den ersten Nachkriegsjahren wagen konnte. Die in der Kontrollratsdirektive Nr. 14 festgeschriebene Fortsetzung des Akkordlohnsystems trug allerdings keinen lohnpolitischen Charakter. Mittels Lohnstop sollten inflationäre Tendenzen gebannt werden.

Der Beschluß des Alliierten Kontrollrats wurde entsprechend der dualen Konstruktion des Besatzungsregimes in Deutschland¹⁴ durch Beschlüsse auf Zonenbasis ergänzt. So bestätigte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) für ihre Zone mit dem Befehl Nr. 180 vom Dezember 1945 ausdrücklich die Weiterexistenz des Stücklohnes. Blieb de jure damit die Entlohnungsmethode unverändert, so geriet der Akkordlohn de facto in eine tiefe Krise. Diese war vor allem das Ergebnis einer gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend gewandelten materiell-technischen Situation der Unternehmen. Kriegszerstörungen und Demontagen in den Betrieben und in der Verkehrsinfrastruktur zwangen allzu oft zu Improvisationen und Notlösungen, um die ständig auftretenden Produktionsengpässe zu bewältigen. Unter diesen Umständen trat an die erste Stelle der betrieblichen Prioritätenliste die Inbetriebnahme bzw. Inganghaltung der Anlagen. Ihre optimale Nutzung stand zunächst nicht zur Debatte. Diese Haltung der Betriebsleitungen war unabhängig davon, ob es Unternehmen in der sowjetischen Besatzungszone waren, die teilweise bereits beschlagnahmt und durch Landes-Wirtschaftsbehörden mit Unterstützung der örtlichen Betriebsräte geleitete wurden oder ob es sich nun um weiterhin privat betriebene Unternehmen, vorrangig in den Westzonen, handelte.

In Ost- und Westdeutschland ganz ähnlich war in den ersten Nachkriegsjahren auch das als Bewirtschaftung bezeichnete behördlich gelenkte Wirtschaftssystem. Für die Bevölkerung sah es eine Grundversorgung über ein Kartensystem vor. Die Grundversorgung war zwar gesichert, doch mußte die Bevölkerung eine enorme Senkung des Verbrauchs gegenüber der Vorkriegszeit in Kauf nehmen. In Kalorien pro Kopf gemessen lag das tatsächliche Verbrauchsniveau in der Viersektorenstadt Berlin z.B. noch im September 1946 bei nur 55 Prozent des Landesdurchschnitts

13 Rudi Schmiede/Edwin Schudlich: Die Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland. Eine historisch-theoretische Untersuchung zum Verhältnis von Lohn und Leistung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt a. M 1977, S.319.

14 Siehe Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S.229.

von 1936. Ähnlich schlecht war es um die Ernährung in den vier Besatzungszonen bestellt.¹⁵ Angesichts der allgemeinen Unterernährung und der daraus resultierenden physischen Leistungsschwäche der Arbeiter ließ sich das Akkordsystem, das höhere physische Verausgabung von Leistungskraft zur Grundlage von mehr Lohn machte, faktisch nicht mehr aufrechterhalten. So war es nicht verwunderlich, daß sich z.B. in der sowjetischen Besatzungszone der Anteil der Akkordlöhner an den Industriearbeitern etwa um die Hälfte, von ca. 50 auf 20 bis 25 Prozent verringerte.¹⁶ Dort, wo man nicht umhin konnte, den Leistungslohn aufrechtzuerhalten, vor allem im Bergbau, einigten sich Werkleitung und Gewerkschaftsleitung relativ rasch auch auf eine drastische Herabsetzung der Normleistung bzw. der durch diese definierten Norm. Im Mansfelder Kupferschieferbergbau wurden z.B. die Vorgabezeiten im Ergebnis der Neudefinition der Normleistung um 30 bis 40 Prozent gesenkt.¹⁷ Entsprechende Forderungen wurden auch in den Westzonen laut. In die einst von den REFA-Leuten für den Kohleabbau an der Ruhr festgestellte Normleistung sollte ein Faktor eingebaut werden, der die schlechte Ernährungslage berücksichtigte. Anders als im Mansfelder und anderen Bergbaurevieren der SBZ wurde die Verringerung der Normleistung in den Westzonen von den Unternehmen offiziell nicht akzeptiert, auch wenn der Funktionsverlust des Akkordlohnes im Westen wahrscheinlich nicht weniger ausgeprägt war als im Osten Deutschlands.¹⁸

Im Osten meinten zunächst nicht nur die Arbeiter, sondern auch führende Wirtschaftsfunktionäre der SED, die immer mehr die Eigentümerfunktion für die beschlagnahmten Betriebe wahrnahmen, daß der Akkordlohn als materieller Anreiz in einem zukünftigen sozialistischen Deutschland überflüssig sein werde. Fritz Selbmann, leitender Wirtschaftsfunktionär aus Kreisen der KPD/SED und ab 1949 erster Industrieminister der DDR, meinte beispielsweise, die hoffnungsvollen Zeichen eines neuen Verhältnisses zur Arbeit bei den „Aktivisten der ersten Stunde“ gefunden zu haben, die „auf dem Fundament ihrer zukunftsweisenden politischen Zielsetzung und der Liebe zu ihrem Volke die Führung im Aufbauwerk übernahmen.“¹⁹ In den Westzonen dagegen setzten Wirtschaftsbehörden und Besatzungsmächte nicht auf den Idealismus der Arbeiter, sondern auf deren materielle Interessiertheit. Im Ruhrkohlebergbau wurde im Januar 1946 das sogenannte „Bergarbeiter-Punktsystem“ eingeführt. Ausgehend von unter Gewerkschaftseinfluß neu definierten Gedingesätzen erhielten die Ruhrkumpel bei Übererfüllung der Norm Zusatzpunkte, die ein zusätzliches Einkommen brachten. Für die Zusatzpunkte standen - nur für die Bergarbeiter unter Tage - Trinkbranntwein,

15 Siehe Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947, S.270-271.

16 Siehe die Schätzung von Harry Matthes: Das Leistungsprinzip als Grundlage der Entlohnung in der volkseigenen Wirtschaft, Berlin 1954, S.58.

17 Siehe Fritz Selbmann: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1974, S.135.

18 Siehe Schmiede/Schudlich, Entwicklung, S.315.

19 Selbmann, Reden und Aufsätze, S.56.

Kaffee, Zucker, Zigaretten und Speck außerhalb der Lebensmittelkartenversorgung zur Verfügung. Das „Bergarbeiter-Punktesystem“ führte zu einer Verbesserung der gegenüber 1936 in der Nachkriegszeit auf 55,5 Prozent abgefallenen Arbeitsleistung.²⁰

Mit einer Verzögerung von weniger als einem Jahr wurde auch in der SBZ erkannt, daß für die Ankurbelung der Arbeitsleistung im volkswirtschaftlichen Maßstab die Anstrengungen der verhältnismäßig kleinen Schar der „Aktivisten der ersten Stunde“ nicht ausreichten. Der „Blick zurück“ auf Lohnsysteme mit materiellem Anreiz war in dieser Lage für die Wirtschaftsfunktionäre der SBZ fast unvermeidbar. Fritz Selbmann sprach das offen aus: „Ich glaube nicht, daß wir diese Initiative, diese Massenbewegung, diese [...] Begeisterung zur höchsten Arbeitsleistung erreichen, wenn wir nur das ideologische Moment sprechen lassen. [...] Es ist notwendig, dem einzelnen Aktivisten zu zeigen, seine Höchstleistung verbessert nicht nur die Lage unseres Volkes, sondern auch seine persönliche Lage. Das ist nur dadurch zu erreichen, [...] daß der Arbeiter weiß, wenn ich [...] über die Norm erfülle, steigt mein Lohn an. Nur dadurch wird der Anreiz gegeben für einen breiten, massenweisen Einsatz unserer Belegschaften zur Erzielung von Höchstleistungen.“²¹

Im Frühsommer 1947 setzte unter den Wirtschaftsfunktionären eine intensive Debatte über Akkordarbeit ein, die dann im Motto des II. SED-Parteitag vom September 1947 - „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben“ - ihren Niederschlag fand. Die Werktätigen zu mobilisieren und zu integrieren, ihre Leistungsbereitschaft aufrechtzuerhalten, wo die alten systembedingten Leistungszwänge im Form des Markt- und Konkurrenzmechanismus weitgehend entfallen waren, die Arbeitsproduktivität, die im höchsten Falle 60 Prozent des Jahres 1936 entsprochen hatte²², kontinuierlich zu steigern, war zu einem entscheidenden Faktor für den Wiederaufbau in Ostdeutschland geworden.²³ Nach dem SED-Parteitag wurde im Oktober 1947 der - mit deutscher Beteiligung vorbereitete - SMAD-Befehl Nr. 234 verkündet. Eine wesentliche Rolle spielte im Befehl das zusätzlich zu den Kartenrationen eingeführte warme Betriebsessen, das nach Leistungskriterien verteilt wurde. Doch blieb eine derartige - durch Naturalien gestützte - Rückkehr zum Akkord- bzw. Leistungslohn in der SBZ - ebenso wie das Punktesystem für Bergarbeiter an der Ruhr in den Westzonen - zunächst noch die Ausnahme.²⁴

20 Siehe Werner Abelshauer: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984, S.38-43.

21 Selbmann, Reden und Aufsätze, S.136.

22 Siehe ebenda, S.135.

23 Siehe auch Klaus Ewers: Der Konflikt um Lohn und Leistung in den volkseigenen Betrieben der SBZ/DDR. Ein historisch-soziologischer Beitrag zur innerbetrieblichen Lohngestaltung - von 1945/46 bis zu den langfristigen Folgewirkungen des 17. Juni 1953, Bielefeld 1985, S.1.

24 Siehe Zur Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1949. Dokumente und Materialien, Berlin 1984, S.191-200.

4. Die Wiederherstellung der Dominanz des Leistungslohns in Deutschland ab 1948

Erst im Herbst 1948 konnte im größeren Maßstab daran gegangen werden, die „Nachkriegsschwäche“ des Leistungslohnes zu überwinden. Das war einerseits darauf zurückzuführen, daß die sich für die Anwendung des Leistungslohns ungünstigen Faktoren mit fortschreitendem Wiederaufbau abschwächten. Andererseits gaben die Gewerkschaftsführer ihre traditionell ablehnende Haltung gegenüber der Leistungsentlohnung - in der Ostzone wie in den Westzonen - auf. Im Osten war im Frühjahr 1948 das 1945 beschlagnahmte Eigentum der Großunternehmen in Volkseigentum umgewandelt worden. Ebenso wie die SED-Führer sahen zunehmend auch der Bundesvorstand des FDGB und die Leitungen der Industriegewerkschaften eine völlig neue Situation entstanden. Größere Arbeitsanstrengungen würden nunmehr direkt den betroffenen Arbeitern durch höheren Lohn und indirekt allen Werkträgern durch eine Beschleunigung des Wiederaufbaus zugute kommen. Diese Haltung kam in der neuen Losung der Gewerkschaften „Akkord ist Mord, Leistungslohn ist Leben!“²⁵ zum Ausdruck.

Allerdings wußten die ostdeutschen Arbeiterfunktionäre, daß man den Belegschaften nicht nur mit Sprüchen kommen konnte. Ihnen war klar, daß eine 1:1-Einführung des alten Akkordsystems auf starken Widerstand der Arbeiter treffen würde. Deshalb verhielten sie sich bezüglich des sensibelsten Punktes des Akkordsystems, bezüglich der Normenfestlegung, sehr vorsichtig. Die REFA sei tot, betonten sie, die Arbeitsnormen hätten sich an einer „Normleistung“ zu orientieren, die auf der bisherigen, vergleichsweise niedrigen durchschnittlichen Leistung im jeweiligen Betrieb aufbaue. Auch würde die Höhe des Akkordverdienstes nicht begrenzt, d. h. eine hohe Normübererfüllung sollte nicht zwangsläufig eine Erhöhung der Norm nach sich ziehen. Ein derartiger Schritt wäre aber nur erlaubt, wenn sich die Arbeitsbedingungen änderten. Die Lohnsteuer für Akkordmehrverdienste hatte man teilweise abgeschafft. Die Akkordschere, mit deren Hilfe die Unternehmer eine im Vergleich zur Leistungszunahme unterproportionale Lohnsteigerung bezweckten, war mit diesen Maßnahmen aus dem Akkordlohnsystem - es wurde nun offiziell als Leistungslohn bezeichnet - verbannt.²⁶

Um die Arbeiter dazu zu bewegen, wieder zum Stücklohn zurückzukehren, wurde auch der progressive Leistungslohn entwickelt. Der versprach sogar eine überproportionale Zunahme der Lohnhöhe im Vergleich zur Leistungssteigerung.²⁷ Er wurde Ende 1948 massenweise auf der Grundlage erfahrungstatistischer Arbeitsnormen eingeführt.²⁸ Im Ergebnis stiegen die Löhne 1948 deutlich an. Doch war es nicht allein die Möglichkeit, durch Stücklohn mehr Geld zu verdienen, was dem Leistungslohn zum Durchbruch verhalf. Mindestens genauso wichtig war, daß

25 Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1950, S.152.

26 Siehe Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995, S.22.

27 Siehe Gottfried Dittrich: Die Anfänge der Aktivistinnenbewegung, Berlin 1987, S.136.

28 Siehe Matthes, Leistungsprinzip, S.62.

ab Herbst 1948 mit der Gründung der HO die Möglichkeit entstand, das zusätzlich verdiente Geld in Waren über den Grundbedarf hinaus umzusetzen.²⁹

Doch die „Arbeiter an den Hebeln der Macht“ verlangten von dem „Arbeiter an der Werkbank“ auch die schrittweise Ersetzung der augenblicklichen (erfahrungsstatistischen) durch „echte“, auf Zeitaufnahmen beruhende Normen. Zu diesem Zweck wurden parallel zur Propagierung des Leistungslohnes im Herbst 1948 „Büros für Arbeitsvorbereitung“ geschaffen und bei der Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Deutschen Wirtschaftskommission eine „Zentrale Kommission für Arbeitsstudien“ gegründet. Hauptaufgabe des daraus im Mai 1949 hervorgegangenen „Zentralen Ausschusses für technische Arbeitsnormung“ war die Einführung technisch-begründeter Arbeitsnormen (TAN).³⁰ Dafür sollten neue Fachkräfte ausgebildet werden. Zunächst aber mußte vielfach noch auf die vorhandenen REFA-Ingenieure zurückgegriffen werden.³¹ Allerdings galt, „daß die Arbeiterschaft selbst gemeinsam mit der Betriebsleitung und unter Führung der Gewerkschaften die Stückpreise und Vorgabezeiten vereinbart“. Das Ergebnis sollten „technisch vertretbare und sozial (zu) verantwortende“ Normen sein.³²

Von den Arbeitern in den Fabriken und Werken vollzog nur ein kleiner Teil, die Hennecke-Aktivisten, jene Einstellungswandlung gegenüber dem Leistungslohn, wie ihn die Funktionäre im Bundesvorstand des FDGB und in den Spitzen der Industriegewerkschaften seit 1947/48 angestrebt hatten. Die große Mehrheit der Arbeiter beurteilte den Leistungslohn allein am Akkordüberverdienst, d.h. dem Mehrverdienst, den ein Leistungslöhner bei gleichem Zeiteinsatz gegenüber den Stundenlöhnern erzielen konnte. Der hing von zwei Variablen ab: der persönlichen Leistung des Stücklöhners und dem Akkord-Richtsatz, der wiederum auf der Normalleistung basierte. Wenn bei der Neufestsetzung der Normalleistung - was mittelfristig das Ziel der Einführung des Leistungslohnes war - von erfahrungsstatistischen zu TAN-Normen übergegangen würde, dann würde sich der Spielraum für Lohnerhöhungen verringern. Das wußten die Arbeiter, die die neuen Begriffe sehr schnell in die ihnen bekannten Kategorien aus der Zeit des Kampfes gegen die Akkordschere übersetzten, sehr genau. Sie waren entschlossen, ihren Lohn zu verteidigen.

Das merkten auch Werkleitung und Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) und trauten sich oft nicht, „mit der Stoppuhr an den Arbeiter heranzutreten.“³³ Spielten dabei bei den unteren Chargen der Gewerkschaftsfunktionäre auch Unsicherheiten darüber eine Rolle, ob der propagierte „neue Charakter der Arbeit“ wirklich des alten verhaßten Akkordsystems bedürfe, so fehlte es bei den Werkleitungen an direktem Interesse an der Durchsetzung von TAN-Normen. Für die Einschätzung ihrer Managementleistung zählte fast nur die mengenmäßige Planerfüllung. Gelang es, die

29 Siehe Dittrich, Anfänge, S.139.

30 Siehe Marthes, Leistungsprinzip, S.135f.

31 Siehe Die Wirtschaft 7/1949, S.212.

32 Siehe u.a. Selbmann, Reden und Aufsätze, S.135.

33 Arbeit und Sozialfürsorge, 9/1949, S.203.

Produktion rasch zu steigern, dann waren überplanmäßig hohe Lohnstückkosten, hervorgerufen durch gravierende Übererfüllung der Norm, ein Kavaliersdelikt. Im Ergebnis dieser Interessenkonstellationen, aber auch von Kapazitätsproblemen bei der Zeitermittlung, kam es zwischen 1948 und 1952 trotz aller Bemühungen von SED- und FDGB-Führung nicht zur flächendeckenden Durchsetzung von technisch-begründeten Arbeitsnormen. Die Normenfrage blieb ungelöst. Während die Arbeiter die Anfang der 50er Jahre geltenden Normen als „gesund“ betrachteten, bemängelten SED- und Wirtschaftsführung, daß diese Normen doch keine „richtigen“ bzw. „echten“ und „noch keine wirklich vertretbaren Arbeitsnormen“ seien³⁴. Während sich in der SBZ seit dem Frühjahr 1948 alle wirklich bedeutenden Produktionsbetriebe „in Volkes Hand“ befanden, festigte in der Trizone die Währungsreform vom Juni 1948 die Position der privaten Unternehmer.³⁵ Das zeitgleich mit der Währungsreform verabschiedete Leitsatzgesetz gab Ludwig Erhard die Möglichkeit, vom Bewirtschaftungssystem zur freien Marktwirtschaft zurückzukehren.³⁶ Die Unternehmer konnten nunmehr wieder Profite realisieren. Die fielen um so höher aus, je niedriger die Kosten für die erzeugten Güter lagen. Damit war ihr Interesse an der Stärkung der Leistungsentlohnung wieder geweckt. Die technischen Voraussetzungen waren gegeben. Die REFA hatte sich ab 1946, zunächst auf Zonenbasis, wieder etabliert.³⁷

Doch eine Dominanz des Leistungslohnsystems zu erreichen, war nicht möglich ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften, deren gesellschaftliche Stellung auch 1948 noch ungleich stärker war als zur Zeit der REFA-Gründung Mitte der 20er Jahre. Die westdeutschen Gewerkschaftsführer waren bereit, ihre prinzipiell ablehnende Stellung zu den Akkordlöhnen aufzugeben.³⁸ Dabei spielte, genau wie im Osten, erstens die Erkenntnis eine Rolle, daß der Wiederaufbau, von dessen Gelingen alle Bevölkerungsschichten profitieren würden, auch die Steigerung der individuellen Leistung des Arbeiters erfordere. Zweitens waren die Gewerkschaftsführer der Meinung, daß das neue (West-)Deutschland ein zumindest arbeiterfreundlicher Staat sein werde³⁹, in dem die Gewerkschaften auf dem Wege der Mitbestimmung ihre wichtigsten sozialpolitischen Vorstellungen durchsetzen könnten. Das sollte sich später als Illusion erweisen.⁴⁰ 1948 jedoch und 1949 war in den Industriegewerkschaften die Überlegung, sich ganz auf den Kampf um die

34 Detlev Brunner (Hrsg.): Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Das Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948, Essen 1996, S.77.

35 Siehe Siegfried Freick: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. Weichenstellung für ein halbes Jahrhundert, Schkeuditz 2001, S.136.

36 Siehe Wolfram Weimer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro. Hamburg 1998, S.58-61.

37 Siehe Pechhold, 50 Jahre REFA, S.116.

38 Siehe Schmiede/Schudlich, Entwicklung, S.320f.

39 Siehe „Mittelpunkt ist der arbeitende Mensch“. Protokoll. Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, München, 12.-14. Oktober 1949. Reprint, Köln 1989.

40 Siehe Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S.270-279.

Mitbestimmung zu konzentrieren und den Unternehmern auf dem Gebiet des Akkordlohnes durch dessen prinzipielle Akzeptanz entgegenzukommen, weit verbreitet. Zwar enthielten die sozialpolitischen Grundsätze des im Oktober 1949 gegründeten DGB noch die vage Formulierung: „Die Arbeit ist eine persönliche Leistung des einzelnen für die Gesellschaft. Sie darf nicht als Ware gewertet werden.“ Ein direkt gegen den Akkordlohn gerichteter Antrag, der die „Beseitigung der Lohnsklaverei, des Verkaufs der menschlichen Arbeitskraft, durch eine richtige und gerechte Verteilung der [...] erwirtschafteten Erträge“ verlangte, wurde von der Industriegewerkschaft Textil/Bekleidung jedoch zugunsten der vageren Formulierungen im DGB-Programm zurückgezogen.⁴¹

Allerdings war auch den Gewerkschaftsführern der Westzonen bewußt, daß die Arbeiter bei der Wiederherstellung der Dominanz des Leistungslohnes nur mitmachen würden, wenn sie anhand der konkreten Regelungen erkennen könnten, daß die Zeiten des alten Akkordregimes vorüber waren. Für die Akkordlöhner vereinbarte die IG Metall in dem 1948 abgeschlossenen Manteltarifvertrag mit den Unternehmern eine neue „Akkordbasis“, d.h. einen über dem Ecklohn liegenden Akkordgrundlohn, von dem aus die Akkordmehrverdienste errechnet wurden. Diese Akkordbasis wurde auf 115 Prozent festgelegt, was bedeutete, daß die Akkordarbeiter bei „normaler Leistung“ 15 Prozent mehr Lohn verrechnen konnten, als der Grundlohn der betreffenden Lohngruppe für Zeitlöhner betrug. Bei Mehrleistung wurde der Mehrverdienst nicht, wie bisher üblich, bezogen auf den Grundlohn (= 100 Prozent), sondern auf die „Akkordbasis“ (= 115 Prozent) berechnet. Wenn es in anderen Industriezweigen auch nicht möglich war, eine ähnlich günstige Regelung für den Wiedereinstieg in die Akkordarbeit durchzusetzen, so gelang es doch den meisten Industriegewerkschaften, einen Akkord-Richtsatz, der deutlich über dem Verdienst der Zeitlöhner lag, zu vereinbaren und so selbst für diejenigen Arbeiter, die nicht mehr als die Norm schafften, eine Lohnsteigerung beim Übergang zum Leistungslohn zu sichern.⁴²

Selbstverständlich hätte die so gewonnene Möglichkeit, mehr zu verdienen, nicht das erwartete Echo gefunden, wenn der Zusatzverdienst nicht seit der Währungsreform und der Abschaffung des Kartensystems im Sommer 1948 auf dem freien Markt problemlos in Waren hätte umgesetzt werden können.

Die Mitbestimmung nutzten die Gewerkschaften, um im 1951 veröffentlichten sogenannten Dritten REFA-Buch auf die Definition der Normalleistung Einfluß zu nehmen und ihr gewissermaßen eine soziale Schutzklausel beizufügen, in der es hieß, daß unter normaler Arbeitsintensität die Intensität zu verstehen sei, „mit der ein Arbeiter auf die Dauer und im Mittel der täglichen Schichtzeit ohne Gesundheitsschädigungen arbeiten kann, wenn er die in der Vorgabezeit berücksichtigten Zeiten für persönliche Bedürfnisse und gegebenenfalls auch für

41 Siehe Mittelpunkt, S.329, 372.

42 Siehe Schmiede/Schudlich, Entwicklung, S.322.

Erholung einhält.“⁴³ Allerdings war die Formel noch kein Garant gegen Arbeitshetze. Denn die Festlegung der konkreten Höhe der betrieblichen Normalleistung war, wie Schmiede und Schudlich ausführen, von Gewerkschaften und Betriebsräten nur sehr begrenzt beeinflussbar.⁴⁴ Jedenfalls stellte die Mitarbeit der Gewerkschaften an der Normenarbeit kein Hindernis für die Unternehmen dar, „bis 1955 eine systematische Leistungspolitik wiederherzustellen“.⁴⁵

Den von ihren Gewerkschaften in ihrem prinzipiellen Gegensatz zur Akkordarbeit allein gelassenen Arbeitern blieb keine andere Wahl, als aus deren erneuter Dominanz das Beste zu machen. Die von den Industriegewerkschaften ausgehandelten Einstiegsbedingungen in die Leistungsentlohnung wurden zur Lohnsteigerung genutzt, um die geforderte Leistungssteigerung materiell zu kompensieren. Das „Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer“ stieg in der Bundesrepublik ab 1951 brutto und netto wie auch real kontinuierlich an - von 279 DM monatlich im Jahre 1950 auf 420 DM im Jahre 1955.⁴⁶ „Die Einnahmen und Ausgaben von Arbeitnehmerhaushalten der Bundesrepublik“, schreibt der Sozialhistoriker Wildt, „blieben bis weit in die 50er Jahre hinein bescheiden, ja kärglich.“ Die kontinuierlichen Lohnsteigerungen aber bewirkten, daß in Arbeiterhaushalten „zum Ende der 50er Jahre nicht mehr mit dem Pfennig gerechnet werden mußte.“⁴⁷

Daß auch bei vollständiger Wiederherstellung des kapitalistischen Leistungsregimes eine spürbare Steigerung des Lebensstandards für Arbeiterfamilien möglich wurde, dürfte wesentlich zum Abbau des Mißtrauens gegenüber dem Akkordsystem im Westen Deutschlands beigetragen haben. Zusammen mit den von den Gewerkschaften durchgesetzten lohnpolitischen Verbesserungen beim Einstieg und mit der Möglichkeit einer gewissen sozialen Kontrolle der Normenerhöhungen im Ergebnis der erkämpften Mitbestimmungsrechte erklärt das, warum die Losung „Akkord ist Mord“ unter der Arbeiterschaft der Bundesrepublik im Verlaufe der 50er Jahre immer mehr außer Gebrauch kam.

5. Der 17. Juni 1953 - Die letzte offene Auseinandersetzung um den Akkordlohn in Deutschland

Anders als in der Bundesrepublik erschallte die alte Losung „Akkord ist Mord“ in der DDR in den Tagen des 17. Juni 1953 wieder auf den Straßen. Die Tradition der Anti-Akkordlohn-Kampagnen der Zeit vor 1933 war dort, im Unterschied zu Westdeutschland, wieder aufgenommen worden. Legt man die radikalere

43 Das REFA-Buch, Bd. 2: Zeitvorgabe, hrsg. vom Refa-Verband, München 1958 (1. Auflage 1951), S.28; siehe auch Schmiede/Schudlich, *Entwicklung*, S.324.

44 Siehe ebenda, S.324-328.

45 Siehe ebenda, *Entwicklung*, S.313.

46 Siehe Statistische Übersichten zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band West, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1999, S.29.

47 Michael Wildt: *Privater Konsum in Westdeutschland in den 50er Jahren*, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S.275-289, hier S.276, 288.

Forderungen der Streikenden zugrunde, dann zielten die Proteste darauf ab, die Forderung nach Abschaffung des Akkordlohnes, die 1918 erhoben worden war und deren Realisierung die Arbeiterschaft während der ersten Nachkriegsjahre sehr nahe war, in Ostdeutschland endgültig Wirklichkeit werden zu lassen: die prinzipielle Abschaffung der Akkordarbeit zugunsten eines „gesunden Stundenlohnes“.

Warum diese gegen die Akkordarbeit gerichtete Tradition in Ostdeutschland so deutlich auflebte, läßt sich nur verständlich machen, wenn die Unterschiede in der Entwicklung der Normen und des Lohnes in beiden Teilen Deutschlands nach 1945 zum Ausgangspunkt der Erklärung gemacht werden.

Für den Zeitraum von 1945 bis 1948 sind die Unterschiede in beiden Teilen Deutschlands noch so gering, daß sie ignoriert werden können. Der Akkordlohn befand sich - trotz alliierter Proklamationen über seine Weiterexistenz - in den Westzonen wie in der sowjetischen Besatzungszone auf dem Rückzug. Für den Zeitraum Sommer/Herbst 1948 bis 1952 werden die Unterschiede größer, sind aber noch nicht prinzipieller Art. Auf den ersten Blick mögen die Gemeinsamkeiten sogar signifikanter erscheinen. Von seiten der über die Produktionsmittel Verfügenden (der Privatunternehmer im Westdeutschland, der SED und der Regierung in Ostdeutschland) bestand großes Interesse an der Wiedereinführung des Leistungslohnes als Mittel der Steigerung der Produktivität. Die Gewerkschaften in Ost und West konnten und wollten sich dieser Argumentation nicht entziehen und beteiligten sich gegen eine gewisse Reformierung des Leistungslohnsystems an der erneuten Ausdehnung der Akkordarbeit.

Die Unterschiede zwischen Ost und West beginnen dort, wo die tatsächlich erreichte Leistungssteigerung in den Blick kommt. Sie war zweifellos in der DDR, nicht zuletzt wegen des Desinteresses der Manager in der Industrie an „echten“ Normen, deutlich geringer. Doch darf nicht vergessen werden, daß bis Mitte der 50er Jahre auch die Eigentümer im Westen noch Abstriche an der vollen Entfaltung ihrer Praktiken zur Lohnkostensenkung durch Leistungsanreize machen mußten. Der entscheidende Unterschied tat sich im Frühjahr 1953 auf, als die SED-Führung mit dem „Feldzug für strengste Sparsamkeit“ ein Lohnsenkungsprogramm einleitete, das sowohl die Brutto- und Nettolöhne als auch die Reallöhne traf. In diesem Lohnsenkungsprogramm war die geforderte pauschale zehnprozentige Normenerhöhung innerhalb von wenigen Wochen zu realisieren. Das war der, in den Augen der Arbeiterschaft, weitestreichende Angriff auf ihren Lebensstandard. Als die Arbeiter der DDR am 16. Juni auch noch erfahren mußten, daß die SED-Führung, die 1948 bis 1952 in der Normenfrage immer wieder zu Kompromissen bereit gewesen war, dieses Mal unnachgiebig bleiben würde, wurde die Normenfrage zum Anlaß und zum Auslöser der Streiks und Protestdemonstrationen des folgenden Tages, die rasch über die Forderung der Arbeiter nach einer ihnen genehmen Regelung der Normenfrage hinausgingen und in den Ruf nach dem Sturz der DDR-Regierung und gesamtdeutschen Neuwahlen mündeten.

Kampfkationen gegen sinkende Reallöhne hatte es - viereinhalb Jahre zuvor - auch in der Bundesrepublik gegeben, als Erhard, bevollmächtigt durch das Leitsatzgesetz im

Juli 1948, zwar in großem Maßstabe die Konsumgüterpreise freigab, aber auf einem Lohnstopp beharrte. Das Problem war - u.a. durch Androhung und Ausführung eines Generalstreiks der aufgebrachtten Arbeiter unter Führung der Gewerkschaften - im Oktober 1948 durch die Freigabe der Löhne behoben worden⁴⁸, ohne daß es bei den Streiks und Protestaktionen zu einer Verknüpfung von Reallohnhöhe und Akkord-Richtsätzen gekommen war, wie es dann im Frühjahr 1953 in der DDR geschah.

Nur wenn man die Lohnentwicklung in beiden deutschen Staaten berücksichtigt, kann erklärt werden, warum der traditionelle Kampf der Arbeiter gegen den Akkordlohn in der DDR, anders als in der Bundesrepublik, im Jahre 1953 noch einmal einen Höhepunkt erreichte.

¹ Siehe Weimer, Wirtschaftsgeschichte, S.61-64.

Verrat? Fakten - Fiktionen - Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts. Teil II

Am 29. Oktober 2004 führt die Berliner bundesweite Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung die **zweite Runde** der wissenschaftlichen Diskussion zum o. g. Thema durch.

(Vgl. Information im Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung H. II/2003, S. 187-189; zu einigen Ergebnissen der 1. Runde vgl. ebenda, H.III/2003, S. 127-131, 172-177.)

In einführenden Beiträgen und Kurzvorträgen soll es um die historischen Phasen 1914-1945 und 1945-1990 unter ereignis- und organisationsgeschichtlichen Fragestellungen sowie um die theoretische, ethische und kulturhistorische Dimension der "Verrats"-Geschichte, darunter Verrat als künstlerisches Motiv im 20. Jahrhundert, gehen. Konzentriert auf die deutsche Bewegung, soll die internationale Sicht eingeschlossen werden. Nachdem auf der 1. Tagung das Thema mit zwei Grundsatzreferaten und weiteren 10 Beiträgen zu einzelnen Ereignissen und Biographien, in deren Zentrum der Verratsvorwurf gestanden hatte, eingeleitet worden war, soll nunmehr eine Gesamtschau versucht werden.

Die Materialien aller Diskussionsrunden werden in einem Buch der Öffentlichkeit vorgelegt.

Die Tagung findet in Berlin in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Konferenzsaal, statt.

Für Auskünfte stehen zur Verfügung:

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Dr. Jörn Schütrumpf, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030/44310123/172, schuetrumpf@rosalux.de. Für den Förderverein: Dr. Simone Barck, Große Hamburger Straße 31, 10115 Berlin, Tel./Fax 030/28 57 881, barck&zzf-pdm.de, und Dr. Ulla Plener, Berolinastr. 12, 10178 Berlin, u.plener@web.de.

Betriebliche Konflikte in der DDR 1970/71 und der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker

Olaf Klenke

„Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“. Die bekannte Frage Erich Mielkes, Minister für Staatssicherheit, an einen seiner leitenden Mitarbeiter drückte eine Menge über die Situation in der DDR im Spätsommer 1989 aus. Sie zeigte zugleich eine Angst der SED, die über Jahrzehnte bis zum Ende der DDR ständig präsent war. Die Angst vor einer Wiederholung des Alptraums vom 17. Juni 1953, der Erhebung der eigenen Arbeiterklasse. Um so auffallender ist, daß abgesehen vom 17. Juni selbst dieser Aspekt der Herrschaft in der gängigen DDR-Forschung allenfalls eine Randrolle spielt: die Ruhe in den Betrieben.

Der Machtwechsel an der obersten Spitze der SED von Walter Ulbricht auf seinen ehemaligen Zögling Erich Honecker im Frühjahr 1971 war eine entscheidende Zäsur in der DDR-Geschichte. Nicht nur, weil der Führungswechsel quasi durch einen parteiinternen Putsch erfolgte. Er deutete auf einen tiefergehenden Streit in der scheinbar homogenen SED-Führung hin. Mit dem Personen- erfolgte ein Politikwechsel. Am Ende der 60er Jahre war die DDR von einer größeren politischen und sozialen Krise geprägt. Diese ist hinreichend dokumentiert, so daß es an dieser Stelle genügt, zwei entscheidende Gründe zu benennen. Der eine war die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage, die das Ende für den Reformversuch des Neuen Ökonomischen Systems bedeutete, der andere die deutliche Verstimmung zwischen Moskau und Berlin, die aus Meinungsverschiedenheiten um die liberalere Westpolitik Ulbrichts resultierte.

Unter den strittigen Punkten innerhalb der SED-Führung befanden sich jedoch ebenfalls unterschiedliche Einschätzungen zur Brisanz der sozialen Lage, die infolge der forcierten industriellen Entwicklung der 60er Jahre entstanden war. Das „soziale Argument“ spielte im Machtkampf der herrschenden Parteibürokratie in der DDR - ebenso wie in vielen anderen osteuropäischen Ländern - eine wichtige Rolle.³ In

1 Nur eine Handvoll Bücher behandeln diesen zentralen Punkt. Siehe Benno Sarel: Arbeiter gegen den „Kommunismus“. Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR (1945-1958), Berlin 1991; Axel Bust-Bartels: Herrschaft und Widerstand in den DDR-Betrieben, Frankfurt/Main 1980; Klaus Ewers: Der Konflikt um Lohn und Leistung in den volkseigenen Betrieben der SBZ/DDR, Bielefeld 1985; Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995.

2 Siehe dazu Gerhard Naumann/Eckard Trümpler: Von Ulbricht zu Honecker, 1970 - ein Krisenjahr, Berlin 1990; André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1997; Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, Berlin 1997.

3 Siehe Peter Hübner/Jürgen Danyel: Soziale Argumente im politischen Machtkampf: Prag, Warschau, Berlin 1968-1971, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2002, H. 9, S. 804-832; Naumann/Trümpler, Von Ulbricht...

welchem Ausmaß existierten soziale Spannungen und Konflikte und welche Relevanz besaßen diese für den Politikwechsel der SED? Diese zentralen Fragen, die hinsichtlich des Machtwechsels bisher nicht ausreichend beantwortet sind, sollen im folgenden Artikel aufgenommen werden.

Stimmungswandel

Im November 1970 stellte die Führung des FDGB besorgt fest, daß sich innerhalb der letzten Monate die Stimmung in den Betrieben merklich zu verschlechtern begonnen hatte. Im Frühjahr 1971 mußte sie diese Einschätzung erneut bekräftigen. Der FDGB-Bundesvorstand berief sich dabei auf Analysen über „Arbeitskonflikte und besondere Vorkommnisse“. Diese beruhten auf Berichten der FDGB-Bezirksvorstände und wurden von der Abteilung Organisation des Bundesvorstandes angefertigt.

Die Analysen standen nicht für sich allein.⁴ Seit Beginn des Jahres 1970 war eine Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage unübersehbar.⁵ Aus den Betrieben häuften sich die Krisenmeldungen über Probleme bei der Planerfüllung. Walter Ulbricht, 1. Sekretär des ZK der SED, erhielt Briefe von den Bezirksleitungen der Partei. Neben den Planproblemen wurde dort von einer verschlechterten Versorgungssituation und auftretendem Unmut unter der Bevölkerung berichtet. Bei Kommunalwahlen im März war es zu einer ungewöhnlich großen Anzahl von Nichtwählern und Neinstimmen gekommen, insbesondere in Arbeiterwohngebieten.⁶ Im April hatte sich das Sekretariat des ZK der SED mit zwei Arbeitsniederlegungen im Wohnungsbaukombinat (WBK) Cottbus beschäftigen müssen.⁷

Den Hintergrund dieser Entwicklung bildete der einseitige Aufbau der Schwerindustrie und das Festhalten an ehrgeizigen Wachstumszielen. Dem standen eine anhaltende Wohnungsnot sowie eine unzureichende Versorgung mit Konsumgütern gegenüber. Und während für einzelne Waren erhebliche Preisanhebungen

4 Die Dokumente bilden das wichtigste Quellenmaterial für diesen Artikel. Erstmals benannt wurden sie in Wolfgang Eckelmann u.a: FDGB-Intern, Berlin 1990, S.88-90. Aber bisher gab es keine detaillierte Auswertung. Andere Anhaltspunkte wurden aus zugänglicher Literatur zusammengetragen. Die Analysen des FDGB-Bundesvorstandes über besondere Vorkommnisse aus dem Zeitraum 1970-1972 befinden sich in den Beständen der Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch, DY 34/25414). Siehe Bundesvorstand des FDGB, Beschluß des Sekretariats vom 2.11.70/S.604/70, Analyse über Ursachen von Gegenstimmen bzw. Nichtwahl von BGL- und AGL-Vorsitzenden in einigen Betriebsgewerkschaftsorganisationen während der Gewerkschaftswahlen 1969/70, S.3 und Anlage, zitiert als: BV FDGB, Wahlanalyse 1970; Bundesvorstand des FDGB, Beschluß des Sekretariats vom 2.11.70/S.603/70, Analyse über Arbeitskonflikte und die besonderen Vorkommnisse, die in den Monaten Januar bis September 1970 stattfanden, zitiert als: BV FDGB, Analyse 1970; Bundesvorstand des FDGB, Beschluß des Sekretariats vom 24.5.71/S.284 a/71, Analyse über Arbeitskonflikte und besondere Vorkommnisse in der Zeit von Oktober 1970 bis April 1971, zitiert als: BV FDGB, Analyse 1971; Bundesvorstand des FDGB, Beschluß des Sekretariats vom 13.3.73/S 139/73, Analyse über die besonderen Vorkommnisse im Jahre 1972; zitiert als: BV FDGB, Analyse 1973.

5 Siehe Steiner, Wirtschaftsreform, S.503-520; Naumann/Trümpler, Von Ulbricht, S.16-34.

6 Siehe Naumann/Trümpler, Von Ulbricht, S.21, 61f.

7 Siehe ebenda, S.21f.

verfügt wurden,⁸ erhöhte die SED gleichzeitig den Arbeitsdruck. Für die Aufarbeitung der Planrückstände mußten die Beschäftigten zunehmend zu Wochenendschichten antreten. Von 1969 zu 1970 hatten die Überstunden um fast 2/3 zugenommen.⁹ Bereits die Gewerkschaftswahlen 1969/70, bei denen es zu einer ungewöhnlich hohen Anzahl von Gegenstimmen oder Enthaltungen gekommen war, hatten einen Stimmungswandel in den Betrieben angedeutet. In diesem Gesamtkontext verfaßte der FDGB-Bundesvorstand seine Analysen.¹⁰

Nichts Neues im Betrieb? Ausmaß und Charakter der Konflikte

In der Analyse vom November 1970 wurde festgestellt, daß in den ersten neun Monaten des Jahres 1970 aus den Betrieben „fast ebenso viele Vorkommnisse gemeldet [wurden] wie im ganzen Jahr 1969“¹¹. In den folgenden Monaten nahm die Unruhe in den Betrieben weiter zu. Zwischen Oktober 1970 und April 1971 stieg die Zahl der gemeldeten Vorkommnisse gegenüber dem vorhergehenden und zwei Monate längeren Zeitraum deutlich, die der gemeldeten Arbeitskonflikte, die auch Arbeitsniederlegungen enthielt, um fast das Dreifache.

8 Von den Versorgungsengpässen betroffen waren solche Waren wie: warme Unter-, Kinder- und Trainingsbekleidung, Winterschuhe, Batterien, Bügeleisen oder Zahnbürsten. Die Preiserhöhungen betragen oftmals mehr als 100 Prozent (Siehe Naumann/Trümpler, Von Ulbricht, S.109f.). 47 Prozent der Erhöhung des Einzelhandelumsatzes 1970 ergaben sich aus Preiserhöhungen (siehe Steiner, Wirtschaftsreform, S.515).

9 Die jährlich je Produktionsarbeiter in der zentralgeleiteten Industrie geleisteten Überstunden betragen 1965 37, 1969 55, 1970 82 und 1971 73 Stunden (siehe Steiner, Wirtschaftsreform, S.337).

10 Es ist also äußerst unwahrscheinlich, daß die darin überlieferten Berichte und Statistiken gefälscht wurden, um den immer mehr in Kritik kommenden Ulbricht abzulösen. Die überlieferten Dokumente vermitteln vielmehr wichtige Anhaltspunkte über die Stimmungslage und das soziale Konfliktpotential. Auch wenn sich die Dynamik von Stimmungsumschwüngen nicht ausschließlich durch Zahlen erfassen läßt, so vermitteln die aufgeführten Statistiken tendenzielle Entwicklungen und gestatten die Berichte mit vereinzelt Kurzschilderungen von Konfliktfällen einen Einblick in Konfliktverlauf und -ausmaß.

Natürlich erfordern die Interpretation und historische Einordnung solcher Materialien auch eine Berücksichtigung der Stellung und Motive der Berichterstatter. In einigen Fällen wird den Berichten des MfS zugeschrieben, „Vorkommnisse“ tendenziell eher hochzuspielen, um die Existenz des eigenen Apparats zu rechtfertigen (siehe Stefan Woll: Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956 in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B5/91, 25. Januar 1991). Die hier behandelten Berichte des FDGB tendierten zu einer geschönten Darstellung, manche Bezirks- und Kreisvorstände kamen einer 1969 neuverfügbaren strikteren Berichtspflicht anfangs gar nicht nach. Der FDGB-Bundesvorstand bemängelte deshalb immer wieder „Tendenzen der Verschleierung von besonderen Vorkommnissen“ (BV FDGB, Analyse 1973). Noch ein Jahr nach dem Beschluß zur strikteren Erfassung betrieblicher Konflikte mußte die FDGB-Führung feststellen, daß ihrer Verfügung nur unzureichend nachgekommen wurde. Das betraf Meldungen von Vorkommnissen wie Bränden, Havarien und sonstigen Produktionsausfällen, aber auch von Arbeitskonflikten. Zum Bezirk Cottbus, wo es im WBK im März 1970 zu zwei Streiks gekommen war, hieß es: „Obwohl das Sekretariat des Bezirksvorstandes des FDGB Cottbus und der Bezirksvorstand der IG Bau/Holz unter Einbeziehung der Kreisvorstände eine sofortige Auswertung vornahm und entsprechende Schlußfolgerungen für die Verbesserung der Leitungstätigkeit und politisch-ideologischen Arbeit zogen, versäumte es der Bezirksvorstand des FDGB Cottbus, sofort den Bundesvorstand des FDGB auf dem vorgeschriebenen Weg zu informieren.“ (BV FDGB, Analyse 1970, S.7).

11 BV FDGB, Analyse 1970, S.1.

Arbeitskonflikte und besondere Vorkommnisse 1968-1972¹²

| | 1968 | 1969 | Jan.-Sept 70 | Okt. 70 – April 71 | 1971 | 1972 |
|--------------------------------------|------|------|-----------------|-----------------------|------|------|
| Arbeitsniederlegungen und -konflikte | 15 | 28 | 23 | 63 | 75 | 63 |
| davon Arbeitsniederlegungen | k.A. | k.A. | 19 | 47 | 48 | 39 |
| Unterschriften | - | 5 | 3 | - | - | - |
| Provokationen und Sabotageakte | 30 | 30 | 33 | 71 | 50 | 51 |
| davon Sabotageakte | 11 | 3 | 7 | k.A. | 1 | 14 |
| Produktionsausfall (Brände/Havarien) | 12 | 57 | 62 | 93 | 170 | 239 |
| davon Brände | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. | 91 | 152 |
| Vorkommnisse insgesamt | 57 | 121 | 117 | 227 | 306 | 353 |

k.A. – keine Angabe

Die Zahl der Teilnehmer an den jeweiligen Arbeitsniederlegungen war höchst unterschiedlich. Sie reichte von einer Handvoll Kollegen bis zu 100 Beschäftigten. Die vorliegenden Berichte und Listen¹³ lassen grob zwei größere Gruppen erkennen: Die Teilnehmerzahl lag bei etwa einem Dutzend und weniger, in vielen anderen Fällen betrug sie um die 30 Beteiligten und mehr, reichte aber selten an 100 Teilnehmer heran. Meist schienen also ein Arbeitskollektiv allein oder mehrere Schichtkollektive zusammen die Arbeit niederzulegen.

Es kam auch zu mehreren Streiks innerhalb eines Betriebes oder Kombines, so beim Wohnungsbaukombinat Cottbus, wegen Nichtzahlung der Jahresendprämie auf der „Baustelle Bildungszentrum“ am 18. März zum Streik von 43 Kollegen von drei Schichten. Nur zwei Tage später nahm eine Brigade von 23 Kollegen des

12 Zusammenstellung der Tabelle nach den verschiedenen FDGB-Berichten. Die steigende Anzahl von Bränden und Havarien drückte vor allem den schlechten Zustand der Ausrüstungen, Maschinen und des unzureichenden Arbeitsschutzes aus, manchmal aber auch eine „mangelhafte Arbeitsdisziplin“. In den FDGB-Jahresübersichten wurden erst ab 1971 Arbeitsniederlegungen und -konflikte wie z.B. Streikdrohungen gesondert aufgeführt. In ihrem insgesamt sonst sehr wertvollen Beitrag zur Entwicklung betrieblicher Konflikte in der DDR hat Renate Hürtgen diesen Punkt übersehen und die bis dahin aufgeführte Zahl der Arbeitskonflikte als Arbeitsniederlegungen aufgeführt (dies., „Keiner hatte Ahnung von Demokratie, im Betrieb sowieso nicht“. Vom kollektiven Widerstand zur Eingabe oder Warum die Belegschaften 1989 am Anfang eines Neubeginns standen“, in: dies./Bernd Gehrke (Hrsg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989, Berlin 2001, S.187). So erfasst die für Oktober 1970 bis April 1971 aufgeführte Zahl von 63 nicht ausschließlich Arbeitsniederlegungen (wie Hürtgen schreibt), sondern auch andere Formen von Arbeitskonflikten. Allerdings nennen Berichte an einzelnen Stellen genauere Angaben oder geben Anhaltspunkt für die Anzahl der Arbeitsniederlegungen unter den Arbeitskonflikten. In der Übersicht für die Jahre 1962-69 sind Arbeitsniederlegungen aufgeführt, während in den Berichten von Arbeitskonflikten die Rede ist. Vermutlich wurde beides vermischt, so daß für diese Zeit keine gesonderten Zahlen vorliegen.

13 Siehe die Berichte FDGB sowie Hürtgen/Gehrke, Betrieblicher Aufbruch, Dokument 3, S.325f.

Betonwerkes im Betriebsteil Elsterwerda des WBK die Arbeit für drei Stunden nicht auf.¹⁴ Zwei weitere Fälle wurden registriert:

„So wurden z.B. in der Kupfer- und Silberhütte des Mansfeld-Kombinates „Wilhelm Pieck“ Eisleben feindliche Hetzschriften verteilt. Zur gleichen Zeit kam es an der automatischen Steuerungsanlage zu einer ernsthaften Störung. Gleichzeitig wurde der Produktionsablauf in der Konverterhalle, die Schwarzkupfer produziert, gestört.“¹⁵

„Im VEB Baukombinat Dresden drohten 500 Werk­tätige mit einer Arbeitsniederlegung, weil die Lohnzahlung willkürlich verschoben wurde.“¹⁶

Insgesamt war dies jedoch die Ausnahme. In der Regel verblieben die Konflikte auf der Ebene der Abteilung und erfaßten kaum größere Teile des gesamten Werkes.

Auffallend stark beteiligten sich ausländische „Vertragsarbeiter“, die „Gastarbeiter der DDR“, an den Arbeitsniederlegungen. Zwischen Dezember 1970 und März 1971 kam es im Raum Cottbus zu drei Arbeitsniederlegungen, an denen ca. 200 polnische und ungarische Werk­tätige beteiligt waren.¹⁷ Auch deshalb standen die „ausländischen Kollegen“ stärker unter Beobachtung der Gewerkschaft. 1972 waren an 16 von 39 registrierten Streiks polnische und ungarische Werk­tätige beteiligt.¹⁸ Hinsichtlich ihrer Rechte, Entlohnung und Arbeitsbedingungen waren die ausländischen „Vertragsarbeiter“ in der Regel weit schlechter gestellt als ihre Kollegen.

Die Arbeitsniederlegungen waren in der Regel kurz. Sie dauerten meist 1-3 Stunden, manchmal eine Schicht. Sie entzündeten sich an Fragen wie Normenerhöhungen, Nichtzahlung der Jahresendprämie oder Arbeitsbedingungen. „So nahmen zum Beispiel am 30.9.1970 in der Schuhfabrik Heidenau 33 Kollegen die Arbeit nicht wieder auf. Der Grund war mangelhaftes Mittagessen. Längere Diskussionen waren erforderlich, um die Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu überzeugen“.¹⁹ Oder: „Im VEB Getriebewerk Gotha gab es infolge ernsthafter Versäumnisse in der Normarbeit eine Arbeitsniederlegung von 40 Werk­tätigen. Der Grund für die Arbeitsniederlegung bestand darin, daß die Kollegen erst über ihren Lohnschein über die Normenveränderungen erfuhren.“²⁰

Nicht selten ging dem Streik dabei ein längeres und erfolgloses Bemühen voraus, Mißstände zu ändern. Die Arbeiter bedienten sich dabei ganz bewußt dieses Druckpotentials. Eine FDGB-Analyse berichtete über die Haltung der Streikenden des Wohnungsbaukombinates Cottbus: „Wir handelten so, weil die uns zugesprochene Jahresendprämie nicht zur Auszahlung kam und wir somit betrogen wurden. Wir wollten außerdem erreichen, daß kompetente Gewerkschafts- und Wirtschaftsfunktionäre uns Rede und Antwort stehen.“²¹

14 Siehe BV FDGB, Analyse 1970, S.3.

15 BV FDGB, Analyse 1971, S.4.

16 Ebenda, S.3.

17 Siehe ebenda, S.5.

18 Siehe BV FDGB, Analyse 1973, S.13f.

19 BV FDGB, Analyse 1971, S.3a.

20 Ebenda, S.3.

21 BV FDGB, Analyse 1970, S.3 und BV FDGB, Analyse 1973, S.6.

An ökonomischen Fragen entzündet, blieben die Konflikte keineswegs darauf begrenzt, sondern drückten eine viel weitergehende und grundlegendere Kritik aus. Der FDGB-Bundesvorstand betonte im Mai 1971 in bezug auf „ernsthafte Konfliktsituationen“, daß die Unzufriedenheit der Werktätigen „bis zur politischen Diskreditierung der Politik von Partei und Regierung“²² reiche.

Neben den Streiks äußerte sich die Unzufriedenheit in verschiedenen anderen Formen. An vielen Arbeitsplätzen kam es zu hitzigen Diskussionen, die teilweise im „provokatorischen Auftreten gegen die Politik der Partei, Regierung und Gewerkschaft“²³ endeten. Betriebliche Wandzeitungen und Losungen wurden ebenso beschädigt wie „Bilder führender Parteifunktionäre“.²⁴ In einigen Werken sammelten die Beschäftigten zur Bekräftigung ihrer Forderungen Unterschriften. Daneben gab es verdeckte Formen des Protestes. Im VEB Erste Maschinenfabrik Karl-Marx-Stadt „wurden Betriebsfunkdurchsagen durch Wählen der Tele-Nummer gestört“ und „Anrufe bei der Parteileitung und anderen Betriebsteilen“ getätigt, „ohne daß sich die Gesprächspartner meldeten.“ In einigen Betrieben registrierte man auch „Sabotageakte“ wie das Abschalten der Energiezufuhr oder anderweitige Störungen des Produktionsablaufes.²⁵

Die meisten Konflikte wurden schnell auf betrieblicher Ebene gelöst, indem die Betriebsleiter beispielsweise umstrittene Lohn- oder Normentscheidungen rückgängig machten. Der Streik bzw. die Streikdrohung taten also ihre Wirkung. In anderen Fällen, in denen der Betriebsleiter sich zu konsequent an die Anordnungen hielt, gab es zur Konfliktschärfung auch Bauernopfer, indem verantwortliche Leiter diszipliniert wurden.²⁶

Nach dem deutlichen Anstieg der Arbeitskonflikte zwischen dem Sommer 1970 und Frühjahr 1971 stieg in den darauffolgenden Jahren die Anzahl der gemeldeten Vorkommnisse weiter. Dieser Trend beruhte jedoch ausschließlich auf der genaueren Erfassung von Bränden und Havarien. Die Zahl der Arbeitskonflikte ging zurück: auf 39 registrierte Arbeitsniederlegungen 1972 und ca. 25 zur Mitte der 70er Jahre.²⁷ Die gemeldeten Arbeitskonflikte lagen dennoch über dem Niveau der späten 60er Jahre.²⁸ Erst am Ende des Jahrzehnts setzte wieder ein Gegentrend ein. Dem IG-

22 BV FDGB, Analyse 1971, S.3.

23 BV FDGB, Analyse 1970, S.7.

24 BV FDGB, Analyse 1973, S.11 und Analyse 1970, S.5.

25 Siehe BV FDGB, Analyse 1971, S.4-8.

26 „Teilweise mußten ernsthafte Auseinandersetzungen mit staatlichen Leitern geführt werden, weil sie sorglos mit den Kritiken und Vorschlägen der Werktätigen umgingen. Einige Leiter wurden veranlaßt, administrative Lohnentscheidungen zurückzunehmen bzw. zur Verantwortung gezogen.“ (BV FDGB Analyse 1973, S.5).

27 Knapp die Hälfte der für bis September 1970 gemeldeten Streiks lag in den letzten drei Monaten. Zwischen Oktober 1970 und April 1971 wurden im Schnitt fast sieben Arbeitsniederlegungen pro Monat gezählt, 1972 nur noch gut drei, für die Jahre danach etwa zwei. Dazu kommt, daß einige FDGB-Bezirksvorstände erstmals 1972 begannen, Analysen nach den Vorgaben des Bundesvorstandes anzufertigen.

28 Die Zahlen lauteten 1964: 57, 1965: 25, 1966: 41, 1967: 18, 1968: 15. Siehe Hürtgen, Keiner hatte Ahnung, S.186-188.

Metall-Vorsitzenden Sommer zufolge, erreichten die Arbeitsniederlegungen 1978 das höchste Niveau seit 1972.²⁹

Insgesamt wird die Zahl der Streikteilnehmer vom Sommer 1970 bis zum Frühjahr 1971 bei etwa 1000 Beschäftigten gelegen haben³⁰, wobei noch weit mehr Beschäftigte an anderen Formen betrieblicher Konflikte beteiligt gewesen sein dürften. Allein in einzelnen Werken soll es Streikdrohungen von mehreren hundert Arbeitern gegeben haben, wie das obige Beispiel des VEB Baukombinat Dresden zeigt. Von der Größe her war die registrierte kleine Streikwelle natürlich nicht mit den Ereignissen vom 17. Juni 1953 zu messen. Die Anzahl der Streikenden erreichte auch nicht das Niveau der letzten größeren Aktionen von 1961/62.³¹ Aber die Ereignisse des Jahres 1970/71 zeigten einen eindeutigen Bruch mit dem Trend des Abflauens industrieller Konflikte und dem Eintreten relativer betrieblicher Ruhe in den 60er Jahren.

Das soziale Argument in der kleinen Palastrevolution

Im Mittelpunkt der Diskussion beim Politik- und Führungswechsel stand die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und das Festhalten Ulbrichts an Grundsätzen der bisherigen Wirtschaftspolitik. Das „soziale Argument“ schloß sich direkt an diesen Problemkomplex an. Über den Sommer und Herbst 1970 hinweg hatten sich die wirtschaftlichen Probleme weiter aufgestaut. Der Ulbrichtkurs geriet ins Wanken.

Auf der richtungsweisenden 14. Tagung des ZK der SED im Dezember 1970 plädierte Ulbricht für eine Beibehaltung des bisherigen Kurses. Es sei notwendig, „gegen den Konsumentenstandpunkt Stellung“ zu beziehen, „auch Opfer [müßten] gebracht werden“.³² Ministerpräsident Willy Stoph hatte dagegen bereits im September angedeutet, daß beim nächsten Volkswirtschaftsplan die Interessen der Arbeiter stärker berücksichtigt werden sollen. Die Direktorin der Parteihochschule, Hanna Wolf, machte in ihrem Redebeitrag die von Ulbricht betriebene Strukturpolitik für die Versorgungsengpässe verantwortlich, während der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Werner Krolikowski, die notwendige Zielstellung der zukünftigen Politik benannte: „Wir brauchen politische Stabilität in der Arbeiter-

29 Siehe Protokoll der 8.Tagung des Zentralvorstandes der IG Metall Juni 1979, Referat Sommer, SAPMO-BArch DY 46/5703, Bl.37.

30 Das ergibt zumindest ein grober Überschlag aus den vorliegenden Zahlen. Von Januar bis September 1970 (neun Monate) registrierte man etwa 20 betriebliche Konflikte mit ca. 300 beteiligten Arbeitern. Da es allein in den darauffolgenden sieben Monaten zu mehr als doppelt so vielen Arbeitsniederlegungen kam, ist die Zahl von 1.000 Beteiligten keinesfalls zu hoch gegriffen.

31 1961 registrierte der FDGB 135 Arbeitsniederlegungen mit 1.400 Teilnehmern. 1962 soll die Zahl gewachsen sein (siehe Steiner, Wirtschaftsreform, S.279-281). Spätere FDGB-Zahlen nennen für 1962: 117, 1963: 138 (siehe Hürtgen, Keiner hatte Ahnung, S.186f.) - allerdings, wie erwähnt, ohne klar zwischen Arbeitskonflikt und -niederlegung zu unterscheiden (siehe Anm. 12).

32 Zitiert nach: Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. 2. durchges. Aufl., Bonn 1999, S.37.

klasse“.³³ Die gefaßten Beschlüsse der 14. Tagung standen schließlich mit ihrer sozialpolitischen Ausrichtung der Ulbrichtschen Wirtschaftspolitik direkt entgegen. Die Berichte zu den besonderen Vorkommnissen wurden wahrscheinlich an verschiedene Abteilungen des ZK der SED übermittelt.³⁴ Das Politbüromitglied Herbert Warnke war als FDGB-Vorsitzender über die Begebenheiten vollständig informiert. Vermutlich wurden jedoch die Berichte nicht im engeren Führungskreis der SED diskutiert.³⁵ Der zweite Bericht stammte vom Mai 1971. Er entstand zu einem Zeitpunkt, als die wichtigen Entscheidungen bereits getroffen waren.³⁶ Darüber hinaus waren die Konflikte, trotz des deutlichen Anstiegs zu den Jahren zuvor, viel zu bescheiden und wurden auf betrieblicher Ebene zu schnell gelöst, als daß sie unmittelbar selbst einen gewichtigen Ausschlag für die getroffenen Entscheidungen hätten geben können.

Die Relevanz der betrieblichen Konflikte bezüglich des sozialpolitischen Kurschwenks lag auf einer anderen Ebene. Die Berichte zeigten, daß hinter dem Streik im WBK Cottbus, mit dem sich die SED-Führung im März 1970 befassen mußte, ein erhebliches Konfliktpotential in den Betrieben stand und dieses über die letzten Monate merklich zunahm. Die bisherige Wirtschaftspolitik hatte einen bestimmten sozialen Brennstoff geschaffen, und es war keineswegs ausgeschlossen, daß er sich ausbreiten würde, wenn der bisherige Kurs beibehalten oder gar verschärft werden würde. Die Dezemberereignisse in Polen hatten diesen Eindruck ohne Frage bestärkt. Wenige Tage nach der 14. Tagung brachen in der polnischen Küstenregion Arbeiterunruhen und Streiks gegen angekündigte Preiserhöhungen aus.³⁷

In den Erinnerungen ehemaliger SED-Funktionäre an den Machtwechsel ist dieser Zusammenhang von industrieller Akkumulation und Krise in Erinnerung geblieben. Über seinen Meinungswechsel als ursprünglicher Anhänger Ulbrichts und dessen Modernisierungskurses schrieb Günter Mittag: Ich spürte „die zunehmenden Sorgen, den Alltagsbetrieb aufrechtzuerhalten, spürte die beginnende Entfremdung breiter Kreise der werktätigen Bevölkerung von der Politik der Partei. Das ließ mich zu dem Entschluß kommen, Erich Honecker darin zu unterstützen, Walter Ulbricht zum Rücktritt zu bewegen.“³⁸ Der ehemalige Direktor des Zentralinstituts für

33 Zitiert nach: Hübner/Danyel, *Argumente*, S.825. Zu Stoph am 8.9.1970 siehe Wolle, *Heile Welt*, S.35.

34 Auf jeden Fall traf das auf die Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik des ZK der SED sowie die Abteilung Parteiorgane zu (siehe Eckelmann u.a., *FDGB-Intern*, S.8).

35 Zumindest wird das nicht in den bisherigen Veröffentlichungen von Steiner, Naumann/Trümpler sowie Kaiser erwähnt.

36 Nach der 14. Tagung im Dezember festigte Honecker in den kommenden Monaten seine Position im Politbüro. Die formelle Entmachtung Ulbrichts erfolgte schließlich auf der 16. Tagung des ZK der SED am 3. Mai 1971 mit seinem erzwungenen Rücktritt. Siehe dazu Naumann/Trümpler, *Von Ulbricht*, S.35-55.

37 Mit der Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften begann sich der Protest schnell zu politisieren. Trotz blutiger Niederschlagungen bekam das polnische Regime die Lage erst Wochen später unter Kontrolle. Siehe Csaba János Kenéz: *Oppositionsbewegungen in Polen 1956-1976*, in Peter Gosztony (Hrsg.): *Aufstände unter dem roten Stern*, Bonn 1979.

38 Günter Mittag: *Um jeden Preis*. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin-Weimar 1991, S.192.

sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED, Helmut Koziolk, erinnerte sich ähnlich: „Das wirtschaftliche Drama fing natürlich auf dem 14. Plenum des ZK der SED 1970 und mit dem Sturz Ulbrichts 1971 an. Ulbricht wollte bestimmte Preise erhöhen, und das war der äußere Anlaß dafür, daß man ihm auf dem 14. Plenum das Vertrauen entzog und später stürzte.“³⁹ Und Claus Krömke, persönlicher Referent von Günter Mittag, wies auf die drohenden Folgen radikaler Einschnitte hin: „Eine Entscheidung zu treffen und das war doch ein Problem, zu sagen, so geht es nicht mehr weiter, wir müssen bestimmte Abstriche machen – der 17. Juni 1953 saß allen immer noch im Nacken, allen! Es war die Furcht, daß hier riesige Unruhe ausbrechen, und es wäre zweifellos dazu gekommen [...]. Das hatten wir immer im Hinterkopf, ohne daß jemand ein Wort dazu gesagt hat.“⁴⁰

Die unter Honeckers Führung organisierte Ablösung Ulbrichts, die schließlich die Unterstützung der sowjetischen Führung bekam, bediente sich dieser Befürchtungen. Die Honecker-Fraktion sah durchaus die Gefahrenlage, mit der sie zum Teil selbst konfrontiert war. Gegenüber dem polnischen Parteiführer Gierek räumte der sowjetische Parteichef Breschnew im Januar 1971 ein: „Wir haben auch schwierige Probleme“, und lobte die vorgesehene größere Berücksichtigung sozialer Aspekte nach dem Dezemberaufstand: „Unser Fehler war das Streben danach, den anderen zu übertreffen und nicht mit den eigenen Möglichkeiten zu rechnen.“⁴¹

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, in welchem Maße eine soziale Polarisierung stattgefunden hätte, wenn sich statt der Honeckerschen sozialpolitischen Wende der Ulbrichtsche Rationalisierungskurs durchgesetzt hätte. Tatsache ist, daß die getroffenen sozialpolitischen Maßnahmen beträchtlich waren und einem sozialen Unruhepotential den Nährboden entzogen. Bereits im Spätsommer 1970 hatte es grünes Licht für einen weicheren Kurs gegeben, als ein Ministerratsbeschuß vom 28. September den Plan 1970 in eine Richtung „korrigierte“, die es Betrieben gestattete, unverschuldete Mehrkosten aus dem Nettogewinn auszugliedern und damit die Prämienzahlungen an die Beschäftigten zu sichern.⁴² Die geänderten Planzahlen sahen schließlich eine Verschiebung der Investitionen hin zur Konsumtion vor: Erhöhung von Löhnen und Renten, Ankündigung eines Wohnungsbauprogramms.⁴³

Fazit

Anfang der 70er Jahre sah die DDR einen merklichen Anstieg der sozialen

39 Interviews in: Theo Pirker u.a. (Hrsg.): *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR*, Opladen 1995, S.269.

40 Zitiert nach Pirker u.a., *Plan*, S.50.

41 Zitiert nach Hübner/Danyel, *Argumente*, S.421. Zu einer ähnlichen Konstellation in der Tschechoslowakei, siehe ebenda, S.809-817.

42 Siehe Steiner, *Wirtschaftsreform*, S.518.

43 Im neuen Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1971 spielte die Versorgungsproblematik eine zentrale Rolle. Bereits vor der 14. Tagung war die Zuwachsrate der industriellen Warenproduktion von 8,2 Prozent auf 5,8 Prozent reduziert worden. Noch im Dezember beschloß der Ministerrat eine Anhebung der Mindestlöhne sowie Erhöhungen der Löhne in bisher stark vernachlässigten Wirtschaftsbereichen, die etwa 1,7 Millionen Beschäftigte betraf. Auch die Mindestrenten wurden angehoben. Siehe Steiner, *Wirtschaftsreform*, S.540 und Naumann/Trümpler, *Von Ulbricht*, S.49.

Unzufriedenheit bis hin zu Streiks. Es fand kein neuer 17. Juni statt. Aber es war das erste Mal, daß der Trend des Abflauens sozialer Auseinandersetzungen der späten 50er und der 60er Jahre durchbrochen wurde. Mit den Streiks und anderen Formen betrieblicher Konflikte der Jahre 1970-72 begann der kollektive Protest zu wachsen, den die SED so fürchtete und unter den herrschenden Gesellschaftsverhältnissen als obsolet erklärte. Diese Ereignisse wie auch spätere Unmutsäußerungen in den Betrieben der DDR standen in keinem Vergleich zu den polnischen Unruhen. Aber eine Untersuchung der DDR-Geschichte, die nach dem sozialen Kräfteverhältnis zwischen SED-Regime und Arbeiterklasse fragt und die Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche verstehen will, die zum Revolutionsjahr 1989 führten, kann über solche Entwicklungen nicht hinweggehen.

Die Frage nach der tatsächlichen Bedrohung der SED durch Streikaktivitäten 1970-72 kann in zweifacher Hinsicht beantwortet werden. Die Gefahr eines neuen 17. Juni war nicht gegeben. Dazu hatte die gesellschaftliche Krise nicht das gleiche Ausmaß erreicht. Allerdings ist auch schwer abzuschätzen, welchen Verlauf die Ereignisse erhalten hätten, wenn ein rigider Spar- und Rationalisierungskurs verfolgt worden wäre. Aber die angespannte soziale Situation vor dem Hintergrund der Ereignisse von 1968 in Prag und 1970/71 in Polen reichte, daß die Mehrheit der SED-Führung vor einer härteren sozialen Gangart zurückschreckte. Der Kurswechsel im Politbüro mit dem Sturz Walter Ulbrichts stellte eine kurzfristige Herrschaftssicherung über den konfliktreicheren wirtschaftlichen Modernisierungskurs. So folgte man ganz einem alten Muster herrschender Politik, Reformen zu machen, um Revolutionen zu verhindern. Die zugespitzte Konfliktsituation Anfang der 70er Jahre machte damit zugleich deutlich, daß die Herrschaftsbasis der SED von der Ruhe in den Betrieben abhing. Werner Krolikowski, hatte dies auf der 14. Tagung des ZK im Dezember 1970 mit der bereits zitierten Forderung auf den Punkt gebracht: „Wir brauchen politische Stabilität in der Arbeiterklasse“. Ein Vorhaben, das die SED-Führung für ihren Machterhalt permanent umtrieb und an dem sie knapp 20 Jahre später scheiterte.

Paderborner Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung

bietet BzG-Hefte der Jahre 1979-1987/88 an. Wer seine oder eine öffentliche Bibliothek vervollständigen möchte, wende sich an Peter Mönnikes, Henricusstr. 13, 33104 Paderborn.

Zur Geschichte des Umgangs der SED-Führung mit der SPD-West: Das Stricken an deren „linker Opposition“ (1948-1953)

Ulla Plener

In der umfangreichen Literatur über die sowjetische und SED-Deutschlandpolitik ist der Umgang der SED-Führung mit der SPD der Westzonen bzw. der BRD in den Jahren 1948-1953 bisher kaum thematisiert, allenfalls nur gestreift worden.¹ Im folgenden soll es um einen Ausschnitt dieses Themas gehen: die Anstrengungen der SED-Spitze, die in der SPD stets vorhandene linke Opposition zu fördern, möglichst zu organisieren und für die eigene Politik zu instrumentalisieren. Das soll hier chronologisch anhand der Protokollniederschriften von Tagungen der SED-Führungsgremien - ihres Parteivorstands (PV, ab Juli 1950 Zentralkomitee/ZK) und dessen Zentralsekretariats (ZS, ab Januar 1949 Politbüro/PB) - dokumentiert werden.² Nachdem die Bemühungen der SED-Spitze um eine gesamtdeutsche (Mai 1946 - März 1948) oder wenigstens westdeutsche (April - Juli 1948) Einheitspartei (SED) nicht zuletzt, wenn auch bei weitem nicht nur, aufgrund der Verbote westlicher Besatzungsmächte und des Widerstands der SPD-Führung gescheitert waren, gestaltete sie seit Herbst 1948 ihre Beziehungen zur SPD im Westen nach dem Komintern-Konzept des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Wege der Aktionseinheit, d. h. des angestrebten gemeinsamen Handelns von Kommunisten und Sozialdemokraten, um deren Ziele gegenüber Unternehmern und/oder Regierungspolitik durchzusetzen.³ Es handelte sich dabei um einen „Zwei-Fronten-Kampf“: den

1 Siehe Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961, Berlin 1999; Gerhard Wettig: Bereitschaft zu Einheit und Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955, München 1999; Michael Lemke: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln 2001; Reinhard Hübsch (Hrsg.): „Hört die Signale!“ Die Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945-1970, Berlin 2002. Auch die Arbeiten, in denen die SED- und KPD-Politik in den Jahren 1945-1948/1949 behandelt wurde, streifen nur den Umgang der SED mit der West-SPD. Siehe Udo Vorholt/Volker Zaib: Zur Deutschlandpolitik der SED in den Jahren 1947/48. Die SED-Gründungskomitees in der britischen Besatzungszone, in: Deutschlandarchiv, 1995, H. 12, S.1279-1291. Lediglich Ulrich Hauth befaßte sich direkt mit dem angesprochenen Thema. Siehe Ulrich Hauth: Die Politik von KPD und SED gegenüber der westdeutschen Sozialdemokratie (1945-1948), Frankfurt/M. 1978.

2 Siehe in: Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/1/(Akten-Nr.) und IV 2/2/(Akten-Nr.) Im folgenden wird die Signatur ab IV mit Akten-Nr. und Bl. angegeben.

3 Zum Gesamtthema des Umgangs der SED-Führung mit der SPD-West siehe Ulla Plener: Die SED-Führung 1946-1953: Vom Einheitsapostel zum kalten Krieger in der Arbeiterbewegung. Chronik und Dokumente ihres Umgangs mit der SPD nach Tagungsprotokollen ihrer Spitzengremien, Rostock 2004; dies.: „Sozialdemokratismus“ - Instrument der SED-Führung im kalten Krieg gegen Teile der Arbeiterbewegung (1948-1953), in: Utopie kreativ, Berlin, H. 161 (März 2004).

Kampf um die sozialdemokratischen Mitgliedermassen, die für die Politik der SED gewonnen werden sollten, und den „prinzipiellen Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer“. Inhaltlich stand jetzt die (an der sowjetischen orientierte) Deutschlandpolitik im Mittelpunkt.

Wie schon in der Zeit davor stützte sich dieses Anliegen auf die eingeschliffenen Dogmen des Stalinschen Marxismus-Leninismus, darunter den Mythos von „der Arbeiterklasse“ („den Massen“, auch: „sozialdemokratischen Massen/Mitgliedern“) als angeblich in ihrer Mehrheit stets fortschrittlich, antikapitalistisch, auf ihre und der Nation Einheit ausgerichtet usw. Und wie zuvor lagen den Bemühungen um „die Arbeiterklasse“ und „die sozialdemokratischen Mitglieder“ Wunschvorstellungen sowie die Überzeugung zugrunde, die eigene Politik sei die einzig richtige und deshalb unbedingt durchsetzbar. Hier ordneten sich auch die Bemühungen um den „linken Flügel“ bzw. die „linke Opposition“ in der SPD ein. Diese Linie war in dem für die KPD im Juli/August entworfenen und im September 1948 vom Parteivorstand der SED angenommenen grundlegenden Dokument gezeichnet.⁴ Bezogen auf die SPD hieß es u. a., die Aufgabe der KPD sei es, den ehrlichen Sozialisten zu helfen, alle oppositionellen Kräfte in der SPD auf dem Boden des Marxismus zu vereinen.

Dazu empfingen die SED-Führer am 18. Dezember 1948 während ihres Besuchs in Moskau - wie schon Ende Januar 1947⁵ - richtungweisende Hinweise ihres Lehrmeisters Stalin. Neben der Empfehlung, die offiziellen organisatorischen Bande der

⁴ Dieser Aufgabenstellung folgte im III. Abschnitt eine Beschreibung der „Klassenkräfte und Parteien in Westdeutschland“, darunter der SPD. Zur KPD hieß es, sie sei die einzige marxistische Partei in Westdeutschland und deshalb könne dort die (organisatorische) Einheit der Arbeiterbewegung nur auf dem Boden ihrer Grundsätze und Ziele (die die Grundsätze und Ziele der SED waren) hergestellt werden. Zu jener Zeit agierte die KPD in Westdeutschland nach eigenem und der SED Verständnis als ein Teil der SED. Siehe in: IV 2/1/052. Das Dokument wurde später gedruckt als „Erklärung des PV der KPD zur politischen Lage“, in: KPD 1945-1968. Dokumente, Bd. 1: 1945-1952, Neuss 1989, S.209-252; siehe auch IV 2/1/40, Anlage 2 zum Protokoll vom 22.8.49. Die „Analyse“ kam einem Programmdokument nahe: Im I. Abschnitt ging es um den mit der faktischen Gründung des Weststaates begonnenen neuen Abschnitt in der deutschen Nachkriegsentwicklung, im II. um die gegensätzliche Politik der Alliierten und ihre Ergebnisse - die Restauration der Macht der deutschen kapitalistischen Kräfte im Westen, wo eine demokratische Entwicklung verhindert worden sei, was der Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften vorschreibe, „den Weg des Kampfes um eine demokratische Neuordnung zu gehen“; dieser Kampf werde „zur entscheidenden Bedingung für ein einiges demokratisches Deutschland“; die Neuordnung könne „nur durch den revolutionären Massenkampf errungen werden“.

⁵ Damals ging es um die gegen den Schumacher-Kurs von links opponierenden Sozialdemokraten, „Freunde der sozialistischen Einheit“ in den Westzonen, mit denen zusammen die SED dort gegründet werden sollte. Das wurde von Stalin beim Treffen von Vertretern der SED-Führung am 31. Januar 1947 „empfohlen“, als er u. a. die Frage aufgeworfen hatte, ob es „bedeutende linke Führer in den sozialdemokratischen Parteien der Westzonen“ gebe und ob man „in den Westzonen die Bildung einer linken Sozialdemokratischen Partei fördern“ solle - oder ließe Schumacher „diese Linke nicht leben“? Siehe dazu Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov: Stalin und die SBZ: Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar-7. Februar 1947, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, H. 2, S. 279-303; Wladimir K. Wolkow: Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 2000, H. 1, S. 20-49.

SED zur KPD zu lösen⁶, meinte dieser, die Kommunisten führten ihren Kampf in den Westzonen „zu offen“, „viel zu direkt“, sie müßten „sich maskieren“, und er fragte, „ob man es nicht so machen kann, daß einige gute Kommunisten im Westen in die SPD gehen, sich vom Kommunismus lossagen und dann von innen heraus die SPD zu zersetzen beginnen“. Stalin unterstrich, „daß wir es mit Feinden zu tun haben, wo eine derartige List zulässig ist. In Kriegszeiten wird sie angewendet. Und ihr befindet euch in einem echten Krieg.“⁷

Nach den Protokollaufzeichnungen der Politbürotagung vom 19./20. August 1949 fanden im Kreis der SED-Führungsspitze schon Ende Dezember 1948/Anfang Januar 1949 den Stalinschen Vorgaben entsprechende Gespräche statt. In einem „engen Kreis“ wurde über „die Frage des linken Flügels“ in der SPD bzw. „die Notwendigkeit der Entwicklung einer Opposition in der SPD“ diskutiert, und dabei „sogar die Frage einer USP“ gestellt.⁸ Im Verlauf der Tagungen des PB und des PV der SED vom 20. bis 24. August 1949, die sich mit dem Ergebnis der Bundestagswahlen in der BRD vom 14. August 1949 befaßt hatten, kam das Problem der linken Opposition in der SPD bzw. einer linken („zentristischen“) Partei relativ ausführlich zur Sprache. Im PB führte Ulbricht dazu aus: „Schon im Dezember stellten wir als Direktive(!) und nicht als private Meinung die Frage der Opposition in der SPD und (der) Schaffung der USP. Davon weiß allerdings nur ein engerer Kreis.“ Und: „Im Januar stellten wir die Notwendigkeit der Entwicklung einer Opposition in der SPD, selbst unter der Bedingung, daß wir diese nicht vollständig unter unseren Einfluß bringen. Wir stellten sogar die Frage einer USP, falls das unvermeidlich sein sollte.“ Auch Ackermann erinnerte sich in der Diskussion „sehr genau, daß gesagt wurde, die zentrale Frage sei, auf lange Sicht hartnäckig an die Organisation einer SPD-Opposition heranzugehen“.⁹ Tatsache sei aber, so Ulbricht weiter, daß in Hamburg, Schleswig-Holstein und im Ruhrgebiet „mit den sozialdemokratischen Freunden nicht gearbeitet“ werde. „Die Frage des linken Flügels“ setze „eine richtige Orientierung“ voraus, da aber „die Notwendigkeit des differenzierten Kampfes gegen die CDU und (die) SPD nicht richtig gesehen“ wurde, sei die Partei ideologisch nicht weitergekommen.¹⁰ Für den linken Flügel gäbe es in der SPD Kräfte, aber „wir waren bisher nicht imstande, auf sie einen ständigen Einfluß auszuüben“. Dabei hänge alles von der Gewinnung der

6 Seit Februar 1947 waren beide Parteien offiziell in der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD verbunden mit dem Ziel, eine gesamtdeutsche SED zu schaffen. Seit März 1948 war sie praktisch nicht mehr aktiv.

7 Stalin weiter: „Wie die Erfahrung zeigt, sind solche Finten notwendig. Nicht immer ist es vorteilhaft, nackt in den Krieg zu ziehen. Tapferkeit ist eine gute Sache. Doch im Krieg führt Tapferkeit allein nicht zu guten Ergebnissen.“ Zit. nach Wolkow, Die deutsche Frage, S.35. Am 3. Januar 1949 erklärte daraufhin die KPD die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD und den Austritt ihrer Vertreter aus dem Parteivorstand der SED.

8 So Walter Ulbricht auf der Sitzung des PB am 19./20. August 1949. Siehe IV 2/2/39, Bl. 18-20.

9 Ebenda, Bl. 27.

10 Ebenda, Bl. 19. Gemeint war die Richtung des „Hauptschlages“, die die Partei einschlagen sollte, - gegen die CDU und den US-Imperialismus oder gegen die SPD-Führung. Ulbricht plädierte für das Erstere, was von PB und ZK so angenommen und, wenn auch inkonsequent, zu Beginn der 50er Jahre verfochten wurde.

sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter ab. - „Unsere sozialdemokratischen Verbindungen“ sollten besser gepflegt werden; man sollte mit Arp¹¹ und den anderen arbeiten, aber keine zu hohen Anforderungen an sie stellen. - „Sie haben eine USP-Konzeption. Davon werden wir sie nicht sofort abbringen. Wir sind nicht dagegen, wenn sie eine USP gründen, aber diese darf um keinen Preis unter trotzkistischen Einfluß kommen.“¹² Die Perspektive müsse sein, „später mit ihnen eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, anders werden wir mit den Sozialdemokraten nicht fertig“. Den Kampf gegen Schumacher müßten sie selbst führen. Die SED (bzw. KPD) müsse ihnen „die Chance geben, daß sie nicht allzusehr mit uns in Erscheinung treten“. - „Wir werden die Frage der USP nicht bei den SPD-Genossen von uns aus stellen, aber wir müssen Klarheit darüber bei uns haben.“¹³

In die Diskussion um eine „USP“ griff auch der hier anwesende „Genosse T.“ - so in der Protokollniederschrift - ein: „Die Frage der Entwicklung eines oppositionellen Flügels in der SPD müsse klar gestellt werden. Jetzt, nach der westdeutschen Regierungsbildung und der Rekonstruktion des westdeutschen Staates, werde die Kluft zwischen den Führern und den Massen der SPD mehr in Erscheinung treten. Das schaffe die Voraussetzung für die Bildung eines linken Flügels, und es sei durchaus möglich, daß es zur Bildung einer USPD kommen könne. Das müsse man unterstützen, weil daraus große Möglichkeiten erwachsen können.“¹⁴

Schließlich äußerte sich zu dieser Frage noch Karl Schirdewan von der Westkommission beim PB der SED: Die Versuche der KPD, die sektiererische Haltung zu sozialdemokratischen Anhängern aufzugeben, seien nicht fortgesetzt worden, und erinnerte in diesem Zusammenhang „an die seit Jahr und Tag fehlende Politik und klare Linie bezüglich der Schaffung des Zentrums der oppositionellen Sozialdemokraten“. Man habe „mit dem ehemaligen Sozialdemokraten Arp neuerdings einige

11 Erich Arp war oppositioneller Sozialdemokrat, Verfechter einer demokratischen Bodenreform, 1946 Minister für Aufbau und Arbeit in der von den Engländern eingesetzten Regierung, 1947 Minister für Landwirtschaft in der nach den Landtagswahlen vom April 1947 gebildeten SPD-Regierung von Schleswig-Holstein, aus der er im Dezember 1947 aus politischen Gründen ausschied. 1948 vom Bezirk Schleswig-Holstein der SPD zum Düsseldorfer Parteitag delegiert, wandte er sich in der Diskussion gegen die „allzuoft nur noch empirisch-opportunistische Politik“ der SPD, die „durch einen selbständig handelnden Parteiapparat einerseits und durch den Ministerialismus andererseits“, u. a. im bizonalen Wirtschaftsrat und im Länderrat, betrieben werde. Anfang 1949 wurde er wegen seiner Kontakte zur SED/SBZ aus der SPD ausgeschlossen. Er habe, so in einem Brief vom 26.6.1949, wie andere auch „objektiv die Verhältnisse in der Ostzone angesehen..., deren wahrheitsgemäße Darstellung mir vom Parteiapparat der SPD bei meinem Ausschuß besonders vorgeworfen wurde“. (SAPMO-BArch DY 30, IV 2/10.02/105, Bl. 44) Danach war er zeitweilig Sprecher der oppositionellen Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein.

12 Das befürchtete Ulbricht, wobei er von „trotzkistischen Banditen“ sprach. Dazu Paul Merker in der Diskussion: Bei der Frage nach „einer anderen sozialdemokratischen Partei oder der USPD“ sollte man sich „nicht aus Furcht vor Trotzlisten daran hindern lassen, wenn dafür bestimmte Voraussetzungen gegeben“ seien. IV 2/2/39, Bl. 24.

13 Ebenda, Bl. 20f.

14 Ebenda, Bl. 32. Es handelte sich ganz sicher um S. Tjul'panow von der SMAD.

Besprechungen durchgeführt“ und das Projekt der Herausgabe einer Zeitschrift beraten. Es räche sich in der fehlenden Orientierung der Partei auf die sozialdemokratischen Anhänger, „daß der PV die Frage oppositioneller sozialdemokratischer Gruppen apparatmäßig, nachrichtenmäßig und nicht operativ politisch“ behandle. Es gebe von seiten der Partei noch keine Diskussion mit sozialdemokratischen Anhängern über den „nationalen Kampf und die Rolle der Arbeiterklasse. Wir haben nicht verstanden, uns mit den sozialdemokratischen Anhängern über das Wahlprogramm der SPD auseinanderzusetzen“, weder in der Presse, noch in Versammlungen, und das hänge „mit unserer eigenen Unklarheit zusammen“. ¹⁵ Es werde notwendig sein „zu klären, welche Ziele wir bezüglich der Opposition in der Sozialdemokratie verfolgen“. Ohne Zweifel werde „die Opposition in der Sozialdemokratie nicht geringer werden“, sie werde sich „angesichts des Wahlergebnisses“ noch verbreitern, und es komme darauf an, „daß wir die Bildung eines Zentrums der Opposition unterstützen“. Man könne dem Prozeß nicht vorgreifen, ihn nicht künstlich hervorrufen. „Andererseits muß man sehen, daß jede Förderung einer bewußten Opposition in der Sozialdemokratie, von der gegenwärtigen Situation ausgehend, sich entwickeln kann zu einer späteren Spaltung der Sozialdemokratie.“ Es sei mit Arp verhandelt und er zunächst angeregt worden, „eine Broschüre zu schreiben, in der er vom Standpunkt der oppositionellen Sozialdemokraten aus eine fundamentale Kritik an der SPD-Führung formuliert“. Die Basis mit Arp sei „zu schmal... für ein zentristisches parteiähnliches Gebilde“, aber es gebe in Westdeutschland „noch weitere Sozialdemokraten, die für dieses Projekt ernsthaft gewonnen werden“ könnten. „Die KPD und wir tragen für die Bildung eines solchen Zentrums die Verantwortung, daß es sich nicht gegen die Einheit der Arbeiterklasse richtet und ein Instrument in den Händen der Imperialisten wird.“ ¹⁶ Auf der PV-Tagung forderte Schirdewan dazu auf, „persönliche Verbindungen zu den sozialdemokratischen Genossen in Westdeutschland“ aufzunehmen und „das Sektierertum in der KPD zu überwinden“, was „auch eine kameradschaftliche Hilfe für die Förderung einer bewußten Opposition in der SPD sein und die Schaffung eines Zentrums der Opposition in der SPD und seine weitere Entwicklung erleichtern“ werde. ¹⁷

Schirdewans „weitere Sozialdemokraten“, die „ernsthaft gewonnen werden“ könnten, waren keine Erfindung - es gab sie wirklich, und einer von ihnen, Herausgeber eines Informationsdienstes, führte im August/September 1949 Gespräche mit Schirdewan und Dahlem. ¹⁸ Am 16. Oktober 1949 wurde in Frankfurt/Main von ca. 30 aus der SPD wegen Ablehnung des Parteikurses ausgeschlossenen Sozialdemokraten die „Sozialdemokratische Aktion“ (SDA) gegründet. Zu der Veranstaltung war als Gast Karl Schirdewan angereist. Nach der hier angenommenen „Frankfurter Erklärung“

15 Ebenda, Bl. 53.

16 Ebenda, Bl. 55.

17 IV 2/1/69, Bl. 148.

18 Siehe dazu Norbert Podewin/Lutz Heuer: Rote „Blockflöten“. SDA - Die ungeliebten Oppositionellen Sozialdemokraten Berlins (1948-1961), Berlin 2000, S.27 und 36.

wollten die Veranstalter keine neue Partei bilden, sondern eine „freie Arbeitsgemeinschaft sein, auf die sich immer mehr Sozialdemokraten orientieren oder in der sie sich für ihre politische Wirksamkeit in der Partei und Gewerkschaft Rat und Hilfe holen“. Sie wollten „sich darum bemühen, den Weg zum Sozialismus in der SPD wiederzufinden“, und forderten die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie mit freier Diskussion, die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Sozialdemokraten. Die „kämpferischen Sozialisten“, darunter die KPD, sollten nicht diffamiert werden. Ihre Auffassungen wollte die SDA in aller Öffentlichkeit vertreten - man habe nicht die Absicht, so wurde in der anschließenden Pressekonferenz erklärt, „die SPD unterirdisch zu zersetzen“, sondern werde in der Partei offen für die eigenen politischen Auffassungen wirken. Zur SED in der Ostzone sollte ein kameradschaftliches Verhältnis gepflegt werden. Hinsichtlich der politischen Fragen (Oder-Neiße-Grenze, Marshallplan, positive Sicht auf die DDR, Aktionseinheit u. a.) bestand weitgehende Übereinstimmung mit der SED.¹⁹ Fred Loewenberg, aktiver Teilnehmer und Organisator der SDA in München/Bayern, betont, daß die Gründung der SDA in der Bundesrepublik von den linken oppositionellen Sozialdemokraten ausgegangen war, denen es um die SPD, nicht gegen sie ging. Das Schicksal der SDA sei von Tragik (bzw. „Doppelbödigkeit“) gezeichnet gewesen: Es habe in der SPD damals ein gewichtiges Potenzial für die Erneuerung der Partei „im Sinne August Bebel“, die die SDA angestrebt habe, gegeben; jedoch mischte sich die SED störend ein, indem sie (wie Stalin es für die SPD empfohlen hatte?) in die SDA „verkappte Kommunisten einpflanzte“, was schließlich von Verfassungsschutz und Justiz für ihr Verbot genutzt wurde.²⁰

Die Protokollniederschriften des PB und des ZK der Jahre 1950-1953 lassen nachvollziehen, was und wie die SED-Führung in Sachen „sozialdemokratische Opposition“ - nicht nur, aber auch gegenüber der SDA - unternahm.

So legte die Westkommission Ende April 1950 eine vertrauliche Information „Zur Lage in Westdeutschland und zu einigen aktuellen Aufgaben der Partei“ vor. Darin war unter „IV. Zur Auseinandersetzung mit der SPD und der Entwicklung einer Opposition innerhalb der SPD“ zu lesen: „Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Parteitagess der SPD Ende Mai (1950) muß die KPD eine prinzipielle Auseinandersetzung mit den ideologischen Positionen und mit der ganzen aktuellen Politik der rechten sozialdemokratischen Führer vornehmen. Die Arbeit der ‚Sozialdemokratischen Aktion‘ ist wirkungsvoller und konkreter als bisher zu unterstützen und Kurs auf die Ausnutzung der Unzufriedenheit in breiten Teilen der SPD-Mitgliedschaft zu nehmen, mit der Linie der Organisierung einer Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Organisatio-

19 Siehe Zur Bildung der „Sozialdemokratischen Aktion“, in: Einheit. Theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin, 1950, H. 1, S.75-77, gez. Ewald Martin. Michael Lemke betrachtet die SDA als reine SED-Angelegenheit (Siehe Lemke, Einheit, S.152-154.) Norbert Podewin sieht das anders. (Siehe Podewin/Heuer, Rote „Blockflöten“, S.28. Die folgenden Auskünfte über die SDA in der BRD nach dieser Schrift, S.27-39.).

20 Gespräch der Autorin mit Fred Loewenberg, Berlin, am 24.11.2003.

nen.²¹

Konkrete Ergebnisse erbrachte diese „Linie“ nicht. Dessen ungeachtet schrieb Bruno Haid, Mitarbeiter der Westkommission, ein Vierteljahr später in der „Einheit“ über den Hamburger Parteitag der SPD: Trotz aller Schikanen der SPD-Führung gegenüber kritischen Sozialdemokraten erstarkten „auch in Westdeutschland jene oppositionellen Gruppen in der SPD, die sich gegen den Verrat der rechten Führer wenden und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herbeisehnen. Die parallel zum Hamburger Parteitag abgehaltene Tagung dieser unter der Führung der Sozialdemokratischen Aktion stehenden Gruppen ist ein deutlicher Ausdruck für die Opposition der aufrechten und ehrlichen Arbeiter in der deutschen Sozialdemokratie.“²² Otto Buchwitz berichtete in einem Aufsatz über eine Versammlung der SDA in Düsseldorf im Rahmen des Landtags-Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen, an der er teilgenommen hatte: „Das sind jene ehrlichen Sozialdemokraten, welche die Politik Dr. Schumachers kritisierten und infolgedessen aus der SPD ausgeschlossen wurden... Die SPD-Führung hatte ein Rollkommando in die Versammlung gesandt, das sich so betrug wie 1932 die Nazis in den Versammlungen der SPD. Sie mußten erst durch den Lokalinhaber aus dem Saal verwiesen werden, damit die Versammlung zu Ende geführt werden konnte.“²³

Am 12. September 1950 wurde im PB u. a. festgelegt: „2) ... nach sorgfältiger Vorbereitung und Überprüfung sollen Gruppen oppositioneller Sozialdemokraten aus einzelnen Gebieten zu Aussprachen und evtl. Studienfahrten in die DDR eingeladen werden. 3) Die Politik der Sozialdemokratischen Aktion und der Inhalt ihrer Presse ist vollständig auf die Arbeit unter den Mitgliedern in der Sozialdemokratie auszurichten.“²⁴ Am 19. September 1950 ging es im Rahmen eines Maßnahmeplanes für die „Herstellung der Aktionseinheit in Westdeutschland“ u. a. um einen „Überblick über die im Maßstab ganz Westdeutschlands vorhandenen einsatzfähigen Reserven, die bei der anschließenden Konzentrierung der Arbeit auf bestimmte Teile NRWs und Ham-

21 SAPMO-BArch, NY 4090/300, Bl. 251.

22 Bruno Haid: Der Hamburger Parteitag der SPD, in: Einheit, 1950, H. 7, S.583.

23 Neues Deutschland, 27.6.1950. In den dreieinhalb Jahren ihrer Existenz (Oktober 1949- Februar 1953) in der Bundesrepublik war die SDA durchaus nicht unwirksam, wenngleich sie, außer in Bayern, wegen geringer Mitgliederzahl keinen flächendeckenden Aufbau erreichen konnte. Zu den größten Aktionen gehörten u. a. die „Heddersheimer Tagung“ am 22. April 1951, als etwa 1000 Teilnehmer in dem Frankfurter Ortsteil einen Aufruf gegen die Remilitarisierung und für Volksbefragung darüber verabschiedet hatten, und die Zentrale Tagung der SDA in Groß-Zimmern am 15./16. Dezember 1951, in der es gegen den Generalvertrag der BRD-Regierung mit den Westmächten und um einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland ging. 1952 warb die SDA im Rahmen der „Ohne-uns“-Bewegung für ein bedingungsloses Nein zur Wiederaufrüstung der BRD. Im Juli und September d. J. wurden auf Tagungen in Mannheim bzw. in Ludwigshafen, an denen ca. 100 Sozialdemokraten (nicht nur von der SDA) teilgenommen hatten, im Vorfeld des Dortmunder Parteitags der SPD (September 1952) alternative Forderungen zum vorgesehenen Aktionsprogramm der SPD formuliert. Alle größeren Versammlungen der SDA wurden polizeilich aufgelöst (so auch die genannten) oder von SPD-„Rollkommandos“ gestört, wie Buchwitz berichtete. (Eine ausführliche Geschichte des restriktiven Umgangs der SPD-Führung mit ihren oppositionellen Mitgliedern steht bis heute noch aus).

24 IV 2/2/108, Bl. 76.

burgs (bzw. Betriebe) herangezogen werden können (Oppositionelle SPD, linke Elemente innerhalb der SPD usw.).²⁵ Am 31. Oktober 1950 folgte noch ein vom PB beschlossener Maßnahmenplan für den Kampf um die Aktionseinheit mit Sozialdemokraten, in dem zwei Punkte die SDA betrafen: „7) Die ‚Sozialdemokratische Aktion‘ ist bei ihrem organisatorischen Aufbau in allen Ländern, Kreisen und Städten zu unterstützen. Es ist dabei zu sichern, daß ihre Leitungen sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die innerhalb der SPD als Funktionäre tätig sind. Die Zeitung ‚Sozialdemokratische Aktion‘ soll zu einem operativen Organ für die Herstellung der Einheitsfront und die Aktionseinheit umgewandelt werden. 8) Mit der Leitung der SDA ist ein konkreter Arbeitsplan für die Durchführung ihrer nächsten politischen Aufgaben und den planmäßigen Aufbau der Organisation zu vereinbaren. Die spezielle Schulung der leitenden Funktionäre der SDA in 14tägigen Kursen in der DDR ist weiterzuführen, um in allen Ländern einen qualifizierten Funktionärsstab zu erzielen.“²⁶

Die im Herbst 1950 hochgesteckten Erwartungen hinsichtlich der oppositionellen Entwicklung in der SPD erfüllten sich wieder nicht. Das SED-Politbüro blieb jedoch auch in den folgenden zwei Jahren bei seiner vom Wunschenken geprägten „Linie“ und setzte weiterhin auf die SDA. So empfahl es nach der Veröffentlichung des „Offenen Briefes“ des ZK an westdeutsche Sozialdemokraten und Kommunisten vom 1. September 1951, „daß von der Leitung der Sozialdemokratischen Aktion und ihrer Zeitung zum Brief Stellung genommen wird und die Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Mitgliedern Unterstützung erfährt.“²⁷ Im Anschluß an die 7. ZK-Tagung beriet das PB am 23. Oktober 1951 über die „Weiterführung der Bewegung für die Einheit Deutschlands und den Frieden“ und legte im Beschlußprotokoll u. a. fest: „Führende Persönlichkeiten und Funktionäre der SPD sind bei der Herausbildung eines starken Oppositionskerns zu unterstützen. Dabei ist eine solche Linie zu entwickeln, die es Schumacher und der rechten SPD-Führung nicht erlaubt, die sich entwickelnden Oppositionskräfte von den sozialdemokratischen Massen zu isolieren.“²⁸

Aus Instrukteurberichten wurden Mitte Mai 1952 optimistische Schlußfolgerungen in bezug auf die Lage in der SPD abgeleitet: Es seien in ihr antisowjetische Stimmungen und feindselige Haltungen gegenüber Kommunisten zurückgegangen; in den Landesorganisationen werde „immer kategorischer... der entschlossene Kampf gegen die Adenauer-Regierung gefordert“; die Opposition in ihr wachse „in verhältnismäßig schnellem Maße“, es gebe in ihr „zahlreiche Strömungen der Opposition“ - aber „noch nicht eine klare, zielbewußte Opposition, die alle, auch die raffiniertesten Manöver der rechten Führer durchschaut (und) sich einheitlich über alle Länder erstreckt“; doch seien „in den letzten Monaten Vorgänge in Erscheinung“ getreten, die vermuten ließen,

25 IV 2/2/109, Bl. 36.

26 IV 2/2/116, Bl. 23.

27 IV 2/2/163, Bl. 32.

28 IV 2/2/172, Bl. 17.

„daß Kräfte innerhalb der Landesorganisationen der SPD am Werk sind, deren Einfluß größer wird und die den Versuch unternehmen, die Opposition zu organisieren“.²⁹ Nach der Unterzeichnung des General- und des EVG-Vertrages durch Adenauer Ende Mai 1952 wurde im PB wieder an Maßnahmen gegenüber der SPD gedacht. Im Protokoll seiner Sitzung vom 10. Juni 1952 wurde u. a. festgelegt: Auf einer Pressekonferenz solle „die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung zur Frage des Generalvertrages“ erörtert werden, und dabei sollte versucht werden, „daß der Sprecher der Pressekonferenz ein sozialdemokratischer Funktionär ist“; eine „Erklärung führender Sozialdemokraten“ sollte organisiert werden; es sei außerdem notwendig, „einen neuen Plan auszuarbeiten über die Arbeit mit sozialdemokratischen Funktionären, um die Aktionseinheit auf einer breiten Basis zustandezubringen“.³⁰

Auch 1953 änderte die SED-Spitze diese ihre Politik nicht, obwohl sie nun nicht mehr auf die SDA setzen konnte. Hatte diese schon seit ihrer Gründung sehr schnell die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes und der Justiz auf sich gezogen (im Oktober 1951 mußte sie - auf Veranlassung des SPD-Parteivorstands - per Gerichtsentscheid ihren Namen in „Sozialistische Aktion“ ändern, blieb aber bei der Abkürzung SDA), so wurde am 8. Februar 1953 eine von ihr einberufene Veranstaltung von der Polizei gewaltsam beendet. Mehrere ihrer Aktivisten wurden verhaftet, die anderen ca. 60 Teilnehmer der Polizei zugeführt, von ihr vernommen usw., die SDA-Büros in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein durchsucht. „Das Kapitel ‚Sozialdemokratische Aktion‘ war damit... für die Bundesrepublik Deutschland (Berlin ausgenommen - U. Pl.) geschlossen.“³¹ Die SED-Führung blieb trotzdem bei der Hoffnung auf eine wirksame Opposition in der SPD, so in der PB-Sitzung am 8. Dezember 1953, in der wieder einmal die Lage in der SPD debattiert wurde.³²

Es waren nicht nur, wohl nicht einmal in erster Linie, die Gewaltmaßnahmen der westdeutschen Polizei und Justiz, auch nicht die Restriktionen der SPD-Führung gegenüber oppositionellen Sozialdemokraten, die die Träume der SED-Spitze von einer „organisierten Opposition“ in der SPD als Instrument für die Durchsetzung der eigenen Deutschlandpolitik im Westen Träume sein ließen. Ausschlaggebend war die - auch für oppositionelle Sozialdemokraten in und neben der SPD - teils wenig anziehende, teils direkt abstoßende, von der SED als „führende Kraft“ weitgehend geprägte Wirklichkeit in der SBZ/DDR, im besonderen die Demokratie-Defizite in ihr, darunter der Terror gegenüber Andersdenkenden, auch in der SED selbst, der sich nicht nur, aber vor allem - und gerade in den Jahren 1948-1953 - gegen frühere Sozialdemokraten gerichtet hatte.³³

29 SAPMO-BArch, NY 4090/656, Bl. 84-86.

30 IV 2/2/215, Bl. 7.

31 Podewin/Heuer, Rote „Blockflöten“, S.36. 1956 fand - parallel zum KPD-Verbotsprozeß - der Prozeß gegen sechs leitende Funktionäre der SDA wegen Vorbereitung eines „bestimmten hochverräterischen Unternehmens“ statt, der mit z. T. mehrjährigen Haftstrafen endete.

32 Siehe IV 2/2/336, Bl. 8.

33 Siehe Harold Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 4, Köln 1990 u. a..

Max Hoelz:
"Ich grüße und küsse Dich - Rot Front!"
Tagebücher und Briefe, Moskau 1929 - 1933

Herausgegeben von Ulla Plener
Karl Dietz Verlag Berlin, Herbst 2004

Max Hoelz. Sein Leben kann sinnbildlich für den Beginn des "Zeitalters der Extreme" (Hobsbawm) stehen: Das Erleben des ersten Weltkriegs führte ihn vom Weißen Kreuz zur roten Fahne. Stimuliert von der Revolution in Russland 1917, wird er in den Jahren 1918-1921 zu einem Rächer der Armen und Erniedrigten. Im Juni 1921 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, im Juli 1928 freigelassen, setzt er sich für die Politik der KPD ein und reist Ende August 1929 in die Sowjetunion. Hier engagiert er sich enthusiastisch für eine neue, humane Welt. Im September 1930 kurzzeitig in Deutschland, wird er von den Nazis blutig zusammengeschlagen. Wieder in der Sowjetunion, setzt er sich mit ganzer Kraft für die "Generallinie der Partei" ein - und bleibt stets ein Rebell. Er gerät zunehmend in Konflikt mit bürokratisierten Parteifunktionären und, so schreibt er an Stalin am 7. Mai 1933, "in einen Zustand absoluter Hoffnungslosigkeit". Am 16. September 1933 wird sein Leichnam aus der Oka geborgen.

Hoelz' Tagebücher und Briefe sind ganz seltene Zeugnisse des Umbruchs in der Sowjetunion des ersten Fünfjahrplans (1929-1933). Sie dokumentieren die Stalinisierung der Komintern und ihrer Parteien, gespiegelt in Gefühlen, Gedanken, Handlungen eines einzelnen gläubigen Kommunisten, der sich an der Partei stalinschen Typs wundstößt und schließlich daran zerbricht.

Politischer Neubeginn unter sowjetischer Besatzung: Die Konstituierung des Zentralausschusses (ZA) der SPD in Berlin im Mai/Juni 1945

Matthias Loeding

Nach Beendigung der Kampfhandlungen und der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Diktatur begannen die Sozialdemokraten in Berlin - ebenso wie die Kommunisten - mit der Sammlung und organisatorischen Zusammenfassung der Parteimitglieder, obwohl zu diesem Zeitpunkt parteipolitische Tätigkeit noch nicht erlaubt war. Verbindungen, die den Nationalsozialismus überdauert hatten, waren entscheidende Schlüssel zum raschen organisatorischen Wiederaufbau traditioneller Parteistrukturen. Kennzeichnend für den Reorganisationsprozeß der Partei vor der offiziellen Zulassung waren die Sammlung um ortsbekannte SPD-Funktionäre der Weimarer Republik und die Verbindungsaufnahme zu Sozialdemokraten in den neugebildeten Verwaltungsstellen. Die so entstandenen Sammel- und Anlaufpunkte für die ehemaligen sozialdemokratischen Parteimitglieder und Altfunktionäre waren für die organisatorische Arbeit von hohem Wert.¹ Im Ergebnis dieser Bemühungen entstanden SPD-Parteiorganisationen in ihren Grundzügen schon vor der offiziellen Parteizulassung durch den Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 10. Juni 1945.² Aus dieser Tatsache heraus erklärt sich auch der starke Mitgliederzuwachs der SPD in Berlin nach der offiziellen Lizenzierung.³

Die Sozialdemokraten, die nach der Befreiung in Deutschland die politische Arbeit wieder aufnahmen, hatten zunächst keine auf die Nachkriegszeit vorbereitete Führung. Der Einfluß des Londoner Exilvorstands auf den Reorganisationsprozeß der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1945 blieb marginal, auch wenn man in London den Versuch unternahm, den Wiederaufbau von außen zu begleiten, um seine Führungsansprüche zu wahren.⁴ Die Initiatoren eines Zentralausschusses (ZA) der SPD in Berlin wollten ein provisorisches Führungsorgan der sozialdemokratischen Partei für ganz Deutschland schaffen.⁵ Aber nicht nur deshalb besaßen ihre Aktivitäten von Anbeginn einen hohen Stellenwert von überlokaler

1 Siehe Siegfried Thomas: Der Kampf um die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin 1945-1946, Dissertation, Berlin 1962, S.51f.; Erinnerungen Max Fechners, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), SgY 30, 1274, Bl. 73.

2 Siehe Siegfried Thomas: Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, 2. Auflage, Berlin 1967, S.54.

3 Siehe Mitgliederzahlen der SPD in Berlin, SAPMO BArch, NY 4073/7, Bl. 4 (RS).

4 Siehe Albrecht Kaden: Die Wiedergründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945/46, Dissertation, Hamburg 1960, S.79-84.

5 Siehe Manuskripteläuterungen zur Seite 45, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Nachlaß Gniffke, 11/1.

Bedeutung.⁶ Für viele Sozialdemokraten auch in den Westzonen war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Parteivorstand seinen Sitz in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, hatte.⁷ Der Vorgang der Konstituierung des ZA stellt sich als Zusammenführung von drei sozialdemokratischen Gründungsinitiativen in Berlin dar, die sich zunächst unabhängig voneinander um die Sammlung von Sozialdemokraten bemühten. Der Gründerkreis des ZA⁸ bestand aus drei Gruppen von Sozialdemokraten, die zum Großteil bis 1933 parteipolitisch hervorgehobene Positionen auf SPD-Bezirks- oder -Landesebene eingenommen hatten oder als Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaften tätig gewesen waren, aber vor 1933 (bis auf Karl Litke) nicht zur Führungsspitze der SPD gehörten. Ihnen gelang es im Mai 1945 nicht, ihre organisatorischen Aktivitäten zusammenzuführen. Sie traten auch nicht in Verbindung zu der von Walter Ulbricht geleiteten KPD-Remigrantenengruppe⁹, denn Walter Ulbricht ging jeder Kontaktaufnahme aus dem Wege, obschon sich die Sozialdemokraten in mannigfaltiger Hinsicht bemühten und er Kenntnis von den sich formierenden SPD-Führungskreisen hatte.¹⁰

Der Prozeß der Reorganisation sozialdemokratischer Parteistrukturen und die Herausbildung eines zentralen Führungskreises waren kompliziert. Überregionale Kontakte zwischen führenden Sozialdemokraten existierten nicht mehr, und durch die kriegsbedingte Zerstörung der verkehrstechnischen und kommunikativen Infrastruktur wurde die Verbindungsaufnahme noch zusätzlich behindert. Die drei

6 In der zeitgeschichtlichen Forschung wird gelegentlich verdrängt, daß die Parteizulassungen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) einem gesamtdeutschen Zweck dienen sollten. Siehe Alexander Fischer: Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Michael Richter/Martin Rissmann: Die Ost-CDU, Weimar u. a. 1995, S.9-23, hier S.9.

7 Siehe Detlev Siegfried: Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf“. SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992, S.79f.; Thomas, Kampf, S.58; Ulla Plener: SPD 1945-1949. Politische Konzeption und Praxis - Ergebnisse und ihre Ursachen, Berlin 1979, S.15-21; Ulrich Schneider: Vereinigungsbestrebungen nach 1945 in den Westzonen - Möglichkeiten und Grenzen, in: Johannes Klotz (Hrsg.): Zwangsvereinigung? Zur Debatte über den Zusammenschluß von SPD und KPD 1946 in Ostdeutschland, Heilbronn 1996, S.11-29, hier S.20f.; Günter Benser: Die unterschiedlichen Bedingungen und Ergebnisse des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse in Ost- und Westdeutschland 1945/46, in: Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse 1945-1964, Berlin 1965, S.11-40, hier S.20f.; Kurt Wrobel: Traditionen des Kampfes westdeutscher Arbeiter für die Einheit der Arbeiterklasse (1945-1946), in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (BzG) 1960, H. 1, S.51-65, hier S.55-58; Walter Müller: Die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945/1946, in: BzG 1961, Sonderheft, S.117-138, hier S.121-125; Markus Jodl: Amboß oder Hammer? Otto Grotewohl. Eine politische Biographie, Berlin 1997, S.84.

8 Siehe zur Konstituierung des Zentralausschusses Harold Hurwitz: Die Anfänge des Widerstands, Teil 1. Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, Köln 1990, S.75-151; Andreas Malycha: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945. Zu Rolle und Wirksamkeit des Zentralausschusses (ZA) im Ringen um die antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen in der Etappe der Aktionseinheit von KPD und SPD (Mai 1945 bis Dezember 1945), Dissertation, Berlin 1988, S.11-20.

9 Siehe zur Gruppe Ulbricht Gerhard Keiderling: „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedegründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993.

10 Siehe Hurwitz, Anfänge, S.107; Brief Ulbrichts an Dimitroff, 23.5.1945, SAPMO BArch, NY 4036/629, Bl. 16; Rudi Beckert: Lieber Genosse Max. Aufstieg und Fall des ersten Justizministers der DDR Max Fechner, Berlin 2003, S.72f.

sozialdemokratischen Kreise, aus deren Zusammenführung sich am 7. Juni 1945 der „Vorbereitende Ausschuß“ der SPD für Berlin formierte, waren schon zur Zeit des Nationalsozialismus entstanden: der Schöneberger Kreis in den Geschäftsräumen von Erich W. Gniffke in der Bülowstraße (Bezirk Schöneberg), der Kantstraßenkreis in der Wohnung der Familie Germer (Bezirk Charlottenburg) und der Neuköllner Kreis in der Wohnung und den Geschäftsräumen Max Fechners. Die Anlauf- und Sammelstelle für sozialdemokratische Funktionäre und Mitglieder in den Geschäftsräumen von Erich W. Gniffke in der Bülowstraße 7 bestand seit Mitte Mai 1945. Diesem Kreis sozialdemokratischer Funktionäre gehörten Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Engelbert Graf, August Karsten u.a. an. Die beiden anderen sozialdemokratischen Führungskreise um Karl J. Germer sen. und Max Fechner schlossen sich bis zum 7. Juni 1945 dieser Initiative an.¹¹ Die Initiative in Schöneberg wurde hauptsächlich von ehemaligen Funktionären getragen, die aufgrund nationalsozialistischer Verfolgung und kriegsbedingter Ereignisse nach Berlin gekommen waren.¹² So hatten Gniffke und Grotewohl ihre Heimatstadt Braunschweig nach der nationalsozialistischen Machtergreifung verlassen, weil sie um ihre persönliche Sicherheit fürchten mußten. Während Gniffke in Berlin als Alleinvertreter der Braunschweiger Kohleherd-Fabrik Haibacko unter dem Deckmantel einer Verkaufsorganisation ein Netz illegaler Kontakte über das ganze Deutsche Reich aufbaute¹³, siedelte Grotewohl zuerst nach Hamburg über.¹⁴ Nachdem es ihm dort nicht gelungen war, beruflich voranzukommen, folgte er Anfang 1938 Gniffke nach Berlin und wurde dessen Büroleiter.¹⁵ Im gleichen Jahre wurden die beiden Männer von der Gestapo festgenommen, am 4. März 1939 aber wieder aus der Gefängnishaft entlassen. Obwohl sie nun nicht mehr in einem Unternehmen arbeiten durften, riß ihre Verbindung nicht ab. Nach dem Krieg nahm Grotewohl im Bezirksamt Schöneberg/Friedenau am 6. Juni 1945 eine Stellung als Dezernent für Finanzen und Steuern an.¹⁶ Sein Freund Erich Gniffke kehrte nach Beendigung der Kampfhandlungen am 8. Mai 1945 nach Berlin zurück und suchte Otto Grotewohl in der Motzstrasse 22 in Berlin-Schöneberg auf, wo dieser das Amt eines Hausobmanns innehatte.¹⁷ Unmittelbar danach wurde in den Geschäftsräumen Gniffkes in der Bülowstraße eine Anlaufstelle für sozialdemokratische Altfunktionäre und –mitglieder eingerichtet.¹⁸ In Schöneberg gelang es Erich Gniffke, in Kontakt mit dem sozialdemokratischen Bürgermeister Wendland zu treten, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, eine Initiative zur Sammlung der ehemaligen Sozialdemokraten im

11Siche Brief von Engelbert Graf, Otto Grotewohl, August Karsten und Erich Gniffke an Max Fechner, undatiert (handschriftlicher Nachtrag, S.6.45), AdsD, Nachlaß Gniffke, 32; Hurwitz, Anfänge, S.86f.

12Siche Thomas, Kampf, S.53; Malycha, SPD, S.15.

13Siche Erich W. Gniffke: Ich lebte in Deutschland, S.9, AdsD, Nachlaß Gniffke, 27.

14Siche Otto Grotewohl. Skizzen, Zeichnungen, Aquarelle, Gemälde. Zusammengestellt und eingeleitet von Heinz Voßke, Berlin 1984, S.9.

15Siche Jodl, Amboß, S.68f.; Heinz Voßke: Otto Grotewohl. Biographischer Abriss, Berlin 1979, S.103.

16Siche Wolfgang Triebel: Otto Grotewohl im Spannungsfeld deutscher Parteien und Besatzungspolitik, Berlin 1993, S.32.

17Siche Telefoninterview mit Prof. Wolfgang Leonhard am 11.9.2000, Privatarchiv Loeding.

18Siche Triebel, Otto Grotewohl, S.28.

Bezirk zu ergreifen.¹⁹ Zu diesem Zweck hatte er zu einer öffentlichen Versammlung in das Rathaus Schöneberg/Friedenau eingeladen²⁰, auf welcher Otto Grotewohl seine erste öffentliche Rede nach dem Ende der faschistischen Diktatur hielt. „Auf die großen Opfer und die unermeßlichen Zerstörungen hinweisend, sprach er eindringlich und überzeugend von der Notwendigkeit der Einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte, vor allem des einheitlichen Handelns mit den kommunistischen Klassengenossen.“²¹ Diese Rede Grotewohls entfaltete eine solche Breitenwirkung unter Sozialdemokraten, daß sich in der Bülowstraße bis zum Ende Mai 1945 eine Vielzahl von namhaften sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären zusammenfand²² und der Gründerkreis in der Bülowstraße zu einem koordinativen Zentrum wurde. Grotewohl und Gniffke waren bestrebt, weitergehende Informationen zur Besatzungssituation zu erhalten.²³ In Begleitung von Engelbert Graf suchten sie deshalb den neugebildeten Magistrat der Stadt Berlin auf und trafen dort auf den Sozialdemokraten Josef Orlopp, der in der neuen Berliner Zentralverwaltung bereits eine Tätigkeit als Stadtrat für Handel und Versorgung übernommen hatte und den Sozialdemokraten aus der Bülowstraße bekannt war. Walter Ulbricht und ein sowjetischer Offizier hatten Orlopp Anfang Mai 1945 in dessen Wohnung in Berlin-Wedding aufgesucht und ihn gebeten, als Stadtrat in den neu zu bildenden Magistrat einzutreten.²⁴ Er erschien Gniffke und Grotewohl als geeigneter Ansprechpartner im Magistrat, um mit führenden Kommunisten in Kontakt zu treten. Im Gespräch mit Orlopp beschlossen die Vertreter des Bülowstraßenkreises, sich gegenüber den Kommunisten in der Gesamtverwaltung als „Vorbereitender Ausschuß der SPD“ vorzustellen.²⁵ Ihnen war besonders daran gelegen, mit Arthur Pieck zusammenzutreffen. Zu diesem Zweck begleitete Engelhard Graf Gniffke und Grotewohl zur Familie Pieck, mit der er in freundschaftlicher Verbindung stand.²⁶ Der Sohn des KPD-Exilvorsitzenden war als Offizier der Roten Armee nach Berlin zurückgekehrt und bekleidete nunmehr in der Magistratsverwaltung das Amt des Stadtrats für Personalfragen und Verwaltung. Es gelang den Sozialdemokraten, mit ihm für den 17. Mai 1945 in der Bülowstraße ein Gespräch mit führenden Repräsentanten der KPD zu vereinbaren. Zu diesem Gespräch erschienen die KPD-Vertreter wie zu anderen vereinbarten Verabredungen nicht.²⁷

19 Siehe Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S.18.

20 Siehe Erinnerungen August Karstens, SAPMO BArch, SgY 30, 1328, Bl.12.

21 Zitiert nach: Triebel, Grotewohl, S.28. Die Versammlung fand um den 9.5.1945 statt.

22 Siehe Gniffke, Jahre, S.20f.

23 Siehe ebenda, S.22.

24 Siehe Erinnerungen Josef Orlopps, SAPMO BArch, SgY 30, 98, Bl. 121f.; Josef Orlopp: Als Stadtrat im ersten Berliner Magistrat, in: Wir sind die Kraft. Der Weg zur Deutschen Demokratischen Republik. Erinnerungen, Berlin 1959, S.133-146, hier S.134.

25 Siehe Gniffke, Jahre, S.23.

26 Siehe ebenda, S.22.

27 Siehe Rede Otto Grotewohls am 20.12.1945, Protokoll der 1. Sechziger Konferenz, SAPMO BArch, RY 1, I/2/2/19, Bl. 6-21, hier: 11.

Ähnliche Erfahrungen sammelte auch Max Fechner, der Ende April/Anfang Mai 1945 versuchte, mittels eines Briefes Kontakt zu Walter Ulbricht aufzunehmen.²⁸ Walter Ulbricht hat stets bestritten, einen solchen Brief Fechners erhalten zu haben.²⁹ Tatsächlich sind erhebliche Zweifel am Datum 28. April 1945 angebracht. Zu dieser Zeit weilte Ulbricht noch in Moskau. Von seiner bevorstehenden Rückkehr nach Berlin konnte Fechner nichts wissen. Er dürfte erst Anfang Mai 1945 Kenntnis vom Eintreffen Ulbrichts in Berlin erhalten haben.³⁰ Doch denkbar ist, daß Max Fechner im Anschluß an den Besuch Ulbrichts im Bezirksamt Neukölln am 2. Mai den Brief an den KPD-Funktionär verfaßt hatte. Fechner selber erwähnte später zwei Briefe: einen von Ende April und einen von Mitte Mai. Auf beide hätte er keine Antwort erhalten.³¹ Die SPD-Wiedergründungsinitiativen in den Bezirken der deutschen Hauptstadt nahm Ulbricht nachweislich erst Mitte 1945 wahr. Darüber gibt ein Brief Ulbrichts vom 17. Mai 1945 an Dimitroff in Moskau Auskunft: „Die SPD hält sich in den Bezirken noch zurück.“³² Fechner hatte seinen Erinnerungen zufolge den Brief an Walter Ulbricht im Ergebnis einer „erneute(n) Zusammenkunft aller Funktionäre von Berlin mit einigen Vertretern aller aus dem übrigen Deutschland“ verfaßt, um die KPD „zur sofortigen gemeinsamen Arbeit“ aufzufordern.³³ Er stellte sich als ehemaliger sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter und kommunalpolitischer Redakteur vor, der „dem 1933 eingesetzten illegalen Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei“ angehörte und „in dieser Eigenschaft auch viel mit KPD-Mitgliedern gearbeitet“ habe. Er schrieb „um darzutun, daß sich meine Freunde gerne bei dem, wie ich hörte, bereits durch Deine Initiative im Gang befindlichen Wiederaufbau der kommunalen Verwaltung zur Verfügung stellen.“ Fechner schlug Ulbricht vor, ein Gespräch unter Sozialdemokraten und Kommunisten darüber zu führen, „wie es möglich wäre, endlich die ersehnte Einheitsorganisation der deutschen Arbeitklasse zu schaffen“. Seiner Ansicht nach erschienen die Umstände dafür vorteilhaft, denn es wäre leichter, die Einheit „zu Beginn der politischen Tätigkeit“ zu schaffen, „als wenn wir erst bei den Nachwirkungen der Kriegshandlungen angelangt sind“³⁴. Der Brief Fechners war der Versuch, einen politischen Ansprechpartner zu finden, der es ermöglichte, aktiv am neu entstehenden politischen Leben teilzuhaben. Die Initiative Fechners zur Schaffung einer Einheitsorganisation war keine durch Parteiinstanzen der SPD autorisierte Offerte.

28 Siehe Brief Max Fechners an Walter Ulbricht, 28.4.1945, SAPMO-BArch, NY 4101/15, Bl. 1. Den Brief Fechners erwähnte Otto Grotewohl in seiner Rede auf der 1. Sechziger Konferenz. Siehe Rede Otto Grotewohls am 20.12.1945, Bl. 10f.

29 Siehe Erinnerungen Max Fechners, Bl. 74.

30 Siehe Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1961, S.356f.

31 Siehe Max Fechner: Geschichtsfälschung und was dahinter steckt, in: Neues Deutschland, 9.4.1966; Erinnerungen Max Fechners, Bl. 74. In den Akten des Nachlasses von Ulbricht und den KPD-Unterlagen im SAPMO-BArch habe ich den Brief nicht finden können. Siehe auch Günter Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin 1985, S.175.

32 Rekonstruierte Notizen aus einem Bericht Ulbrichts an Dimitroff, 17.5.1945, SAPMO-BArch, NY 4036/629, Bl. 9.

33 Erinnerungen des Genossen Max Fechner, SAPMO-BArch, NY 4072/168, Bl. 62.

34 Brief Max Fechners an Walter Ulbricht, 28.4.1945.

Die Neuköllner Gruppe um Fechner hatte in der zweiten Maihälfte 1945 mit der Sammlung und Erfassung ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre und Mitglieder begonnen. Die Hauptaufgabe bestand darin, bestehende Verbindungen aufrechtzuerhalten, neue Kontakte aufzubauen und untereinander zu verknüpfen.³⁵ Hierbei wurden die Berliner Bezirksverwaltungen und kommunale Einrichtungen wie die Lebensmittelkarten-Ausgabestellen zum Ausgangspunkt der Reorganisation.³⁶ Zentrale Anlaufpunkte waren die Wohnung Max Fechners und das Lebensmittelgeschäft seiner Frau in der Ziethenstraße. Zu dieser Gruppe sozialdemokratischer Funktionäre gehörten Otto Meier, Hermann Harnisch, Richard Weimann, Bernhard Göring und Karl Litke.³⁷ Bernhard Göring und Richard Weimann engagierten sich nachweislich ebenfalls im Organisationskomitee in der Kantstraße bei Familie Germer.³⁸ Der Gruppe um Fechner in Berlin-Neukölln, gelang es, bis Ende Mai 1945, ehemalige sozialdemokratische Funktionäre aus allen Ortsteilen dieses Verwaltungsbezirks zusammenzuführen und überbezirkliche Verbindungen aufzubauen.³⁹ Auf der konstituierenden Sitzung des Organisationskomitees sozialdemokratischer Gewerkschafts- und Parteifunktionäre am 15. Mai 1945 erschien Fechner nicht⁴⁰, obschon Kontakt bestand.⁴¹ Vermutlich fehlte er krankheitsbedingt.⁴² In jedem Fall suchte Karl Germer jun. Fechner nach dem Treffen in Neukölln auf, um ihm die Mitarbeit in einem von sowjetischen Besatzungsbehörden geförderten antifaschistischen Komitee anzubieten.⁴³ Fechner ergriff diese Möglichkeit und trat als Vertreter des Kampfverbands „Freies Deutschland“ in Neukölln auf. Allerdings scheiterte dieser Versuch, eine Keimzelle für eine politische Betätigung zu bilden.⁴⁴ Anfang Mai 1945 hatte Germer eine Verbindung zwischen dem sozialdemokratischen Gründungskreis in der Kantstraße 125 und einer Gruppe aktiver NS-Widerstandskämpfer hergestellt, die ihrerseits in Charlottenburg einen Kampfverband „Freies Deutschland“ gegründet hatten und über „gute Beziehungen zu den Russen“ verfügten.⁴⁵ Dieser antifaschistische Ausschuß war durch sowjetische Militärbehörden eine Zeitlang dazu autorisiert, Ausweise in deutscher und russischer Sprache auszustellen, die den Inhaber „als im Sinne der Anordnungen des Stadtkommandanten“ Tätigen auswiesen. Die Dienststellen der Roten Armee und alle deutschen Behörden wurden darin

35 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 74.

36 Siehe Besprechung am 27.5.1945, SAPMO-BArch, NY 4182/851, Bl. 174.

37 Siehe Thomas, Kampf, S.52, Anmerkung 123.

38 Siehe Protokoll der ersten Tagung des Organisationskomitees der SPD, der freien Gewerkschaften und des Afa-Bundes am 15. Mai 1945 in Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 125, Landesarchiv Berlin (LAB), Zeitgeschichtliche Sammlung, 3663/1.

39 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 74.

40 Siehe Anwesenheitsliste vom 15.5.1945, LAB, Zeitgeschichtliche Sammlung, 3663/2.

41 Siehe Erinnerungen Max Fechners, in: Hans Oley/Joachim Hellwig (Hrsg.): Kampf um Deutschland, Berlin 1968, S.185-193, hier S.185.

42 Siehe Niederschrift Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 125, LAB, E-Rep. 300-33, Kasten (K) 12, Ordner 34.

43 Siehe Hurwitz, Anfänge, S.87.

44 Siehe Brief Max Fechners an Herrn Fuchs, 21.5.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 21, Ordner 67.

45 Siehe Karl J. Germer: Von Grotewohl bis Brandt, Landshut 1974, S.26.

aufgefordert, die Mitarbeit des Kampfverbandes zu unterstützen, den Ausweisinhaber passieren zu lassen und ihm nötigenfalls Hilfe zu gewähren.⁴⁶ Dem sozialdemokratischen Kreis um Karl Germer sen. eröffnete sich durch die Ausstattung mit diesen Ausweisen die Gelegenheit, den eigenen Wirkungskreis über den Bezirk Charlottenburg hinaus zu erweitern und Kontakt zu SPD-Altfunktionären aufzunehmen.

Das Organisationskomitee in der Kantstraße 125 bildete sich unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen in der Wohnung von Karl Germer sen. in Berlin-Charlottenburg. Hier versammelten sich Sozialdemokraten, die schon während des Krieges untereinander Verbindung gehalten hatten und dort regelmäßig zusammengekommen waren. Germer jun. erinnerte sich: „Es waren hauptsächlich Bekannte meines Vaters, die er aufgrund seiner letzten dienstlichen Tätigkeit in der Lindenstraße, wo er als Werbeleiter der SPD-Presse tätig war, die Kontakte hergestellt hatte und dann in der Privatwohnung [...] am Leben erhalten hat.“⁴⁷ Der Kreis bestand hauptsächlich aus führenden Funktionären von vor 1933: Hermann Schlimme, Bernhard Göring, Kurt Michaelis, Otto Urban, Richard Barth, Richard Weimann, Karl Germer sen., Fritz Neudecker, Karl Germer jun. und anderen. Die Gründungsinitiative verfolgte zwei Ziele: den sofortigen Wiederaufbau der Gewerkschaften und der SPD.⁴⁸ Fechner zufolge fand schon am 8. Mai 1945 eine Besprechung mit ehemaligen Gewerkschaftsführern in der Wohnung von Karl Germer sen. statt. Dabei sollen die versammelten sozialdemokratischen Altfunktionäre übereingekommen sein, Schlimme und Göring zu Verbindungsleuten für die Gewerkschaftsarbeit zu ernennen, sowie Fechner und Germer sen. die Verantwortung für die Parteiarbeit zu übertragen.⁴⁹ Am 15. Mai 1945 konstituierte sich die sozialdemokratische Initiativgruppe der Kantstraße offiziell als Organisationskomitee der SPD, der freien Gewerkschaften und des Afa-Bundes, um von dieser organisatorischen Basis aus den Wiederaufbau der SPD einzuleiten. Hermann Schlimme übernahm den Vorsitz. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte den Mitgliedern dieses Kreises der erwähnte Kampfverband „Freies Deutschland“ als Forum gedient, um mit der sowjetischen Besatzungsmacht in Kontakt treten zu können. Vor dem Hintergrund der unklaren politischen Entwicklung und des bestehenden Verbots politischer Parteien und Gewerkschaften - deren Legalisierung in Berlin und der SBZ nicht absehbar war - hatte sich Hermann Schlimme, der seit dem Einzug der Roten Armee im kommunalen Dienst in Berlin-Rudow eine Anstellung gefunden hatte, in einem Schreiben an die örtliche Kommandantur gewandt, in dem er bat, den Kampfverband „Freies Deutschland“ in Rudow organisieren zu dürfen.⁵⁰ Als Hauptaufgabe hob er hervor, „alle antifaschistischen Personen, die früher im Kampf gegen Hitler standen, listenmäßig (zu erfassen) und für den Neu-Aufbau

46Siche Ausweis Karl Germers, Nr. 7, 9.5.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 22, Ordner 71.

47Interview Manfred Rexins mit Karl J. Germer, 8.3.1986, Franz-Neumann-Archiv, Berlin.

48Siche Protokoll der ersten Tagung des Organisationskomitees.

49Siche Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 91.

50Siche Brief Hermann Schlimmes an den Ortskommandanten der „Roten Armee“ in Berlin-Rudow, 11.5.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 12, Ordner 34.

(einzusetzen)“⁵¹. Das Organisationskomitee strebte nach seiner offiziellen Gründung also eine weitere Zusammenarbeit mit dem Kampfverband „Freies Deutschland“ an. Die Gründungsmitglieder stellten den unverzüglichen Aufbau der SPD in Berlin in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen. Es wurde beschlossen, den Aufbau der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei getrennt zu betreiben, „besonders darum, weil der Neuaufbau der Sozialdemokratischen Partei nach Verlautbarung vom russischen Stadtkommandanten gestattet worden sei“⁵². Wie es zu diesem Zeitpunkt zu einer solchen Annahme kommen konnte, ist bis jetzt nicht zu klären. Vor jenem Hintergrund sollte der Aufbau der sozialdemokratischen Partei „sofort in Angriff genommen werden“. Das Organisationskomitee sah sich als provisorische Führungsinstanz der SPD in Berlin und wollte den überbezirklichen Reorganisationsprozeß der Sozialdemokratie einleiten. Hierzu wurde beschlossen:

1. in den vorhandenen 20 früheren Parteibezirken je einen Vertrauensmann einzusetzen, welchem die Aufgabe oblag, die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten zu initiieren;
2. auf die Herausgabe einer Zeitung hinzuwirken;
3. notwendige Vorarbeiten für die Rundfunk- und Filmpropagandaarbeit zu leisten.

In Anbetracht der Besatzungssituation sind diese Vorhaben als illusorisch einzuschätzen. Aufgrund der Zerstörung der Berliner Infrastruktur war es nahezu unmöglich, die Kontaktaufnahme mit allen Parteibezirken herzustellen. Die Bewegungsfreiheit der Menschen war stark eingeschränkt.

Dem Aufbau der Gewerkschaften wurde große Bedeutung beigemessen. Es hieß, „daß die Zukunft nur noch sozialistische Gewerkschaften kennen werde. Allerdings sei die Stellung der Kommunisten zu dieser Frage nicht bekannt“⁵¹. Das fehlende Bekenntnis zum Ziel einer Einheitsgewerkschaft läßt die Vermutung zu, daß es mit nichtkommunistischen Gewerkschaftsfunktionären der Weimarer Republik zu Vorgesprächen hinsichtlich einer Zusammenführung der ehemaligen Richtungs-gewerkschaften gekommen war. Hermann Schlimme schrieb am 16. Mai einen Brief an die Alliierte Kommission, der von Karl Germer jun. nach deren Errichtung in Berlin überbracht werden sollte.⁵² Dem Schreiben lag die Annahme zugrunde, daß noch im Mai 1945 eine Alliierte Kommission in Berlin etabliert würde. Schlimme bot in dem Brief Mithilfe beim Neuaufbau der Gewerkschaften in Deutschland und berief sich auf Verlautbarungen des Londoner Rundfunks.⁵³ Der Gründerkreis in der Kantstraße sah es am 15. Mai als nachteilig für die weitere organisatorische Arbeit an, „daß die ‚Interalliierte Kommission‘ noch nicht in Berlin eingetroffen sei, wodurch die in Aussicht genommenen Arbeiten außerordentlich gehemmt werden“⁵⁴. Zur Übergabe des Briefes Schlimmes ist es nicht gekommen, denn die westlichen Besatzungstruppen rückten erst im Juli 1945 in Berlin ein.

51 Protokoll der ersten Tagung des Organisationskomitees.

52 Siehe Interview Manfred Rexin.

53 Siehe Brief Hermann Schlimmes an die Alliierte Kommandantur Berlin, Reichstag, 16.5.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 22, Ordner 71; Brief Hermann Schlimmes an Sir Walter Citrine, 28.7.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 20, Ordner 64.

54 Protokoll der ersten Tagung des Organisationskomitees.

Dennoch entfaltete der Kantstraßenkreis in den folgenden Tagen eine Initiative, um mit früheren führenden Gewerkschaftsfunktionären der Weimarer Republik in Verbindung zu treten. So suchte beispielsweise Karl J. Germer am 17. Mai 1945 im Namen des Organisationskomitees den ehemaligen Vorsitzenden des ADGB, Theodor Leipart, auf, um diesen über den sozialdemokratischen Gründerkreises in Kenntnis zu setzen.⁵⁵ Bei diesem Gespräch erhielt er „als wichtigstes“ - so der Eindruck, den Germer Schlimme mitteilte - Kenntnis von der Adresse Jacob Kaisers. Der frühere Gewerkschafter der christlichen Gewerkschaftsbewegung hatte Leipart einige Male besucht. Aus den Erfahrungen des Widerstandes und seiner Verbindung mit dem Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner war Kaiser zu der Auffassung gelangt, die Gewerkschaften müßten nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reiches als Einheitsgewerkschaft neu gegründet werden, worin ihn der ehemalige ADGB-Vorsitzende bestärkte.⁵⁶ Germer jun. besuchte am 18. Mai 1945 Kaiser in Wilmersdorf und setzte Hermann Schlimme nachfolgend darüber in Kenntnis: „Bei unserer Unterhaltung bestätigte mir Kaiser nochmals ausdrücklich, daß an der geplanten Einheit der Gewerkschaften unbedingt festgehalten werden muß. Er behauptet, daß auch namhafte Vertreter des D.H.V. sich dieser Ansicht angeschlossen haben. Er bat mich, vor allem unserer politischen Leitung den Vorschlag zu unterbreiten, daß sich die SPD auf so breiter politischer Grundlage festlegt, daß z.B. die Aufstellung einer gesonderten Zentrumspartei überflüssig sei. Wenn irgend möglich, will man eine Neugründung des Zentrums vermeiden, wobei man die Hoffnung hegt, daß nach Vorbild der englischen Labourpartei eine Erfassung der Arbeiterschaft auf allerbesten Basis durchzuführen ist.“⁵⁷

Die Schilderung Germers läßt den Schluß zu, daß im Kantstraßenkreis zumindest über Alternativen zum Wiederentstehen der traditionellen SPD diskutiert worden sein könnte, um das Fundament der SPD zu verbreitern und zu stärken. In dieser Partei hätten sowohl traditionelle Anhänger der SPD als auch des Zentrums einen Platz finden sollen. Daß weitere Gespräche zwischen Sozialdemokraten und früheren Politikern des Zentrums stattgefunden haben, steht außer Zweifel.⁵⁸ Über weitergehende Diskussionen im Organisationskomitee fehlen allerdings Belege.

Kaiser sagte zu, daß er selber oder „in seiner Vertretung Herr Albert Voss, Tempelhof“ zur Sitzung des Organisationskomitees am 21. Mai 1945 erscheinen werde.⁵⁹ Zu dieser am 15. Mai verabredeten Zusammenkunft kam es aber nicht mehr, weil der Gründerkreis seine organisatorischen Schritte zum Partei- und Gewerkschaftsaufbau in Berlin trennte. Während sich bei Fritz Neubecker in Tempelhof einige ehemalige Kreisvorsitzende der SPD versammelten⁶⁰, trafen bei Bernhard Göring die Gewerkschafter des Kantstraßenkreises mit anderen führenden

55 Siehe Bericht Karl Germers an Schlimme, 18.5.1945, LAB, Zeitgeschichtliche Sammlung, 3771.

56 Siehe Ulla Plener: Theodor Leipart (1867-1947), 1. Halbband: Biographie, Berlin 2000, S.302.

57 Bericht Karl Germers an Schlimme.

58 Siehe Egon Bahr: Zu meiner Zeit, München 1996, S.32; Interview mit Egon Bahr, 3.3.2000, Privatarchiv Loeding.

59 Bericht Karl Germers an Schlimme.

60 Siehe Fritz Neubecker: Widerstand in Tempelhof, in: Berliner Stimme, 4.5.1985.

Gewerkschaftern der Weimarer Republik zusammen, um Vorgespräche über den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft zu führen.⁶¹

Die Sitzung bei Neubecker sollte die bezirklichen Aktivitäten zum Aufbau der SPD vereinheitlichen.⁶² Fritz Neubecker schlug vor, eine Verbindung mit der Gründungsinitiative in der Bülowstraße herzustellen. Bis Anfang Juni 1945 schlossen sich die Mitglieder des Organisationskomitees aus der Kantstraße dem „Vorbereitenden Ausschuß“ in der Bülowstraße an, der sich zweimal in der Woche zu Besprechungen in den Geschäftsräumen Gniffkes traf.⁶³ Der Kreis erweiterte sich noch um Josef Orlopp, Helmut Lehmann, Karl Litke und Gustav Dahrendorf.⁶⁴

Am 7. Juni 1945 trafen die verschiedenen Gründerkreise in der Bülowstraße zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen. Über Bernhard Göring war der Kontakt zu Max Fechner hergestellt worden, der brieflich zu der Besprechung eingeladen wurde, um „über alle Probleme [...] einmal sprechen zu können“⁶⁵. Fechner bestätigte später den Erhalt des Briefes.⁶⁶ Auf der Sitzung machte Fechner den Vorschlag, die Legitimation des vorbereitenden Ausschusses aus dem vom Parteivorstand der SPD 1933 eingesetzten „Ausschuß für die Lenkung des Widerstandes“⁶⁷ abzuleiten, dessen letzte Angehörige Weimann und er seien. Dies lehnten die anderen Versammlungsteilnehmer ab.

Die offizielle Zulassung von Parteien in Berlin und der SBZ, die unmittelbar bevorstand, war für die Sozialdemokraten nicht absehbar. Zu diesem Zeitpunkt hatte die sowjetische Militäradministration lediglich die Absicht zu erkennen gegeben, zunächst Gewerkschaften als Einheitsorganisation zuzulassen.⁶⁸ Der versammelte Funktionärskreis konstituierte sich am 7. Juni als „Vorbereitender Ausschuß“ der SPD.⁶⁹ Nach dem SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni und dem KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 beschlossen die Mitglieder des SPD-Gründerkreises, sich als provisorischer Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei zu konstituieren.⁷⁰ Die gewählte

61 Siehe Manuskript Karl Selles, ohne Titel und Datum, LAB, E-Rep. 300-33, K 22, Ordner 72.

62 Siehe Notizen zum Telefoninterview mit Fritz Neubecker, 20.10.1985, LAB, E-Rep. 300-33, K 2, Ordner 6.

63 Siehe Gniffke, Jahre, S.25; Brief von Engelhard Graf u.a.

64 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 74. Zu weiteren sozialdemokratischen Spitzenfunktionären, die in der Auffangstelle in der Bülowstraße verkehrten siehe AdsD, Nachlaß Gniffke, 11/1.

65 Brief von Engelberg Graf u. a.

66 Siehe Vernehmungsprotokoll Max Fechners vom 24.7.1953, Zentralarchiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Untersuchungsvorgang Nr. U 470/ 53, Band I, S.48; Beckert, Lieber Genosse Max, S.66.

67 Siehe Vernehmungsprotokoll Max Fechners vom 21.7.1953, S.41; Heinz Niemann: Zur Entstehung und historischen Bedeutung des Aufrufes des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945, in: Johannes Glasneck (Hrsg.): 1945 - der Sieg über den Faschismus und die Politik der internationalen Sozialdemokratie, Halle 1987, S.188-195, hier S.190f.

68 Siehe Erich W. Gniffke: 1945 und später, AdsD, Nachlaß Gniffke, 19.

69 Siehe Gniffke, Jahre, S.26.

70 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 75; Heinz Voßke: Zu einigen Problemen des ideologischen Klärungsprozesses im Kampf um die Gründung der SED und ihre Entwicklung zur Partei neuen Typus (Juni 1945 bis Januar 1949), Dissertation B, Berlin 1970, S.56.

Bezeichnung ging auf einen Vorschlag Max Fechners zurück.⁷¹ Mitglieder des ZA wurden Max Fechner, Richard Weimann, Erich Gniffke, Gustav Dahrendorf, Otto Grotewohl, Hermann Harnisch, Karl Germer jun., Helmut Lehmann, Karl Litke, Otto Meier, Fritz Neubecker, Josef Orlopp, Hermann Schlimme und Bernhard Göring.⁷² Später wurde dieser Kreis noch ergänzt durch Käthe Kern, Annedore Leber und Toni Wohlgemuth.⁷³ In der konstituierenden Sitzung des provisorischen ZA bestand Einigkeit darüber, Fechner und Grotewohl als gleichberechtigte Vorsitzende und Gniffke als geschäftsführenden Vorsitzenden zu bestellen.

Von Anfang an gab es jedoch unterschiedliche Meinungen über die Perspektiven der deutschen Sozialdemokratie. Während Gustav Dahrendorf - in Anknüpfung an Wilhelm Leuschners Vorstellungen von einer einheitlichen Sozialdemokratie wie vor 1914 und nach den Erfahrungen während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft - eine Vereinigung von SPD und KPD befürwortete, favorisierten die Germers die Einbeziehung bürgerlicher Kreise in den Wiederaufbau der SPD.⁷⁴ Nun stand der ZA vor der Notwendigkeit, seine eigenen politischen Ziele unter Besatzungsbedingungen zu bestimmen. Dazu wurde eigens eine Kommission eingesetzt, die in der Zeit vom 12. bis 15. Juni 1945 unter Leitung Gniffkes einen Gründungsaufwurf der SPD erarbeitete.⁷⁵ Über die personelle Zusammensetzung dieser Programmkommission existieren unterschiedliche Angaben. Während Max Fechner Grotewohl, Weimann, Meier, Dahrendorf und Orlopp anführt⁷⁶, sind nachweislich sechs Programmentwürfe vorhanden, die von Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Erich W. Gniffke, Helmut Lehmann, Karl Germer jun. und Karl Kleikamp (der nicht Mitglied des ZA war) verfaßt und zur Diskussion in die Kommission eingebracht wurden.⁷⁷ Bevor der ZA aber mit seinem Aufruf unter dem Leitmotiv „Vom Chaos zur Ordnung“ an die Öffentlichkeit trat, bot sich auf der ersten offiziellen Veranstaltung der KPD am 12. Juni 1945, auf der Walter Ulbricht das Programm der Kommunisten erläuterte und dabei für die Bildung eines Blocks antifaschistischer demokratischer Parteien warb⁷⁸, für den ZA die Möglichkeit, zum erstenmal öffentlich in Erscheinung zu treten. Nach der Rede Ulbrichts nahm Gustav Dahrendorf in der Diskussion das Wort und stellte die neue politische

71 Siehe Manuskriptergänzungen zu Seite 17/18, AdsD, Nachlaß Gniffke, 11/1. Bl.

72 Siehe Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei, LAB, Rep. 101/656.

73 Siehe Mitglieder des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, AdsD, Nachlaß Gniffke, 17.

74 Siehe Manuskriptergänzungen zu Seite 16 (oben), AdsD, Nachlaß Gniffke, 17.

75 Siehe Malycha, SPD, S.23.

76 Siehe Erinnerungen Max Fechners (Anm. 1), Bl. 75.

77 Die Entwürfe Otto Grotewohls, Erich Gniffkes, Gustav Dahrendorfs, Karl J. Germers jun., Karl Kleikamps sowie eine Arbeitsempfehlung Gniffkes, ein Zwischenentwurf und der von der Programmkommission erarbeitete Schlußentwurf befinden sich im AdsD, Nachlaß Gniffke, 34. Der Entwurf Helmut Lehmanns im LAB, E-Rep. 300-33, K 12, Ordner 34.

78 Siehe Einigung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Rede Walter Ulbrichts in der ersten Zusammenkunft von ca. 200 antifaschistischen Funktionären im Stadthaus Berlin am 12. Juni 1945, in: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Band II: 1933-1946, Berlin 1963, S.418-421.

Grundausrichtung des ZA vor.⁷⁹ Im Namen seiner politischen Freunde legte er dar, daß der „Platz des neuen Deutschlands, das wir erarbeiten wollen, nur an der Seite der Sowjetunion“ sein könne. Dies zeigt, daß die Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht Bestandteil der programmatischen Diskussionen im ZA waren, auch wenn zunächst eine gemeinsame Linie in diesem Punkt fehlte.⁸⁰ Dann bot Dahrendorf der KPD die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei aus SPD und KPD an. Seine Forderung nach einer Einheitspartei fand unter den Diskussionsmitgliedern breite Unterstützung. Ein Teilnehmer aus Zehlendorf erklärte, daß es weder der Sozialdemokratischen noch der Kommunistischen Partei bedürfe, vielmehr bedürfe es nur „eine(r) proletarischen Partei“.⁸¹

Walter Ulbricht begegnete dem Einheitsangebot mit Ablehnung.⁸² Doch Ulbricht gab Dahrendorf, nachdem dieser in seinem Wortbeitrag das Aktionsprogramm der KPD zur gemeinsamen Arbeitsgrundlage erhoben hatte, die Zusage zu einer Besprechung zwischen Vertretern der KPD und des ZA der SPD, die am 19. Juni 1945 stattfand. Hatte die KPD-Spitze es bisher verstanden, die Kontaktaufnahme mit den SPD-Führungszirkeln zu vermeiden, konnte sie nach dem öffentlichen Auftritt Dahrendorfs der Verbindungsaufnahme nicht mehr aus dem Wege gehen. In seiner Erwiderung auf Dahrendorf unterstrich Ulbricht nachdrücklich, daß für die KPD der Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stünde.⁸³ Nicht den Zusammenschluß der deutschen Arbeiterbewegung in einer einheitlichen Arbeiterpartei hielt Ulbricht für primär, sondern die Zusammenfassung der antifaschistisch-demokratischen Parteien in einem Parteienblock. Im Anschluß der Aussprache kam es den Erinnerungen Fechners zufolge zur ersten Begegnung mit Walter Ulbricht. Bei dieser Begegnung machte der KPD-Funktionär gegenüber Fechner abermals deutlich, warum die KPD eine sofortige Vereinigung von SPD und KPD ablehne.⁸⁴

Nach der Ablehnung des Einheitsangebotes ging die eingesetzte Kommission daran, aus den Entwürfen Dahrendorfs, Grotewohls und Lehmanns einen Aufruf abzufassen. In nur drei Tagen entstand der Gründungsaufruf des ZA. Nach Max Fechner orientierten sich die Kommissionsmitglieder bei der Abfassung ihres Programms am Prager Manifest vom Januar 1934.⁸⁵

Der Aufruf des Zentralaussschusses der SPD vom 15. Juni 1945 schließt im Unterschied zum Aufruf der Kommunisten, die die Zusammenarbeit auf eine Einheits-

79 Siehe Redebeitrag Dahrendorf, Protokoll der Besprechung vom 12.6.1945, SAPMO BArch, NY 4182/857, Bl. 86ff.

80 Siehe Benser, Die KPD, S.175.

81 Redebeitrag Hönig, Zehlendorf, Protokoll der Besprechung vom 12.6.1945, Bl. 91.

82 Siehe Redebeitrag Ulbricht, ebenda, Bl. 90.

83 Siehe ebenda, Bl. 91.

84 Siehe Max Fechner: Zentralaussschuß der SPD und Zentralkomitee der KPD gingen zusammen, in: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, 2. Auflage, Berlin 1971, S.39-59, hier S.42; Voßke, Problemen, S.50.

85 Siehe Erich W. Gniffke: Erfahrungen vor und nach der Verschmelzung, S. 6, AdsD, Nachlaß Gniffke; Fechner, Zentralaussschuß, S.43; Aufruf der SPD, in: Karl Mahler: Die Programme der politischen Parteien im neuen Deutschland und ihre Stellungnahme zu den wichtigsten Tagesfragen, Berlin 1945, S.16-20.

front der antifaschistischen Parteien beschränken wollten, mit einem Appell zur organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse. In Anbetracht der historischen Umstände hielten es die Mitglieder des ZA für geboten, „der jungen Generation eine einheitliche politische Kampforganisation in die Hand zu geben“. Damit sollten die politischen Fehler der Vergangenheit moralisch getilgt werden. „Die Fahne der Einheit muß als leuchtendes Symbol in der politischen Aktion des werktätigen Volkes vorangetragen werden!“⁸⁶ Dies stellte zwar eine Abschwächung des Vorschlags Dahrendorfs dar, der für die „Einheit aller Antifaschisten [...] in einer sozialistischen Bewegung“ warb und von den Sozialdemokraten forderte, ihre organisatorische Selbstständigkeit aufzugeben. Mit dem Aufruf vom 15.6.1945 knüpfte der Zentralausschuß der SPD, insbesondere mit seinen neun Forderungen, an die traditionellen Vorstellungen der Weimarer SPD an. Dennoch ist in der historischen Rückschau Anton Ackermann Recht zu geben, der einschätzte: „Diese neue sozialdemokratische Führung [war] keinesfalls eine Fortsetzung des alten, von rechten Führern beherrschten Parteivorstandes; denn den bestimmenden Einfluß übten Sozialdemokraten aus [...], die sich auf den Boden der antifaschistisch-demokratischen Einheit stellten.“⁸⁷

Der ZA-Aufruf vom 15. Juni 1945 wurde erstmals von der „Deutschen Volkszeitung“, dem Zentralorgan der KPD, in Auszügen veröffentlicht⁸⁸, was nicht unbedingt selbstverständlich war. Auch in Presseorganen, die die sowjetische Besatzungsmacht zur Information der deutschen Bevölkerung herausgab, wurde über die offizielle Wiedergründung der SPD in Berlin berichtet.⁸⁹ In einem Telegramm setzte Walter Ulbricht Wilhelm Pieck in Moskau in Kenntnis. Ulbricht stellte fest: „In dem Aufruf versuchen sie sich radikaler zu gebärden als wir.“⁹⁰

Der ZA beantragte die offizielle Registrierung der SPD bei den sowjetischen Militärbehörden⁹¹ und beschloß, am 17. Juni 1945 eine erste offizielle Nachkriegsfunktionärskonferenz der Berliner SPD im Deutschen Hof in der Luckauer Straße in Berlin-Kreuzberg abzuhalten⁹², um die personelle Zusammensetzung des Zentralausschusses und den Aufruf offiziell durch die Mitgliedschaft bestätigen zu lassen. Eine zonale Trennung des Parteiaufbaus der SPD, wie ihn Kurt Schumacher anstrebte und mit unterschiedlichen Besatzungsbedingungen in den Westzonen und der SBZ begründete⁹³, kam für den ZA der SPD nicht in Betracht.

86 Aufruf der SPD, S.20.

87 Anton Ackermann: Der neue Weg zur Einheit, in: Vereint sind wir alles, S.60-93, hier S.76.

88 Siehe Aufbau der Sozialdemokratischen Partei, in: Deutsche Volkszeitung, 19.6.1945.

89 Siehe Funktionärsversammlung der SPD, in: Tägliche Rundschau, 19.6.1945; Nie wieder eine Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Berliner Zeitung, 19.6.1945; Zwei Dokumente der Einheit, in: Berliner Zeitung, 21.6.1945.

90 Telegramm Walter Ulbrichts an Wilhelm Pieck vom 19.6.1945, SAPMO-BArch, NY 4036/629, Bl. 67.

91 Siehe Brief der SPD an den Kommandanten der Roten Armee, 13.6.1945, LAB, Rep. 101/656.

92 Siehe Ankündigung der ersten Funktionärsversammlung der SPD für den 17.6.1945, Zentrale Berlin, 14.6.1945, LAB, E-Rep. 300-33, K 22, Ordner 72.

93 Siehe Brief Kurt Schumachers an den „Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, 30.8.1945, AdsD, Nachlaß Schumacher, 155.

„Nicht zählen wir den Feind, / Nicht die Gefahren all“ – Die unter dem Sozialistengesetz verbotene und verfolgte Literatur

Wolfgang Beutin*

Der § 11 des Sozialistengesetzes bestimmte im ersten Satz: „Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.“¹ Damit ordnet sich das Gesetz in eine Tradition legislatorischer Repression in Deutschland ein, die vom Obrigkeitsstaat ausging mit der Intention, Schriften, die diesem oder der mit ihm eng verbundenen Kirche gefährlich erschienen, zu unterdrücken. Es waren am Anfang der Neuzeit solche der kirchlichen, später der politischen Opposition. Als „Obrigkeit“ fungierten im 16. Jahrhundert der Kaiser und die Kirche, im 19. Jahrhundert die deutschen „Bundesstaaten“ oder der „Bundestag“, 1933 die Reichsregierung. Das Edikt Kaiser Karls V. gegen Luther und seine Anhänger (*Wormser Edikt*; am 8. Mai 1521 in Worms erlassen) erklärt im Anfangsteil die Verderblichkeit der „Ketzeri“ des Reformators, um dann zwei „remedien“ (Heilmittel) gegen die lutherische „sucht“ (Geisteskrankheit) anzuordnen: erstens die Reichsacht über Martin Luther (einschließlich Befehl, diesen, wo auch immer, zu verhaften), zweitens ein Bücherverbot, betreffend seine und seiner Anhänger Literatur.² 1559 führte die katholische Kirche den „Index librorum prohibitorum“ ein. Seit 1569 existierte in Deutschland eine institutionalisierte staatliche Zensur: Eine kaiserliche Bücherkommission sorgte für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen auf der Frankfurter Buchmesse. Knapp dreihundert Jahre nach dem Wormser Edikt ergingen die sog. „Karlsbader Beschlüsse“, darunter das Bundespreßgesetz vom 20. September 1819. Es verhängte die *Vorzensur* über sämtliche Tageszeitungen, Zeitschriften und alle nicht über 20 Bogen (= 320 Seiten) umfassenden Schriften.³ Sechzehn Jahre darauf (1835) ächtete der deutsche Bundestag eine

* Beitrag auf der Konferenz der „Hellen Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.“ am 18. Oktober 2003 in Berlin anlässlich des 125. Jahrestages des Sozialistengesetzes. Gek. abgedr. in: „Presse und Publizistik unterm Sozialistengesetz. 1878-1890“, Teil 1 (Pankower Vorträge, H. 59), S. 34-43.

1 Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie; am „21. October 1878“ verkündet und in Kraft getreten, in: Das Staatsarchiv, Nr. 6797, Jg. 1878, S.45-50, hier S.47; derselbe Jg. des Staatsarchivs enthält ferner: Vorlage des Bundesraths an den Reichstag, Nr. 6780, S. 339f.; deren Begründung, ebenda., S.340-342; neuerliche Vorlage, Nr. 6794, S.2-6; deren Begründung, S.6-18; zwei Reden Bismarcks, Nr. 6795, S.1830, sowie Nr. 6796, S.30-45.

2 Siehe Reichtagsakten, jüng. Reihe, Bd. 2, bearb. von A. Wrede (1896) Nr. 92, 8. Mai 1521.

3 Siehe Heinrich Hubert Houben: Hier Zensur - wer dort? Antworten von gestern auf Fragen von heute, (sowie:) Der gefesselte Biedermeier. Literatur, Kultur, Zensur in der guten, alten Zeit, Leipzig 1990, S.285-291.

Dichtergruppe, von der nicht einmal feststand, daß sie als Zusammenschluß existierte: „das junge Deutschland“ oder „die junge Literatur“, mit Heinrich Heine, Karl Gutzkow, Heinrich Laube, Ludolf Wienbarg und Theodor Mundt. Gegen diese fünf sollten die „Straf- und Polizeigesetze ihres Landes sowie die gegen den Mißbrauch der Presse bestehenden Vorschriften nach ihrer vollen Strenge in Anwendung“ gebracht werden. Die Regierungen verpflichteten sich, die Verbreitung ihrer Werke „mit allen ihnen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern“.⁴ Knapp ein Jahrhundert danach, am 11./12. Mai 1933, inszenierte das NS-Regime die Bücherverbrennungen.⁵ Am 16. Mai desselben Jahres veröffentlichte das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ die erste amtliche Schwarze Liste von Büchern, „die bei der Säuberung der öffentlichen Büchereien auszumerzen sind“. Sie wurden in drei Rubriken eingeteilt: zu vernichtende Bücher (Beispiel: Remarque), in den Giftschrank zu sortierende (etwa Marx, Lenin) und zweifelhafte (darunter B. Traven).⁶ 1936 verordnete der Präsident der Reichspressekammer, daß jede Person, die sich „auf dem Gebiete des deutschen Pressewesens“ betätigt, „für sich und seinen Ehegatten“ (auch Ehegatten in spe) „auf Anfordern den Nachweis der Abstammung von Vorfahren deutschen oder artverwandten Blutes bis zum Jahre 1800 zu erbringen“ habe.⁷

Die Zahl der unter dem Sozialistengesetz verhängten Verbote von Druckschriften (Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren usw.) ist immens, und sie läßt sich nur ungefähr bestimmen. Franz Mehring (1846-1919), der als Zeitgenosse der Vorgänge und sehr reger Journalist diese mit Akribie beobachtete, gibt in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ 1300 verbotene periodische oder nichtperiodische Druckschriften an.⁸ Dieter Fricke listete mehr als 140 verbotene Presseorgane auf, die entweder der Partei oder den Gewerkschaften gehörten oder mit der Sozialdemokratie (und sei es gelegentlich) sympathisierten.⁹ Über die Verbotsbegründungen, die Motive der Behörden und die Umstände, die zu der jeweiligen Maßnahme führten, kann man sich in der Gegenwart wünschenswert genau unterrichten. Nach dem Wortlaut des Sozialistengesetzes war die Landespolizeibehörde des Bezirks, in welchem die Druckschrift erschien, zuständig. Das Verbot mußte dem Verleger oder Herausgeber, im Falle einer nicht periodisch erscheinenden Druckschrift auch „dem auf derselben benannten Verfasser ... durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung“ bekanntgemacht werden. Diesen Personen stand das Recht zu, innerhalb einer Woche bei der verbietenden Behörde

4 Der Beschluß des Bundestages, in: Jost Hermand (Hrsg.): Das Junge Deutschland, Texte und Dokumente, Stuttgart 1967, S. 331f., hier S.331.

5 Siehe Joseph Wulf: Literatur und Dichtung im Dritten Reich. Eine Dokumentation, o.O. 1966, S.48-63.

6 Siehe ebenda, S.64.

7 Joseph Wulf: Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation, o. O. 1966, S.228.

8 Siehe Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 2, Berlin 1960, über das Sozialistengesetz, S. 511-675, hier S.673.

9 Siehe Dieter Fricke: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1890. Ihre Organisation und Tätigkeit, Leipzig 1964; über das Sozialistengesetz: S.128-313, hier S.210-215.

Beschwerde einzulegen. (§ 12f.) Ein analoges Recht stand den Vorständen der vom Gesetz verbotenen „Vereine“ ebenfalls zu (so bezeichnete man die einzelnen Parteigliederungen - mit Ausnahme der Reichstagsfraktion -, Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Gliederungen, außerdem die Hilfskassen). Mit der Befugnis, über beide Arten der Verbote zu entscheiden, amtierte eine eigens eingerichtete Kommission, die „Reichs-Commission“. Sie war zusammengesetzt aus vier vom Bundesrat (de facto der Regierung) aus seiner Mitte gewählten Mitgliedern und fünf aus den höchsten Gerichten des Reichs und der Bundesstaaten. Die Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters oblag dem Kaiser. Die Kommission fällte ihre Entscheidungen - die dann endgültig waren - in der Besetzung von fünf Mitgliedern „nach freiem Ermessen“. (§ 26f.) Die Verbotsverfügungen der Polizeibehörden, die Beschwerden der Betroffenen, d.h. der durch das Gesetz ermächtigten Beschwerdeführer, sowie die schriftlichen Entscheidungen der „Reichs-Commission“ sind erhalten geblieben und je nach Relevanz komplett oder auszugsweise in einer Quellenpublikation - im Umfang von ca. 1.000 S. - abgedruckt worden.¹⁰ Sie stellt einen kaum ausschöpfbaren Fundus der interessantesten Dokumente dar, der es erlaubt, die vom Sozialistengesetz angeordnete Repression von Literatur und die sich daran anschließenden Kontroversen in allen Einzelheiten zu studieren.

Man kann die Gesamtheit der verbotenen Schriften getrennt nach den periodisch erscheinenden (Zeitungen, Zeitschriften) und den nicht periodisch erscheinenden (Reden, erörternde Schriften, Belletristik) analysieren. Doch gibt es hier keine klar zu ziehende Grenze. Zeitungen verfielen nicht selten dem Verbot, weil sie belletristische Texte enthielten. Die häufig abgedruckte politische Lyrik enthielt vielfach dieselben Parolen wie eine journalistische Arbeit oder ein erörternder Text. Ein Beispiel: In den Schriften findet sich oft der Bezug auf das Sozialistengesetz selber, entweder in Form der direkten Polemik oder der Anspielung. 1878 wurde die Wochenschrift „Mittelrheinische Familienblätter“ (Mannheim) verboten u.a. wegen Abdrucks eines Gedichts: „Der Geist im Faß“. Ein Wirt besitzt im Keller ein Faß, gefüllt mit neuem Wein, verschließt diesen aber fest darin. Am Ende explodiert das Faß: „Der Wirt, der liegt am Boden, / Das Faß, das ist entzwei, / Der edle Wein verschüttet / Und los der Geist und frei. / Und an dem Wirte ist zu seh'n, / Welch' Unheil mag daraus entsteh'n, / Wenn man den Geist vermessen / In Haft und Bann will pressen.“ (S/B 82f.)¹¹

10 Siehe Leo Stern (Hrsg.)/Herbert Buck (Bearbeiter des Quellenmaterials): Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-1890 - Die Tätigkeit der Reichs-Commission, 2 Bde., Berlin 1956. Von den hier abgedruckten Materialien enthält eine erste Gruppe (Nr. 1-95) die Entscheidungen über die Verbote von periodischen Druckschriften (S.35-370); eine zweite (Nr. 96-189) die Entscheidungen betr. die nichtperiodischen (S.371-642); in die zweite fällt auch die Untergruppe VII (Nr. 137-150) mit den Entscheidungen über Lieder, Gedichte, Skizzen, Novellen, Romane und Volkskalender (S.527-560). - Im Text fortan zitiert: Sigle S/B plus Seitenzahl.

11 Eine einfach zu durchschauende Allegorie. - Überhaupt hat die Forschung ein Überwiegen der politischen Lyrik in den Veröffentlichungen der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz festgestellt, von Gedichten, „die oft anstelle eines Leitartikels unmittelbar auf die Leser wirkten“ (Ursula Münchow im Nachwort zu: Des Morgens erste Röte. Frühe sozialistische deutsche Literatur 1860-1918, hrsg. vom Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Auswahl von Norbert

Zur Aufhebung eines polizeilich verhängten Verbots durch die „Reichs-Commission“ kam es nur in spärlichen Fällen. So war 1878 das Blatt „Der Calculator an der Elbe“ wegen eines Vierzeilers verboten worden. Er lautet: „Ein jedes Ding hat seine Licht- und Schattenseiten, / Das mußten wir auch sehen in Berlin. / Indem dem Kaiser sie durch Lichtglanz Ehr‘ bereiten, / Da mußten Hunderte verjagt in dunkle Zukunft zieh'n.“ (S/B 85) Die Kommission erkannte sehr wohl „eine abfällige Kritik“ an den vom Sozialistengesetz ermöglichten Ausweisungen, hielt dem Blatt jedoch zugute, daß es „bisher sozialdemokratische Tendenzen nicht verfolgt“, auch über das (sächsische) Königspaar freundlich berichtet habe. Der Beschwerde wurde stattgegeben. Im allgemeinen bekräftigte jedoch die Kommission die Verbote, die also bestehen blieben. Das führte etwa dazu, daß ein Betroffener wie Wilhelm Hasenclever (1837-1889), als die von ihm unter dem Titel „Erlebtes“ veröffentlichten Skizzen und Novellen 1878 unter das Verbot fielen, zwar Beschwerde einreichte, sich aber weigerte, diese zu begründen „in Anbetracht der mir bekanntgewordenen bisherigen Entscheidungen der Reichs-Commission und besonders in Hinsicht auf die diesbezüglichen Motivierungen der Commission“. (S/B 540) 1879 argumentierte Wilhelm Bracke jun. (1842-1880) in seiner Beschwerdeschrift gegen das Verbot des von ihm verlegten „Volks-Kalenders“ sehr aufsässig, er sei sich „vollkommen bewußt, daß diese Beschwerde nicht zu einer Aufhebung des erlassenen Verbots führen wird“; da man Verbotsgründe ja ohnehin „nach Erfordern des Sozialistengesetzes zutzt“ und vorgehe wie der Patriarch in Lessings „Nathan“ mit seinem „Tut nichts! der Jude wird verbrannt!“ Weshalb er dann überhaupt Beschwerde erhebe? „... weil eine Zeit kommen wird, wo alle Welt darin einig ist, nicht allein das Gesetz, sondern auch die eigentümliche Handhabung desselben zu verdammen. Für die Zukunft und für die Geschichte könnten die Entscheidungen der Reichs-Commission einmal von Wert sein.“ (S/B 543) Bei Bestätigung der Verbote durch die Kommission spielten außer inhaltlichen sowohl *formelle* Gründe eine Rolle als auch *formale*, mit der *Form* der inkriminierten Texte zusammenhängende.

Formelle Gründe. Eine Beschwerde konnte zurückgewiesen werden, weil sie verspätet eingereicht wurde (z.B. S/B 101), oder beim Beschwerdeführer handelte es sich weder um den Verleger oder Herausgeber noch um den Verfasser. (S/B 537) Eine Entscheidung erging natürlich auch nicht, falls ein Beschwerdeführer seine Beschwerde zurücknahm. (S/B 541) Gelegentlich kam es zu einer Divergenz zwischen den Behörden: Die Dresdener Landespolizeibehörde lehnte das Verbot eines in Dresden publizierten Gedichts ab, woraufhin die Landespolizeibehörde in Breslau einsprang und es aussprach. (S/B 534) Die tatsächlich ergangenen Entscheidungen waren einerseits alle inhaltlich begründet, indem einfach der in § 11 des Sozialistengesetzes umrissene Doppel-Tatbestand in den verbotenen Schriften aufgefunden wurde: 1. „sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf

Rothe und Ursula Münchow, Leipzig 1982, S.408). Es erklärt sich durch die fortwirkende Tradition der politischen Lyrik in Deutschland im 19. Jahrhundert, von den Freiheitskriegen über den Vormärz und 1848 bis hinein in den Nachmärz.

den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen“, 2. „in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise“, doch mangelte es auf der anderen Seite nicht an zusätzlichen formellen Vorhaltungen. Das Verbot der „Dresdner Abendzeitung“ 1881 wurde u.a. mit einer Berechnung von Proportionen begründet: Der Bericht über eine Reichstagssitzung sei „tendenziös ...“, als dort ausführlich nur die sozialrevolutionäre Rede des Abgeordneten *Liebknecht*, alle anderen Reden dagegen nur im magersten Auszug mitgeteilt sind.“ (S/B 201) Typisch für die Kommission sind auch die *ad-personam*-Argumentationen in den Entscheidungen, so wenn über den Beschwerdeführer Wilhelm Hasenclever 1880 angegeben wird: „gehört notorisch zu den hervorragenden Mitgliedern und Leitern der sozialdemokratischen Partei“ (S/B 132); oder über den Herausgeber und Redakteur Max Kegel (1850-1902) und seinen Expedienten Hermann Schlüter, sie zählten „notorisch zu den tätigsten Führern und Agitatoren der sozialdemokratischen Partei“. (S/B 147) Als „Argument“ betrachtete die Kommission offensichtlich auch Listen der Vorstrafen von Verlegern, Herausgebern und Redakteuren, selbst wenn jene sich ausschließlich auf politische oder Preßdelikte bezogen, auch auf Vergehen gegen die Religion (z.B. S/B 203). Mußte die Kommission die Harmlosigkeit bestimmter Lexeme einräumen, so differenzierte sie: jawohl, sie könnten „an anderer Stelle unverfänglich erscheinen“, keinesfalls aber „an der Spitze eines sozialdemokratischen Blattes in einer Neujahrsrede an die gleichgesinnten Leser“. (S/B 133) Ähnlich, als die „Hamburger Rundschau“ 1888 wegen einer darin abgedruckten Korrespondenz verboten wurde: hätte sie in einem „Organe“ anderer Tendenz gestanden, würde § 11 vielleicht nicht anzuwenden sein. Und nun operierte man, statt mit dem Paragraphen, mit einem „Erfahrungsgrundsatz“: „Allein es ist ein bekannter Erfahrungsgrundsatz, daß dieselbe äußere Tatsache als Handlung zweier verschiedener Urheber eine wesentlich verschiedene Bedeutung zu gewinnen pflegt.“ (S/B 271)

Mit der *Form* journalistischer Veröffentlichungen zusammenhängende Verbotsbegründungen waren nicht selten. Für die Entscheidung gegen die „Hamburger Rundschau“ zog man gar eine Todesanzeige heran, worin das Sterben eines Arbeiters „an der Proletarier-Krankheit“ gemeldet wurde. (S/B 270) Die „Bayerische Volksstimme“ berichtete 1886 über einen Schwurgerichtsprozeß. Darin ging es um die Tötung eines Knaben, die durch den Vater und die Stiefmutter durch Nahrungsentzug, gesundheitsschädigende Unterbringung, Arbeitsüberbeanspruchung und Mißhandlungen herbeigeführt worden war. Der Berichterstatter kommentierte allegorisierend: Das sei „die Historie des Proletariats, ... die Leidensgeschichte der Arbeiterkinder, der Proletariersprossen ... die modernen Sozialzustände“. „Der Knabe *Eckert* litt so und starb so, wie gemeiniglich das werktätige Volk lebt, leidet und stirbt. *Sein Untergang ist die Martyrologie des Proletariats*.“ Die verbietende Behörde sah darin eine „Verächtlichmachung“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und Aufhetzung der Arbeiter gegen die besitzenden Klassen. (S/B 201f.) Die Kommission beanstandete selbst einen

naturwissenschaftlichen Artikel über „Die Rolle der Mikroben in der Natur“, weil sie darin eine Aussage als Allegorie wertete. Sie lautet: „Sie zeigen uns aber zugleich, daß es bei Hervorrufung großartiger Erscheinungen nicht immer auf die Größe ankommt, daß auch Kleines in Massen durch treues und festgeschlossenes Zusammenhalten - die Mikroben! - Großes zu erzeugen vermag.“ (S/B 277f.)

Unter den in den Veröffentlichungen inkriminierten Inhalten erscheint vielfach die Bezugnahme auf das Sozialistengesetz selbst. Der „Volksfreund“ (Offenburg) sprach 1887 vom arbeitenden Volke: „Seine Vertreter müssen zwar leider oft ihren Mut mit schweren Verlusten an Vermögen und selbst mit Freiheitsentziehung büßen ...“ (S/B 241); dasselbe Wochenblatt hatte den Wahlauf Ruf der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten abgedruckt, worin es hieß: „Angesichts der beispiellosen Verfolgungen, deren Zielscheibe seit 1878 und namentlich in neuester Zeit die Sozialdemokratie ist und die sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch steigern werden ...“. (S/B 243)

Von zentraler Bedeutung war unter sämtlichen verbotenen Inhalten die Aufforderung zur Revolution. Das überrascht nicht, da die Revolutionsfurcht ein Hauptmotiv der Initiatoren des Sozialistengesetzes gewesen war. Die „bekannten revolutionären ... Bestrebungen der Sozialdemokratie“ sah man am Werke u.a. in der „Thüringer Wald-Post“ 1886/87. (S/B 239) Diese hatte einen langen¹² Artikel gebracht: „Liebknechts Abschied von Amerika“. Er reproduzierte in der Tat viele Ausführungen des Amerikareisenden, darin aber die Aussage auch, keiner habe „das Recht ..., gleich über die Revolution zu schreien. Eine solche beabsichtige niemand.“ (S/B 232) Immerhin erschien in der Reproduktion ebenfalls die bekannte, bei Liebknecht durchgehende Widersprüchlichkeit, wenn er im selben Augenblick die Äußerung tat, „daß die Leitung des Staatswesens aus den Händen der jetzigen Lenker zu nehmen sei“ (S/B 232); was dieselben schlechterdings als Revolutionsdrohung auslegen mußten. Das „Illustrierte Unterhaltungsblatt für das Volk“ (Hamburg) brachte 1888 von Jacob Audorf, dem Verfasser der ‚Arbeiter-Marseillaise‘, ein Gedicht, in dem die Kommission den Ausdruck „Völkerfrühling“ fand. Sie beanstandete ihn, schließlich sei er synonym mit: „eine gewaltsame Revolution“. (S/B 278)

Verworfen wurde ferner eine Berichterstattung, von der es hieß, sie intendiere, „das bestehende Wirtschaftssystem anzugreifen“. Ein Reeder hatte Befehl gegeben, sein eigenes Schiff auslaufen zu lassen, obwohl er wußte, dies bedeute dessen Untergang. Der Berichterstatter kommentierte, der Befehliger „handelt eben nur korrekt nach den Grundsätzen der heutigen Geschäftswelt“. (S/B 272)¹³ In ähnlicher Weise wurde 1889 ein Satz zurückgewiesen, der den Ausdruck enthielt: „die heutige kapitalistische planlose Produktionsweise“. (S/B 333) Das Leipziger Wochenblatt „Das Lämplein“ wurde 1880 verboten, weil es u.a. ein Gedicht abdruckte, worin in vier aufeinander folgenden Strophen eine Verbindung hergestellt wurde zwischen den Phänomenen

12 Im Wiederabdruck acht Buchseiten umfassend!

13 Dasselbe Motiv in derselben Beleuchtung in Ibsens sozialkritischem Drama „Die Stützen der Gesellschaft“.

„Krieg“ - „Zolltarif“ - „Elend, Hungersnot“ – „Selbstbefreiung des Volkes“. (S/B 130)

Unerlaubt war auch, die Arbeiterleser darauf hinzuweisen, daß im berühmten Bremer Ratskeller edle und teure Weine ausgeschenkt würden, diese jedoch „selten ... die Kehle der Proletarier netzen“ dürften. (S/B 276)

Der „Reichs-Wau-Wau“ (Nürnberg) wurde 1879 wegen eines Gedichts verboten, das in sieben sechszeiligen Strophen satirisch die Steuererhebung beleuchtete. Es fängt an: „Es ist bestimmt im hohen Rat, / Daß man von allem, was man hat, / Gibt Steuern.“ (S/B 101) Was vorliegt, ist eine Parodie auf ein damals bekanntes, von Felix Mendelssohn vertontes Lied, das Ernst von Feuchtersleben (1806-1849), ein Liberaler und österreichischer Achtundvierziger, vor 1826 verfaßt hatte. Es beginnt: „Es ist bestimmt in Gottes Rat, / Daß man, was man liebsten hat, / Muß meiden ...“ Vom Verbot nichtperiodischer Schriften waren sämtliche Gattungen erörternder Literatur betroffen, vor allem die Theoretiker des Marxismus, sozialdemokratische Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten, die Gesamtheit der Parteiführer und bekannten -mitglieder.¹⁴ Unter das Verbot fielen außerdem zahlreiche Dichtungen verschiedener Gattungen, voran abermals die Lyrik, auch der Roman usw.

Vorzugsweise traf es historische Darstellungen zu revolutionären Ereignissen der deutschen und außerdeutschen Geschichte. 1878 wurde eine ganze Anzahl von Büchern aus dem Verlag von Wilhelm Bracke jun. in Braunschweig verdammt; darunter von Wilhelm Blos „Zur Geschichte der Kommune von Paris“, 2. Auflage 1876, worüber die Landespolizeibehörde schrieb, sie „verherrlicht die Kommune und die Revolution“. (S/B 429) In seiner Beschwerdeschrift prophezeite der Verleger, wie stets sehr kühn: „Ich erwarte die Bestätigung des ergangenen polizeilichen Verbots ...“. (S/B 431) Die Kommission enttäuschte ihn nicht. 1879 erließ es die im selben Verlag herausgekommene „Geschichte der revolutionären Pariser Kommune in den Jahren 1789 bis 1794“ von Bernhard Becker (1875), denn dieser liefere „eine Verherrlichung der revolutionären Pariser Kommune und ihres Hauptvertreters *Marat*“. (S/B 459) Zu dem Vorrat verbotener Geschichtsschilderungen gehörte auch von August Bebel: „Der Deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters“, Braunschweig 1876 (bei Bracke). Die Kommission rügte: „Der Verfasser hat einen der einschneidendsten, umfangreichsten und gewalttätigsten auf die Umwälzung der bestehenden Ordnung gerichteten Versuche, den die Geschichte kennt, zum Gegenstand seiner Darstellung gewählt“, nicht ohne „die zwischen den damaligen und den gegenwärtigen Zuständen bestehenden Analogien hervorzuheben“. Zudem habe er an Müntzer erinnert und an dessen Namen die Bemerkung geknüpft: „Was er erstrebt, ging in der Unreife des Zeitalters zugrunde, aber das Gesunde seiner Ideen lebte fort und lebt noch heute und geht seiner Verwirklichung entgegen.“ (S/B 452-454) 1883 wurde ein Flugblatt „Zur Luther-Feier“ inhibiert. Darin findet sich das (umgeformte) Zitat zweier Verse von Nikolaus Lenau: „Das Licht der Sonne läßt

14 D.h. fast die gesamte Parteiliteratur der Sozialdemokratie, darunter allein von Bebel zehn Schriften! Siehe dazu Ursula Herrmann/Volker Emmrich u.a.: August Bebel. Eine Biographie, Berlin 1989, S.199.

sich nicht versprengen, noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen durch irgend ein menschliches Machtgebot.“¹⁵ Das Zitat bemerkte die Kommission aber entweder nicht, oder sie merkte es nicht an. Vielmehr hob sie hervor, daß der Verfasser sich ein Lutherwort angeeignet hatte, um die Situation der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz zu illustrieren: „Nehmen sie den Leib, / Gut, Ehr, Kind und Weib, / Laß fahren dahin, / Sie habens kein Gewinn, / *Das Reich muß uns doch bleiben.*“ Allerdings konnten sich der Koreferent, der einen Mißbrauch der Luther-Zitate kritisierte, und der Referent, der die Absicht erkennen wollte, das Andenken Luthers zu beschädigen, nicht einigen. (S/B 457f.) Ein anderes unterdrücktes historisches Werk war: „Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus“, Berlin 1878, von Johann Most. Der Referent der Kommission bezog sich auf den Gesamtinhalt des „von Anfang bis zu Ende auf die heutige Gesellschaft schielenden Buches“. (S/B 447)

Die Darstellung außerdeutscher zeitgenössischer gesellschaftlicher Zustände, z.B. des Zarenreichs, konnte ebenfalls das Verdikt auf eine Schrift herabziehen, „und zwar wegen Verherrlichung des auf den Umsturz der bestehenden Ordnung gerichteten Strebens der revolutionären Parteien in Rußland und Verächtlichmachung des entgegenwirkenden staaterhaltenden Prinzips“. (S/B 542)

Daß die Kommission selbst eine zumindest auf den ersten Blick von der sozialdemokratischen weit abgelegene Thematik für gefährlich befand, zeigt die Indizierung einer Schrift von Eduard Sack „Gegen die Prügel-Pädagogen“, 1878 in Brackes Verlag erschienen. Freilich konnte bereits der Verlagsname die Aufmerksamkeit der Schnüffler auf das Buch lenken. Wirklich fischte ein solcher, um das Verbot zu stützen, aus dem Buch u.a. diese Sentenz heraus: „Je mehr von den herrschenden Parteien die Menschenwürde der Gegner und der Armen mißachtet wird, die Rechte und die Freiheit gewisser Personen oder ganzer Klassen beschränkt oder ganz vernichtet werden soll(en), desto lauter ist der Ruf nach Peitsche oder Stock; wenn aber der Geist der Freiheit über ein Volk kommt - ihren Feinden zum Schrecken, ihren Kämpfern zur Freude, den Unterdrückten zur Erlösung -, dann verstummt jener freche Ruf.“ (S/B 433)

Fast zeitgleich mit dem Sozialistengesetz, nämlich bloß zwei Tage nach dessen Inkrafttreten, erging das Verbot der „Arbeiter-Marseillaise“ von Audorf, dessen berühmter Refrain lautet: „Nicht zählen wir den Feind, / Nicht die Gefahren all': / Der kühnen Bahn nur folgen wir, / Die uns geführt *Lassalle!*“ Zur Begründung hieß es, „daß Wort und Melodie (!) die Revolution verherrlichen“; was der Beschwerdeführer (Ignaz Auer) mit dem Hinweis bestritt, das Lied fordere den geistigen Kampf „gegen den Unverstand der Massen“, eine Wendung, die darin tatsächlich enthalten ist. Die Kommission ließ sich davon nicht beeindrucken, weil das Lied gleichwohl als Aufruf „zur Abschaffung aller Klassenherrschaft ... durch energische - nötigenfalls

15 Bei Lenau heißt es (in der letzten Strophe seines Vers-Epos „Die Albigenser“): „Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen, / Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen / Mit Purpurmänteln oder dunkeln Kutten ...“

gewaltsame - Beseitigung der gegenwärtigen ... Zustände gedeutet werden kann“.
(S/B 527-529)

Der Verbotsterror wurde auch potenziert: Die „Reußische Volkszeitung“ wurde bald nach dem Verbot der „Arbeiter-Marseillaise“ verboten, weil sie deren Verbot gemeldet hatte. Die „Reichs-Commission“ führte zur Begründung aus: „Die am 8. November 1878 erschienene Nr. 56 der genannten Zeitung hat nun einige der auf Grund des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 ... erlassenen Verbote mitgeteilt, sich hierbei aber nicht auf diese Mitteilung beschränkt, sondern auch noch einen Teil der Motive abgedruckt, durch welche angeblich die ergangenen Verbote begründet worden sind.“ Dadurch indes würden der Leserschaft der „Reußischen Volkszeitung“ unerlaubte Eröffnungen gemacht, z.B., „daß die verbotene ‚Arbeiter-Marseillaise‘ die Arbeiter auffordert, nicht den Feind, unter welchem die besitzenden und herrschenden Klassen zu verstehen sind, zu zählen und die Gefahren zu scheuen ...“ usw., in der Paraphrasierung des Liedtexts. (S/B 90f.)¹⁶

1878/79 fielen unter das Verbot auch zwei Veröffentlichungen des Dichters und Literaturhistorikers Adolf Strodtmann, die bereits 1863 erschienen waren. Bracke hatte aber den Rest der Auflagen erworben, die er nun in seinem Verlag anbot. Es waren die Titel: „Die Arbeiterdichtung in Frankreich. Ausgewählte Lieder französischer Proletarier“ und „Brutus! Schläfst Du? Zeitgedichte“. Nun nützte es dem Verleger, Richter, nichts, daß er angab, in den Texten beider Schriften sei im wesentlichen Poesie von 1848 aufgenommen worden, und das Sozialistengesetz nicht anwendbar auf Werke aus der Zeit vor seiner Gültigkeit. Die Kommission erwiderte, die Anwendung eines Prinzips, das für die Strafgesetzbearbeitung gelte, auf ein *Präventivgesetz*¹⁷ sei unberechtigt, da dies „auch den von bereits abgeschlossenen Tatsachen für die Zukunft noch zu befürchtenden Schaden abzuwehren bestimmt ist“. Sie merkte an, daß, wenn zwar vielfach die „sozialistische Färbung“ fehle, „sich auch in diesen nicht eigentlich sozialdemokratischen Gedichten ein wüster, nach dem Blute des Gegners dürstender Radikalismus ausspricht, der mit den gewalttätigen Aspirationen der heutigen sozialistischen und kommunistischen Parteien nur zu gut harmoniert“. (S/B 529/33) 1879 fiel ein nichtsozialdemokratisches Gedicht von Oskar Klemich unter das Sozialistengesetz. Es enthält schon einen Gedanken, den später Bertolt Brecht gern verwendete: Will man stehlen, muß der Betrag nur hoch genug sein, damit man straffrei ausgeht. Klemich schrieb: „Drum greife zum Raube, doch schicklich / Gehe um's Zuchthaus herum, / unter Milliarden stiehl nie!“ (S/B 535)

Nicht zuletzt gehörten zu den unstatthaften Schriften auch verschiedene Volks- und Arbeiterkalender. Einem davon wurde u.a. angelastet, es werde darin gefordert, das veraltete Geschichtsbild des Obrigkeitstaates durch ein demokratisches zu ersetzen (S/B 545). Als gefahrdrohend fielen Gedichte, Szenen und Zitate älterer Dichter auf,

16 Ähnlich argumentierte die Reichskommission in bezug auf zwei Schriften von Johann Most, deren Verbot die „Reußische Volkszeitung“ ebenfalls gemeldet hatte. (S/B 90f.).

17 Vom „präventiven Charakter“ des Gesetzes hatte schon die Begründung zur 2. Vorlage des Sozialistengesetzes gehandelt. Siehe dazu: Das Staatsarchiv, 34/1878, S.14 (zu § 4).

so von Schiller, desgleichen dessen Szene, worin der Soldatenhandel seine Aburteilung findet (S/B 545 und 548), Heine (mit dem Vers vom Himmelreich, das schon auf Erden zu errichten wäre, (S/B 547) und Shelley (S/B 548 und 556f.), von Burns und Freiligrath das „Trotz alledem!“ (S/B 554f.) und von Thomas Morus Sätze aus der „Utopia“. (S/B 557) Ferner Beispiele von Fritz Reuter („Kein Hüsung“), Anastasius Grün, Lenau, Gottfried August Bürger, Kant, Börne, Ludwig Feuerbach, Thomas Müntzer, Iwan Turgenjew. (S/B 557) Das ergibt in Wahrheit eine Ehrenliste deutscher Literatur in ihrer fortschrittlichen Linie, mit Hinzufügung einiger Autoren nichtdeutscher Länder. Zur Verbotsbegründung mußte in dem Falle eines Kalenders herhalten, daß er eine Liste der wichtigen Gedenktage enthielt, und als solche erschienen die Daten bekannter Revolutionen und Aufstände, Geburts- und Todestage berühmter Revolutionäre und revolutionärer oder freigeistiger Schriftsteller, angefangen bei C. Gracchus und Spartakus, über Müntzer und Michael Kohlhaas, bis hin zu Weitling und zu den in Chicago per Justizmord getöteten US-Anarchisten. (S/B 557f.)

Die Betrachtung der unter dem Sozialistengesetz amtlich verfolgten Auszüge, Zitate und Namen, Erwähnungen und Anspielungen ergibt im Umkehrverfahren, daß die Autoren der Sozialdemokratie es verstanden, bedeutende Komplexe aus der sozialkritischen, revolutionären, freigeistigen und fortschrittlichen Literatur zweier Jahrtausende und verschiedener Länder auszuwählen und in den aktuellen Kampf einzubeziehen. Ja, sie versuchten sogar, solche Gestalten der Religionsgeschichte für das Proletariat zu erobern, auf die sich die Gegner der Arbeiterbewegung mit Vorliebe beriefen, wie Jesus Christus. 1878/79 wurde in Berlin ein Periodikum namens „Berlin“ verboten, u.a. wegen eines Artikels mit der Überschrift „Nazareth und Golgatha“. Er enthielt lange Ausführungen über den Zimmermannssohn Jesus, der „anstatt der Habsucht die Uneigennützigkeit“ predigte und Reden zugunsten der Armen hielt. (S/B 95)

Wie das Sozialistengesetz überhaupt, so konnten auch die daraus folgenden Zensurmaßnahmen nicht den von den Initiatoren gewünschten Erfolg haben. Vom Sozialistengesetz war ein erheblicher Teil der Bevölkerung Deutschlands betroffen. Jedoch konnte dieser sich nicht von der Rechtlichkeit der Maßnahme überzeugen. Vielmehr sah er sich darin bestärkt, daß in Wahrheit Recht und Moral auf seiner Seite seien. So führte die Sozialdemokratie den Abwehrkampf gegen das Gesetz mit größter Energie, bis es nach zwölf bitteren Jahren fiel. Das von den Urhebern des Ausnahmegesetzes neben anderen Instrumenten angewandte Literaturverbot änderte an dem Gesamtergebnis nichts. Die unterdrückten Schriften konnten durch andere ersetzt werden, einige neue im Ausland erscheinen, und der Fundus von Gedanken und Theorien, der verbannt werden sollte, verlor durch den Repressionsversuch nichts von seiner Überzeugungskraft, im Gegenteil, er gewann durch ihn an Attraktivität.

Selbst in der Gegenwart hat er nichts von seiner Bedeutung eingebüßt, obschon große Teile der Bevölkerung, die seiner sehr bedürftig wären, um sich in ihrer Situation zu orientieren, ihn einstweilen unbeachtet lassen, um sich dem Alltag und

ihrer Freizeit zu widmen. Doch unbezweifelt ist heute, 125 Jahre nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, die Zeit gekommen, auf die Wilhelm Bracke vertraute: „... eine Zeit ..., wo alle Welt darin einig ist, nicht allein das Gesetz, sondern auch die eigentümliche Handhabung desselben zu verdammen. Für die Zukunft und für die Geschichte könnten die Entscheidungen der Reichs-Commission einmal von Wert sein.“ (S/B 543)

JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Das Periodikum erscheint dreimal im Jahr, jeweils im Januar, Mai und September, mit einem Jahresgesamtvolumen von mindestens 660 Seiten. Es wendet sich an Fachhistoriker und historisch Interessierte, veröffentlicht Ergebnisse der historischen Forschung zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zur Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeitswelt, zur Geschichte anderer sozialer Bewegungen, zur Alltagsgeschichte u. a. Die Zeitschrift gibt der an Marx und Engels orientierten Geschichtsforschung Raum und steht darüber hinaus allen demokratischen Historikern der Arbeiterbewegung offen. Sie will einen Beitrag zur ausgewogenen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung seit deren Entstehen im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart leisten. Sie enthält wissenschaftliche Aufsätze und Mitteilungen, auch aus der Regional- und Lokalforschung, Beiträge zur Diskussion, biographische Skizzen, Erinnerungen, Dokumente, Berichte über wissenschaftliche Tagungen, Informationen über wissenschaftliche Vorhaben, Rezensionen und Annotationen zu Neuerscheinungen.

Der Bezug ist über die Redaktion möglich: Redaktion des JBzG, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin.

e-mail: mayer.berlin.pb @ t-online.de

Das Einzelheft kostet im freien Verkauf 10 Euro; das Jahresabonnement im Inland 25 Euro, im Ausland 35 Euro (jeweils incl. Mehrwertsteuer und Versandkosten).

Die Zahlungen für das Abonnement bzw. die Einzelhefte sind zu richten an: NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin.

Konto-Nr. 57 44 56 10 10, Berliner Volksbank/BLZ 100 900 00.

Miszellen

Das Sozialistengesetz im Briefwechsel von August und Julie Bebel

Heidi Beutin*

Die Sozialistenverfolgung in Deutschland von 1878 bis 1890 war ein Ereignis von kaum abzuschätzender Wirkung auf die gesamte Innenpolitik des 2. Deutschen Kaiserreichs (1871-1918). Zu den aus dem Sozialistengesetz resultierenden Maßnahmen gehörte nicht als die geringste die Unterdrückung fast der gesamten sozialdemokratischen Presse, der sozialdemokratischen Broschüren- und Buchproduktion sowie das Verbot von Flugblättern. Über die furchtbare Verwüstung der sozialdemokratischen Zeitungs- und Verlagslandschaft äußerte sich August Bebel in seiner Autobiographie: „Binnen wenigen Tagen war die gesamte Parteipresse“ mit zwei Ausnahmen „unterdrückt“. „Das Trümmerfeld des Zerstorten wurde erweitert durch die Verbote der nicht periodisch erscheinenden Literatur.“¹

Wer bei der Untersuchung dieser Vorgänge den damals noch nicht zirkulierenden Begriff „Medienpolitik“ benutzt, wird vor allem zu bedenken haben, daß in der Ära, die nun Einundeinvierteljahrhundert zurückliegt, das Spektrum der Medien keineswegs so komplex entwickelt war wie in der Gegenwart. In der politischen Öffentlichkeit stand außer der mündlichen Rede sowie dem Lied (insbesondere dem Kampflied) nichts als das *gedruckte* Wort zur Verfügung, oder wiederum mit einem modernen Begriff: „die Printmedien“. Das hieß damals: periodische und nicht-periodische Druckschriften, darunter das Flugblatt, die Flugschrift. Alle übrigen, also die heutzutage als „elektronische“ oder „audiovisuelle Medien“ bezeichneten Kommunikationsmittel fehlten, vom Radio über Schallplatte, CD, Fernsehen, Video bis hin zum Internet.

In dem Gesamtableau, das hiermit angedeutet ist, klafft allerdings eine Lücke, wenn man sich nicht darauf besinnt, daß, angesiedelt im Zwischenbereich zwischen der mündlichen Rede, der politischen ebenso wie der privaten im Alltag, sowie dem Druck noch *die handschriftliche Wiedergabe* existierte. In früheren Jahrhunderten kam dieser eine wesentlich größere Bedeutung zu als in der Gegenwart, so daß der Bereich der *Schriftlichkeit* in zwei etwa gleich relevante Sektoren zerfiel: den der gedruckten Mitteilung und den der handschriftlichen.

* Beitrag auf der Konferenz der „Hellen Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.“ am 18. Oktober 2003 in Berlin anlässlich des 125. Jahrestages des Sozialistengesetzes. Gek. abgedr. in: „Presse und Publizistik unterm Sozialistengesetz. 1878-1890“, Teil 2 (Pankower Vorträge, H. 60), Berlin 2004, S. 35-42.

1 August Bebel: Aus meinem Leben, Berlin 1964, S.623f.

Unter den handschriftlichen Mitteilungen fällt sicher dem *Brief* eine hervorragende Rolle zu.² Das war nicht anders in der Kommunikation zwischen den Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz, zwischen den Parteiführern und den einfachen Mitgliedern, zwischen den besonders gefährdeten Männern und ihren Frauen sowie zwischen Frauen. Wissenschaftliche Nachschlagewerke halten die Auskunft bereit, daß unter den Briefen zu unterscheiden wären (1.) der eigentliche private Brief sowie (2.) der offizielle (Mitteilungen oder Anweisungen usw. enthaltende, soweit diese der dokumentierenden Schriftform bedürfen). Die Briefform kann sich auch verselbständigen, als Essay, zur Einkleidung von Satiren und Polemiken, überhaupt als literarische Kunstform (u.a. Briefroman). Bis in die Gegenwart hinein edieren Wissenschaftler Briefe, Briefwechsel, Briefsammlungen, unter der Bedingung, daß die Verfasser literarisch, politisch oder wissenschaftlich bedeutende Persönlichkeiten waren.³ Wer versucht, über die während des Sozialistengesetzes verfaßten Briefe von Sozialdemokraten und ihres Umkreises (besonders ihrer Familien) eine auch nur cursorische Übersicht zu erlangen, wird erstaunen, welche Fülle brieflicher Zeugnisse von sozialdemokratischen Schreibern in diesem Zeitraum entstand.⁴ Darunter sind sowohl offizielle Schreiben (Mitteilungen, Anweisungen) als auch private. Unter den privaten Korrespondenzen stellen die Briefe, die Dokumente „einer Ehe“ sind, ein besonderes Studiengebiet dar: so von Wilhelm Liebknecht, seiner ersten Frau Ernestine und seiner zweiten, Natalie, sowie der Briefwechsel August und Julie Bebel.

Die Korrespondenz der Letztgenannten allein aus den Jahren des Sozialistengesetzes, eingerechnet die sehr umsichtige Kommentierung durch die Herausgeberin Ursula Herrmann, hat den Umfang von knapp fünfhundert Seiten.⁵ Der von ihr gewählte Titel „Briefe einer Ehe“ könnte auf den ersten Blick dazu verleiten, in der Sammlung mehr oder minder intime Dokumente aus dem Privatleben zu vermuten. Bei genauerer Kenntnisnahme zeigt sich aber, wie anders nicht zu erwarten, daß zwischen der privaten Sphäre und der öffentlichen keine klare Grenze zu ziehen ist. Das Private nimmt nicht den gesamten Raum ein, sondern muß ihn sich mit offiziellen Themen teilen. Sogar direkte Anweisungen gibt es in den Briefen August Bebel, beispielsweise wenn er während seiner Abwesenheit, etwa in den Haftzeiten 1882/83 und 1886/87, durch Julie „Parteigeschäfte“ (ihr Ausdruck) besorgen lassen

2 Neben anderen handschriftlich verfaßten Texten: der Urkunde, dem Gesetzestext, dem Vertrag, dem Rezept, der Rechnung usw. Es ist daran zu erinnern, daß die *Vorlagen* für Druckwerke aller Art „Manuskripte“ waren, ursprünglich in handschriftlicher Form existierende Ausarbeitungen.

3 Zu diesen Ausführungen siehe den Artikel „Brief“, in: Günther und Irmgard Schweikle Metzler (Hrsg.): *Literatur Lexikon. Stichwörter zur Weltliteratur*, Stuttgart 1984, S.59f.

4 Vorhanden und im Druck vorgelegt sind inzwischen besonders die Briefe der bekannten Theoretiker und sozialdemokratischen Parteiführer (Marx, Engels, Liebknecht, Bebel, Rosa Luxemburg usw.). Zur großen Anzahl der Briefe allein Bebel siehe den Anmerkungsapparat der Einleitung von Ursula Herrmann in: Dies. (Hrsg.): *August und Julie Bebel, Briefe einer Ehe*, Bonn 1997, S 22-24, Anm. Nr. 1 und 19.

5 Es sind die Briefe Nr. 13-158, d.h. in der Summe 146 Dokumente.

muß, vor allem die Geldübermittlung. Das war sonst seine Aufgabe, da er unter dem Sozialistengesetz als „Finanzminister“ (sein Ausdruck) der Partei amtierte.

Die Herausgeberin wies darauf hin, daß der Briefwechsel August und Julie Bebels sich „mit ganz eigenem Reiz in den bisher publizierten Briefwechsel August Bebels“ einreihe. „Er zeigt, ob und wie der Verfechter der Gleichberechtigung der Frau, der Verfasser des viel gelesenen Buches ‚Die Frau und der Sozialismus‘, nach den von ihm verkündeten Prinzipien lebte. Vor allem tritt Julie aus ihrem Schattendasein hervor.“⁶ Im übrigen läßt er sich aus vielerlei Perspektiven lesen.

Unter diesen sind die alltags- und die mentalitätsgeschichtliche nicht zu vernachlässigen.⁷ Als Gegenstand der Alltags- und Mentalitätsgeschichte erweist der Briefwechsel August und Julie Bebels seinen Wert als eminent ergiebige Quelle. Man gewinnt daraus ein recht farbiges Bild vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen sowie ihrer Sprecher und deren Frauen unter den Bedingungen des Ausnahmezustands. Die alltags- und mentalitätsgeschichtliche Forschung stellt eine Auswahl von Kategorien bereit, die es ermöglichen, eine komplexe Innenansicht der Menschen zu entwerfen, die unter dem Sozialistengesetz litten, sich opferten, sich wehrten und kämpften, eine Sicht, wodurch die Menschen der damaligen Ära den Menschen der Gegenwart zweifellos bedeutend näher sind.

Hingegen ergibt die politisch-historische, auch spezifisch parteigeschichtliche Analyse sozusagen die Außensicht der Vorkommnisse und ihrer Protagonisten, eine Analyse, die in eine Gesamtdarstellung der Geschichte des Sozialistengesetzes münden müßte. Bebel und seine Frau äußerten sich in ihren Briefen aus der Zeit des Sozialistengesetzes natürlich fortgesetzt über dessen Folgen für die Partei und für das „private“ Leben der Sozialdemokraten und ihrer Frauen. Besonders August Bebel aber gab auch Fingerzeige für die umfassende Bewertung des Sozialistengesetzes auf der Folie der Politik Bismarcks, sogar der Gesamtpolitik des deutschen Kaiserreichs in der historischen Periode vom Nachmärz bis ans Jahrhundertende. Dabei sollte man sich vergegenwärtigen, daß die Briefe Julie und August Bebels vertraulichen Charakter besaßen und nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren. Gewiß dachten die Verfasser nicht an eine spätere Edition. Dennoch kann es aus heutiger Sicht, nachdem das 20. Jahrhundert viele Beispiele dafür geliefert hat, wie erfolgreich die staatliche Technik der Überwachung der Korrespondenz von als „gefährlich“ eingestuften Oppositionellen arbeitet, als erstaunlich gelten, was alles die Zensur im Deutschland der Kaiserzeit passierte, vor allem auch, welche Ausführungen in der Häftlingspost.

6 In der Einleitung, Herrmann, Briefe, S.22.

7 Siehe Heidi Beutin: „Noch heute steigt mir das Blut zu Kopfe, gedenke ich jener Zeiten.“ - Alltag und Mentalität unter den Bedingungen eines Ausnahmegesetzes: Julie und August Bebel in ihrem Briefwechsel, in: Protokollband der Konferenz zum 125. Jahrestag des Sozialistengesetzes in Kiel vom 28. bis zum 30. November 2003 (erscheint im Lang Verlag Frankfurt/Main 2004). - In dieser Abhandlung befasse ich mich mit beiden Korrespondenzpartnern, während meine hier vorliegenden Ausführungen so gut wie ausschließlich politische Stellungnahmen August Bebels betreffen (das ist: die „Außensicht“).

Hier ist es nicht möglich, die Summe der eindringlichen politischen Überlegungen Bebels im Briefwechsel mit seiner Frau zu ziehen. Daher möchte ich mir erlauben, lediglich eine kleine Handvoll davon herauszuheben und zu glossieren.

Einer ausführlichen Analyse unterzog Bebel Bismarcks gesamte Politik - man könnte sagen: des Reichskanzlers gesamtes politisches System - in seinem Brief vom 17. Januar 1887 aus dem Landesgefängnis Zwickau.⁸ Zunächst erteilt er Julie strikte Anweisungen für den Fall von Haussuchungen, z.B. wie folgt: „Briefe oder was sie sonst mitzunehmen Neigung haben, willst Du unter keinen Umständen die Beamten lesen lassen. Du berufst Dich hierbei auf die Strafprozeßordnung ...“. Im folgenden leitet er die umfassende Analyse, die weite Teile des Briefs dominiert, mit dem Nebensatz ein: „Was nun die allgemeine Situation betrifft, in die wir im Handumdrehen geraten sind ...“. Bebel führt aus, es könne nicht anders sein, als daß Bismarck vom Reichstag „seine Forderungen bewilligt erhält“, weil es im Parlament keine ihm „prinzipiell feindliche Majorität“ gibt, „da die *einzig*e, die möglich wäre, die sozialdemokratische, im *gewöhnlichen* Lauf der Dinge bis 1890 *unmöglich* ist, und bei *ungewöhnlichem* Verlauf handelte es sich um ganz andere Dinge als die Lumperei eines drei- oder siebenjährigen Armeebestandes.“

Dann kommt er zum Kern seiner Aussage: „Was die Opposition, richtiger, Freund und Feind bereits fühlen, ist, daß es sich um einen viel wichtigeren Zweck handelt. B(ismarck) will neben den militärischen Forderungen seine Steuerprojekte durchsetzen können, und dann soll eine Revision der Verfassung, des Wahlrechtes, Verschärfung des Strafgesetzes und des Sozialistengesetzes vorgenommen werden und sonst noch allerlei: Das sind die *wahren* Pläne und Zielpunkte.“ So also 1887.

Wie Bebel in seiner Autobiographie aufzeigte, waren die tiefer Blickenden unter den Zeitgenossen bereits bei der Ausfertigung des Ausnahmegesetzes im Jahre 1878 der Meinung, daß hinter Bismarcks Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung „andere Pläne“ (mit) im Spiele waren. Bebel führte aus: „Den Nationalliberalen war bei diesen ganzen Vorgängen nicht wohl zumute; sie fühlten instinktiv, daß Bismarck noch andere Pläne im Hintergrund habe, die sich gegen sie selbst richteten.“ Anschließend kam er darauf zu sprechen, daß Bismarck bei dem zweiten Attentat auf Kaiser Wilhelm I. (1878), das ein gewisser Nobiling ausführte, frohlockte: „Jetzt habe ich die Kerle - die Nationalliberalen -, jetzt drücke ich sie an die Wand, daß sie quietschen“.⁹ Ob Bismarck die Äußerung in diesen Worten formulierte, ob anders - es sind Belege vorhanden, daß sie dem Sinne nach gefallen ist. Johannes Ziekursch verweist auf ein Gespräch, das bereits im Anschluß an das erste Attentat, begangen durch Hödel, stattgefunden haben muß: „Als Bismarck die Nachricht von dem Mordanschlag erhielt, schlug er auf den Tisch und rief aus: ‚Jetzt haben wir sie!‘ ‚Die Sozialdemokraten, Durchlaucht?‘, fragte einer aus Bismarcks Umgebung, ‚Nein, die Liberalen,‘ erwiderte er.“¹⁰ Bismarck selbst nannte das Sozialistengesetz im Brief-

8 Herrmann, Briefe, S.323-326 (im Text ohne Einzelnachweis der Seitenzahlen).

9 Bebel, Leben, S.590, 594.

10 Politische Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreichs, 2. Bd.: Das Zeitalter Bismarcks (1871-1890), Frankfurt/M. 1927, S.322f.

wechsel mit König Ludwig II. von Bayern eine Maßnahme der „Notwehr“ und zählte darin als weitgreifende Ziele seiner Politik auf: die „Sprengung“ der liberalen Fraktion sowie - im selben Satz! - „die Reform der wirtschaftlichen Interessen“. Die letztgenannte bestand in seiner Hinwendung zur Schutzzollpolitik, oder umgekehrt: in seiner Abwendung von der „Freihandelspolitik“.¹¹

Die Verfasser der „Illustrierten Geschichte“ unter dem Titel: „Das Sozialistengesetz, 1878-1890“ urteilten: „Das Sozialistengesetz war nicht nur das Schlüsselglied einer verstärkten Reaktion im Innern, sondern Bestandteil einer Konzeption, die ein konservatives Staats- und Gesellschaftssystem in ganz Europa anstrebte.“ Bismarck plante „die politische Vorherrschaft des Junkertums, die zentrale Machtstellung der Hohenzollerndynastie, seine eigene bonapartistische Diktatur gegen die sozialen und ökonomischen Verschiebungen abzusichern, die durch die kapitalistische Entwicklung bewirkt wurden“. Die Zerschlagung der Sozialdemokratie sollte der Entmachtung des Reichstags, des Parlaments, präludieren. In seinem intriganten Machtpoker fiel das Hauptaugenmerk des Kanzlers daher auf den Reichstag: „Angelpunkt aber war und blieb die Position des Parlaments im bestehenden Herrschaftssystem. In einer Art Eskalationsprogramm unterhalb der Grenze des offenen Staatsstreiches suchte Bismarck die Positionen des Reichstages systematisch zu untergraben.“¹² Mit dem Sozialistengesetz hat man somit einen Bestandteil der größeren innenpolitischen Konzeption Bismarcks vor sich, die auf die Eliminierung der ohnehin wenig effizienten Elemente von Demokratie in Preußen-Deutschland zielte. Obleich in seiner Zwickauer Gefängniszelle 1887 von der Mitwirkung am politischen Tagesgeschehen ausgeschlossen, umriß Bebel in seinem Brief doch die politische Gesamtkonzeption Bismarcks prägnant, neben der innen- auch die außenpolitische, in ihrem Kern.

In heutiger Zeit, vier Generationen später, zwei Generationen nach der Epoche der vom Deutschen Reich ausgelösten Weltkriege des 20. Jahrhunderts, berührt es fast unheimlich, wie klarsichtig Bebel in demselben Brief das Zeitalter des herbeizuführenden Kriegs in seiner Entstehung beobachtete: „... eines Krieges, der unzweifelhaft, wenn auch dieses Jahr wahrscheinlich nicht, aber dann mit einer Furchtbarkeit, wie noch *keiner* da war, kommt. Die Rüstungen werden mit fieberhafter Eile in ganz Europa auf die Spitze getrieben. Ist man aber fix und fertig, so kann man, das hat ja der alte Moltke selbst zugegeben, sich nicht bis an die Zähne bewaffnet auf die Dauer gegenüberstehen. Da geht irgendwo ganz unversehens eine Flinte los, und die mit Elektrizität über und über geschwängerte Luft kommt zur Explosion.“ Er irrte sich zwar in der zeitlichen Berechnung um etwa dreißig Jahre: „... daß die Ende der Achtziger nicht vorübergehen werden, ohne den Weltbrand zu entzünden“, aber die der europäischen Gesamtentwicklung innewohnende Tendenz zum „Weltbrand“ erkannte er völlig richtig. Seine Erkenntnis deckt sich in der Sache mit der berühmten Weltkriegs-Vorhersage von Friedrich Engels aus demselben Jahr

11 Gedanken und Erinnerungen, München 1952, S.289, 292, 437.

12 Horst Bartel/Wolfgang Schröder/Gustav Seeber: Das Sozialistengesetz, 1878-1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz, Berlin 1980, S.111f.

(datiert: 15. Dezember 1887): „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit.“¹³

Ein reichliches Jahr später (am 6. Februar 1888) hielt Bismarck im Reichstag eine seiner berühmtesten Reden, die in dem danach in Deutschland unzählig oft zitierten Satz gipfelte - der von Frauen und Mädchen sogar auf Sofakissen und Pantoffeln gestickt wurde -: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt“. Es ist kaum zu leugnen, daß zumindest diese Rede des Reichskanzlers von allerlei Übeln strotzt, von einem nationalen Hochmut und militaristischer Verblendung, von falschen Einschätzungen und äußerst fragwürdigen Ratschlägen.

Zu Bebels grundlegenden Einsichten in seinem Briefwechsel mit Julie zählen neben den auf die politische Gesamtkonzeption Bismarcks bezogenen einige sozialpsychologische. Die Parteien der Großbourgeoisie, aber auch des Kleinbürgertums zogen den Abscheu der Sozialdemokratie auf sich, weil sie in ihrem Kadavergehorsam Bismarck gegenüber immer wieder dafür sorgten, daß diesem die Verlängerung des Ausnahmegesetzes im Reichstag bewilligt wurde. So u.a. erklärt sich Bebels Aversion gegen die erstgenannte. Im Brief vom 13. Januar 1887, ebenfalls aus der Zwickauer Landesgefängenenanstalt, schreibt er: „Ein Minister, der in Frankreich oder England dem Parlament zumutete, was dem Reichstag zugemutet wird, müßte unter dem Sturm der Entrüstung *aller* Parteien augenblicklich seine Stelle räumen. Nur in Deutschland ist das anders, weil der deutsche Großbürger, und der hat heute das Heft in der Hand, ein feiges, charakterloses Subjekt ist. Bei uns hat das politische Eunuchentum Oberwasser, und da verdenke ich's einem Minister nicht, wenn er mit diesen Leuten nach Belieben umspringt. Ich hoffe, daß, wenn L(ie)b(knecht) zum Wort gekommen ist, er nicht nur mit B(ismarck) sein Hühnchen rupft, sondern namentlich auch mit den andren Parteien. Ohne deren jammervolle Haltung seit 20 Jahren wären all diese Zumutungen nicht möglich.“¹⁴ Dies ist eine vernichtende Charakteristik der *deutschen* Großbourgeoisie, wie sie ähnlich knapp vier Jahrzehnte zuvor der Dichter Heinrich Heine in bezug auf die *französische* gegeben hatte. In seiner Schrift „Lutetia“ findet sich unter dem Datum des 12. November 1840 der folgende Passus: „Solange die Bourgeoisie am Ruder steht, droht der jetzigen Dynastie keine Gefahr. Wie soll es aber gehen, wenn Stürme aufsteigen, wo stärkere Fäuste zum Ruder greifen und die Hände der Bourgeoisie, die mehr geeignet zum Geldzählen und Buchführen, sich ängstlich zurückziehen? Die Bourgeoisie wird noch weit weniger Widerstand leisten als die ehemalige Aristokratie; denn selbst in ihrer kläglichsten Schwäche, in ihrer Erschlaffung durch Sittenlosigkeit, in ihrer Entartung durch Kurtisanerie war die alte Noblesse doch noch beseelt von einem gewissen Point d'honneur, das unsrer Bourgeoisie fehlt, die durch den Geist der

13 Engels fährt fort, er werde 8-10 Mill. Soldaten das Leben kosten, Europa verwüsten, drei bis vier Jahre dauern und dazu führen, „daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen ...“ (MEW, Bd. 21, S.350f.)

14 Herrmann, Briefe, S.315.

Industrie emporblüht, aber auch untergehen wird.¹⁵ Die Prophezeiung, gleich dem Adel werde auch das Großbürgertum, die von diesem repräsentierte Bürgergesellschaft in historischer Zeit untergehen, findet sich bei fast allen sozialistischen Autoren des 19. Jahrhunderts wieder. Auch Bebel reproduzierte sie in dem zuletzt zitierten Brief. Er reflektierte anlässlich des Todes eines von ihm sehr geschätzten liberalen Abgeordneten, daß die Freisinnigen „nacheinander ihre besten Leute“ verlieren - „das Bild der bürgerlichen Gesellschaft, die auch in der Abwirtschaffung begriffen ist und ihrem Untergang entgegensteht.“¹⁶

Aus heutiger Sicht weiß man, wie sehr hier der Wunsch der Vater der Prophezeiung war und wie wenig die Bürgergesellschaft sich beeilte und beeilt, unterzugehen. Deutlich ist, daß einige andere Autoren des Zeitalters die besseren Propheten waren - obgleich nicht der Inhalt ihrer Prophezeiungen schon der bessere. Sie sagten der Großbourgeoisie eine immense künftige Machtstellung auf dem ganzen Planeten voraus. So der Schriftsteller Willibald Alexis. Bezeichnenderweise durch den Mund eines arglistigen Verbrechers ließ er dem Großbürgertum in einem Roman von 1852 ankündigen: „... Ihnen, den großen Kaufleuten, Fabrikanten blüht die künftige Weltherrschaft entgegen. ... Sie haben die Sprache, die alle Welt versteht, das Geld. ... so prophezeie ich Ihnen, Sie, die Herren von der Industrie, werden bald die wahre, reelle, effektive Universalmonarchie in Händen haben, wie die großen Handelsherren in dem kleinen Venedig ehemals, wie im großen England und im noch größeren Amerika jetzt schon und in Zukunft noch mehr.“¹⁷

Heutige Leser werden keine lange Überlegung benötigen, um zu ermitteln, welche von den zwei konträren Aussagen ins Schwarze traf und welche nicht. Es muß nur daran erinnert werden, daß der Terminus „Universalmonarchie“, der vielleicht in der Gegenwart harmlos klingt, von Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ (1795) als die menschenfeindlichste unter den Möglichkeiten der Weltordnung angeprangert worden war. Er sah in ihr die alles erstickende Diktatur einer großen Macht über sämtliche anderen und alle Erdbewohner.

Eine weitere sozialpsychologische Reflexion Bebels aus Zwickau vom Juni 1887 betrifft den *Servilismus* der Bevölkerung Deutschlands. Frieda Bebel, die Tochter, wollte in Plauen bei Dresden, heute einem Stadtteil davon, wohin die Bebels verzogen waren, an den sportlichen Übungen im Turnverein teilnehmen. Jedoch erhielt die Familie ein Schreiben, daß man sie nicht aufnehmen könne - ihres Vaters wegen.¹⁸ Diesen Vorfall teilte Julie in ihrem Brief am 26. Juni mit: „... ein Plauener Produkt! Wir haben gelacht, wie wir es lasen, und hatte ich auch schon eine Antwort abgefaßt, aber es ist wohl besser, wenn wir es unterlassen.“ Daß selbst die Absage an Frieda als Klassenfrage zu bewerten ist, erkennt die Schreiberin sehr wohl. Sie

15 Heinrich Heine: Werke und Briefe, hrsg. von Hans Kaufmann, 6. Bd., Berlin 1962, S.355.

16 Herrmann, Briefe, S.316.

17 Zit. in: Wolfgang Beutin: Melpomene Dolch und Klios - noch schärferer Griffel. Die brandenburg-preußischen („vaterländischen“) Romane von Willibald Alexis, in: Ders./Peter Stein (Hrsg.): Willibald Alexis (1798 - 1871). Ein Autor des Vor- und Nachmärz, Bielefeld 2000, S.193.

18 Siehe Herausgeberin-Kommentar, in: Herrmann, Briefe, S.501.

bemerkt über das Schreiben: „Es geht natürlich nur von den frisch-fromm-fröhlich-freien Herren aus, denn die Damen, darunter Dienstmädchen in weißen Schürzen, würden wohl kaum gegen Friedas Aufnahme agitiert haben, sondern wollten sie durchaus den Abend, wo wir dort waren, dabehalten ...“.¹⁹ August Bebel antwortete zwei Tage später, am 28.6.: „Ihr habt sehr vernünftig gehandelt, über den Brief des Pl(auener) Turnvereins zu lachen; ist das eine traurige Gesellschaft. Aber das getreue Spiegelbild der Gesellschaft im ganzen Reich, überall Servilismus und Knechtsseligkeit. In Frankreich macht sich der Nationalhaß breit, bei uns die Hundegesinnung, beides Zeichen des moralischen Niedergangs eines Volks.“²⁰ Mit seiner Überlegung reihte Bebel sich in die Kontinuität einer sozialpsychologischen Debatte ein, die in Deutschland während einiger Jahrzehnte des 19. bis hinein ins 20. Jahrhundert geführt wurde und deren Thema lautete: der Servilismus der Deutschen. Um diese Kontinuität anzudeuten, beziehe ich mich auf zwei Autoren, die zu derselben Debatte wichtige Beiträge leisteten. Der schon genannte Schriftsteller und berühmte Verfasser historischer Romane Willibald Alexis läßt in einem davon, mit dem Titel „Isegrim“ (1854), eine seiner Figuren sagen: „Aber vergessen wir das nicht, *nicht der Despotismus, nur der Servilismus hat die Nationen gemordet*“.²¹ Das bedeutet: Geknechtet kann nur werden, wer aus Feigheit kriecht - eine These, die bereits im 16. Jahrhundert Etienne de la Boétie (1530-1563) in seinem „Discours sur la servitude volontaire“ vertrat. Über das Verhältnis der Untertanen zu ihrem Despoten heißt es bei Alexis weiter: „Erst wenn ihr Sinn so stumpf, ihre Haut so schwielig ward, daß sie die Schläge nicht mehr empfinden, wenn sie, niedergestreckt zu seinen Füßen, kein größeres Glück kennen, als diese Schläge auf Andre abgleiten zu lassen, wenn sie, aus heilloser Angst, zu Angebern werden und gar in diesem Gehorsam noch Tugend sehen, dann ist ein Volk verloren.“²²

Sechzig Jahre später, 1914, schloß Heinrich Mann seinen satirischen Roman „Der Untertan“ ab, der allerdings erst im Jahre der Niederlage des Deutschen Reichs im 1. Weltkrieg, 1918, im Druck erscheinen konnte. Es ist das komplexe Porträt des deutschen Untertanen, die tief eindringende Sozialpsychologie des deutschen industriellen Bürgertums, ohne das der zweifache Griff der Reichsleitung nach der Weltmacht niemals hätte stattfinden können. Mit Namensnennung und Bezeichnung eines Charakterzugs beginnt die Erzählung: „Diederich Heßling war ein weiches Kind ...“.²³ Wie es der Autor im Schlußabsatz anordnet, tritt derselbe, der Repräsentant des deutschen Untertans, ganz am Ende noch einmal leibhaftig ins

19 Ebenda, S.499.

20 Ebenda, S.503. - Nachdem die Sache in der Presse gegen den Willen Bebels publik gemacht worden war, dementierte der Vorsitzende des Vereins, es sei im Ablehnungsschreiben die Gesinnung von Friedas Vater nicht erwähnt worden, siehe Herausgeberin-Kommentar, in: Herrmann, Briefe, S.522. (Das Fehlen einer Erwähnung bedeutete natürlich nicht, daß die Gesinnung oder Gefängnishaft des Vaters nicht doch das Motiv gewesen war).

21 In dem Roman „Isegrim“, 3 Bde., Verlag Carl Barthol Berlin 1854 (Erstaufl.), hier: Bd. 2, S.330.

22 Ebenda.

23 Heinrich Mann: Der Untertan, Kurt Wolff Verlag Leipzig etc. 1918, S.5.

Bild - einer anderen Figur scheint es, als sei der *Leibhaftige* zu erblicken gewesen: der Teufel.²⁴

In seiner Ansprache gegen Schluß des Buches, als Diederich die Rede zur Denkmalseinweihung zu halten hat, entwirft er das „strahlende Bild echten deutschen Wesens“ und erklärt: „... die Seele deutschen Wesens ist die Verehrung der Macht, der überlieferten und von Gott geweihten Macht, gegen die man nichts machen kann.“²⁵

Daß dies unwahr ist, daß man die Macht nicht zu verehren braucht, daß man ihr im Gegenteil entschieden entgegentreten kann, vor allem wenn sie als Rechtsverletzlerin großen Stils agiert, bewies die deutsche Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen das Sozialistengesetz der Jahre 1878-1890 in einer Weise, aus der man bis heute lernen kann. Ihr Ankämpfen spiegelt sich hervorragend in den „Briefen einer Ehe“, der Korrespondenz August und Julie Bebel. Bebel's Reflexionen über Bismarck's politische Gesamtkonzeption, über den Militarismus des Deutschen Reichs, über die sozialpsychologische Physiognomie des deutschen Großbürgers sowie über die deutsche „Knechtsseligkeit“ sind ebenso viele Verweise auf die Voraussetzungen, unter denen das Sozialistengesetz und die daraus sich ergebende Unterdrückungspolitik von den Herrschenden realisiert werden konnten. Es ist der Ruhm der damaligen Sozialdemokratie - als deren genauer Kontrast sich die deutsche Sozialdemokratie 125 Jahre später erweist -, daß sie sich primären Übeln ihrer Ära in Deutschland mit aller Kraft entgegenstemmte: der politischen Gesamtkonzeption Bismarck's, dem Militarismus des Kaiserreichs, der Industriebourgeoisie sowie dem Servilismus im Volke.

24 Siehe ebenda., S.512.

25 Ebenda, S.504.

Die Rolle Bernsteins bei der Gründung der USPD

Sándor Vádasz

„Die Geschichte hat Bernstein recht gegeben, er hat auf der ganzen Linie gesiegt“¹, erklärte Carlo Schmid, einer der Väter des Godesberger Programms der SPD, im Jahre 1964 auf der Festveranstaltung der Sozialistischen Internationale in Brüssel anlässlich der 100-Jahr-Feier der Gründung der I. Internationale. Die Fortsetzung seiner Erklärung könnte lauten: „...Marx gegenüber.“

Bei der Beurteilung Eduard Bernsteins wird von der gegenwärtigen deutschen sozialdemokratischen Geschichtsschreibung der Bogen von 1899, vom Erscheinen seines bereits klassischen Werkes „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, bis zum Jahre 1959, bis zur Annahme des Godesberger Parteiprogramms, gezogen. Bernsteins Buch „war der erste Schritt auf dem Weg zur Volkspartei SPD, zu der sie endgültig erst mit dem Godesberger Programm 1959 wurde“². Eine derartige Traditionsbildung macht es vollkommen verständlich, weshalb sich für das Lebenswerk des 1932 verstorbenen und in den Jahren des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges fast vollständig vergessenen Bernstein erst in den 1970er Jahren ein neues Interesse zeigte, von dem u.a. auch die 1977 abgehaltene Bernstein-Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zeugt. Hinsichtlich der 1990er Jahre spricht die Fachliteratur geradezu von einer „Bernstein-Renaissance“.

Kurz formuliert: Bernsteins Revisionismustheorie und sein politisches Programm sind für die gegenwärtige deutsche Sozialdemokratie wieder aktuell geworden. Was seine sonstigen Aktivitäten in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung anbelangt, so liegt das Interesse auf seinem Wirken in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts, auf seiner Tätigkeit an der Spitze der Redaktion des „Sozialdemokrat“, auf seiner Teilnahme an der Gründung der II. Internationale sowie auf der Rolle, die er in den parteipolitischen Kämpfen zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielte.

Dagegen wurde seiner Haltung in den Jahren des Ersten Weltkrieges eine weitaus geringere Aufmerksamkeit geschenkt. Dies hat m.E. zwei wichtige Ursachen. Zum einen hat sich Bernstein von 1914 an in größerem Ausmaß und im Unterschied zu anderen führenden sozialdemokratischen Funktionären aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Zum anderen sind seine Stellungnahmen zu den durch den Krieg aufgeworfenen Fragen ziemlich ambivalent. Will man jedoch sein Agieren im Jahre 1917 angemessen beurteilen, so ist gerade der Zeitraum seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges von besonderer Relevanz.

1 Zitiert nach Markus Bussmann: Eduard Bernstein. Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), in: Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte 1995, H.5. S.514

2 Ebenda., S.511

Der als „Vater des Revisionismus“ bekannte Bernstein hatte sich - anders als viele Zeitgenossen erwartet oder befürchtet hatten - in den ersten traumatischen Monaten des Weltkrieges nicht der Mehrheitsmeinung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angeschlossen. Er war nicht in den Chor der fanatischen Kriegsbefürworter eingefallen, obzwar auch er an einen Sieg Deutschlands glaubte und ihn auch wünschte. So erklärte er z.B. vor Vertrauensleuten des Deutschen Metallarbeiterverbandes in einem Vortrag am 25. Oktober 1914: „Wir Sozialdemokraten haben den lebhaftesten Wunsch, daß Deutschlands Waffen den Sieg davontragen.“³

Das eindeutige Fiasko des Blitzkrieges, die Zunahme der Versorgungsschwierigkeiten und vor allem die immer offener auftretenden Eroberungsbestrebungen der herrschenden Kreise in Deutschland weckten in Bernstein immer tiefere Zweifel. Er stellte sich die Frage, ob dies noch derselbe Krieg ist, der am 4. August 1914 im Reichstag auch von den sozialdemokratischen Parlamentariern unterstützt worden war. Seine Zweifel formulierte er nicht nur in der „Leipziger Volkszeitung“. Er zog daraus auch Schlußfolgerungen für sein eigenes politisches Handeln, und zwar in einer für die Fortführung des Krieges entscheidenden Frage: in der Frage der Bestätigung der von der kaiserlichen Regierung verlangten neuen Kriegsanleihen. Auf der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 1. Februar 1915 schlug Bernstein vor, jenen Abgeordneten, die aus Gewissensgründen den Beschluß der Fraktion nicht annehmen können, die Ermächtigung zu erteilen, ihre Stimme davon abweichend abgeben zu dürfen. Vom zunehmenden Unmut in der Partei zeugt, daß auch in der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtages eine heftige Debatte über die Bewilligung von Kriegskrediten entbrannt war. Abstoßend auf die Mitglieder der Partei wirkte zudem die Verhaftung Rosa Luxemburgs am 18. Februar 1915.

Dagegen argumentierte Philipp Scheidemann namens des Parteivorstandes in einer Rede am 18. März 1915, es seien keinerlei wesentliche Veränderungen eingetreten, die eine Veränderung der Stellungnahme der Fraktion begründen würde. Im Verlauf der Debatte forderten einige Fraktionsmitglieder, nur die Hälfte der von der Regierung geforderten Summe, also statt zehn nur fünf Milliarden Reichsmark zu genehmigen. In der Schlußabstimmung der Fraktion wurde die Regierungsvorlage von 77 Abgeordneten angenommen, 23 Fraktionsmitglieder stimmten dagegen, unter ihnen, neben Bernstein, so bekannte und angesehene Sozialdemokraten wie Wilhelm Dittmann, Friedrich Geyer, Georg Ledebour, Karl Liebknecht, Otto Rühle und Arthur Stadthagen.

Am 20. März 1915 trat der Reichstag zusammen, um das Budget zu bestätigen. Auf dieser Sitzung kam es zu heftigen Zusammenstößen. Stadthagen verwies bei der Darstellung der schwerwiegenden Folgen des Ausnahmezustandes auf Verstöße der Militärbefehlshaber in ganz Deutschland gegen gesetzliche Vorschriften zur Presse; die oppositionellen Journalisten würden von den Zensoren „gepeinigt“. Bei der Abstimmung votierten Liebknecht und Rühle gegen das Budget, das von der

³ Zitiert nach Franz Boll: *Frieden ohne Revolution?*, Bonn 1980, S.112.

Regierung vorgelegt wurde, die anderen genannten Abgeordneten, unter ihnen Bernstein, verließen vor der Abstimmung den Sitzungssaal. Die Reichstagsitzung vom 20. August 1915 verlief nach dem gleichen Muster.

In den Herbstsitzungen der sozialdemokratischen Fraktion spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern und Gegnern der Politik des 4. August weiter zu. In den Debatten wurde deutlich, daß sich die „sozialpatriotischen“ Abgeordneten immer offener mit der offiziellen staatlichen Politik identifizierten und die jeweiligen Kriegsziele der Regierung akzeptierten. Gemeinsam mit Abgeordneten der bürgerlichen Parteien gaben sie umfangreiche Bücher heraus, in denen der „Harmonie der Interessen“ das Wort geredet wurde. Die in Opposition zum Kurs des Parteivorstandes stehenden Abgeordneten forderten dagegen immer energischer, daß die Parteiführung mit ihrer kriegsbejahenden Politik brechen solle.

Am 21. Dezember 1915 stand im Reichstag die inzwischen fünfte Kriegsanleihe auf der Tagesordnung. Im Vorfeld dieser Sitzung veröffentlichte Hugo Haase im Namen der Fraktionsminderheit einen Aufruf, in dem die neue Kriegsanleihe abgelehnt wurde. Gleichzeitig teilte er mit, daß er auf seine Funktion als Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verzichte, weil er mit seiner Stellungnahme gegen die Bewilligung neuer Kriegsanleihen nicht mehr die Mehrheit der Fraktion hinter sich habe. Letztendlich votierte die sozialdemokratische Fraktion auch für die Bewilligung dieser Anleihe, protestierte jedoch gleichzeitig gegen die Annexionsbestrebungen der Regierung und brachte ihren Wunsch zum Ausdruck, daß diese alle sich bietenden Möglichkeiten zur Aufnahme von Friedensverhandlungen nutzen solle.⁴

Die Forderung des Rechts im Parlament, von der Mehrheit abweichend abstimmen zu können, die Bestätigung von „nur“ der Hälfte der von der Regierung geforderten Kriegsanleihen, d.h. die Ablehnung der anderen Hälfte, das Verlassen des Sitzungssaales des Reichstages noch vor Beginn der Abstimmensprozedur und die Teilnahme Bernsteins daran, all das waren zweifellos neue Erscheinungen. Im Vergleich zu den Aktivitäten der konsequenten Gegner des kriegsbejahenden Kurses der sozialdemokratischen Parteiführung war das jedoch ein eher halbherziges Vorgehen.

Die Linken kamen bereits am 5. März 1915 in Berlin zu einer Reichskonferenz zusammen, an der u.a. Peter Bertin, Arthur Crispian, Käthe und Hermann Duncker, Paul Levi, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Otto Rühle teilnahmen. Nach dem von ihnen begründeten Presseorgan wurden sie die „Gruppe Internationale“ genannt. Zugleich sei auf die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Bern (26. - 28. März) verwiesen, die die Losung der Landesverteidigung zurückwies und die sofortige Beendigung des Krieges forderte.⁵

4 Zu den Meinungsunterschieden im Zusammenhang mit der Bewilligung der Kriegsanleihen siehe u.a. Eugen Prager: Geschichte der USPD, Berlin 1922, S.48-96 (Neudruck Glashütten 1970). Siehe auch Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Band I, Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1975.

5 Siehe Janos Jemnitz: A nemzetközi munkásmozgalom az első világháború éveiben 1914-1917 [Die internationale Arbeiterbewegung in den Jahren des Ersten Weltkrieges 1914-1917], Budapest 1975, S.156-165.

Die gesamte Opposition stützte sich auf den in der Stimmung der breiten Volksmassen eingetretenen wesentlichen Wandel. Der infolge der erstarrten Fronten entstandene Stellungskrieg war mit riesigen Menschenopfern verbunden. Wegen der Priorität der Versorgung der Armee hatte die Bevölkerung des an Nahrungsmitteln armen Deutschlands erheblich zu leiden. Schlimmer als der Hunger war jedoch für die Menschen das Bewußtsein, daß sich nicht einmal Anzeichen der baldigen Beendigung des Krieges in absehbarer Zeit zeigten. Der erfahrene Bernstein erkannte die in der Mentalität der Massen eingetretenen Veränderungen und entschloß sich zu einem Schritt, der radikaler als jeder frühere war.

Die Nummern der „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. Juni 1916 wurden den Verkäufern sozusagen aus den Händen gerissen. Das Blatt enthielt den von Bernstein, Haase und Karl Kautsky unterzeichneten Aufruf „Das Gebot der Stunde“. Die drei großen Alten der deutschen sozialdemokratischen Bewegung waren bemüht, in diesen Kriegstagen etwas von den alten Traditionen der Arbeiterbewegung zu bewahren. Der Erfolg des Aufrufs war aber dennoch nicht so sehr dem unzweifelhaften Ansehen seiner Verfasser, als eher seinem mutigen Ton und seiner der Stimmung der Massen gerecht werdenden neuartigen Aussage zu verdanken. Mit Recht erregte er großes Aufsehen, denn „es war die erste Kampfansage der Opposition an die Mehrheiten der Parteinstanzen“.

„Die Stunde der Entscheidung ist gekommen“, schrieben die Autoren des Manifests. „Die deutsche Sozialdemokratie steht vor der Beantwortung einer Frage, die vom Gesichtspunkt des Schicksals des deutschen Volkes und der Zukunft der gebildeten Welt aus die größte Triebkraft hat“. In den vergangenen Wochen, so betonten die Verfasser, wurden von hochrangigen Persönlichkeiten und einflußreichen Körperschaften Programme ausgearbeitet, die dem gegenwärtigen Krieg den Stempel des Eroberungskrieges aufdrückten. Der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Landwirte wandten sich am 20. Mai mit einer Eingabe an den Reichskanzler, in der sie die Eroberung eines großen Kolonialreiches, entsprechende Kriegsentschädigungen und Annexionen in Europa forderten. Weiter wurde im Aufruf darauf verwiesen, daß in den Tagen vorher der König von Bayern für die Erweiterung der Westgrenzen eingetreten ist, da - wie er formulierte - Süd- und Westdeutschland so einen günstigeren Zugang zum Meer hätten. Was jedoch die größte Besorgnis erregte: Die Regierenden erwarteten, daß die deutsche Sozialdemokratie auch weiterhin die Kriegsanleihen bestätigten würde. Die Weltgeschichte, stellten die Unterzeichnenden fest, kenne bisher keinen so blutigen Krieg wie diesen. In ihm paare sich die Grausamkeit des barbarischen Zeitalters mit den raffiniertesten Mitteln der Zivilisation. Bei allen am Krieg beteiligten Völkern würde die Sehnsucht nach Frieden stärker. „Tausende blicken auf die Sozialdemokratie als auf die Partei des Friedens.“ Von ihr erwarten sie, das erlösende Wort auszusprechen. Dem gegenwärtigen Stand der Dinge nach „hat die deutsche

Sozialdemokratie den entscheidenden Schritt zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Die Zukunft, der Wohlstand und die Freiheit unseres Volkes stehen auf dem Spiel.⁴⁷

Die meisten Parteizeitungen durften den Aufruf nicht veröffentlichen. Auch die „Leipziger Volkszeitung“ wurde deshalb bis zum 1. Juli verboten. Der Mehrheit der Parteileitung galt das Manifest Bernsteins und seiner Genossen als „Sprengversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen“⁴⁸. Zudem wurde von ihr als Unterzeichner nur Hugo Haase erwähnt. Dieser Umstand kann aber weder die Rolle noch das Verdienst von Bernstein oder Kautsky schmälern. Das „Gebot der Stunde“ bedeutete den Höhepunkt in der oppositionellen Tätigkeit Bernsteins während des Ersten Weltkrieges. Es „lebt in der Geschichte der Opposition gegen die sozialdemokratische Kriegspolitik als eines ihrer wichtigsten Denkmale fort“⁴⁹.

Neben diesem Engagement innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verdient auch das Mitwirken Bernsteins an der Neubelebung der abgebrochenen Beziehungen zur internationalen Arbeiterbewegung Erwähnung. Die dringlichste Aufgabe war zweifellos die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den deutschen und den französischen Sozialdemokraten. Das Zentralorgan der Schweizerischen Arbeiterpartei, die von Robert Grimm herausgegebene „Berner Tagwacht“, hatte schon am 1. April 1915 den Appell Liebknechts abgedruckt, in dem er zu gemeinsamen Friedensaktionen aufgerufen hatte. Vertreter der französischen Antikriegsbewegung wollten sich ursprünglich mit denen der deutschen sozialdemokratischen Linken treffen. Dieser Plan realisierte sich jedoch nicht. Schließlich reiste Léon Jouhaux, der Generalsekretär der CGT, im August in die neutrale Schweiz, wo er Besprechungen mit Bernstein und Kautsky führte. In der Schweiz konferierte Bernstein auch mit Manó Buchinger und Ernő Garami. Sie befanden sich auf der Durchreise und waren von der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in die Niederlande geschickt worden, um sich nähere Informationen über die Tätigkeit der Internationalisten zu beschaffen. Die Führer der ungarischen Sozialdemokratie führten auch mit anderen deutschen Parteiführern - so mit Friedrich Ebert, mit Scheidemann, Haase, Kautsky und mit dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Carl Legien, - Besprechungen.

Zu der bedeutendsten und konsequentesten Gruppierung der Kriegsgegner, der Zimmerwald-Bewegung, hatte Bernstein dagegen kaum Kontakte. Obwohl die Organisatoren z.B. zur internationalen Konferenz vom 24. bis 30. April 1916 in Kienthal namentliche Einladungen an Bernstein, Haase und Kautsky sandten, reisten diese nicht in die Schweiz. Daraufhin schrieb Grigorij Sinowjew - emotional verständlich, aber sicher nicht ganz gerechtfertigt - im Organ der Zimmerwalder Linken, daß es sich wieder erwiesen habe, Haase und Kautsky seien eher geneigt, mit den Sozialchauvinisten Pierre Renaudel und Emil Vandervelde als mit jenen zu

7 Der Text des Aufrufs ist abgedruckt in Peter Friedmann: Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1917, Berlin 1984, S.904-908.

8 Chronik der deutschen Sozialdemokratie, S.171.

9 Prager, Geschichte, S.75.

verhandeln, die gegen den Sozialchauvinismus kämpfen wollten. Der Name Bernsteins wurde von ihm nicht einmal erwähnt.¹⁰

Die zunehmende Dauer des Krieges und die Aussichtslosigkeit seiner Beendigung ließen notwendigerweise die gesamte Sozialdemokratie, so auch die deutsche, nach links driften. Am 19. Januar 1917 trat in der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtages ein offener Bruch ein. Unter der Bezeichnung Sozialdemokratische Fraktion (Alte Richtung) entstand ein neues politisches Gebilde. Am 9. Februar erschien der Appell der Opposition im Landesmaßstab, der die offizielle Sozialdemokratie als „nationale sozialistische Partei“ brandmarkte. Unter den Unterzeichnern fehlten jedoch diesmal die Namen von Bernstein und Kautsky. Neben dem Namen Haases standen jetzt der von Ledebour und Ewald Vogtherr. Nach langwierigen Auseinandersetzungen kam es schließlich zu Ostern 1917 (am 6./7. April) in Gotha auf der Konferenz der Opposition zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Kautsky wurde damit beauftragt, in einem Manifest die Ziele der neuen Organisation zusammenzufassen.

Daß auch Bernstein der neuen Partei beitrug, ist allgemein bekannt. Auch in die neu gebildete Leitung der Partei, in den Aktionsausschuß, wurde er aufgenommen. Umso bezeichnender ist das vollständige Schweigen der sozialdemokratischen Historiographie über diesen Umstand. Weder in Chronologien noch in den großen Monographien wird sein Name im Zusammenhang mit der Gründung der USPD genannt.

Bei diesem Punkt angelangt, könnten wir im Grunde genommen innehalten, wenn wir nicht im Zusammenhang mit der Person Bernsteins in der letzten Zeit (im Vergleich etwa zu den 1970er Jahren) gewisse und bei weitem nicht geringfügige historiographische Akzentverschiebungen bemerken würden. Von der sozialdemokratischen theoretischen Zeitschrift „Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte“ wurden in den vergangenen Jahren einige Artikel veröffentlicht, die dies deutlich widerspiegeln. Markus Bussmann schrieb: „Man kann Bernstein nicht auf dem rechten Flügel der SPD ansiedeln. ... Als sich das von ihm Angestoßene zu weit von seinen Vorstellungen entfernte, stieß der 'gelehrteste Kopf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion' (*Robert Michels*) zur USPD.“¹¹

Ein anderer Autor, Patrick Horst, drückte bereits im Titel seines Artikels das Wesentliche seiner Konzeption aus: „Eduard Bernstein - Revisionist ohne Kriegsbegeisterung“. Horst legte das Gewicht auf die unbestrittene Tatsache, daß der Sozialist, der bisher vor allem als großer Widersacher von Luxemburg, Kautsky und Bebel im Revisionismusstreit hervorgetreten war, zur Überraschung vieler sich schon Ende 1914 von der Burgfriedenspolitik der Mehrheitssozialdemokraten entfernt hatte. Auch der Aufsatz von Iring Fetscher „Kautsky - Bernstein. Zwischen Praxis und Glaube“ verdient Aufmerksamkeit. Seiner Auffassung nach „verfügte (Bernstein) - vor allem in Kreisen der Gewerkschaft - über erheblichen Einfluß. Sowohl in der

10 Vorbote, April 1916. Siehe hierzu Sandor Vadasz: Lenin és zimmerwaldi baloldal [Lenin und die Zimmerwalde Linke], Budapest 1971, S.144-146.

11 Bussmann, Eduard Bernstein, S.513.

‘Massenstreikdebatte’, als auch bei der Frage der Gewährung von Kriegskrediten war er (von 1915 an) auf seiten der ‚Linken‘. Und als es zur Parteispaltung kam, gehörte er - ebenso wie Kautsky - zur USPD.¹²

Dem steht der Umstand gegenüber, daß Bernstein im Gegensatz zu Kautsky bereits im Frühjahr 1919, einige Monate nach der Niederlage der Novemberrevolution, in die Reihen der Mehrheitssozialisten zurückgekehrt ist, denn er „hatte... mit den Unabhängigen Sozialdemokraten wenig und dem Spartacusbund gar nichts gemein. In allen wichtigen inhaltlichen und strategischen Fragen teilte Bernstein die Position Eberts und Scheidemanns.“¹³

Aufgrund dieser wenigen Beispiele, halte ich die Schlußfolgerung für begründet, daß wir es hier mit einer gut bekannten Erscheinung zu tun haben. Das traditionelle Bernstein-Porträt wird von Zeit zu Zeit retuschiert, damit die dem Geist der heutigen Zeit entsprechenden Züge hervorgehoben werden können. Es besteht kein Zweifel daran, daß er 1914 zu keinem berauschten Sozialchauvinisten geworden ist. Auch entspricht es den Tatsachen, daß man ihn vom Ende des Jahres 1914 an an der Spitze der „gemäßigt“ gegen den Krieg auftretenden Parteiopposition finden konnte. Dennoch war sein im Grunde genommen positives politisches Wirken während des Ersten Weltkrieges nicht frei von Schwankungen, ein Umstand, der offenbar gegenwärtig der „Retusche“ geopfert wird. Obzwar im Rahmen dieses Aufsatzes dazu nicht die Möglichkeit besteht, wäre es lohnenswert zu untersuchen, woraus sich diese Tendenz der Historiographie der deutschen Sozialdemokratie hinsichtlich Bernsteins speist und inwiefern diese für allgemein gehalten werden kann.

12 Iring Fetscher: Linke Denkmäler. Kautsky – Bernstein. Zwischen Praxis und Glauben, in: Die Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte, 2000, H. 1-2, S.35

13 Patrick Horst: Rezension zu Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution von 1918/19, Verlag J.H.W.Dietz Nachfolger, Bonn 1998, in: Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte 1999, H.2, S.181.

Biographische Skizze

August Otto Creutzburg (1892–1941). Der Lebensweg eines deutschen Kommunisten

Martin Creutzburg

August Creutzburg wurde am Sonntag, dem 6. März 1892, in Fischbach bei Waltershausen in Thüringen als dritter Sohn des Tischlergesellen Alfred Paul Luis Creutzburg und seiner Ehefrau Karoline, einer Zimmermannstochter, geboren. Die Zahl der Kinder wuchs bis 1905 auf zehn an. Wilhelm, Fritz, August, Minna, Karl, Paul, Ernst, Otto, Richard und Friedel mußten, um einigermaßen existieren zu können, schon frühzeitig durch Heimarbeit zum Lebensunterhalt beitragen. Sie fertigten Knöpfe und Spielzeug an und fuhren Brot und Zeitungen aus. Hinzu kam, daß der Vater infolge seiner politischen Einstellung, er war Sozialdemokrat und Gewerkschaftsfunktionär, fast überall gemaßregelt wurde. So blieb es nicht aus, daß die Familie oft den Wohnort wechseln mußte. Wenn der Vater eine neue Arbeit gefunden hatte, zog die Familie hinterher. August besuchte die Volksschule in Cabarz und Großtabarz, anschließend absolvierte er eine Lehre als Maler und Lackierer und ging, wie es zu dieser Zeit noch üblich war, bis 1912 auf Wanderschaft.

Das politische Engagement des Vaters und die ärmlichen Lebensumstände der Familie beeinflussten die weitere politische Entwicklung der Familienmitglieder wesentlich. Die Geschwister wurden später fast alle Mitglieder der SPD, USPD und KPD. So wurde auch August, wie sein älterer Bruder Fritz, im Mai 1908 Mitglied der SPD. Er trat im Mai 1909 in die Gewerkschaft ein, in den Verband der Maler, Lackierer, Tüncher und Weißbinder. Von 1914 bis 1918 war er Soldat im Ersten Weltkrieg - für Kaiser Wilhelm und das „deutsche Vaterland“. Wilhelm Creutzburg, der älteste Bruder, ließ 1916 mit 28 Jahren sein junges Leben im Krieg. In Mühlheim an der Ruhr hatte August im Jahre 1916 Kontakt zu Spartakisten bekommen, die Antikriegspropaganda in den Schützengräben und hinter der Front betrieben. Dies, die eigenen Fronterfahrungen und die stete Genehmigung der Kriegskredite durch die SPD führten dazu, daß er 1917 zu den Mitbegründern der USPD in Thüringen gehörte.

Noch während des Krieges wurde er im Jahre 1915 mit Elsa Lina Blum kriegsgetraut. Aus der Ehe ging am 2. Mai 1922 ein Zwillingsspärchen hervor: der Sohn Karl Spartakus und die Tochter Sonja. August wurde im Mai 1918 als Offiziersstellvertreter wegen Verteilung von Spartakusmaterial vor ein Kriegsgericht gestellt, aber mangels Beweisen freigesprochen. Ins Feld mußte er, am linken Oberschenkel schwer verwundet, danach nicht mehr. Die Amputation blieb ihm

dank eines guten Arztes erspart. Das Kriegsende erlebte er im Lazarett. Dort wurde er auch in den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Bis zum 1. Mai 1920 arbeitete er dann als Lackierer in der Waggonfabrik Gotha und war bis zu seinem Ausscheiden Betriebsratsvorsitzender. Dort begann auch seine Laufbahn als Politiker und Parteifunktionär. Anfang Dezember 1918 wurde er auf dem Landesparteitag der USPD im Freistaat Gotha zum Landes-Parteivorsitzenden gewählt. Die USPD war dort eine starke Partei mit rund 24.000 Mitgliedern.

Die Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 durch die einzig handelnde Arbeiterklasse war ein Höhepunkt des Klassenkampfes in Deutschland. Im Raum Gotha nahmen die Kämpfe ein bedeutendes Ausmaß an. Bei der Befreiung Gothas von den Kapp-Putschisten wurde aus der Ohrdruffer Kampffront die erste Thüringer Volkswehr mit ca. 6.000 Kämpfern gebildet. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates mit August Creutzburg, Hermann Duncker, Otto Geithner u.a. stellte sich an die Spitze des Kampfes. August Creutzburg und Otto Geithner fuhren nach Zella-Mehlis und alarmierten die Arbeiter, es wurden fünf Hundertschaften und eine Panzerwagenbrigade zusammengestellt. Dazu kamen Arbeitertrupps aus Suhl und verschiedenen anderen Orten. August Creutzburg war vom 15. bis 19. März 1920 Oberkommandierender dieser I. Volksarmee Thüringens, die am 18. März 1920 alle befestigten Punkte der Reichswehr in der Stadt Gotha im Sturmangriff zurückeroberte.

Deutlich zeigten sich hier wesentliche Charaktereigenschaften von August Creutzburg: Mut, Rede- und Organisationstalent, Entschlußkraft zum schnellen Handeln. Den bewaffneten Arbeitern gelang es, die Polizei, zwei Infanterieregimenter und ein Artilleriebatallion zu entwaffnen. Am 12. April erschien eine offizielle Erklärung der Reichsregierung: „Die Verhältnisse in Gotha haben es erforderlich erscheinen lassen, unter Verhängung des Ausnahmezustandes nach Sachsen-Gotha einen Reichskommissar zu entsenden.“ Nun wurden per Reichsexekution die gewählte USPD-Regierung des Freistaates nach Paragraph 48 der Weimarer Verfassung einfach abgesetzt und unter Terrorbedingungen Neuwahlen verfügt. Erst Mitte Juni wurde der Ausnahmezustand aufgehoben.

Nach dem Einmarsch der Regierungstruppen mußte August fliehen. Wie erzählt wird, stellte er sich tollkühn neben den eigenen Steckbrief und sprach mit den Leuten darüber: der Gesuchte sei wahrscheinlich immer noch nicht gefunden. Nach einer Amnestie kehrte er zurück und nahm ab 2. Mai 1920 seine Tätigkeit als hauptamtlicher Parteisekretär der USPD in Jena auf. Er setzte sich für den Zusammenschluß der USPD mit der KPD ein. Als Delegierter des außerordentlichen Parteitags der USPD vom 12. bis 17. Oktober 1920 in Halle stimmte August Creutzburg für die Vereinigung mit der KPD und den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Er wandte sich gemeinsam mit Emil Höllein und der erweiterten Gebietsleitung an die Mitglieder der USPD und rief auf, bei der Urabstimmung am 30./31. Oktober für die Anerkennung der Parteitagsbeschlüsse, für den Beitritt zur III. Internationale und damit gegen die Minderheit um

Ledebour-Crispien zu stimmen.¹ Zwei Monate später fand vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin der Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund) zur VKPD statt, an dem August Creutzburg als Delegierter des Bezirks 13 (Thüringen) teilnahm.

Nach der Besetzung von Teilen des Ruhrgebietes durch die Truppen der Entente kam es zu Beginn des Jahres 1921 zu Streiks, insbesondere in Mitteldeutschland. Die Sicherheitspolizei besetzte auf Befehl des sozialdemokratischen Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen, Hörsing, in Absprache mit dem preußischen SPD-Innenminister Severing die Reviere um Eisleben und Merseburg. Die Führung der VKPD überschätzte den Einfluß der Partei und wollte auf der Basis der „Offensivtheorie“ selbst in die Offensive gehen. So kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die mit einem Blutbad endeten.

Die „Märzaktion“ führte zu einer schweren Krise in der Führung der VKPD. Es bildete sich eine Opposition in der Zentrale. Zwar wurde die „Offensivtheorie“ auf dem III. Kongreß der KI wieder zurückgenommen, aber ihr schärfster Kritiker Paul Levi war aus der KPD ausgeschlossen worden. Im April 1921 setzte die Zentrale der KPD Walter Ulbricht als kommissarischen Landessekretär für den Parteibezirk Großthüringen mit Sitz in Erfurt ein. Im November wurde das Büro nach Jena an den Lutherplatz 7 verlegt, wo August Creutzburg sein Büro als Unterbezirkssekretär hatte. Bei der Begründung für diesen Umzug spielte laut offizieller Geschichtsschreibung der SED die innerparteiliche Diskussion um die „Offensivtheorie“ eine große Rolle. Die „Aufräumarbeit“ von Walter Ulbricht bewirkte, daß der nächste Parteitag in Jena veranstaltet wurde. Er selbst reiste mit der KPD-Delegation nach Moskau zum IV. Weltkongreß der KI. Auf dem 7. Parteitag der VKPD in Jena vom 22. bis 26. August 1921 war August Creutzburg nicht nur Delegierter, sondern auch einer der vier Schriftführer.²

Das Jahr 1923 war für die Entwicklung in Deutschland ein überaus geschichtsträchtiges Jahr. Die Inflation strebte dem Höhepunkt entgegen. Am 11. Januar besetzte Frankreich das Ruhrgebiet und trennte es durch Zollschränken vom übrigen Deutschland. Es kam zu Streiks im Ruhrgebiet, in Schlesien, aber auch in Berlin. Die Regierung Cuno wurde am 12. August 1923 durch einen Generalstreik gestürzt. Unter Einbeziehung der SPD wurde in Berlin die Regierung Stresemann gebildet, Anfang Oktober entstanden in Sachsen und Thüringen linke Koalitionsregierungen.

Am 20. Oktober beschloß die Zentrale der KPD, immer noch der „Offensivtheorie“ anhängend und wiederum in Verkennung der realen Kräfteverhältnisse, den Aufruf zum sofortigen Generalstreik in Deutschland und den anschließenden bewaffneten Aufstand. Die Chemnitzer Konferenz der sächsischen Regierung mit Betriebsräten und Gewerkschaften aber zeigte, daß die Losung - sofortiger Beginn des Generalstreiks - nicht real war. Daraufhin wurde der Beschluß der KPD-Zentrale rückgängig

1 Siehe Neue Zeitung für Mittelthüringen, 22. und 26.10.1920.

2 Siehe 7. Parteitag, Jena, 22.-26.8.1921, Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), RY 1/I 1/1/11, Bl. 2.

gemacht, aber in Unkenntnis dessen begann am 23. Oktober der „Hamburger Aufstand“, der am 25. Oktober abgebrochen werden mußte, weil es keine weitere Unterstützung gab.

Am 21. Oktober marschierte die Reichswehr in Sachsen ein, dabei gab es in Freiberg 42 Tote. Der Reichskanzler Stresemann als ehemaliger Syndikus des Verbandes der sächsischen Industrie hatte für die Klagen der sächsischen Industriellen über die „kommunistische Gefahr“ in Sachsen ein offenes Ohr und setzte am 29. Oktober die linke Koalitionsregierung Erich Zeigner ab. Reichspräsident Ebert (SPD) entthronte den SPD-Ministerpräsidenten rechtswidrig seines Amtes und setzte Rudolf Heinze von der DVP als Reichskommissar ein. Die bayerischen konservativen und faschistischen Putschisten in der „Ordnungszelle Bayern“ ließ man hingegen gewähren. Eine Woche später marschierte die Reichswehr auch in Thüringen ein, und am 5. November wurde die linke Koalitionsregierung abgesetzt. Die kommunistischen Regierungsmitglieder mußten fliehen. Wie stark sich die reaktionären Kräfte schon wieder fühlten, die mit der „Dolchstoßlegende“ alle Militaristen und Nationalisten um sich scharten, zeigte der 9. November 1923. Hitler verkündete in München die „Nationale Revolution“ und plante - nach Mussolinis Vorbild des Marschs auf Rom - den Marsch auf Berlin. Der Putsch scheiterte, Hitler wurde verhaftet und konnte unter Luxusbedingungen auf der Festung Landsberg „Mein Kampf“ zu Papier bringen. Die Ereignisse boten Anlaß, die KPD am 23. November 1923 zu verbieten, erst am 1. März 1924 wurde das Verbot wieder aufgehoben.

In dieser schwierigen Zeit war August Creutzburg Sekretär des Unterbezirks Jena der VKPD. Gemeinsam mit Karl Korsch, Paul Dietrich, Walter Ulbricht u.a. war er Delegierter des Bezirks Thüringen zum 8. Parteitag der KPD vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig. Der 8. Parteitag stand vor der schwierigen Aufgabe, die widerstreitenden Flügel der Partei zum Konsens zu führen. Arbeiterregierung als Mittel, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, oder Arbeiterregierung, wie Sinowjew sie verstand, als Pseudonym für die Diktatur des Proletariats, d. h. lediglich als agitatorische Finte, Einheitsfront als Methode der Agitation und Mobilisierung der Massen gegen die Sozialdemokratie.³ August Creutzburg stimmte auf dem Parteitag mit der linken Gruppe und wurde kurze Zeit darauf, als die Gefahr bestand, daß der ganze Bezirk Thüringen zur Linken gehen würde, von Heinrich Brandler gemäßregelt: Er wurde als Landesvorsitzender zum 1. April 1923 abberufen, mit einer „Rüge“ belegt und in einen anderen Bezirk versetzt.

Die Zentrale hatte mit dem Bezirk Thüringen offensichtlich große Probleme. Davon zeugt ein außerordentlich rascher Wechsel der Sekretäre bis 1925: Kant, Klein, Dietzel, Roscher, Karge, Tittel, Bischoff, Schwarz, Neubauer, Dahlem, Thiede, Florin. Aus dem Schriftverkehr der Zentrale ist ersichtlich, daß man August Creutzburg in das Erzgebirge „wegdelegierte“. In einem Schreiben der Zentrale⁴ teilte man der Bezirksleitung Erzgebirge/Vogtland kurzerhand mit, August

³ Siehe Jahrbuch für Politik und Wirtschaft der Arbeiterbewegung 1923-1924, S.5f.

⁴ Siehe Schreiben der Zentrale an die BL Erzgebirge/Vogtland, 26.3.1923, SAPMO BArch, RY 1/1 3/9/80, Bl. 11.

Creutzburg werde dort ab 1. April 1923 seine Tätigkeit aufnehmen. Vom 3. April bis zum 1. Juni 1923 war August im Bezirk Chemnitz Wanderredner auf verschiedenen Parteiveranstaltungen. Auf Grund seines Rednertalents wurde er bald wieder hauptamtlicher Funktionär.

Am 1. Juni 1923 trat August Creutzburg seinen Posten als Organisationssekretär des Bezirks Magdeburg-Anhalt an. Am 29. März 1924 kam es in der Bezirksleitung zwischen der Politischen Leiterin des Bezirks Magdeburg-Anhalt, Erna Halbe, und August Creutzburg zu heftigen Auseinandersetzungen, die schon auf dem Bezirksparteitag am 2. März begonnen hatten. Schließlich wurde Creutzburg zum neuen politischen Leiter gewählt. Im gleichen Jahre vertrat er zum ersten Mal als Spitzenkandidat des Wahlbezirks 10 (Magdeburg) die KPD im Reichstag.⁵

Von Mai 1924 bis Mai 1928 (II. und III. Wahlperiode) war August Creutzburg Mitglied des Reichstags und dort im Reichshaushalts-Hauptausschuß für Fragen der Rüstungspolitik und des Militäretats tätig. In der 18. Sitzung am 25. Juli 1924 hielt er seine Jungferrede zum Gesetz über die „Naturalleistungen für die bewaffnete Macht“, das von der KPD abgelehnt wurde.⁶

Als August Creutzburg am 2. September 1924 in der Bezirksleitungssitzung in Magdeburg erklärte, daß er nach Hamburg versetzt werden soll, waren die Anwesenden damit nicht einverstanden. Im Protokoll der Sitzung vom 9. September 1924 heißt es: Sie „haben bei der Zentrale schärfsten Protest gegen die Versetzung des Gen. Creutzburg eingelegt. Gen. Thälmann erklärte uns, daß Hamburg wichtiger als Magdeburg sei und es sehr wenige gute Sekretäre in Deutschland gäbe.“ Die Neubesetzung in Hamburg war erforderlich, weil der bisherige Politleiter der KPD Wasserkante Hugo Urbahns gemeinsam mit vielen anderen nach dem „Hamburger Aufstand“ verhaftet und mit mehrjähriger Festungshaft bestraft worden war. Über 500 Funktionäre waren in Haft, etliche waren ins Ausland geflohen. Die KPD war verboten worden, und die Unternehmer nutzten diese Möglichkeit sofort zur Entlassung aller kommunistischen „Querulanten“. Viele KPD-Mitglieder wurden arbeitslos. August Creutzburg wurde Anfang September 1924 Politischer Sekretär der Bezirksleitung Wasserkante und blieb es bis zum 8. September 1925.

Innerhalb der Partei entstanden bei der Suche nach den Ursachen der „Oktoberniederlage“ unterschiedliche Strömungen. Die bisherige Führung um Brandler war, man könnte sagen, in Moskau „kominterniert“ worden. Sie galten nun als „Rechte“. In der KPD gab es außerdem noch eine sogenannte Mittelgruppe um Hugo Eberlein, Ernst Meyer, Hermann Remmele, Wilhelm Pieck, Ernst Schneller und die Linken, zu denen auch Ernst Thälmann gehörte. Thälmann war häufig in Hamburg und stellte die Forderung auf, die KPD müsse eine bolschewistische Massenpartei werden. Man wollte die Einheitsfront der Arbeiterschaft - aber nur von unten - und die Förderung der Betriebsrätebewegung. Das war nicht einfach, da in

5 Siehe Reichstagswahl 1928, SAPMO BArch, RY 1/I 2/703/ 21, Blatt 1, 11.

6 Siehe Protokolle, Reichstag, III. Wahlperiode, Bd. 381, Berlin 1924, S.628.

7 Protokoll der Sitzung der BL Magdeburg-Anhalt am 26.3.1923, SAPMO BArch, RY 1/I 3/ 12/ 6, Bl. 81.

der KPD eine starke antigewerkschaftliche Stimmung herrschte. Die KPD war im Bezirk Wasserkante auf die Werft- und Hafenarbeiter konzentriert, in anderen Industriezweigen war die KPD hier schwächer. Der Umgangston in der KPD war entgegen der stalinistischen Mythenbildung in der SED-Geschichtsschreibung rauh. Mit Beschuldigungen der „Rechts-“ oder „Links“-Abweichung, der Unterschlagung, der Korruption usw. war man schnell bei der Hand. Schiedskommissionen hatten die Auseinandersetzungen zu schlichten. Ihren Beitrag zur Abwertung demokratischer Spielregeln wie Wählbarkeit, Rechenschaftslegung und Kontrolle leisteten die Bedingungen der konspirativen Arbeit, unter denen die KPD zeitweilig arbeiten mußte.

Nach dem Tode Lenins im Jahre 1924 begannen in der KPR(B) die Fraktionskämpfe, die für die anderen kommunistischen Parteien verhängnisvolle Folgen hatten. Brandler und Thalheimer wurden von der Komintern für vier Jahre nach Moskau berufen, um sie von der KPD zu entfernen. So konnte auf dem illegalen 9. Parteitag der KPD vom 7. bis 10. April 1924 in Frankfurt am Main eine neue Führung unter Ruth Fischer, Werner Scholem und Arkadij Maslow gewählt werden. Auch Ernst Thälmann kam als „Linker“ mit in die neue Führung. August Creutzburg war auf diesem Parteitag gemeinsam mit Erich Besser Delegierter des Bezirks 12 - Magdeburg-Anhalt.⁸ Die sogenannte Mittelgruppe um Hermann Remmele konnte sich mit ihren Vorschlägen zur Arbeit in den Gewerkschaften und zur Organisationsarbeit nicht durchsetzen. Trotzdem kamen mit Hugo Eberlein, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele und Ernst Schneller Vertreter dieser Gruppe in die Zentrale, die von den „Linken“ Ernst Thälmann, Ruth Fischer, Werner Scholem, Arthur König, Max Schütz, Arthur Rosenberg, Paul Schlecht, Ottomar Geschke, Iwan Katz, Wilhelm Florin und Arkadij Maslow dominiert wurde. Auch August Creutzburg stimmte für die Resolution Fischer-Thälmann gegen die der Mittelgruppe.⁹

Unter der Flagge der Bekämpfung der „Rechten“ um Brandler und Thalheimer wurde mit der Entfernung von Mißliebigen aus allen Gremien und Leitungsorganen der Partei begonnen. Der Schwenk nach „links“ bedeutete Ablehnung der Gewerkschaftsarbeit. Parlamentarische Arbeit wurde lediglich zur „Entlarvung“ der SPD betrieben, Zusammenarbeit mit der SPD grundsätzlich abgelehnt, da die KPD die „einzige Arbeiterpartei“ Deutschlands sei. Die Folgen sind aus der sinkenden Mitgliederzahl der KPD ablesbar. Hatte die KPD im Januar 1923 noch 218.555 Mitglieder, waren es im Juli 1925 nur noch 114.204.¹⁰ Damit war die KPD an einem Tiefpunkt angelangt. In ihr setzte sich mit dem wachsenden Einfluß Stalins das Prinzip der kritiklosen Ergebenheit der Mitglieder gegenüber der jeweiligen Parteilinie durch. Damit verbunden waren Gesinnungsschnüffelei und Hinaus-

8 Siehe 9. Parteitag der KPD, 7.-10.4.1924 (illegal) in Frankfurt am Main, Anwesenheitsliste und Vermerk, SAPMO BArch, RY 1/I 1/18, Bl. 39, 207.

9 Siehe Abstimmungsprotokoll, ebenda, Bl. 20.

10 Siehe Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands; Berlin 1969, Bd. 1, S.257, Bd. 2, S.25.

drängen alternativen marxistischen Denkens. „Säuberung“ galt als Mittel der „Stärkung der Einheit der Partei“.

Auf dem 10. Parteitag der KPD vom 12. bis 17. Juli 1925 in Berlin war August Creutzburg Delegierter des Bezirks Wasserkante. Er wurde für seinen Bezirk in die politische Kommission des Parteitags unter Vorsitz Ruth Fischers gewählt. In seiner Diskussionsrede polemisierte August Creutzburg gegen den „ultralinken“ Hans Weber aus der Pfalz sowie Werner Scholem und Arthur Rosenberg und erklärte namens des Bezirks Wasserkante das Einverständnis mit Resolution und Thesen des Parteitags.¹¹ Er stellte fest, daß sich die KPD seit dem Frankfurter Parteitag zwar gefestigt habe, aber eine gewisse Isolierung von breiten Schichten des Proletariats eingetreten sei. Das EKKI versandte im August 1925 an alle Organisationen und Mitglieder der KPD einen „Offenen Brief“, in dem die Fehler der KPD unter der Führung der Gruppe Fischer-Maslow angeprangert wurden. Mit der Parteikonferenz der KPD Ende Oktober/Anfang November 1925 wurde die Auseinandersetzung für beendet erklärt und Thälmann zum neuen Vorsitzenden der KPD gewählt.

Die neu etablierte Führung unter Thälmann war de facto von der Komintern/KPdSU(B) installiert. Dies konnten die Mitglieder der KPD so nicht erkennen, da man den „Proletarier“ Thälmann den „Intelligenzlern“ um Fischer und Maslow gegenüberstellte. Im September 1925 wurde August Creutzburg durch die Zentrale vom Bezirk Wasserkante in den Bezirk Niederrhein versetzt. Er war dort ab Oktober 1925 als Politsekretär tätig. Seit dem 31. Januar 1926 war August Creutzburg gleichzeitig Vorsitzender der Gauleitung Niederrhein des Roten Frontkämpferbundes. Sein Vorgänger als Politleiter, Philipp Dengel, war auf dem 10. Parteitag im Juli in das ZK gewählt worden. August Creutzburg wurde im Oktober 1926 von diesem Posten durch eine Intrige „abgesägt“. Es hieß, er habe keine Fortschritte erreicht und gegen Theodor Neubauer intrigiert. Die Intrige war in Wahrheit jedoch gegen ihn gesponnen, um ihn in der Bezirksleitungssitzung am 17. Oktober 1926 abzusetzen. Er hatte sich bei Beginn seiner Tätigkeit als politischer Sekretär beim ZK über das unkoordinierte Vorgehen des Vertreters des ZK, Philipp Dengel, beschwert, der auch nicht zögerte, Creutzburg am 24. Oktober 1925 auf dem Bezirksparteitag Niederrhein unverzüglich anzugreifen. Zur gleichen Zeit wurde der jüngste der Brüder Creutzburg, Richard, Mitglied der Zentrale des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und Jugendleiter des Bezirks Mittelrhein, damals 20 Jahre alt, als „rechte Gefahr“ bezeichnet. Anlaß war sein Artikel in der Zeitung „Sozialistische Republik“, Köln, unter der Überschrift „Für die Linie der Komintern“, in der er die Arbeit der Bezirksleitung Mittelrhein kritisierte. Der „rechte Abweichter“ wurde als Jugendleiter abgelöst.¹²

Fritz Schulte, seit dem 11. Parteitag im März 1927 Mitglied des Zentralkomitees, von 1929 bis 1935 auch Mitglied des Politbüros (er wurde am 7. April 1941 in der

¹¹ Siehe Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der KPD, Berlin vom 12. bis 17. Juli 1926, Berlin 1926, S.375-378.

¹² Siehe Martin Creutzburg: Richard Creutzburg, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2003, H. 1, S.128f.

Emigration von Stalins Schergen zu acht Jahren Haft verurteilt und kam im Lager um) war damals Leiter der Agit-Prop-Abteilung der Bezirksleitung Niederrhein. Er schrieb am 20. Oktober 1926 an das ZK: „Ich muß mich [...] ganz entschieden gegen die Methoden wenden, mit denen man in der Sitzung der Bezirksleitung den Genossen [August] Creutzburg erledigt hat. [...] Als der Genosse Creutzburg das Erbe des Genossen Dengel in unserem Bezirke antrat, stand er keineswegs vor einer leichten Aufgabe. [...] Man] kann man sehr wohl den Beweis dafür erbringen, daß es sich bei dem Vorstoß gegen Creutzburg um eine gut vorbereitete Sache handelte. [...] Es sind dies dieselben Methoden, die seinerzeit nach 23, wo die Partei unter dem Belagerungszustand stand, von dem Genossen Dengel mit Hilfe seiner Auserwählten zum größten Schaden der Partei angewandt wurden.“ „Ich bin der Auffassung, daß die Ultralinken unseres Bezirks die Abberufung des Genossen Creutzburg und die Wahl des Genossen Neubauer als eine Konzession betrachten werden, weil Creutzburg doch bei ihnen der bestgehaßte Mann war.“¹³ In der 1970 im Dietz Verlag vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Biographisches Lexikon“ heißt es dazu: August Creutzburg gehörte zu den ultralinken Kräften der KPD und wurde deshalb von seiner Funktion in der Bezirksleitung Niederrhein abgelöst. So wurde „wissenschaftlich“ eine Lüge konserviert.

Ende Oktober wurden die Beschlüsse der erweiterten Bezirksleitungssitzung durch das Politbüro bestätigt. Der von Creutzburg bei Dengel mündlich beantragte Urlaub wurde genehmigt, doch Creutzburg wurde noch im sächsischen Wahlkampf benötigt. In einem Brief vom 26. November 1926 an Fritz Schulte schrieb August Creutzburg: „Zum Schluß stelle ich doch fest, daß ich mich trotz der schamlosen Methoden meiner Absägung im Interesse der Partei stillschweigend gefügt habe.“¹⁴

Nach seiner Entlassung als Politleiter war Creutzburg bis zum Jahre 1928 faktisch Sonderbeauftragter des Zentralkomitees zur „Liquidierung der Ultralinken“ in KPD-Bezirksleitungen, sozusagen der Feuerwehrmann der Zentrale. Die KPD gab die Zeitung „Der Reichswehrsoldat“ heraus, die sich an die Reichswehrsoldaten wandte. 1927 wurde dieses „Organ für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Soldaten und für proletarische Heeresfragen“, in „Die Reichswehr“ umbenannt. Verantwortlich für Verlag und Inhalt war August Creutzburg. Sie erschien bis Ende 1931.

August Creutzburg nahm am Essener Parteitag der KPD vom 2. bis 7. März 1927 teil.¹⁵ Hauptthemen in Essen waren die Verteidigung der UdSSR und die Revolution in China. Der Parteitag stellte die relative Stabilisierung des Kapitalismus in der Welt fest. Wichtiges Thema war, wie immer, die Frage der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Man folgte der KI und sah die linken Führer der SPD als Hauptgegner an. Vom 17. August bis Ende 1927 war August Creutzburg in der

13 Brief Fritz Schultes an das ZK, 20.10.1926, SAPMO BArch, RY 1/I 3/20/ 23, Bl. 27-31.

14 Brief von Creutzburg an Schulte, 26.11.1926, ebenda, Bl. 49f.

15 Siehe 11. Parteitag der KPD, Essen 2.-7. März 1927, Anwesenheitsliste, SAPMO BArch, RY 1/I 1/1/24, Bl. 328.

Bezirksleitung Saargebiet tätig und wurde dort zum Politsekretär gewählt. Die Polizei genehmigte einen vorläufigen Aufenthalt von August Creutzburg zunächst für einen Monat, denn das Saargebiet war noch für 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt. Creutzburg berichtete am 12. August 1927 an die Zentrale, er schreibe täglich einen politischen Artikel und einige politische Notizen für die Arbeiterzeitung „Der Berichterstatter der Mannheimer Zeitung im Saargebiet“, die man von Mannheim aus im Saargebiet verteilte. Die „Arbeiterzeitung“ im Saargebiet war verboten worden und der Redakteur verhaftet. So arbeitete August für drei: den Redakteur, den Orgsekretär und den Politleiter.

Creutzburg stellte fest, daß der größte Teil der Arbeiterschaft entgegen den Erklärungen in der kommunistischen Presse nicht an eine unmittelbare Kriegsgefahr und an einen Angriff auf Sowjetrußland glaubte. Er schrieb an die Zentrale: „Die Bezirke beschwerten sich über die Vielzahl der Kampagnen, die jeweiligen Sekretäre sind schwach und müssen dringend geschult werden.“ Er forderte die Verstärkung der Werbearbeit, um die Mitgliederzahl der Partei wesentlich zu erhöhen.¹⁶ Seine Tätigkeit im Saargebiet war offensichtlich erfolgreich. Auf der Sitzung der Bezirksleitung am 26. September 1927 wurde fixiert: „Creutzburg soll unbedingt im Saargebiet bleiben, der ständige Sekretärswechsel bei komplizierter Lage im Saargebiet ist untragbar.“¹⁷ Am 4. Januar 1928 setzte ihn das ZK jedoch kommissarisch als Politsekretär der Bezirksleitung Pfalz ein, um dort die innerparteilichen Auseinandersetzungen mit der starken ultralinken Opposition zum Abschluß zu bringen.

In der Pfalz organisierte August Creutzburg an einem Wochenende 37 Mitgliederversammlungen, in denen die Mitgliedschaft „überzeugt“ wurde. Im Ergebnis wurde eine neue Leitung etabliert mit August Creutzburg als Politsekretär. Von den insgesamt 18 Leitungsmitgliedern der Bezirksleitung wurden nur neun Mitglieder in Kaiserslautern gewählt, die anderen neun wurden vom ZK „ergänzt“.¹⁸ Nicht umsonst kritisierte die Opposition in der KPD solche Erscheinungen als weiteren Verfall der inneren Demokratie in der Partei. Creutzburg blieb bis zum 15. April 1928 in der Pfalz.

Bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 wurde August Creutzburg in Magdeburg als Kandidat nicht mehr aufgestellt. Dafür setzte man ihn im Wahlbezirk Westfalen-Süd an die dritte Stelle der Kandidatenliste der KPD nach Wilhelm Florin und Walter Ulbricht. Letztere wurden dann auch gewählt, für August Creutzburg reichten die Stimmen nicht mehr, weil die Stimmenzahl in diesem Bezirk für die KPD um sieben Prozent zurückgegangen war. So war er zwischen 1928 und 1930 nicht Mitglied des Reichstags. Die mit der Tätigkeit als Abgeordneter verbundene Immunität entfiel, was von denjenigen, denen seine publizistische Tätigkeit in der Zeitschrift „Die Reichswehr“ ein Dorn im Auge war, sofort zur Anklage wegen

16 Siehe Protokoll der BL-Sitzung Saargebiet am 8.10.1927, SAPMO BArch, RY 1/I 3/24/18, Bl. 149.

17 Protokoll der BL-Sitzung Saargebiet am 26.9.1927, ebenda, Bl. 145.

18 Siehe Protokoll der BL-Sitzung Baden Pfalz am 1.2.1928, SAPMO BArch, RY 1/I 3/25/ 5, Bl. 93.

„Hochverrats“ genutzt wurde. Nachdem das Verfahren bis vor den Oberreichsanwalt gelangt war, wurde es jedoch eingestellt.

Von Juli 1928 bis April 1929 war August Creutzburg mit kurzen Unterbrechungen Organisationssekretär der Bezirksleitung Ruhrgebiet. In einem persönlichen, streng vertraulichen Brief schrieb er Ende Januar 1929 an Franz Dahlem, er wolle verschiedenen Gerüchten entgegentreten, mit denen er 1926 in der Bezirksleitung Niederrhein schon traurige Erfahrungen machen mußte. Er erklärte, daß er die Absicht habe, am 1. Februar seine Anstellung zu kündigen, da so ungefähr jeder Politik auf eigene Faust macht. „Daß dabei die Partei leiden muß, steht außer Zweifel. Ich selbst habe mir die größte Mühe gegeben, mit den Genossen kameradschaftlich zusammenzuarbeiten und durch Eingreifen und fachliche Kritik die Dinge zu ändern. Zur Zeit ist das ohne Zweifel auch gelungen. Seit zwei Monaten aber kämpfe ich innerlich mit mir selber, ob ich bei diesen Verhältnissen die Verantwortung weiter tragen kann. Jetzt ist für mich klar, daß dies ohne personelle Veränderungen nicht möglich ist. Andererseits ist mir ebenso klar, daß, da die Genossen Florin und Schubert das volle Vertrauen des ZK haben, an solche personelle Änderungen nicht zu denken ist. Einen Kampf zu führen, halte ich aber angesichts der innerparteilichen Lage und angesichts der Tatsache, daß ich das Vertrauen des ZK nicht besitze, für unmöglich. Aus all diesen Gründen bleibt mir nur die eine Möglichkeit, meine bezahlte Parteifunktion niederzulegen und an anderer Stelle entsprechend meinen Kräften für die Partei zu arbeiten. Ich bitte Dich dringend, von diesem Schreiben keinerlei Gebrauch zu machen.“¹⁹

Creutzburg nahm als Delegierter des Ruhrgebiets am 12. Parteitag der KPD vom 8. bis 15. Juni 1929 in Berlin-Wedding teil. Für das Ruhrgebiet wirkte er in der Politkommission unter der Leitung von Thälmann und Remmele sowie in der Org.-Kommission unter der Leitung von Dahlem und Flieg.²⁰ Der Parteitag kam zu der Auffassung, daß in Deutschland die relative Stabilisierung des Kapitalismus bald zu Ende gehen und eine Revolution heranreifen werde. Die Sozialfaschismus-These der KI wurde übernommen. Es gab Bestrebungen, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), die 1928 zunächst nur als Sammelbecken für oppositionelle Kräfte innerhalb des ADGB und für ausgeschlossene Gewerkschaftsmitglieder gegründet worden war, als selbständige Gewerkschaft zu etablieren. Diese Ansichten gewannen auf dem V. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) im August 1930 in Moskau die Oberhand. Entsprechende Beschlüsse faßte dann auch der 2. Reichskongreß der RGO im November 1930. Die Kluft zwischen der KPD und der SPD vertiefte sich beträchtlich, in einer Zeit, in der ein Zusammengehen antifaschistischer Kräfte besonders notwendig gewesen wäre.²¹ Viele Mitglieder der

19 Brief Creutzburgs an Dahlem, 29.1.1929, SAPMO BArch, RY 1/I 3/18-19/23, Bl. 78.

20 Siehe 12. Parteitag der KPD, Berlin-Wedding 8.-15. Juni 1929, Fragespiegel für Delegierte, SAPMO BArch, RY 1/I 1/ 1/28, Bl. 58f.; RY 1/I 1/ 1/27, Bl. 167, 179.

21 Siehe Thomas Kurz: Blutmai. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Bonn-Berlin 1988.

KPD sahen im „Blut-Mai“ 1929 die Bestätigung für die „Sozialfaschismus-Theorie“, da man mit den „kleinen Zörgiebels“ nicht zusammenarbeiten könne.

Am 26. Juni 1929 stimmte das Politbüro der Berufung von August Creutzburg als Leiter der Org.-Abteilung des ZK zu. In dieser Funktion nahm er an vielen Parteikonferenzen als Instrukteur und Redner der Zentrale teil, darunter in Moskau. Am 2. Februar 1931 sandte Wilhelm Pieck an Thälmann aus Moskau einen Bericht über das Plenum des ZK und den Org.-Bericht der KPD vor dem mittteleuropäischen Ländersekretariat der Komintern: „Der Bericht von Gen. Creutzburg über die Orgarbeit der Partei war sehr gut und hat den besten Eindruck hier bei allen Genossen hervorgerufen. Der Bericht zeigte den Fortschritt, den die Partei auch in organisatorischer Hinsicht in der letzten Zeit gemacht hat, wobei besonders die Belebung dieses Berichts durch Zahlenmaterial sehr wesentlich war, auch, daß Gen. Creutzburg in seinem Bericht die Arbeit auf den verschiedenen Gebieten durch die praktischen Beispiele aus der Arbeit selbst illustrierte, hat sehr gut gewirkt. Gen. Pjatnitski machte wiederholt den Versuch, durch Zwischenfragen festzustellen, ob Gen. Creutzburg auch die Arbeit in der Praxis beherrsche. Die Antworten, die Gen. Creutzburg sofort auf Zwischenfragen gab, haben den Gen. Pjatnitski überzeugt, daß Gen. Creutzburg im Unterschied zu vielen Berichterstattern absolut sattelfest in der Arbeit ist. Er hat das auch in der Diskussionsrede ausdrücklich hervorgehoben. Der Bericht nahm mit einer einmaligen Unterbrechung sechs Stunden in Anspruch. Gen. Creutzburg hat hier noch den Auftrag bekommen, einen größeren Artikel in der ‚Prawda‘ über die Orgarbeit zu schreiben. Ferner soll Gen. Creutzburg einen längeren Artikel über die Orgarbeit für die ‚Kommunistische Internationale‘ schreiben.“²² Der Artikel erschien dort unter der Überschrift „Der Stand der Organisationsarbeit der KPD und ihre nächsten Aufgaben“.

In seinem Vortrag hatte August Creutzburg betont, daß seit Juni 1929 insgesamt acht Bezirksleitungen vollständig verändert worden waren und neue Kräfte kooptiert wurden. Durch Fluktuation war von 50.000 Neuaufnahmen nichts geblieben. Als Gründe nannte er den unzureichenden Instrukteurstab. Es gebe viele Multifunktionäre. Alte Funktionäre zeigten Überheblichkeit im Umgang mit dem Nachwuchs. 31,9 Prozent der Mitgliedschaft hatten Parteifunktionen. Im übrigen waren 52 Prozent der Mitglieder erwerbslos, mit acht Prozent war der Frauenanteil gering.²³

Zu den wesentlichen Gründen der hohen Fluktuation, die Creutzburg nicht erwähnte, gehörten 1. die schlechte wirtschaftliche Lage der Parteimitglieder, die zur Zahlung der Parteibeiträge, des Zeitungsabonnements und des Rote-Hilfe-Beitrags verpflichtet waren, 2. die Inanspruchnahme fast der gesamten Freizeit der Mitglieder durch die Partei, 3. die Stimmungsmache in den Betrieben gegen Kommunisten.

²² Berichte der Vertretung der KPD beim EKKI an das Sekretariat der KPD in Berlin, 2.2.1931, SAPMO BArch, RY 5/I 6/ 3/219, Bl. 8-11.

²³ Siehe August Creutzburg: Die Organisations-Arbeit der KPD, Bd. 4 der Bücherei des Parteiarbeiters, Hamburg-Berlin, 1931.

Seit November 1931 war August Creutzburg auch verantwortlicher Geschäftsführer der „Vereinigten Zeitungs-Verlage“, Berlin, Kleine Alexanderstraße 28 (Karl-Liebnecht-Haus). Er zeichnete gleichfalls für den KPD-Verlag „Volksecho“ verantwortlich, in dem unter anderem die Zeitungen „Volks-Echo für das werktätige Volk der Provinz Brandenburg-Grenzmark-Lausitz“ mit Ernst Schneller als Chefredakteur (bis 1931) und „Volksecho, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Technik und Wissen“ erschienen. Er war als Journalist auch Mitglied im 1928 gegründeten Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller und presserechtlich Verantwortlicher für zahlreiche Publikationen.²⁴ In den Jahren 1929 bis 1932 schrieb August Creutzburg viele Artikel für die Zeitschriften „Der Parteiarbeiter“ und „Die Internationale“. Neben Hermann Duncker, Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Hermann Remmele, Fred Oelfner, Heinrich Rau, Wilhelm Pieck, Ernst Schneller, Ernst Thälmann und vielen anderen war er Lehrer an der Reichsparteischule der KPD in Berlin-Fichtenau.

Infolge der Beschlüsse der ZK-Tagung am 24. Mai 1932 wurden umfangreiche organisatorische Veränderungen in der Parteispitze vorgenommen: Das Sekretariat wurde von acht auf drei Personen reduziert, die Org.-Abteilung mußte nunmehr ein Politbüromitglied leiten. Bis 7. Juni 1932 blieb August Creutzburg Leiter der Org.-Abteilung, dann übernahm wieder Franz Dahlem die Leitung. Bis zum KPD-Verbot 1933 war er dann stellvertretender Leiter der Org.-Abteilung.

Im Dezember 1932 wurden zur Umstellung der KPD auf die Illegalität acht Oberbezirke zur Anleitung der 28 Bezirke gebildet. Die Anleitung eines Oberbezirks oblag jeweils einem dem Sekretariat persönlich verantwortlichen Instrukteur. Für den Oberbezirk 1, Berlin-Brandenburg-Lausitz-Pommern, wurde August Creutzburg eingesetzt.²⁵ Doch sowohl die Komintern als auch die KPD-Führung weigerten sich hartnäckig, zur Kenntnis zu nehmen, daß am 30. Januar 1933 nicht nur die Weimarer Republik, sondern auch die KPD eine vernichtende Niederlage erlitten hatte und die Partei sich in einem schweren und opferreichen Überlebenskampf befand. In der Resolution des EKKI-Präsidiums zur Lage in Deutschland vom 1. April 1933 wurde vielmehr ausdrücklich unterstrichen, daß in Deutschland die „Revolution“ heranreife. Die KPD sei deshalb verpflichtet, alle notwendigen Vorbereitungen für die „proletarische Revolution“ zu treffen.²⁶

Nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 arbeitete August Creutzburg zusammen mit seiner Lebensgefährtin Cläre Vater illegal in Berlin und Hamburg. August hatte Cläre 1929 als Sekretärin der Org.-Abteilung der Roten Hilfe Deutschland kennengelernt. Creutzburg nahm am 7. Februar 1933 im „Sporthaus Ziegenhals“ bei Niederlehme, nahe Berlin, an der illegalen Sitzung des ZK teil, auf der Thälmann eine Rede hielt. Thälmann wollte die Machtergreifung der Nazis

24 Siehe Christoph M. Hein: Der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, Biographie eines kulturpolitischen Experiments in der Weimarer Republik, Hamburg 1981, S.288.

25 Siehe Margot Pikarski: Die Umstellung der KPD auf die Illegalität, Mai 1932 - Sommer 1934, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1978, H. 5, S.719-733.

26 Siehe Bernd Kaufmann u. a.: Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993, S.307.

nicht als Niederlage gewertet wissen, sondern als Startsignal zum revolutionären Umsturz. Am 24. Dezember 1933 emigrierte August Creutzburg auf Beschluß der Partei nach Prag. Auf Beschluß des Politbüros vom 19. Januar 1934 übernahm er ab Februar die Leitung der „Grenzstelle West“ in Amsterdam, um dort die Emigration aufzubauen und weitere illegale Grenzübergangsstellen zu schaffen. Im Protokoll der Sitzung vom 6. Februar 1934 heißt es unter Personalien: „Burger (ein Deckname Creutzburgs - der Autor) ist eingetroffen und fährt nach Amsterdam, um dort anstelle von Heinrich die Grenzarbeit zu machen.“ Nach kurzer Zeit war es möglich, die Emigration besser zu erfassen und von Spitzeln zu säubern. In Holland wurde auch die „Rote Fahne“ gedruckt, die von dort nach Deutschland verteilt wurde. August Creutzburg gelang es, die Finanzierung der „Roten Fahne“ auf eine solide Basis zu stellen. So konnte die Anzahl der gedruckten Exemplare von anfänglich 4.000 auf 12.000, in Spitzenzeiten auf bis zu 25.000 Exemplare gesteigert werden. Er organisierte regelmäßige Schulungen und publizierte unter dem Pseudonym B. Krieger Artikel in der Zeitschrift des EKKI „Die Kommunistische Internationale“.²⁷ Am 4. Februar 1935 wurde August Creutzburg durch Spitzelverrat in Holland entdeckt und verhaftet. Der in Holland eingesetzte Jugendleiter Willi Giersch war schwer lungenkrank und sollte in die UdSSR zur Genesung fahren. Das ZK teilte mit, daß ein neuer Jugendfreund geschickt würde. Dieser erwies sich jedoch als Verräter. Der bisherige Jugendleiter und zwei weitere Genossen wurden zusammen mit August Creutzburg verhaftet. Das Büro blieb unentdeckt und konnte an den Nachfolger von Creutzburg übergeben werden. Auf Grund von Protesten, Kundgebungen und Demonstrationen für das Asylrecht in den Niederlanden und nach einem Hungerstreik wurden die Verhafteten nach drei Monaten aus dem Konzentrationslager Honswijk freigelassen und nach Brüssel abgeschoben. Von Brüssel begaben sich August Creutzburg und Cläre Vater unverzüglich nach Paris zur Auslandsleitung der KPD. Hier nahm August Creutzburg noch am 25. April 1935 an der Schlußsitzung der internationalen Jugendkonferenz für Frieden, Freiheit und Fortschritt teil. Er hielt dort als ehemaliger Reichstagsabgeordneter eine Rede.²⁸ Von Paris führte der Weg Ende Mai 1935 über die Schweiz, Österreich, die ČSR und Polen in die UdSSR. Am 28. Mai 1935 trafen August und Cläre in Moskau ein. Zunächst mußte neben vielen Fragebögen und Anträgen ein ausführlicher Bericht über die Grenzarbeit in Amsterdam verfaßt werden. Vom 4. Juni bis 1. November 1935 war Creutzburg Referent im Mitteleuropäischen Sekretariat der Roten Gewerkschaftsinternationale. Doch bald geriet er in das Räderwerk der innerparteilichen Verfolgung. In Moskau konnte sich das „sehr gute Gedächtnis“ des Herbert Wehner entfalten. Hatte August Creutzburg doch am 26. April 1934 aus Amsterdam an die Auslandsleitung nach Paris geschrieben: „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch

²⁷ Siehe Einige Bemerkungen über die Arbeit der KPD unter den neuen Bedingungen, in: Die Kommunistische Internationale, 1933, H. 5; Einige Bemerkungen über die illegale Arbeit der KPD, in: ebenda, 1933; H. 14; Einige Bemerkungen über die Orgarbeit der KPD, in: ebenda, 1934, H. 9.

²⁸ Siehe Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, (Basel), 25.4.1935, S.977.

den Verstand. Leider scheint es aber auch bei uns vorzukommen, daß einer zwar ein Amt, aber keinen Verstand, sondern einen Vogel bekommt, der darin besteht, daß ihm das Amt zu Kopf steigt und er sich für den Führer der Partei hält. Mir scheint das z.T. auf unseren Freund H.W. zugetroffen zu haben [...].²⁹

Aus einem Geheimbericht über das Treffen Herbert Wehners mit dem damaligen Leiter der Kaderabteilung der Komintern Anton Krajewski (d.i. Wladyslaw Stein) vom 21. Juni 1935 geht hervor, daß Wehner sich schon zu diesem Zeitpunkt Creutzburg als Sündenbock für die Verhaftung der insgesamt 42 Genossen in den Niederlanden ausgesucht hatte. Creutzburg hatte zwar aus dem Gefängnis heraus mittels Kassiber und über den Rechtsanwalt der „Roten Hilfe“ gewarnt, daß Kroll alias Joos der Spitzel sei, der alle verraten habe. Doch man schenkte diesen Warnungen ebenso wenig Glauben, wie den Warnungen von Cläre Vater und Charlotte Müller, der Frau des Jugendleiters. In dem Geheimbericht hieß es: „Weiterhin ist die Frage der Einleitung des strengsten Parteiverfahrens gegen Kreuzburg in den Unterlagen enthalten. Übrigens habe ich schon mit Pieck darüber gesprochen. Er unterstützt völlig eine solche Fragestellung. Man muß daraus eine große Sache machen.“³⁰

Tatsächlich erhielt Wehner am 13. Juli 1935 von Pieck den Auftrag zur Untersuchung der gegen Creutzburg erhobenen Beschuldigungen.³¹ Das Parteiverfahren gegen Creutzburg begann am 20. August 1935. Die Sitzungen der Kommission fanden bis zum 3. September 1935 statt. Wie aus den Notizen Wehners hervorgeht, hatte er fleißig Argumente gegen Creutzburg gesammelt. Am 8. Januar 1934 hatte das Politbüro beschlossen, als Ersatz für die Landesleitung Berlin die Genossen Wahls, Daub, Stamm, Jendretzky und Creutzburg vorzusehen. Wehner nutzte die Berichterstattungen an die Auslandsleitung in Paris, um Wahls, Daub und Creutzburg zu denunzieren und sich selbst zu loben. Das Zerwürfnis mit Creutzburg und Wahls hatte im Frühjahr 1934 auch das Politbüro-Mitglied Franz Dahlem nicht beheben können. Ende April 1934 war Wehner nach Paris zur Berichterstattung vor dem Politbüro der KPD gefahren, um dort nicht zuletzt über Creutzburg und Wahls zu klagen. Doch im Protokoll der 54. Sitzung vom 4. August 1934 war Creutzburg für die Besetzung der Grenzstellen nochmals bestätigt worden. Noch am 11. Juli 1934 hatte Creutzburg von Anschwärmungen Kenntnis bekommen und erklärt: „Ich fordere eine Untersuchung der Angelegenheit. [...] Aufgrund all dieser Tatsachen erkläre ich nochmals, daß ich es satt habe, Gegenstand blöder Intrigen zu sein, und daß ich von Euch eine rasche Erledigung der Angelegenheit erwarte.“³² Doch die Untersuchungskommission in Holland hatte kein Interesse, die

29 Schreiben Creutzburgs an die Auslandsabteilung der KPD, 26.4.1934, SAPMO BArch, RY 1/I 2/ 3/326, Bl. 48.

30 Mitteilung des Genossen F. Bericht über eine Beratung am 21.6.1935 bei Krajewski, Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte (RGASPI), f.495, op. 205, d. 6399, Bl. 12-17.

31 RGASPI, f.495, op. 205, d. 6399, Bl. 18.

32 Schreiben Creutzburgs an die KP-Auslandsleitung in Paris, 11.7.1934, SAPMO BArch, RY 1/I 2/ 3/326, Bl. 58-60.

wahren Gründe der Verhaftungen aufzudecken, da sie eine Untersuchung gegen sich selbst hätte führen müssen. Auch hätten die Verbindungen zum zentralen militärischen Apparat der KPD, dessen Zweig sie war, und zum Auslandsapparat der Komintern bzw. des NKWD untersucht werden müssen. August Creutzburg erklärte auch in Moskau offen, daß nur eine „sogenannte Untersuchung“ von Leuten eingeleitet worden sei, die ihre eigenen Fehler verdecken wollten. Nun wurden neue Vorwürfe konstruiert. Am 27. August 1935 teilte Paul Peschke dem Politbüro mit, Creutzburg habe auf der dem VII. Weltkongreß der KI nachfolgenden Gewerkschaftskonferenz aus der Schlußrede Dimitroffs das Vorhandensein einer „prinzipienlose Fraktion“ in der deutschen Delegation, bestehend aus Ulbricht, Dahlem, Merker und Bertz, hergeleitet. Dieser Vorwurf wurde mehr und mehr Schwerpunkt der Untersuchung.

Die Kommission, bestehend aus Wehner, Brückmann und Pfordt, schlug vor, eine Parteistrafe zu erteilen. Sie erklärte, Creutzburg sei ungeeignet, eine solch verantwortungsvolle Funktion zu bekleiden, wie er sie ausgeübt hatte.³³ Am 24. Oktober 1935 wandte sich Creutzburg mit einer Beschwerde an die Kontrollkommission der KI. „Am 23.10. ds. Js. wurde mir nachfolgender Beschluß des PB des ZK der KPD zugestellt: ‚Das PB des ZK hat zum Ergebnis der gegen Dich geführten Untersuchung beschlossen, Dich wegen ungenügender Beachtung konspirativer Regeln und wegen Verbreitung von Gerüchten parteizersetzenden Charakters von der Arbeit der RGI zu entfernen. Gegen diesen Beschluß steht Dir das Beschwerderecht an die Kontrollkommission zu.‘ Von diesem Recht mache ich hiermit Gebrauch, lege gegen den Beschluß Beschwerde ein und bitte die Kontrollkommission, die Untersuchung soweit wie möglich zu beschleunigen. Zu meiner Person und zur Sache selbst möchte ich hier nur kurz nachfolgende Bemerkung machen: Meine Beschwerde richtet sich nicht gegen den sachlichen Inhalt des Beschlusses. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Partei allein entscheidet, wo ich mich politisch betätigen und arbeiten soll. Meine Beschwerde richtet sich aber gegen die Begründung dieses Beschlusses, die ich für völlig abwegig halte.“³⁴ Creutzburg bat darum, ihn in einem Betrieb der Sowjetunion, möglichst in seinem Beruf als Lackierer, arbeiten zu lassen.

Am 1. November 1935 wurde August Creutzburg, wie es hieß auf „Empfehlung“ von Fritz Heckert, aus der Roten Gewerkschaftsinternationale ausgeschlossen. Damit war er automatisch erwerbslos. Seine Lebensgefährtin Cläre Vater, die zunächst bei der Komintern den VII. Weltkongreß mit vorbereitet hatte und nun für vier Wochen im Kaukasus zur Erholung weilte, erfuhr nach ihrer Rückkehr, daß man auch sie als Frau des August Creutzburg aus der Komintern entlassen hatte. Am 21. November 1935 teilte Wilhelm Pieck Genossen Krieger (Deckname von A. Creutzburg in der UdSSR) mit: „Werter Genosse! Die IKK [Internationale

33 Kommission zur Untersuchung in Sachen Creutzburg, Bericht über die Vernehmung Creutzburgs am 3.9.1935, RGASPI, f.495, op. 205, d. 6399, Bl. 65, 65a..

34 Schreiben Creutzburgs an die Kontrollkommission der KI, 24.10.1935, ebenda, Bl. 31-34.

Kontrollkommission] teilt uns mit, daß sie Deine Sache nicht behandeln kann, da Dir keine Parteistrafe auferlegt war.“³⁵

Creutzburg bat Pieck um eine Aussprache, die ihm Pieck schon am 28. Oktober 1935 in Aussicht gestellt hatte, die aber nie stattfand. Am 29. November 1935 schrieb Creutzburg daraufhin an Dimitri Manuilski und bat um eine Unterredung. Auch die kam nicht zustande. „Das Politbüro hatte weder Lust noch Zeit, sich mit Untersuchungen und mit der Bewertung von Menschen anhand der von uns gemachten Erfahrungen zu befassen“, stellte Herbert Wehner später fest. Doch das Politbüro unter Mitwirkung von Wehner befaßte sich sehr wohl mit Creutzburg, und zwar in der o. g. Weise. Wehner muß gewußt haben, welche Konsequenzen das angestrenzte Parteiverfahren haben würde.

Die SED hatte später ebenfalls kein Interesse an der Klärung der Wahrheit über das Verschwinden von August Creutzburg. Insbesondere Walter Ulbricht nicht, denn am 7. Dezember 1934 hatte Creutzburg aus Amsterdam geschrieben: „Wenn ich [...] jetzt an Euch schreibe, so weil ich mit dem Artikel ‚Der Weg zur Aktionseinheit in Deutschland‘ von Walter, Mitglied des ZK der KPD, in mehrerlei Hinsicht nicht einverstanden bin. [...] Aber was macht Walter aus unserer Partei? Nach ihm gibt es in unserer Partei folgende Gruppierungen, Tendenzen oder Strömungen:

1. Sektierer, die die Hauptgefahr sind,
2. Versöhnler zu den Sektierern,
3. Opportunisten,
4. Solche, die nur vom Opportunismus reden aber nicht konkret dagegen kämpfen,
5. Versöhnler zu den Opportunisten,
6. Gerüchtemacher,
7. Prinzipienlose.

Wo der bolschewistische Kern unserer Partei, oder ob er überhaupt noch vorhanden ist, sagt Walter nicht. Ich glaube, eine solche Einschätzung unserer Partei, wie sie Walter gibt, ist nicht nur absolut falsch und ein Angriff auf unseren Führer Thälmann und die Komintern, sondern ist auch geeignet, sie in den Augen der Arbeitermassen herabzusetzen und damit ihre Autorität zu untergraben. [...] Was hat diese ganze Katalogisierung in linke, linke Versöhnler, rechte Versöhnler und Rechte für einen Sinn? Politisch kann das doch nur bedeuten, die Partei in einem Augenblick, wo sie mehr als je eiserne Geschlossenheit braucht, in Gruppen aufzulösen.“³⁶ Damit war August Creutzburg bei der „Kleinen Kaderkommission“ der KPD, die aus Walter Ulbricht, Herbert Wehner und Philipp Dengel bestand, absolut erledigt. Was konnte er von diesen also noch erwarten?

Es dauerte bis Mai 1936, bis August Creutzburg endlich wieder eine Anstellung bekam, in der Stadt Engels an der Wolga als Lektor im Staatsverlag der Wolgadeutschen Republik.

35 Schreiben Piecks an Creutzburg, 21.11.1935, ebenda, Bl. 46.

36 Schreiben Creutzburgs an die KPD-Auslandsabteilung, 7.12.1934, SAPMO BArch, RY 1/I 2/ 3/326, Bl. 83-86.

Am 9. Mai 1936 schrieb die Kaderabteilung der KPD (Grete Wilde alias Erna Mertens) dem Sekretariat Dimitroff: „Genosse Creutzburg ist auf Grund eines Beschlusses des Polbüros nach der Brüsseler Parteikonferenz von verantwortlichen Funktionen enthoben worden. Beim Polbüro bestand eine Kommission, die die Angelegenheit Creutzburg untersuchte. Solange die innerparteilichen Differenzen waren, konnte die Angelegenheit nicht restlos geklärt werden. Creutzburg wurde verantwortlich gemacht für die Verhaftungen im Jahre 1934 in Amsterdam, wodurch faktisch der ganze Parteiapparat kaputt gegangen war. Wenn er auch durch den Spitzel Kroll verhaftet wurde, so konnten doch nur durch seine dekonspirative Arbeit die Verhaftung einen solchen Umfang annehmen. Gleichzeitig ist Creutzburg bekannt als Schwätzer, er kolportierte in Amsterdam eine Reihe von Gerüchten im Zusammenhang mit dem Kirow-Mord, die sich parteischädigend auswirken mußten. Auch hier in Moskau haben diese Gerüchte nicht aufgehört, an der Verbreitung dieser Gerüchte nahm er Anteil. Creutzburg war vorgeschlagen zur Arbeit unter ausländischen Arbeitern, warum sich seine Anstellung als Instrukteur für ausländische Arbeiter verzögerte kann nicht genau festgestellt werden, da Genosse Müller sich in Urlaub befindet, kann aber ergänzt werden. Die Deutsche Vertretung hat ihm nach Rücksprache mit der Kaderabteilung auf Grund seines Briefes vom 28.4. mitgeteilt, daß sie seine Arbeit in der Wolgadeutschen Republik befürworten wird.“³⁷

Aus Engels schrieb Creutzburg wenig später an die deutsche Vertretung beim EKKI: „Werte Genossen, Euch ist bekannt, daß ich nunmehr seit einem Monat in Engels im Deutschen Staatsverlag arbeite. Auf Grund der Euch bekannten Vorgänge hier, ist es nur zu begreiflich, daß die hiesigen Genossen nicht mit allzu großer Begeisterung deutsche Genossen an verantwortliche Funktionen lassen. Mich hindert das natürlich nicht, in jeder Beziehung meine Pflicht zu tun und mir durch mein Verhalten und Arbeit das notwendige Vertrauen zu erwerben. Und doch bestehen einige Schwierigkeiten, um den Genossen hier mit meinen ganzen Kräften zu helfen. Diese besonderen Schwierigkeiten bestehen darin, daß ich 1. nicht russischer Staatsbürger und 2. nicht Mitglied der KPdSU(B) bin. Ich kenne weder die Beschlüsse, die in dieser Frage vorliegen, noch ist mir die Praxis, diesem Mangel abzuweichen, bekannt. Ich weiß nur, daß mir bei meiner Ankunft in Moskau von der Deutschen Vertretung beim EKKI mitgeteilt wurde, daß ich mich nicht um die russische Staatsbürgerschaft bewerben sollte. Die Gründe, die damals dafür angegeben wurden, sind nunmehr, da ich in Engels arbeite, nicht mehr stichhaltig. Ich bitte Euch deshalb dringend, das nötige veranlassen zu wollen, damit sowohl ich, August Krieger (Creutzburg), wie auch meine Frau, Cläre Vater, (die ebenfalls in Engels arbeitet, bald die russische Staatsbürgerschaft erhalten (die Sache eilt schon deshalb, weil Anfang Juli unsere Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist) und unsere Überführung in die KPdSU (B) erfolgt.“³⁸ Die Prüfungskommission für die

37 Schreiben Mertens' an das Sekretariat Dimitroff, 9.5.1936, RGASPI, f.495, op. 205, d. 6399, Bl. 75.

38 Schreiben Creutzburgs, 15.6.1936, ebenda, Bl. 78, 78R..

Aufnahme in die KPdSU kam am 27. August 1936 zu dem Schluß: „Da aus den vorhandenen Unterlagen nichts Nachteiliges über die politische Tätigkeit des Genossen Creutzburg in Deutschland und in der Sowjetunion vorliegt, beschließt die Kommission, ihn für die Überführung in die WKP(B) vorzuschlagen.“³⁹ Der Vertreter der KPD beim EKKI (Heinrich Wiatrek alias Fritz Weber) fügte jedoch handschriftlich ein: „In der Profintern, wo der Gen. zuletzt arbeitete, hatte der Gen. sich nicht parteimäßig benommen. Auf Beschluß des Polbüros ist er deshalb von dieser Arbeit entfernt worden. Er sollte nach dem gleichen Beschluß nicht für politische Arbeit verwendet werden. Aus diesen Gründen wird eine Überführung noch nicht für zweckmäßig gehalten. Die deutsche Vertretung schlägt vor, ihn eine gewisse Zeit arbeiten zu lassen, um dann, nachdem er sich in der Praxis bewährt hat, erneut zu seiner Überführung Stellung zu nehmen.“

Im August 1936 begann der Prozeß gegen das „Trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum“, im Januar 1937 der gegen das „sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum“. Mitte 1936 „entlarvte“ man im Verlaufe der Überprüfung der Parteidokumente in der Wolgadeutschen Republik „eine konterrevolutionäre trotzkistische Organisation“, an deren Spitze der ehemalige 2. Vorsitzende des RFB, das Mitglied des Reichstags und des ZK, Willy Leow, sowie andere Politemigranten gestanden haben sollten.

Am 20. September 1937 wurde August Creutzburgs und Clara Vaters Tochter Tamara geboren. Trotz dieser Freude verlief das Leben keineswegs normal, die Verhaftungswelle von Mitkämpfern entsetzte beide. Über Creutzburg wurden Informationen gesammelt. Artikel im „Bolschewik“ (Zeitung des Gebietskomitees der KPdSU(B) der Wolgadeutschen Republik) am 3. Oktober 1937, in den „Nachrichten“ (deutschsprachige Zeitung des gleichen Gebietskomitees) am 4. Oktober 1937 und wieder im „Bolschewik“ am 23. November 1937 „entlarvten“ den „deutschen Offizier Krieger“ und seine „Machenschaften“ als Vorsitzender des Gewerkschaftskomitees im deutschen Staatsverlag. Dagegen setzte sich August am 27. November 1937 gemeinsam mit Fritz Müller (Fritz Franken) in einem Brief an das Sekretariat der Komintern zur Wehr. Am 8. Januar 1938, gleich nach der Aussprache mit dem Gebietssekretär der KPdSU Popok, schrieb Creutzburg nochmals an Pieck. Er teilte mit, am 21. oder 22. Januar persönlich in Moskau vorsprechen zu wollen, doch dazu kam es nicht mehr.

Am 10. Februar 1938 wurde August Creutzburg verhaftet. Am 28. Oktober 1938 verurteilte ihn die Sondersitzung des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR entsprechend den Paragraphen 58-6 und 58-8 des Strafgesetzbuchs der RSFSR (Spionage; terroristische Tätigkeit) zur Höchststrafe, d.h. zum Erschießen, und zur Konfiskation seines Eigentums. Die von ihm unter Folter erpreßten Aussagen, er sei ein Gestapo-Agent und Trotzkist und habe die Genossen Thälmann und Scheer an die Gestapo verraten, wurden von ihm widerrufen. Durch erneute Folterungen wurde der Widerruf widerrufen. Die Fälschungen waren offenbar so

39 Einschätzung der Prüfungskommission, 27.8.1936, ebenda, Bl. 83f.

offensichtlich, daß der äußerst seltene Fall eintrat, daß der Generalstaatsanwalt A. Wyschinski gegen das Urteil Einspruch erhob. Das Oberste Gericht wandelte das Urteil am 14. November 1938 in 25 Jahre Lagerhaft um, doch August Creutzburg erfuhr davon zunächst nichts. Er wurde durch verschiedene Gefängnisse geschleift: 21. September 1938 bis 15. März 1939 Gefängnis Sasakow, 21. März 1939 bis 21. Juni 1939 Novotscherkassk, 2. Juli 1939 bis 15. November 1939 Solowetzker Insel im Weißen Meer, 27. November 1939 bis 3. Dezember 1939 Orel, 6. Dezember 1939 bis 18. Dezember 1939 Butyrka, ab 19. Dezember 1939 Orel.⁴⁰ Aus einem deutschen Vernehmungprotokoll des Rußlandrückkehrers Wilhelm Gesthuysen geht hervor, daß August Creutzburg seit Anfang Dezember 1939 gemeinsam mit Hugo Eberlein, Werner Hirsch, Erich Birkenhauer, Erich Bonzak, Franz Berger, Gustav Brünn, Walter Herold, Albert Ingwer, Franz Hagel in der Auslieferungszelle Nr. 97 des Butyrka- Gefängnisses inhaftiert war.⁴¹ Sie gehörten offenbar zunächst zum Kreis der vom NKWD ausgewählten rund 500 deutschen Kommunisten, die an die Gestapo übergeben werden sollten.⁴² So wurden u.a. die Lebensgefährtin von August Creutzburg, Clara Vater, mit Tochter Tamara am 28. Februar 1940 bei Brest-Litowsk der Gestapo übergeben. In der Butyrka erfuhr Creutzburg am 12. Dezember 1940 endlich, daß er zu 25 Jahren Haft begnadigt sei.

August Creutzburg protestierte mehrfach vergeblich gegen seine unrechtmäßige Verhaftung: in Eingaben an den Obersten Militärstaatsanwalt der UdSSR, mehrfach an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets Michail Kalinin, am 14. Januar 1941 an Berija und am 30. Januar 1941 an Stalin. Der Generalstaatsanwalt der UdSSR erhob ein zweites Mal Einspruch gegen das Urteil. Daraufhin beschloß das Militärkollegium des Obersten Gerichts am 5. Juni 1941 die erneute Untersuchung des Falls Krieger August Alfredowitsch (Creutzburg), was eigentlich Freispruch zur Folge gehabt haben mußte.

Aber innerhalb von 17 Tagen sollte sich sein Schicksal wenden. Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlerdeutschland die UdSSR. August Creutzburg wurde als politisches Tauschobjekt uninteressant, und so verurteilte ihn das Militärkollegium des Obersten Gerichts am 8. September 1941 erneut zum Tode. Die Front war rund 160 km entfernt. Und so beeilte man sich, die lästigen Gefangenen rasch zu beseitigen. Berija und sein Stellvertreter Kobulow wiesen die I. Sonderabteilung des NKWD an, eine Liste mit 170 Namen politischer Häftlinge des Gefängnisses der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD in Orel zusammenzustellen, die zusammen mit etwa weiteren 200 Leidensgenossen zum Strafvollzug im Politisolator von Orel einsaßen. Die Besiegelung des Schicksals der Todeskandidaten (161 statt 170) war nur noch Formsache. Sie wurden am 8. September 1941 nach Paragraph 58, Absatz 10, Teil 2 des Strafgesetzes der RSFSR durch ein Kollegium unter dem Vorsitz von W. W. Ulrich alle zum Tod durch Erschießen verurteilt.

40 Akte OF-31679, Bd. 2, Bl. 57.

41 Vernehmungprotokoll Gesthuysen, 21.5.1940, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Sign. V 9406/40.

42 Siehe Alan Bullock: Hitler und Stalin. Parallele Leben, Berlin 1998.

Unter ihnen befanden sich prominente Vertreter der russischen und der internationalen revolutionären Bewegung. Beispielsweise Maria Spiridonowa (ehemaliges Mitglied der Partei der Linken Sozialrevolutionäre), Christian Rakowski (1923 Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR), Olga Kamenewa (die Schwester von Trotzki und Frau von Kamenew). Von den deutschen und österreichischen Kommunisten seien hier Erich Birkenhauer (in der Liste Nr. 11 als Belfort-Birkenhauer) und August Creutzburg (in der Liste Nr. 50 als Krieger-Creutzburg) genannt. Am Morgen des 11. September wurden 157 Häftlinge einzeln in ein spezielles Zimmer geführt, wo man jedem einen Knebel in den Mund steckte und das Urteil verkündete. Anschließend wurden sie auf Lastkraftwagen mit schußsicheren Bordwänden zum vorbereiteten Hinrichtungsplatz 10 km von Orel entfernt in den sogenannten Medwedjewsker Wald gefahren und erschossen. Die Toten wurden in einem Massengrab verscharrt. Zur Tarnung pflanzte man die zuvor mit den Wurzeln ausgegrabenen Bäume wieder an ihren ursprünglichen Platz.⁴³

So fand der deutsche Kommunist August Creutzburg den Tod in dem Land, das er als Heimat aller Werktätigen geliebt und für dessen Ideale er über 30 Jahre gekämpft hatte.

Als Paul Creutzburg 1947 in Berlin beim Parteivorstand der SED Auskunft über den Verbleib seines Bruders August erbat, wurde er für fünf Tage im Speziallager Buchenwald inhaftiert. Die verhörenden sowjetischen Militärs und Max Fechner machten ihm klar, daß er keinen Bruder in der Sowjetunion hatte, es also keinen „Fall Creutzburg“ gäbe und er über alles zu schweigen habe.⁴⁴ Walter Ulbricht erklärte später, „daß wir uns an die zuständigen Stellen gewandt haben und daß wir keine Auskunft erhalten konnten. Wir besitzen daher keine näheren Mitteilungen darüber. [...] Die Angehörigen von in der Sowjetunion verschollenen Kommunisten, so z.B. der Sohn von August Creutzburg [Karl Spartakus], der Bruder von Hans Kippenberger, der Bruder von Fritz Schulte, die Mutter von Friedrich Stammberger und die Eltern von Erich Birkenhauer, ließen sich aber nicht mehr mit solchen Bemerkungen abspesen und drängten auf eine konkrete Auskunft.“⁴⁵

Die Zentrale Parteikontrollkommission der SED (ZPKK) beschloß am 21. Juli 1955 die Bildung einer Kommission zur Prüfung der Angelegenheiten von Genossen, die für lange Zeit in der Sowjetunion waren. Am 30. Mai 1956 wurde August Creutzburg von der ZPKK rehabilitiert. Damit wurden auch seine Kinder und die Familien seiner Brüder wie auch seine Lebensgefährtin Cläre Vater vom Verdacht, „Volksverräter“ zu sein, freigesprochen.

43 Siehe Die Tragödie im Medwedjewsker Wald. Über die Erschießung der politischen Häftlinge des Orlower Gefängnisses, in: *Iswestija ZK KPSS*, 1990, Nr. 11, S.124-131.

44 Auskunft von Paul Creutzburg, Sohn von Paul Creutzburg, Archiv des Verfassers.

45 Zitiert bei Peter Erler: *Die Rückführung deutscher Opfer des Stalinismus aus der UdSSR*, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): *Kommunisten verfolgen Kommunisten*, Berlin 1993, S.426.

In Gotha erhielt 1977 eine Straße seinen Namen. In einigen Publikationen⁴⁶ wurde er nun erwähnt, insbesondere im Zusammenhang mit den Kämpfen zur Niederschlagung des Kapp-Putsches, aber sein weiteres Leben und die Umstände seines Todes wurden verschwiegen.

1 Siehe z. B. den eine Seite umfassenden Beitrag in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin 1970, S.75f.

**El cartel tricontinental de solidaridad –
Kubanische Solidaritätsplakate für drei Kontinente**
Originaldrucke aus der Sammlung von Richard Frick, Zürich

19. Mai bis 25. Juni 2004

Ausstellung in der Medien Galerie



ver.di Berlin-Brandenburg

Dudenstraße. 10 · 10965 Berlin-Kreuzberg

Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag 12.00 – 19.00 Uhr

Die Ausstellung zeigt Originalplakate der 1996 in Havanna gegründeten Organisation der Solidarität mit Afrika, Asien und Lateinamerika (OSPAAL). Diese Plakate dokumentieren ein Stück Geschichte des revolutionären Plakates.

Die Schweizer Mediengewerkschaft »comedia« ermöglichte die Herausgabe des Buches, »El cartel tricontinental de solidaridad« in dem die 344 bis heute bekannten OSPAAL-Plakate zum ersten Mal dokumentiert sind.

**Veranstaltung in der Medien Galerie zusammen mit Cuba Sí:
Donnerstag, 17. Juni 2004, um 18 Uhr:**

Zwischen zwei Bücher passt immer ein Mojito

Dokumentarfilm über die XIII. Internationale Buchmesse 2004 in Havanna,
anschließend Gesprächsrunde über die Buchmesse in Havanna
mit Dietmar Koschmieder, Geschäftsführer Verlag 8. Mai
und Reinhard Thiele, Cuba Sí

Regionalforschungen

Zu den Juni-Ereignissen 1953 in Stalinstadt/Fürstenberg*

Dagmar Semmelmann

Dieser Beitrag thematisiert den 17. Juni und seine Folgen in Stalinstadt/Fürstenberg. Er stützt sich auf veröffentlichte schriftliche Quellen und vor allem auf Zeitzeugeninterviews, die 1988/89 und 1992 mit ca. 75 Bewohnern Eisenhüttenstadts geführt wurden.

Fragt man Zeitzeugen nach ihrem Erlebnis des 17. Juni „vor Ort“, so hört man oftmals, hier habe doch kaum etwas Nennenswertes stattgefunden; nach ein, zwei Tagen wäre schon alles wieder vorbei gewesen und das Arbeits-Leben in normalen Bahnen verlaufen. Stalinstadt, die „erste sozialistische Stadt“, so wird erklärt, sei eben mit anderen Städten der DDR nicht vergleichbar, denn als „Schwerpunktobjekt Nr. 1“ des ersten DDR-Fünfjahrplanes habe diese Region einen Sonderstatus gehabt.

Gewiß, Besonderheiten zeichneten die hiesige Situation damals durchaus aus: Auf der einen Seite war alles noch im Werden begriffen, ein mit vielen Unzulänglichkeiten und Mängeln behaftetes Provisorium. So produzierten im Juni 1953 erst vier der geplanten acht Hochöfen, zwei weitere Hochöfen sowie ein eigenes Stahl- und Walzwerk und Nebenanlagen befanden sich im Bau; und auch von einer Stadt waren erst bescheidene Anfänge zu sehen. Baustellen und Baracken, in denen Läden, Verwaltungen, Krankenstationen untergebracht waren und die als Wohnunterkünfte für viele Hunderte Bauarbeiter dienten, bestimmten das Bild. Auf der anderen Seite gab es für die aus allen Gegenden der DDR Hierhergekommenen auch manche Vergünstigungen, z. B. die deutlich über dem DDR-Durchschnitt liegenden Löhne und ein besseres Warenangebot. Hinzu kamen die reale Aussicht auf eine moderne Wohnung und eine gute berufliche Perspektive für jene, die sich am Ort niederlassen wollten. Unter den Zugereisten dominierten junge Leute unter 30 Jahre. Es gab aber noch weitere Besonderheiten, die sich auf den realen Verlauf des Juni-Protestes am Ort auswirkten: Anders als in den historisch gewachsenen Städten und Dörfern der DDR mit ihren traditionellen, langjährig existierenden Produktionsstätten, waren die hier Arbeitenden und Lebenden erst seit kurzer Zeit (längstens seit August 1950) zusammen; und es kamen auch fortlaufend neue Leute hinzu, während andere nach kurzer Zeit wieder forzogen. Unter diesen Bedingungen eines andauernden Wechsels hatten sich 1953 noch keine festen, überschaubaren sozialen Netze herausgebildet; die Bekanntschaften und der Zusammenhalt der Menschen waren überwiegend auf kleine Kreise, auf Arbeitsgruppen und ansatzweise auf

* Vortrag am 2. Juni 2003 in Eisenhüttenstadt.

Hausgemeinschaften, beschränkt. Das Gefühl der Fremdheit und Unverbundenheit war somit noch stark verbreitet, zumal die Menschen eben auch keine gemeinsame regionale Geschichte verband. Unter diesen Umständen hatten es auch die offiziellen politischen und gesellschaftlichen Gremien (SED, Gewerkschaft) recht schwer, stabile Organisationsformen aufzubauen und einen nachhaltigen, durchgreifenden Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben.

Das traf insbesondere auf die mobileren, auch isolierter als die Hochöfner arbeitenden Bauarbeiter zu. Dabei spielte eine Rolle, daß eine Vielzahl der ca. 20000 im Eisenhüttenkombinat sowie beim Werk- und Stadtaufbau Tätigen durch auswärtige Bau- und Montagefirmen gestellt wurden (die z.B. aus Berlin, Magdeburg, Halle, Bitterfeld kamen) und ständig zwischen Arbeits- und Wohnort pendelten. Aber auch viele der in der Bauunion Fürstenberg Beschäftigten kamen aus den umliegenden Orten lediglich zur Arbeit hierher. Und noch eine weitere Besonderheit sei erwähnt: Sowohl unter diesen Pendlern als auch unter den bereits in der entstehenden Stadt Wohnenden gab es einen hohen Anteil von ehemaligen Flüchtlingen und Vertriebenen, die hier einen hoffnungsvollen Neuanfang suchten. Hoffnung auf ein besseres Leben – vor dem Hintergrund des überstandenen Krieges und der drückenden unmittelbaren Nachkriegszeit – verbanden die meisten der Hierhergekommenen mit dem hiesigen regionalen Aufbaugeschehen, und das prägte zunächst auch die Stimmung der Menschen. Ein Zeitzeuge erinnert sich daran so:

Zum Anfang, wie's Werk gebaut wurde, da war die Freude hier groß. Da mußte man wirklich staunen, wie begeistert die Menschen an die Arbeit rangegangen sind, mit großem Elan! Im Wald die Stubben gerodet, Straßen gebaut, Hochöfen gebaut. Da war das 'n richtiger Aufschwung gewesen seinerzeit.

Doch alsbald zeigte sich, daß auch der hiesige Aufbau von den allgemeinen ökonomischen Bedingungen und politischen Verhältnissen in der DDR abhing, und die hatten sich im Übergang von 1952 zu 1953 drastisch verschlechtert, so daß der Aufschwung auch hier stagnierte. Stalinstadt war eben keine autonome Insel der Seligen, um die das Unwetter einen Bogen machte. Auch hier zeigte der forcierte Industrialisierungskurs im Zuge des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus, wie es offiziell hieß, seine Wirkung: So wurde im Vorfeld des 17. Juni wachsender Druck ausgeübt, damit die Arbeiter die Arbeitsnormen „freiwillig“ erhöhten. Geplante Objekte im Werk und in der Stadt wurden aus Investitionsmittelknappheit verschoben oder ganz gestrichen, materielle Vergünstigungen der Beschäftigten wurden reduziert, und auch die Versorgungslage verschlechterte sich spürbar. Wie sich diese negative Entwicklung auf die Stimmungs- und Bewußtseinslage der Menschen niederschlug, beschreibt der bereits zitierte Zeitzeuge folgendermaßen:

Und off einmal ging das rückwärts; da hat denn eben an allen Ecken und Kanten was gefehlt. Ob das Lebensmittel waren, ob daß 'ne Schraube für'n Fahrrad war, ob das Ventilgummi war, ob das Sachen zum Anziehen waren. Es gab nichts mehr zu kaufen, und da war '53 grade der Höhepunkt denn gewesen. Da waren die Leute richtig echt verärgert, daß man sie unter solchen Lebensbedingungen arbeiten läßt. Und dann war's eben aus, das hat die Menschen denn ooch nicht mehr ... gejuckt hier alles, die Bauerei und nischt mehr. – Ja, das ging schon wochenlang so, daß die

Bevölkerung geschimpft und gemeckert hat: „Es wird immer schlechter“, haben sie gesagt, und da war eben die Stimmung so gewesen, daß sie eben unbedingt was ändern wollten, wo sie eben ein besseres Leben vielleicht mal mit erreichen können.

Dieser Stimmungsumschwung war allerdings auch den örtlichen Führungsinstanzen nicht verborgen geblieben. So konstatierte die örtliche SED-Kreisleitung bereits im März 1953 in einem Bericht an die Bezirksleitung eine „allgemeine Mißstimmung“ unter den Beschäftigten auf den Baustellen des Werkes und der Stadt; und auch in der Folgezeit wurde eine weitere Verschlechterung der Stimmung registriert. Dabei sah man sich nicht in der Lage, die Situation zum Positiven zu verändern, mußte man doch die „harte Linie“ öffentlich vertreten. Die von der SED-Führung und der DDR-Regierung am 9. und 11. Juni beschlossene Kurskorrektur kam zu spät, um das erschütterte Vertrauensverhältnis zwischen Staatsführung und Bevölkerung wieder herzustellen, zumal sie wie üblich „von oben“ verordnet und zudem noch ungenügend begründet wurde.

Die Korrektur traf die örtlichen Funktionäre unvorbereitet, doch erhofften sich diese davon eine Beruhigung der Situation. Gleichwohl mußten sie aber feststellen, daß die Reaktionen auf diesen sogenannten Neuen Kurs und insbesondere auch das Eingeständnis von Fehlern durch die Staatsmacht recht unterschiedlich - und vielfach nicht so wie erwünscht ausfielen, falls die Bürger diese Politikkorrektur überhaupt zur Kenntnis genommen hatten. So berichtete der Erste SED-Kreissekretär Dahinten am 16. Juni 1953 an seine Vorgesetzten, daß die Regierungserklärung öffentliche Diskussionen ausgelöst hätte, wie sie „seit Jahren nicht zu beobachten waren“, um dann weiter festzustellen, dabei „gehen die Meinungen extrem auseinander“; jetzt würden „viele ihre tatsächliche Einstellung“ zum Ausdruck bringen; es würden sich auch „oppositionelle Strömungen bemerkbar“ machen und vereinzelt würde sogar die Forderung nach Rücktritt der Regierung geäußert (so in der Jugendschicht der Hochofenmechanik des Eisenhüttenkombinates). Grund zur Beunruhigung gestand man sich jedoch nicht ein; daß eine offene Konfrontation unmittelbar bevorstand, sah man ebenso wenig voraus, dünkte man sich doch bei aller Verunsicherung vermutlich immer noch als Herr der Lage. Doch überrascht wurden nicht nur die Funktionäre von der Juni-Erhebung, sondern auch die meisten anderen Zeitgenossen, seien sie nun parteipolitisch gebunden oder nicht, politisch interessiert oder gänzlich unpolitisch. War es in Berlin bekanntlich bereits am 16. Juni zu Arbeitsniederlegungen und zur Demonstration gekommen, begann der Massenprotest in Stalinstadt – wie in anderen DDR-Städten auch – erst am 17. Juni. Lediglich die Hafendarbeiter im Neuen Hafen waren bereits tags zuvor in einen Bummelstreik (wegen der Normenfrage) getreten, ohne daß davon eine Signalwirkung ausgegangen wäre. Wie sah nun der 17. Juni in Stalinstadt konkret aus? Wo und wie begann sich der Protest zu entwickeln?

Aus schriftlichen Quellen geht hervor, daß er durch die Nachricht von der Berliner Bauarbeiterdemonstration ausgelöst wurde, die mit der Frühschicht am 17. Juni in die Stalinstädter Betriebe kam. Offenbar hatte man durch westliche

Rundfunksender, besonders den Rias, aber auch durch Direktkontakte nach Berlin von den dortigen Ereignissen gehört, und darüber wurde nun unter den Bauarbeitern auf dem Werkgelände, aber auch in der Stadt vielerorts mehr oder weniger heftig diskutiert. Ein anderer Teil der Bauarbeiter war jedoch am Morgen noch völlig uninformiert, so daß wie immer die Arbeit aufgenommen wurde. Doch im Laufe des Vormittags verbreiteten sich Nachrichten oder Gerüchte von den Unruhen im Lande, und im Ergebnis der Diskussionen kam es teilweise auch hier zu Arbeitsniederlegungen.

Allerdings erweist sich schon an diesem Punkt die schriftliche und erst recht die mündliche Überlieferung als äußerst lückenhaft bzw. vage. Aus den Zeugnissen geht lediglich hervor, daß sich ein oder *der* Kristallisationspunkt des Protestes auf dem Bauplatz des V. Hochofens herauschälte, wo die Bauunion Fürstenberg, Stahlbau Magdeburg, Bergmann-Borsig aus Berlin-Wilhelmsruh und Ofenbau Leipzig tätig waren. Es läßt sich nicht mehr genau ermitteln, welche Brigaden dabei die Pionierrolle spielten, wer in ihnen das Wort führte, ob ein regelrechtes Streik- und Sprecherkomitee gebildet wurde. Unklar ist auch, ob ein Aktionsplan beschlossen und ein Forderungskatalog aufgestellt und wie die Kommunikation mit anderen Beschäftigtengruppen hergestellt wurde. Aus Schilderungen von Zeitzeugen geht allerdings hervor, daß Vertreter der Aufbegehrenden zu den Beschäftigten anderer Bauobjekte auf dem Werkgelände und in der Stadt geschickt wurden, die die dort Arbeitenden zur Arbeitseinstellung aufforderten. Vielfach wurde die Arbeit dort dann auch niedergelegt, sei es, weil man selbst so gestimmt war, sei es, daß man sich dem Druck der recht entschieden, mitunter sogar drohend auftretenden Streikausrufer beugte. Augenzeugen berichten, daß es in dieser Phase auch schon vereinzelt zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen diesen Protest-Akteuren und den sich ihnen widersetzenen Arbeitswilligen kam. Aus den mündlichen Zeugnissen entsteht der Eindruck, daß unter den Bauarbeitern, insbesondere denen, die Frühschicht hatten, Unsicherheit und Unentschlossenheit, wie man sich in dieser überraschend eingetretenen, unklaren Situation verhalten solle, recht verbreitet waren. Das galt offenbar auch für die Funktionäre und leitende Betriebsangehörige, von denen viele wie die meisten ihrer Unterstellten zum ersten Mal mit einem Streik konfrontiert wurden. Um eine Eskalation zu vermeiden, aber mitunter wohl auch um die Streikfront zu schwächen, schickte ein Teil der Bauleiter die ihnen Unterstellten wieder nach Hause. Doch die meisten Bauarbeiter verharrten vermutlich bis zum Feierabend um 14 Uhr in Abwartehaltung auf ihren Baustellen oder in Pausenräumen.

Wie sich diese facettenreiche, widersprüchliche Situation während der Frühschicht in der Erinnerung von Zeitzeugen darstellt, soll nun an einigen Auszügen aus Bauarbeiter-Interviews von 1992 gezeigt werden:

Ein damals dreißigjähriger, verheirateter Brigadier berichtet:

Ich arbeitete damals mit meiner Brigade im Straßenbau bei den ehemaligen Verwaltungsbaracken des Eisenhüttenkombinates. Wir befestigten dort Plätze und Straßen. Am 17. hatten wir so wie immer unsere Arbeit aufgenommen, und es war so gegen 9 Uhr, als wir den Krach vorn am Eingang erlebten. Es war dazumal auf

dieser Straße noch eine Entladung für Braunkohle. Da merkten wir, daß dort etwas nicht stimmte, viel Aufruhr und Krach. Man hatte da von der FDJ aus Fahnen uffgezogen usw., und die FDJler wollten weiterarbeiten, und andere taten sie an der Entladung hindern. Und da gabs dann Schlägereien, und da haben wir denn noch gesagt: „Na, was ist denn da los?“ Wir taten dann trotzdem weitermachen, und dann kamen auch welche zu uns und sagten: „Los, ihr haltet hier auch an, sonst holen wir euch hier raus!“ Und da haben wir gesagt: „Na, was machen wir denn da?“ – „Na ja“, sagte ich, „kommt, nun setzen wir uns erschtmal rein in die Halle, damit wir nicht...“ Wir wußten ja nicht, um was es geht, bis ich zu unsrer Bauleitung ins Werk ging und mich erkundigte. Der für uns verantwortliche Bauleiter sagte mir: „Bleibt ruhig, verhaltet euch still und arbeitet heute nicht weiter. Wir müssen erst mal abwarten, was wird.“ So ging ich denn zurück zu meinen Leuten und sagte: „Leute, für heute ist Feierabend, packen wir unser Zeug ein; dann müssen wir mal sehn, was morgen ist.“

Ähnliches berichtet ein damals jung verheirateter Bau-Tischler:

Also, für mich kam das überraschend. Man hat auch gar nicht so mit anderen darüber gesprochen, daß irgendwie was war oder so. Da bin ich denn am 17. zur Arbeit gefahren, wie jeden Tag, und dann bin ich hingekommen, und denn hat der Meister gesagt: „Ihr macht, daß ihr nach Hause kommt, so schnell wie möglich. Seht zu, daß ihr das schafft. Denn es ist hier im EKO-Gelände was im Gange. Hier ist irgendwie Revolte, Unruhe.“ - Und dann sind wir gegangen, alle 12 Mann. Hauptsache, wir kriegten bezahlt. Ne, auf den Gedanken, dort mitzumachen, sind wir gar nicht gekommen.

Völlig konsterniert reagierte eine damals 19jährige Brigadierin einer weiblichen Straßenbaubrigade:

Na, am 17. früh bin ich um 5 mit dem Bus von Rießen zur Arbeit gefahren. Da haben wir so enen kleenen Schuppen gehabt, da war'n die Schippen und alles mit drin, und da haben wir uns umgezogen. Und denn hat der Einsatzleiter gesagt: „Ihr geht auf Gleis 19 oder 21“, weiß ich nicht mehr, „da stehen Mauersteine, und die ladet ihr aus, wohin wißt ihr ja“, und dann sind wir losgezogen. Und da haben wir bis um zehne rum hintereinander gearbeitet, und denn kamen hier Leute von Bergmann-Borsig mit Eisenstangen und Schippen, die hatten schon den ganzen Vormittag in ihrer Bude gesessen, und die haben uns dann vertrieben, haben gesagt: Wir sollen die Arbeit niederlegen, es wird gestreikt. Wir haben gefragt: „Warum denn, warum denn?“ Da haben die aber nur gesagt: „Wenn ihr jetzt nicht gleich geht, hauen wir euch die Brechstange über den Kopf.“ Und dann haben mich meine Kolleginnen alle groß angeguckt, und (ich habe denn gesagt): „Na, dann müssen wa geh'n.“ Und dann sind wir los, haben uns hinter die Steine gesetzt, und da haben wir bis um 2 Uhr hinter die Steine gesessen.

Nicht ganz so unvorbereitet traf einen Zimmerer-Brigadier aus der Stadt die Situation:

Zu der Zeit war ich Brigadier und habe mit meiner Brigade an dem Block gegenüber vom Krankenhaus in der zweiten oder dritten Etage Balken verlegt. Am 17. hatten

wir Fröhschicht. Und da haben denn einige diskutiert, die Maurer fingen an, na, und denn haben wir mitdiskutiert, und dann wurde die Arbeit niedergelegt. Und denn nachher kam der Aufbauleiter und hat mit uns diskutiert, daß das doch Quatsch wär': „Bis jetzt habt ihr doch euer Geld verdient, und das werdet ihr weiter verdienen.“ Der wollte uns zur Aufnahme der Arbeit überreden, aber im Großen Ganzen hat dann keiner mehr gearbeitet. Aber – na, sagen wir mal, zu 'ner richtigen Revolte ist es da auf der Baustelle nicht gekommen. Wir haben gesagt: „Macht euren Krempel alleene; wir gehen erschtmal nach Hause.“

Ähnliche Schilderungen ließen sich fortsetzen. Stimmen von Wortführern oder Sprechern und Anführern der Streikenden können leider nicht wiedergegeben werden, da keiner von ihnen in Eisenhüttenstadt mehr zu finden war. Demgegenüber haben aber mehrere in der SED organisierte Verteidiger der angegriffenen Staatsmacht von ihren Erlebnissen am Vormittag bzw. um die Mittagsstunden des 17. Juni in Stalinstadt erzählt. Zwei von ihnen sollen hier zu Wort kommen.

Zunächst der damalige 2. Sekretär der FDJ-Kreisleitung, der sich an die Zuspitzung der Situation in der Stadt aus der Gegenperspektive eines überzeugten DDR-Anhänger so erinnert:

An dem Tag war ich bettlägerig; ich hatte hier am Hals son dickes Geschwür und sollte mich nicht bewegen, weil die Gefahr des Durchbruchs bis zur Halsschlagader bestand. Aber wie ich da draußen den Lärm hörte, konnte ich nicht drinne bleiben. (...) Vor unserem Wohnhaus gab's ja'n mächtigen Auflauf. Und da standen wir denn, der Heinrich Mrorsko und ich, Rücken an Rücken und haben mit den Bauarbeitern diskutiert. Es gab heftige, aber recht vernünftige Diskussionen, aber außen herum war dann immer ein Ring, sehr oft aus Zimmerleuten mit ihren bekannten Äxten, die schrien: „Hackt doch den Brüdern den Schädel ein!“ und was da alles für Losungen flogen. Wir hatten uns, wie gesagt, beide Rücken an Rücken gestellt, damit wir uns praktisch verteidigen konnten, denn man mußte ja mit Übergriffen ständig rechnen. Was die Diskussionspunkte waren? Na ja, das ist alles Schwindel, was da erzählt wird. In der Richtung. (...) Und plötzlich rief meine Frau aus dem Fenster – wir wohnten in der 2. Etage: „Die 'Freunde' kommen!“ Da kamen die an, dort um die Ecke rum, wo die Post ist – das waren aber Panzerspähwagen -, und da war die Straße leer. Aber die sind nur durchgefahren in Richtung „Aktivist“, und dann rüber auf die „Insel“ ins Wohnlager Helmut Just. Da hatten die Bauarbeiter ihren Betriebsleiter festgesetzt. (...) Nachdem die fort waren, standen wir beide wieder alleine da. Alleine. Und die Situation wurde praktisch immer brenzlicher. Wir haben immer wieder versucht, über die Beschlüsse der Regierung zu sprechen und was festgelegt ist. Und nach zwei Stunden war das so heiß geworden, und dann kam zum Glück unser Polizeikommando hier, zwei Wachmeister mit neun Polizisten da mit 'm grünen Wagen an. Da war im Moment Ruhe entstanden, aber dann waren sie wieder fort, na, und dann wurde es ja noch schlimmer. – Ich habe mich dann zurückgezogen. Ich mußte ja ein klein wenig auch an meine Gesundheit denken.

Zurückhaltender schildert eine Sachbearbeiterin aus der sog. Kaderabteilung der Bauunion ihren Diskussions-Einsatz um die Mittagszeit des 17. Juni „vor Ort“:

Als ich am 17. Juni zur Arbeit kam, da wußte ich noch nicht, was hier bei uns los war. Unser Direktor und unsere Parteileitung informierten uns dann erst mal. Und darüber wurde gesprochen, und dann hieß es eben, wir müssen (auf die Baustellen gehen), um die Leute zu beruhigen, daß hier bei uns im Betrieb Ruhe bleibt. Und dann wurden wir aufgeteilt. Ich bekam den Auftrag, zur Wohnstadt runterzugehen, zum Helmut-Just-Lager. Es hieß nämlich, vom EKO kommt so'n Strom Demonstranten. (...) Da bin ich denn los, na ja, ooch mit gemischten Gefühlen; ich hatte zwar nicht solche Angst, war ja damals noch nicht verheiratet, aber Hosianna hab ich ooch nicht gerufen. Bin ja ganz alleine da runter gestieft, und da war mir ooch nicht ganz gut zumute. Dann hab ich noch überlegt: „Mensch, läßtste das Parteiabzeichen dranne oder machste 's ab?“ – „Ne“, dachte ich, „laß es dranne; egal, wie es kommt.“ (...) Bin also runter zum Justlager. Nun waren ja auch viele Frauen da drin, und die waren so ausgeflippt damals. Alle dachten se nun, sie können die Welt erobern. Da kamen denn ooch 'n paar Frauen an, die bloß 'ne Kittelschürze an hatten und nischt drunter und liefen da so rum. Die habe ich mir beiseite genommen, ich sage: „Schämt ihr euch denn gar nicht?“ – Da haben die gesagt: „Ne; klar, können wir det; wir wollen frei sein!“ So ungefähr. – „Aber so doch nicht!“, sag ich, „Mensch, zieht euch doch wenigstens 'n Schlüpperken an; ihr müßt doch nicht so rumrennen hier; das ist doch nicht schön!“ – Na ja, da sind sie denn ooch ringegangen in ihre Baracke. Und viele Bauarbeiter standen ja auch vor der Baracke und haben nun gewartet auf die Dinge, die da kommen. Hab die denn ooch angesprochen, aber was ich gesagt hab, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. (...) Na, und ich hatte denn gedacht: „Na ja, wenn die durch 's Justlager ziehen, dann ist Ruhe, dann hören sie auf.“ Die sind aber denn weiter nach Fürstenberg runter, und da haben sie sich ja erst noch mal ausgetobt. – Das hab ich aber nicht miterlebt. Ich bin denn nach 'ner Zeit wieder zurückgelaufen – zur Kaderabteilung. (...) Na ja, es war an dem Tag ziemlich hektisch alles. Und da hat man ja ooch gedacht: Na, wie soll das nun weitergehen?

Aus schriftlichen Überlieferungen ist zu entnehmen, daß sich zum Schichtwechsel gegen 14 Uhr auf dem Bauplatz des V. Hochofens ca. 150 bis 200 Bauleute versammelten und sich unter der Losung: „Solidarität mit Berlin!“ zu einem lockeren Demonstrationszug formierten. An dessen Spitze marschierten mit Äxten und Hämmern bewehrte Zimmerleute. Diese kleine Gruppe von Demonstranten bewegte sich nun durch das Werkgelände und forderte die dort Beschäftigten lautstark auf, sich ihnen anzuschließen. Während das viele Bauarbeiter der passierten Baustellen auch taten, folgten die Hüttenwerker bis auf wenige Ausnahmen diesen Rufen nicht, und die Hochöfner stellten sich den demonstrierenden Bauarbeitern bekanntlich sogar kämpferisch entgegen: „Wer die Treppe zur Abstichbühne hochkommt, fliegt in die Eisenpfanne!“ Worauf die abweisende Haltung der „roten Hochöfner“, wie sie danach genannt wurden, zurückzuführen und wie sie zu verstehen ist, das soll hier nicht näher ausgeführt werden. Jedenfalls zogen die Bauarbeiter an den Hochöfen vorbei und weiter durch das Gelände zum Werkausgang. Die lokalen politischen Führungskräfte, die durch diese Entwicklung

der Dinge schockiert waren, versuchten nun ihrerseits, den Demonstrationenzug aufzuhalten bzw. zu zerstreuen, indem sie ihre Informanten und Agitatoren hineinschickten.

Während diese wohl kaum etwas auszurichten vermochten, verließen am Werkort nicht wenige Bauleute von sich aus den Zug, um mit den Schichtbussen nach Hause zu fahren. Ihre unmittelbaren persönlichen Belange standen ihnen offenbar näher als allgemeine, politische Angelegenheiten; oder sie zogen es vor, sich nicht weiter in eine solche riskante, auch unsichere Protestaktion einzulassen – zumal dann, wenn sie mit ihrer derzeitigen Lebenslage nicht massiv unzufrieden waren. So war der Demonstrationenzug, als er vom Werkeingang in die Stadt einschwenkte, noch nicht sehr viel größer geworden. Bei Durchquerung der Stadt erhielt er weiteren Zulauf speziell von Bauarbeitern, kaum von Angestellten. Das äußere Bild des Zuges wirkte recht chaotisch und turbulent: Es wurde geschrien und gehöhlt, auch immer wieder mal ein Lied angestimmt, mit Bier- und Schnapsflaschen, aus denen man sich Mut antrank, gewinkt, aber auch mit Hämmern und Knüppeln herumgefuchelt, wenn angesprochene Bauarbeiter nicht mitkommen wollten. Es ging hier eben nicht – wie bei staatlich angesetzten Demonstrationen – ordentlich und gesittet zu. Das wirkte auf manche Zeitgenossen eher abstoßend, zumal sich eine gewisse Aggressivität und Gewaltbereitschaft bei einzelnen Demonstranten bereits hier andeutete. Im nachhinein wurde diese Gewalttendenz, die in Fürstenberg eskalierte, seitens der SED-Führung genutzt, um bei der Bevölkerung eine Verurteilung oder Abgrenzung vom Protest bzw. seinen sogenannten Rädelsführern zu erreichen.

Aber mehr noch als das äußere Bild des Demonstrationenzuges irritierte viele Bauarbeiter die Unklarheit über Inhalt, Ziel und Zweck des so plötzlich ausgebrochenen Aufbegehrens. Auch aus den laut gerufenen Losungen, wenn man sie denn in dem Tumult verstand, wurde man nicht recht klug: Ging es den Demonstranten um eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse (Zurücknahme der Normerhöhung, bessere Versorgung, Herabsetzung der HO-Preise) oder demonstrierte man für politische Ziele (Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Freilassung aller politischen Gefangenen, Beseitigung der Oder-Neiße-Grenze)? Viele konnten oder wollten sich nur mit den ökonomischen Forderungen identifizieren, mit den primär politischen dagegen nur bedingt oder gar nicht; jedenfalls scheuten viele davor zurück, sich öffentlich dafür zu exponieren, es sei denn, man wurde von der Gruppenstimmung mitgerissen.

So waren denn viele der auf ihren Baugerüsten verharrenden Bauleute, als der Zug bei ihnen vorbeikam, hin- und hergerissen; manche blieben auch ziemlich unberührt und gleichmütig, als wenn sie das Geschehen nichts angehe. Nur bei einem Teil der Erbauer von Stadt und Werk war der Unmut über die schlechten ökonomischen und politischen Verhältnisse der DDR unter SED-Führung so stark, daß sie sich spontan und freudig der öffentlichen Protestbekundung anschlossen. Andere dagegen, die sich der Demonstration zwar auch sofort angeschlossen hatten und zunächst auch sehr kämpferisch aufgetreten waren, scherten dann jedoch wieder aus, als sie deren politischen, gegen die Staatsmacht gerichteten Charakter wahrnahmen bzw. als ihnen die Sache zu brenzlig wurde. So gab es im Zug durch die Stadt einen

ständigen Zulauf und Absprung, doch insgesamt gesehen war er wohl bereits auf mehrere hundert Teilnehmer angewachsen, und als er dann durch das Helmut-Just-Lager zog, schlossen sich ihm viele der dort untergebrachten Bauarbeiter an. Unter denen gab es offenbar nicht zuletzt wegen ihrer mangelhaften Lebensbedingungen eine große Protestbereitschaft.

Die Reaktionen auf die Demonstration waren, wie gesagt, äußerst verschieden. Aus meinen Befragungen von Zeitzeugen ergibt sich ein breites Spektrum von Motiven sowohl zum Mitmachen als zum Sichheraushalten oder Wiederausscheren, zum bloßen Beobachten als auch zum Sichverweigern oder sogar Sichentgegenstellen. Zur Veranschaulichung für diese Einstellungsvielfalt seien im folgenden wieder einige Interviewstimmen zitiert:

Ein damals 25jähriger, jung verheirateter Transportarbeiter, späterer Gewerkschaftsfunktionär erzählt:

Ich war in dieser Zeit in Mielenzhafen beim Bauumschlag tätig. Dort hatte man viel Kontakt mit den Leuten der Schifffahrt, die ja weit umherkamen und dementsprechend auch das Neueste uns hier immer wieder mitteilten, und so wußten wir, daß sich in Berlin doch einiges tat. (...) Am 17. Juni - wir hatten Spätschicht - taten wir unsere Arbeit wie immer, (...) und plötzlich kamen unsere vollbeladenen Züge wieder in den Mielenzhafen zurück und unsere Lokführer und Heizer teilten uns mit: „Auf der Werkstraße dreht sich nichts mehr, wir kommen nicht durch, dort ist ein großer Demonstrationszug.“ (...) Dann haben wir uns dort in Mielenzhafen soweit als Arbeiter verständigt, daß wir uns dem anschließen, um unsere Meinung kundzutun, daß wir mit den Gegebenheiten, d.h. mit der drastischen Normerhöhung über Nacht, nicht einverstanden sind und daß wir für unser Geld 'ne dementsprechende Ware erhalten wollen. (...) Und als der Zug bei uns vorbeikam, schlossen wir uns auch sofort an. Ich bin aber nur bis hinter'm Krankenhaus mitgegangen, weil mir das nicht gefallen hat, wie sich dort verschiedene (verhielten). (...) Wir sind dann noch in die alte Ladenstraße gegangen, haben uns ooch 'n Bierchen und 'n Schnaps geholt und getrunken und uns gegenseitig Mut gemacht: „Na ja, nun wird schon alles wieder werden“, und sind dann zu unserem Mielenzhafen wieder zurückgegangen, haben aber nicht mehr gearbeitet, sondern sind zu einem Barkassenführer (gegangen), der für uns die Schlepparbeiten der Kähne absolviert hat. Der hatte nämlich ein Radio, und da hat man natürlich auf seinem Kahn gehört, was gibt es nun Neues, was ist in Berlin los. Weil, na ja, Dreh- und Angelpunkt waren ja nun letztlich die Bauarbeiter aus der Stalinallee. (...) Na ja, und dann wurde über Lautsprecher verkündet, daß Sperrstunde verhängt ist, und da mußte man dann zusehen, wie man nun zum Bahnhof runterkam und in den Zug nach Neuzelle. (...)

Ein seinerzeit 32jähriger Brigadier, später SED-Mitglied, Meister einer Tiefbaubrigade auf dem EKO-Gelände, erinnert demgegenüber einen eher äußeren Anstoß zum Mitdemonstrieren:

Also, wir hatten Spätschicht am 17. Wir sind zur Schicht gekommen, hatten die Schicht grade begonnen, und plötzlich kam dann der Zug. Es waren hauptsächlich

Zimmerleute, die dann zu uns gekommen sind: „Arbeit niederlegen! - Kommt ihr freiwillig? Sonst gibt's was mit dem Hammer!“ Da hab ich denn gesagt: „Los, Handwerkszeug wegbringen, gehen wa mit!“ Ich wußte ja nicht, zu was für'n Ende das führt. Die Zimmerleute meinten: „Ja, geht mit zum Marktplatz, da werden Forderungen gestellt - mit den Normen und so.“ - Na, mit den Normen habe ich dazumal sowie so Erfahrungen gehabt, die nicht ganz „echt“ waren, wo Leute, Arbeitsnormer, sich rausgenommen haben, Leistungen zu streichen, die wir wirklich gemacht hatten und so. Na, ich dachte in der Richtung passiert was. Aber wie wir dann unterwegs waren und wie sie die Lehrlinge vom Wohnungsbau damals bedroht haben, wenn sie nicht runterkommen, werden sie die Rüstung zusammenfallen lassen und so'ne Dinger, (das hat mir schon nicht mehr gepaßt.) Aber richtig begriffen, was vorging, habe ich erst, wie wir dann in Fürstenberg auf dem Marktplatz waren(...)

Dagegen schloß sich ein damals 35jähriger, selbständiger Fuhrunternehmer aus Fürstenberg spontan einer Gruppe von Demonstranten an, scherte dann aber wieder aus, als ihm das Ziel des Zuges zweifelhaft wurde:

Es ging los. Wir haben's im Radio gehört. Ich war am 17. an der Kippe Doil. Das war dort, wo das Schwesternheim bzw. die Schule auf der Ecke ist. Ich stand da mit meinem LKW, halbbeladen mit Kies. Da haben die Bauarbeiter sich alle formiert, zum Marsch, und ich habe mich auch angeschlossen. Wir haben noch schnell den Kies da runtergeschmissen, und dann ging's los - in Richtung EKO. Dacht' ich: „Was sollste 'n da im EKO drin? Fährst Richtung Fürstenberg, nach Hause.“ - Na ja, es war für uns damals 'ne schlechte Zeit gewesen. (...)

Wieder anders erlebte ein damaliger Maurer vom Wohnungsbau, späterer Brigadier, parteilos, den 17. Juni. Er schildert aus der Perspektive eines jung verheirateten Familienvaters seine Begegnung mit dem Demonstrationszug folgendermaßen:

An dem Tag hatten wir Frühschicht gehabt. Wir haben gearbeitet; da war bei uns noch gar nichts. Na ja, wir haben uns zwar auf unserer Baustelle ooch schon unterhalten: „Was ist denn los?“ oder „Mensch, haste denn gehört?“ Und jeder hat gesagt: „Also, jetzt müssen wir mit einsteigen“, aber wie und was...? Das war ja noch nicht so richtig durchgedrungen, daß auch hier gestreikt wird. Das war ja nicht organisiert gewesen. Und das war das Schlimme. Wir haben auf 'was gewartet, und das kam nicht. Und da haben wir bis Feierabend, bis um 2 Uhr, gearbeitet, und dann bin ich anschließend mit meiner Frau und Schwiegervater einkaufen gegangen, haben Möbel gekauft, wo jetzt der „Lunik“ ist. Das war früher 'ne Möbelbaracke. Und von da aus sind wir nach Hause gezogen. Und so um fünf'e rum - ich weiß es nicht genau - kam dann der Demonstrationszug an. Die kamen denn auf uns los, und 'n paar meinten: „Ach, hier kriegen wir ja gleich...“ Die Tischbeene wollten se denn auseinanderruppen. Da sagte ich denn: „Nu laßt man den Krempel sin, ich bin dasselbe wie ihr, und vergreift euch nicht noch an meine Möbel. Könnt ja machen, was ihr wollt, aber...“ Da waren ja schon 'n paar Kräftige dabei, aber das hat sich denn abgedämpft, und denn haben wir gemacht, daß wir rauskamen aus dem Tumult, daß wir unsere Möbel nicht noch los wurden, denn das war ja für uns Geld gewesen. (...) - Bei uns ging es denn andern Tag erst los.

Auch aus schriftlichen Überlieferungen geht hervor, daß sich der Demonstrationzug am späten Nachmittag aus der Stadt in Richtung Fürstenberg bewegte. Warum sich die Demonstranten gerade dorthin wandten und nicht vor die zuständige Stalinstädter SED-Kreisleitung zogen, ist unklar. Vermutlich war damals nur wenigen Bauleuten bekannt, daß mit der am 1. Februar 1953 erfolgten Vergabe des Stadtrechtes die Wohn- bzw. Stalinstadt aus der Verwaltung durch Fürstenberg entlassen worden war. Die Demonstranten vermuteten die Verantwortlichen offenbar nach wie vor im Fürstenberger Rat- bzw. Parteihaus, so daß sie dorthin zogen. Auf dem Marsch nach Fürstenberg war der Zug schätzungsweise auf über 1000 Menschen angewachsen und unterwegs schlossen sich ihm weitere Menschen an, unter anderem auch Beschäftigte aus Betrieben in Fürstenberg. So auch ein damaliger Meister, Lehrausbilder im VEB Möbelindustrie. Anders als fast alle der bisher Zitierten war er innerlich auf diesen sogenannten Tag X vorbereitet und vor allem hatte er primär politische Gründe, sich an der Demonstration zu beteiligen, lehnte er doch die SED-Diktatur im allgemeinen und die „Russen-Hörigkeit“ der SED-Führung im besonderen ab. Doch hielt er sich mehr im Hintergrund des Geschehens, da er den Erfolg einer solchen spontanen Protestaktion eher gering einschätzte. Hier sein ausführlicher Bericht:

Die Stimmung gegen die DDR-Regierung spitzte sich immer mehr zu, und die hat sich dann am 17. Juni entladen - erst mal in Berlin und dann wohl zur gleichen Zeit auch in Leipzig und anderen Städten. Wir hatten im Betrieb mehrmals Nachrichten gehört und wußten, was sich dort abgespielt hatte. Und dann sickerte irgendwie die Nachricht durch, daß auch im EKO gestreikt wird und daß sich ein Demonstrationzug in Richtung Fürstenberg bewegt. Und so war's denn auch gewesen. (...) Wir haben gearbeitet, und ungefähr um 17 Uhr kam der Zug bei uns vorbei, und da haben wir uns dem angeschlossen. Es wurden immer mehr. Wir marschierten dann runter nach 'em Bahnhof bis zum Marktplatz. Dort verteilte sich alles ein bißchen. Und die, die vorne marschierten - ich war nicht dabei gewesen - die begehrten dann Einlaß ins Rathaus. Und dieser Einlaß wurde abgewehrt, wurde versagt. (...) Das war dann natürlich für die Massen... Einige waren, ich möchte sagen, wirklich angetrunken (...). Ich weiß noch, der eine ist da raufgeklettert auf 'n Mast und rief: „Mein Volk!“ - Also, ich muß sagen, hier war keine Organisation oder so etwas dahinter. Es waren zwar einige dabei, die sich als Sprecher hervortun wollten oder darauf einwirken wollten, aber... Was wurde denn nun überhaupt verlangt? Die Rücknahme der Normen und bessere Lebensbedingungen. Das war wohl das Wichtigste gewesen; die beiden Punkte sind mir noch in Erinnerung von dem, was gefordert wurde. Jedenfalls heizte sich die Stimmung immer mehr auf, und so passierte folgendes: Auf dem Marktplatz in Fürstenberg war damals doch eine riesige Säule aufgestellt mit Losungen wie: „Der Sozialismus siegt!“ oder „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ usw., also diese ganzen Parolen waren rundum angeschrieben. Mächtig hoch das Ding. Ja, und die Zimmerleute, die sind da rangegangen, erst haben sie daran geschaukelt - ich weiß das noch ganz genau, weil ich an der Ecke dort stand -, und dann mit einemmal fiel das ganze Ding unter

dem Gejohle der Umstehenden um. Und so ungefähr hat man sich symbolisch den ganzen Niedergang dieser Parolen, dieser ganzen Theorie des Sozialismus, des damaligen Sozialismus vorgestellt: eines Tages bricht das zusammen, dann ist nichts mehr da, dann müssen wir da noch die Trümmerhaufen (beseitigen). Und jetzt war natürlich... Der Einlaß ins Parteihaus wurde immer noch verwehrt. Oben im Gebäude erschien einer in der Uniform der Kasernierten Volkspolizei und nahm den Fotoapparat und fotografierte (die Menge). Ja, und es wurde gerufen, er soll nicht mehr fotografieren. Trotzdem hat er weiter fotografiert. [Und das hat die Leute aufgebracht]. Unten sind sie nicht reingekommen ins Gebäude, da haben sie dann die Fahnenmasten an die Fenster angestellt, und die Zimmerleute sind dann hochgeklettert wie die Affen und waren dann dringewesen. Und es dauerte nicht lange, dann kam 'ne Mütze rausgeflogen und der Fotoapparat, auseinandergenommen, mit dem Film ebenfalls hinterher. Was sich dort drin abspielte (weiß ich nicht). Es mag sein, daß er Schläge gekriegt hat – das haben die anderen auch -, aber man hat nie gehört, daß da einer von denen getötet wurde. Dann wären die Maßnahmen härter gewesen, denke ich, die man gegen die Menschen, die dort teilgenommen haben, durchgeführt hat. - Kurze Zeit später, wie das Ganze so im Gange war, (...) kam dann eine Gruppe von Volkspolizisten (...) eng aufgeschlossen anmarschiert - unter dem Gejohle der Menschen, der Massen kamen sie anmarschiert. Sie haben dann überall rumgeschlagen - mit Fäusten und Knüppeln. Ich weiß, der eine hier, der hatte das Auge verletzt, das war ganz blutig geschlagen. Ich wollte noch mit ihm ins Krankenhaus gehen, aber ich bin dann noch bei Danschke vorbei - der stand vor der Tür seines Geschäftes -, und dann hieß es auch schon: „Jetzt kommen die Russen!“ Ich stand zwischen Rathaus und Schützenstraße, als die Russen kamen. (...) Da kamen sie angefahren, aber nicht mit Panzern, sondern mit Fahrzeugen mit Schützen drauf, also mit Infanterie. Der Kommandeur, der blieb in seinem Jeep stehen und zeigte, was die machen sollen, wie die sich entfalten mußten. Sie haben wirklich nur in die Luft geschossen, muß ich sagen; es wurde niemand angeschossen. Die Massen, wir wurden nun abgedrängt, und ich ging dann um das Rathaus herum, wollte zu meiner Frau, die in der Zwischenzeit auch dort am Rathaus zu Verwandten gekommen war; ich wußte, wo sie war. Ich ging also nun mitten zwischen den Russen durch; die Hände habe ich so über Kreuz gehabt, gewinkt, und bin auch unbehelligt zu dem Geschäft gekommen, wo meine Frau da gewartet hat. Sie war hochschwanger. Und wir wollten dann nach Hause. Aber erst blieben wir noch 'n Weilchen dort, und dann sahen wir die Russenautos. Da saß auf einem vorne auch ein Berufsschullehrer, und der hat immer gezeigt: Da und da und dort. Und die Russen runter, den geschnappt, hinten aufgeladen. Wir sind dann los nach Hause. Und als wir dann in der Bahnhofstraße waren und bei meinem Chef vorbeikamen, da guckte der aus 'm Fenster und hat uns zu sich reingewinkt. „Mensch“, sagt er, „da ist ja was los. Wie soll denn das bloß weitergehen?!“ - Ich sage: „Also, so wie die Sache aussieht: Wer die Macht hat, hat das Recht, und so wird 's auch bleiben.“ - Na ja, wir gingen dann die Bahnhofstraße hoch, kamen zum Bahnübergang, (...) und gelangten unbehelligt nach Hause. Und da haben wir natürlich überall Nachrichten gehört. Der Rias hatte

natürlich bessere Nachrichten, und auch der Londoner Rundfunk, der hat wirklich Bescheid gewußt. Und am nächsten Tag hörten wir dann: „Mensch, den und den haben sie verhaftet...“ (...) Ja, das war dann natürlich ein schwerer Rückschlag.

War dieser gegen das SED-Regime eingestellte, höchst wache Beobachter des Geschehens in Fürstenberg ohne Schaden zu nehmen nach Hause gekommen - er sollte allerdings noch im gleichen Jahr ins Visier der Staatsmacht geraten und 1954 zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt werden -, so geriet ein nur neugierig zuschauender junger Transportarbeiter bei der Auflösung der Demonstration auf dem Fürstenberger Marktplatz in die Fänge der Polizei. Sein Fall zeigt, wie willkürlich bei den Verhaftungen vorgegangen wurde. Hier seine Schilderung:

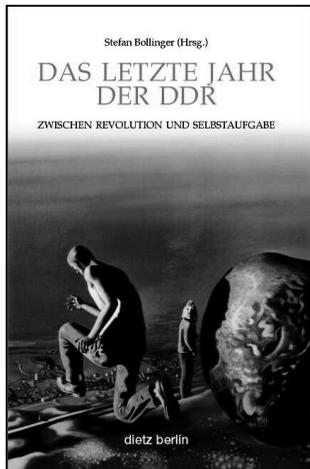
Am 17. hatten wir Frühschicht gehabt, dort auf der Insel beim Materialtransport. Da war ich Schichtbrigadier. (...) Wir hatten noch nichts gehört, das sich was tut. Wir sind den Tag nach Hause gekommen wie immer. „Heute gehen wir schwoofen!“ Denn wenn man nun tagtäglich so viele Jahre da in der Baracke im Justlager lebt, da ist das doch klar. Also sind wir losgegangen, mit 'm Freund, nach Fürstenberg, losgegangen in der Hoffnung, als erste drin zu sein und einen guten Platz zu bekommen. Aber da sind wir erst mal in die Gaststätte. „Löwe“ hieß die, war vis a vis vom Markt, wo der Blumenladen an der Ecke ist. Der Tanzsaal war ja noch nicht offen; da haben wir nur 'n Bier getrunken und 'n bisschen gequatscht. Und denn haben wir gehört draußen, da ist so viel Lärm. Na ja, dann wurden wir neugierig und mußten ja gucken gehen. Da haben wir denn den Demonstrationszug gesehen auf 'm Marktplatz. Da haben sie denn gestanden: Menschen, Menschen, Menschen. Und da haben wir denn auch gewußt, daß was im Gange ist, weil sie doch hoch ins Parteihaus sind; und wir haben dann auch gesehen, wie sie Akten und alles aus den Fenstern rausgeschmissen haben. Ja, die Leute waren aufgebracht: „Raus ihr Hunde, kaputt ihr Hunde!“, haben sie geschrien. Natürlich war ich auch dafür und nicht dagegen. Aber daß ich nun hätte mitmachen wollen, das kann ich nicht sagen. Dazu hatte man gar keine großen Gedanken. Man dachte nur: „Hoffentlich ist bald Schluß, hoffentlich können wir wieder schwoofen gehen.“ Natürlich hatten wir auch Wut zu der Zeit. Man durfte ja damals kein Wort riskieren, dann wurde man ja gleich eingesperrt. Hat mein Bruder erzählt, wie er in den Knast gekommen ist? Aber man wußte ja nicht, was das ist und was das wird. Wir haben bloß dagestanden und zugeguckt. Und dann haben wir gesehen, wie die Russen aufgefahren sind - mit Panzern und alles. Dann kamen die ganzen Polizeiwagen angefahren, und die wurden denn beladen. Da hat man ja nur gesehen, daß man noch wekommt, daß man nicht auch eingeknastet wird. Ich sagte noch zu meinem Kumpel: „Gucke, die gehen alle zur Erholung.“ Und dann kommt ein Polizist auf uns zu und sagt zu mir: „Kommen Sie mal bitte mit, ich muß Sie mal sprechen!“ Na ja, 'n Polizist, muß man ja mit. Ich sage noch: „Was wollen Sie denn eigentlich?“ - „Ja, ich muß Sie bloß mal sprechen.“ - Dann ging er immer weiter mit mir. Ich sage: „Ich denke, Sie wollten mich was fragen?“ - „Halten Sie die Schnauze; Sie werden ja wissen, was Sie gemacht haben“, meent er denn nur. Und dann ging's zum Auto, Handschellen um

und ruff auf den Wagen, und denn ging's ab nach Frankfurt an der Oder. - Ne, meinen Freund hat man nicht mitgenommen. Bloß mich, weil ich so'n Nickyhemd anhatte, Cowboy oben. Na, wenn man das bekommen hatte, war man doch richtig glücklich. Und da hat man mich denn mitgenommen. Der Freund hatte zwar ooch lange Haare, aber vielleicht kein Nickyhemd, oder nicht so'n buntes, wie ich. Da war'n weißes Pferd drauf mit'm Cowboy oben mit'm Lasso. Ob nun deswegen oder wegen meine Haare, weil ich so hübsche lange mit Dauerwellen hatte, wie das damals so Mode war - als Bengel hat man das doch alles mitgemacht -, weeß ich nicht. - Dann ging's ab nach Frankfurt, in die Gartenstraße ins Gefängnis.

Wie es ihm dort ergangen ist, soll hier ausgespart bleiben. Immerhin hatte dieser junge Mann Glück, gehörte er doch zu den Inhaftierten, die nach etwa zehn Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Für ihn blieb der Gefängnisaufenthalt eine Episode ohne tiefgreifende Folgen. Andere Verhaftete traf es weitaus härter. Wie etwa den erwähnten Elektromeister Danschke aus Fürstenberg, der auf der Grundlage einer konstruierten, auf Denunziation beruhenden Anklage zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Welches Ausmaß die Bestrafungen der sogenannten Rädelsführer hatten, belegen die überlieferten Gerichtsakten, aufbewahrt in der Frankfurter Filiale der Bundesbehörde für die Stasiunterlagen. Diesen Unterlagen zufolge, die als Erster der Ortshistoriker Günter Fromm eingesehen und ausgewertet hat, wurden im Zusammenhang mit der Junierhebung in Stalinstadt/Fürstenberg mindestens 95 Personen verhaftet, von denen 66 Personen wieder freikamen; 27 der Inhaftierten waren noch keine 18 Jahre alt; nur 19 waren älter als 24 Jahre. Gegen 31 Verhaftete erhob die Staatsanwaltschaft Anklage, 26 wurden zu teils hohen Haftstrafen verurteilt. Die höchste Strafe betrug acht Jahre Zuchthaus, die niedrigste drei Monate Gefängnis bzw. im Falle eines 16jährigen wurde Heimerziehung verordnet; die restlichen fünf Angeklagten wurden offenbar mangels Beweisen oder wegen Unerheblichkeit der ihnen zur Last gelegten Straftaten freigelassen. Anklage wurde nach Artikel 6 der DDR-Verfassung und dem Strafgesetzbuch nach § 125 (Landfriedensbruch) und § 113 (Widerstand gegen die Staatsgewalt) erhoben; in seltenen Fällen wurde auch nach Kontrollratsdirektive 38 verurteilt. Anklagepunkte waren Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Haus- bzw. Landfriedensbruch und Boykotthetze. Daß es sich hier um keine fairen Prozesse handelte, sondern um Willkür- oder Racheakte einer politischen Diktatur sei nur angemerkt. Mit zwei in Frankfurt/Oder öffentlich geführten Schauprozessen und den darin ausgesprochenen drakonischen Strafen wollte man politische Gegner einschüchtern und sich die Staatsbürger untertan machen. Allerdings war das nur die eine Seite der Reaktion der Staatsmacht auf die Junierhebung, zu der auch der großflächige Ausbau des Überwachungsapparates, des Ministeriums für Staatssicherheit, gehörte. Andererseits reagierte die DDR-Führung mit weitgehenden Zugeständnissen auf die materiellen und sozialen Forderungen der Bevölkerung - zu Lasten des ehrgeizigen, überzogenen Industrialisierungsplanes. Wie das konkret für Stalinstadt aussah, kann hier nicht mehr erläutert werden. Es sei nur vermerkt, daß die nach der Junierhebung praktizierte Doppelstrategie bei vielen DDR-Bürgern, so

auch in dieser Region, die gewünschte systemintegrierende Wirkung hatte und zumindest so lange anhielt, als ein wirtschaftlicher Aufstieg der DDR spürbar war. Der 17./18. Juni, von der DDR-Propaganda als faschistischer oder imperialistischer Putschversuch ausgegeben und zugleich auf seinen ökonomischen Gehalt reduziert, geriet bei vielen Zeitgenossen sehr bald in Vergessenheit; nur von wenigen wurde er als einschneidende Zäsur von persönlicher Bedeutung erlebt bzw. erinnert.

Aus dem Dargestellten sollte hervorgegangen sein, daß StalinStadt keine Sonderrolle in bezug auf den Juni 1953 in der DDR gespielt hat, sondern daß er auch hier ähnlich wie in anderen Aufstandsorten verlaufen ist: Beginnend am 17. Juni in der Frühschicht mit heftigen Diskussionen und Arbeitsniederlegungen, im Zeichen der Solidarität mit den Berliner Bauarbeitern stehend, gipfelnd in einer massenhaften Protestdemonstration für ökonomische wie politische Forderungen. Wie anderswo zogen die Demonstranten auch hier zur örtlichen Machtzentrale, wo es auch zu Gewaltakten einzelner Demonstranten kam. Ebenfalls wie in anderen Aufstandsorten wurde auch hier der Massenprotest durch das Eingreifen sowjetischer Militäreinheiten und eigener Polizeikräfte niedergeschlagen, wobei es Verletzte und viele Verhaftete gab. Auch hier wurde am selben Tag noch der Ausnahmezustand verhängt und rigoros durchgesetzt. Dennoch gingen am 18. Juni und in den Folgetagen (hier bis zum 21. Juni) die Arbeitsniederlegungen an einzelnen Baustellen noch weiter bzw. begannen überhaupt erst. Es kam vereinzelt auch zu weiteren Protestversammlungen, auf denen in seltenen Fällen sogar der Rücktritt der Regierung (so am 18. Juni auf Belegschaftsversammlungen des Gleisbau Cottbus) und die Freilassung der Inhaftierten vom 17. Juni gefordert wurde. Unterschiede im Vergleich zu den Höhepunkten des Aufbegehrens in Berlin, Magdeburg, Halle, Bitterfeld und Leipzig lassen sich insofern ausmachen, als der Massenprotest in StalinStadt/Fürstenberg weniger organisiert und artikuliert war, auch unkoordinierter ablief. Er war seinem Umfang nach kleiner (die Demonstration umfaßte schätzungsweise zwischen 1800 und 3000 Teilnehmer), in seiner Stoßrichtung diffuser und in seiner Intensität geringer als in anderen Industriezentren der DDR.



In einer tiefen Krise begann am 7. Oktober 1989 das letzte, 41. Jahr der DDR. Für kurze Zeit stand die DDR ihren humanistischen und sozialistischen Idealen am nächsten. Endlich wurde das Volk politisch aktiv, erlernte den aufrechten Gang. Aus dem Niedergang des administrativ-zentralistischen Sozialismus wurde ein emanzipatorischer Aufbruch versucht, der aber im Sog der Krise und eines übermächtigen westdeutschen Alter ego endete.

Der revolutionäre Aufbruch '89 setzte demokratische und zivilgesellschaftliche Potentiale frei, die zwar im weiteren untergingen, aber Testfall für künftige Emanzipationsbewegungen sind. Mit der Entscheidung einer Mehrheit der DDR-Bürger für die deutsche Einheit und den Verzicht auf Experimente bekam Bonn die fatale Chance, sein Modell den Ostdeutschen überzustülpen. Historiker, Soziologen, Journalisten,

Politik- und Wirtschaftswissenschaftler aus beiden deutschen Landesteilen und Österreich legen dazu Detailstudien vor.

Sie decken Ursachen und Zusammenhänge des Scheiterns der staatssozialistischen DDR wie auch des Aufbruchsversuchs auf.

Das letzte Jahr der DDR ist zugleich das erste des vereinten Deutschlands. Viele heutige Probleme wurden damals angelegt. Nicht erst 1989 begann eine gemeinsame Geschichte, die nur über Jahrzehnte die entgegengesetzter Wege war.

Noch ist der emanzipatorische Impuls von 1989 in der gesamtdeutschen Gesellschaft nicht aufgenommen!

Stefan Bollinger (Hrsg.):

Das letzte Jahr der DDR - Zwischen Revolution und Selbstaufgabe

Schriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bd. 11

Karl Dietz Verlag Berlin 2004, 528 S. - 29,80 € - ISBN: 3-320-02047-1

Der Inhalt:

Stefan Bollinger: Die finale Krise - Ein Problemaufriß / Jochen Franzke: Die DDR und die Perestroika: Hoffnung und Syndrom/ Klaus Steinitz: Wirtschaft bankrott? Die DDR-Ökonomie Ende der achtziger Jahre / Paul Heider: NVA - Ultima Ratio zum Erhalt der SED-Herrschaft? / Erhard Crome: Politische Konstellationen des Umbruchs: Bürgerbewegungen, SED und "Blockflöten" / Christina Matte: 4. November 1989: Der letzte Schulterschluss / Carola Wuttke: Für unser Land - Entweder? - Oder! / Thomas Falkner: Von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur sozialistischen Partei in Deutschland - Transformationsprozesse in SED und PDS im letzten Jahr der DDR / Thomas Klein: Modrow-Regierung in der Zwickmühle / André Hahn: Der Runde Tisch - Schule der Demokratie / Jörg Roesler: Letzte Ausfahrt Marktsozialismus? / Gunnar Winkler: 1989/90 - Aufbruch in eine erwünschte Zukunft - zwischen Hoffnungen und Befürchtungen / Detlef Nakath: Zu den deutsch-deutsche Beziehungen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre / Erhard Crome: Sowjetunion: Kein Platz für die DDR im Haus Europa? / Claus Montag: Die USA und die internationale Abwicklung der DDR im Vereinigungsprozess / Hella Kaeslitz: Deutschland - erneut europäische Großmacht. Die Ängste der Maggie Thatcher / Hannes Hofbauer: Osteuropäische Umbrüche / Ulrich Albrecht: Von 4+2 zu 1+5? / Sebastian Gerhardt: Die Währungsunion und die Entstehung der Treuhandaanstalt - Anmerkungen zur politischen Ökonomie des neuen Deutschland / Jörg Roesler: Hauptsache privatisiert / Rolf Reißig: Die Transformation der DDR - Anpassung ohne Wandel?

Leseprobe unter:

<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Bib/Pub/extra/Bollinger%20-%20Inhalt%20und%20Vorwort.pdf>

Kontakt:

Dr. Stefan Bollinger - 0049-30-9375040 - StefanBollinger@aol.com

Karl Dietz Verlag Berlin - 0049-30-24 00-92 90 - Fax - 95 90 k-dietzverlag@t-online.de

Der Geschichtsverein Maximilianshütte/Maxhütte Unterwellenborn e. V.

Günter Gerdesius

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen 1989/1990 begann der tiefste Einschnitt in der Geschichte der Maxhütte seit ihrer Gründung im Jahre 1873. Die Öffnung der Grenzen der DDR, die Währungsunion und der Anschluß der DDR an die BRD bedeuteten den Niedergang des mit Millionen Mark der DDR subventionierten metallurgischen Großbetriebes.

Aus dem volkseigenen Betrieb wurde am 18. Mai 1990 eine GmbH. Die Treuhandanstalt (THA) Berlin übernahm die Rechtsträgerschaft und verfügte, die Maxhütte durch Liquidation abzuwickeln. Trotz Entlassung von mehr als 63 Prozent der Belegschaft blieb die Wirtschaftslage des Werkes hoffnungslos. Nach langen Verhandlungen aller Angebote beschloß die THA, die modernste Anlage der Maxhütte, die kombinierte Formstahlstraße (KFS) im Walzwerk, und Flächen des Betriebsgeländes am 30. März 1992 an den Luxemburger Stahlkonzern ARBED zu übertragen. Die letzte Geschäftsführung der Maxhütte übergab die KFS an die Stahlwerke Thüringen GmbH im Juni 1992, der letzte Roheisen-Abstich am Hochofen II erfolgte am 10. Juli, und im Oktober 1992 begann der gezielte Abriß der Altanlagen des traditionsreichen Werkes.

Erwartungen und Hoffnungen der Bevölkerung an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Region um die sterbende Maxhütte wurden trotz einer sozialen Abfederung für die Arbeiter und Angestellten überschattet von Enttäuschung und Unverständnis, von der unbekanntten Sorge um einen Arbeitsplatz, von Arbeitslosigkeit und Existenzangst. Etwa 400 Arbeiter fanden sich bereit, in einer Gesellschaft für Arbeit und Umwelt, Region Saalfeld m.b.H., ihren eigenen Betrieb und ihre alten Arbeitsstätten abzureißen und zu verschrotten. Viele andere waren dazu nicht bereit. Gemeinsam aber empfanden sie alle Hilflosigkeit und Erbitterung. Eine Arbeitsveteranin beschrieb ihre Gedanken in einfachen Versen:

*„Nun kam die Wende, und alles ist aus. Man sitzt ohne Arbeit mit Sorgen zuhaus.
Das Leben ohne Arbeit, es hat keinen Sinn, Schaffen will der Mensch, das bringt Gewinn.*

Dem ‚Max‘ ging es nun an den Kragen, man wagt es kaum zu sagen:

Milliarden von Werten, die der Kumpel geschafft, werden einfach vernichtet und Schrott draus gemacht.

Traurig schaut der Riese Max seinem Ende zu – Kumpel, kannst Du das verstehn und findest Deine Ruh’?“

Im Sommer 1992 entstanden angesichts der unaufhaltsamen Demontage der Werksanlagen erste Vorstellungen, wie die Erinnerung an das Werk und seine Kumpels bewahrt werden könnte. So regte der spätere Vorsitzende des Vereins mit

Unterstützung durch den Kreisvorstand der PDS Saalfeld an, einen Geschichtsverein zu gründen, um den Namen „Maxhütte“ zu erhalten und die vielseitige Geschichte des Werkes zu erforschen. Auf die Veröffentlichung des Vorhabens reagierte ehemalige Werksangehörige und andere Interessierte und bereiteten die Vereinsgründung vor, die am 10. September 1992 mit 17 Mitgliedern erfolgte. Im Statut des Vereins wurde dokumentiert: „Übernahme, Sammlung, Sicherung und Pflege vorhandener geschichtsbezogener Dokumente, Unterlagen, Gegenstände, Fotografien. Gestalten von Ausstellungen, Publikationen, Pressearbeit, Kontaktpflege mit langjährigen Maxhüttenkumpeln.“

Nach eifrigen Debatten in regelmäßigen Zusammenkünften des Vereins und nach gemeinsamen Anstrengungen wurde bis Ende 1993 erreicht:

- Die Aufnahme der Verbindungen mit der Geschäftsführung der Thüringer Stahl GmbH und der Gesellschaft Arbeit und Umwelt Saalfeld (Garus), die sowohl finanzielle Unterstützung als auch die Nutzung von Räumen und einen Teil der Arbeitszeit einer ABM-Kraft gewährten.

- Gespräche mit dem Landeskonservator und dem Amt für Denkmalspflege in Erfurt. Im Einigungsvertrag zwischen DDR und BRD aus dem Jahre 1990 war festgehalten, daß im Bereich der neuen Bundesländer sechs Industriemuseen geschaffen werden. Für die Maxhütte wurde das Gebäude der Gaszentrale vorgeschlagen, das nicht demontiert werden sollte.

- Sicherstellung von Unterlagen über die Maxhütte vor ihrem Abriß, die in dem umfangreichen Betriebsarchiv und in einigen Betriebsabteilungen gelagert waren. Die reichhaltige Sammlung von Dokumenten und Exponaten im Traditionskabinett des Werkes war in den Wirren der Wendezeit allerdings in unbekannte private Hände übergegangen.

- Beginn der Zusammenarbeit mit dem Stammbetrieb der bayerischen Eisenwerk-Gesellschaft Sulzbach/Rosenberg und mit dem Stadtarchiv Saalfeld.

- Befragung von Arbeitsveteranen der Maxhütte und Übernahme von Nachlässen.

- Beginn eines langjährigen Briefwechsels mit Herrn Reiner Chelius (wohnhaft in Südafrika), dessen Großvater und Vater die Maxhütte von 1873 bis 1937 geleitet hatten. Er übergab dem Verein wertvolle Informationen und Dokumente.

- Beschaffung von Kurzfilmen über die Maxhütte aus dem Archiv des Studios der DEFA für Dokumentarfilme in Berlin.

- Filmveranstaltungen und Vorträge über die Maxhütte in Schulen umliegender Dörfer.

- In der Lokalpresse wurde zu Leihgaben von Dokumenten, Fotos und Brigadebüchern aus dem Betriebsleben aufgerufen – mit nur geringem Ergebnis.

In der Folgezeit entwickelte sich – neben der Materialsammlung zur Geschichte des Werkes – die Mitarbeit am Aufbau des Industriemuseums zum Hauptanliegen des Geschichtsvereins. In dem großen Gebäude der früheren Gasmaschinenzentrale – dem Industriekraftwerk der Maxhütte - wurden früher aus gereinigtem Hochofengichtgas durch Gebläse- und Gasdynamomaschinen Gebläsewind für die Hochöfen und das Thomasstahlwerk sowie Preßluft und Elektroenergie für das Gesamtwerk erzeugt. Die letzte erhaltene, 1923 von Thyssen erbaute Großgasmaschine, der

Gasdynamo III, war seit 1987 als technisches Denkmal ausgewiesen und galt als das Kernstück des vorgesehenen „Schaudenkmals Gaszentrale“. In Beratungen mit der Deutschen Gesellschaft und mit der Firma Gaus wurde Anfang November 1993 eine öffentliche zweitägige Konferenz zum Projekt „Industriemuseum“ veranstaltet, an der Vertreter des Landes Thüringen, des Landkreises, von Gemeinden, aus ansässigen Betrieben sowie der Geschichtsverein und viele Gäste teilnahmen.

Ausführlich wurde über die Gestaltung des Gebäudes, das Auswählen und Einlagern von Arbeitsgegenständen und Teilen von Anlagen des Werkes und ihre Präsentation, über Arbeitskräfte, Finanzierung und Leitungsfragen beraten. Die Tagung brachte viele Anregungen. Landesbehörden hatten zugesagt, sich um die Anerkennung der Gaszentrale als Landesmuseum und technisches Denkmal zu bemühen. Abgeordnete des Thüringer Landtages wurden vom Verein mit Erfolg zur Mithilfe aufgefordert.

Mit maßgeblicher Unterstützung des Geschichtsvereins entstand am 28. Januar 1997 der „Förderverein Schaudenkmal Gaszentrale e. V.“ mit 23 Mitgliedern. Gemeinsam mit vielen Kumpels hatten auch Mitglieder des Geschichtsvereins schon vor Beginn der Abbrucharbeiten am Werk begonnen, alle möglichen Werkzeuge, Kleinmaterialien, Ausrüstungsgegenstände bis hin zu Maschinen und Lokomotiven sowie Großteile von Aggregaten als Exponate für das Industriemuseum zu sammeln und sicherzustellen. Der Geschichtsverein unterstützte durch aktive Mitarbeit die Gestaltung des Museums und half mit bei den zahlreichen Veranstaltungen, die der Förderverein organisierte. Im Industriemuseum finden seit 1994 von der Bevölkerung sehr gut besuchte Besichtigungen und Vorführungen, z. B. zum jährlichen „Tag des Denkmals“, statt. Darüber hinaus gewährleisteten Führungen für Besucher, besonders für Schülergruppen, wechselnde Ausstellungen, ein modernes Filmstudio in den Sommermonaten eine wirksame Traditionsarbeit. Ein Mitglied des Geschichtsvereins erarbeitete als Autor eine Galerie von großen Stelltafeln mit Texten und Illustrationen über die 120jährige Geschichte der Maxhütte und die Fortsetzung des Stahlstandortes Unterwellenborn durch das Unternehmen Thüringen Stahl GmbH, die in der Gaszentrale aufgestellt wurde. Einige an der Traditionspflege der Maxhütte besonders Interessierte wurden Mitglied in beiden Vereinen.

Im März 1994 beauftragte der Geschichtsverein eine Arbeitsgruppe seiner Mitglieder, die Geschichte der Maxhütte seit ihrer Gründung 1873 zu erforschen und in Form einer Reihe von illustrierten Broschüren zu veröffentlichen. Zuvor hatte man sich einen Überblick von den umfangreichen archivarisch aufgearbeiteten Beständen des Betriebsarchivs verschafft und die Vorarbeiten der Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte, die seit Mitte der 70er Jahre im Auftrag der Betriebsparteileitung der SED tätig war, übernommen. Es handelte sich um zehn Karteikästen mit einigen tausend Karteizetteln, auf denen - allerdings nur in Stichworten - betriebliche Aktenstücke, Flugblätter, mehr als 50 Erlebnisberichte von Veteranen sowie Artikel aus der Betriebs- und aus der lokalen Presse dokumentiert waren. Außerdem war ein umfangreiches Fotoarchiv vorhanden. Die Durchsicht der Karteizettel ergab, daß sie vor ihrer Verwendung inhaltlich überprüft und ergänzt werden mußten.

Bevor die Bestände des Betriebsarchivs im Jahre 1995 an das Thüringer Staatsarchiv

Rudolstadt und an das zentrale Depot in Erfurt übergeben werden mußten, wurden nun nach mühsam zusammengestellten Suchlisten Hunderte Unterlagen aus den verschiedensten Signaturen des Betriebsarchivs kopiert und einer Autorengruppe zur Auswertung übergeben. Die dazu erforderlichen umfangreichen technischen Arbeiten erledigten einige ABM-Kräfte des Fördervereins. Weitere, bisher nicht bekannte Quellen wurden seit 1994 durch zeitaufwendige Recherchen besonders in den Bundesarchiven Berlin und Potsdam, in der Staatsbibliothek Berlin, im Archiv der Freien Universität Berlin, im Landeshauptarchiv Sachsen in Dresden, im Staatsarchiv Rudolstadt und im Stadtarchiv Saalfeld ermittelt und erschlossen. Zur Quellenarbeit gehörte ferner die Beschäftigung mit den Ergebnissen neuerer zeitgeschichtlicher Forschungen.

Die Autorengruppe war arbeitsteilig tätig. Ein Textschreiber wurde durch zwei ABM-Kräfte des Fördervereins und von einem weiteren Mitglied des Vereins durch Hinweise, Ergänzungen, weitere Quellenauswertung, durch Bereitstellung von Illustrationen und bei der Druckvorbereitung unterstützt. Die Arbeit an der Beschaffung, Überprüfung, Auswahl und Auswertung der Quellen sowie der endgültigen illustrierten Textfassung dauerte bis zu fünf Jahren. Der Teil I wurde 1997 unter dem Titel „Die Maxhütte Unterwellenborn von 1873 bis 1920 - Aus alten Traditionen wächst ein neues Werk“ veröffentlicht. Der Teil II erschien 1998 unter dem Titel „Die Maxhütte Unterwellenborn 1921 bis 1945 - Der metallurgische Großbetrieb im Thüringer Land“. Als Sponsoren ermöglichten die Stahlwerk Thüringen GmbH, die Gemeinde Unterwellenborn und einige ansässige Betriebe und Einrichtungen den Druck der beiden ersten Teile durch eine kleine Druckerei in Weimar. Beide Broschüren fanden großes Interesse in den Gemeinden und Städten in der Nähe des früheren Werkes und lösten eine wachsende Erwartung in die Darstellung der Geschichte der Maxhütte in der DDR bis zum Ende des Werkes aus. In die rekonstruierte Kuppel der Dorfkirche Unterwellenborn wurden die beiden ersten Broschüren als Bestandteil der Ortsgeschichte eingelassen. Die weitverzweigte Familie Chelius betrachtete sie als Teil ihrer Familienchronik. Der Verkaufserlös wurde für weitere Veröffentlichungen bestimmt.

Neben der Arbeit an den Teilen I und II war der Geschichtsverein in vielerlei Hinsicht tätig. Aus Altersgründen konnten einige der nun 15 Mitglieder des Vereins nicht mehr aktiv daran mitwirken, sie nahmen aber unermüdlich am Vereinsleben teil. Für das Jahr 1995 wurde von einem der Autoren ein Geschichtskalender mit ausgewählten Fotos und vielen Texten zu betrieblichen Tagesereignissen geschaffen, von Sponsoren gefördert und mit gutem Umsatz verkauft. Ein Vortrag mit Lichtschreiber-Folien über die Zeit des Betriebes bis 1945 wurde zusammengestellt. Ein in San Francisco (USA) bestehendes Restaurant „Walzwerk“ erhielt vom Verein Poster, Bilder und Texte über die Maxhütte überreicht. Zum 50. Jahrestag der Inbetriebnahme der Wasserleitung zur Versorgung der Hochöfen mit Kühlwasser aus der Saale organisierte der Verein am 1. April 1999 ein Traditionstreffen in Tauschwitz am Steilhang der Trasse und eine sehr gute besuchte Gesprächsrunde. An der Vorbereitung der 875-Jahr-Feier der Gemeinde Unterwellenborn arbeitete der Verein aktiv mit, ebenso an der Festveranstaltung „15 Jahre Kombinierte Form-

stahlstraße - 5 Jahre Thüringer Stahl GmbH“ im Jahr 2000. Zu einem Gedenkbuch, das zum 150jährigen Bestehen der bayerischen Eisenwerk-Gesellschaft herausgegeben wurde, hat ein Autor des Vereins einen Beitrag über die 120 Jahre der Maxhütte Unterwellenborn geschrieben.

Die Fortsetzung der Broschüren-Reihe über die Geschichte des Werkes ging unter ungünstigen Bedingungen vonstatten. Die Tätigkeit der ABM-Kräfte im Förderverein wurde Ende 1998 vom Arbeitsamt beendet. Die erneute Quellensuche in Archiven und weitere Gespräche mit früheren Betriebsangehörigen für die Zeit ab April 1945 sowie die Textgestaltung der beiden folgenden Broschüren wurden nun von zwei einzelnen Autoren übernommen. Zu ihrer Unterstützung entstand aus Mitgliedern des Vereins und anderen Interessierten eine Beratergruppe. Zwei Werkdirektoren und einige leitende Mitarbeiter der Maxhütte, ein Wissenschaftler, eine Lektorin und weitere betriebsverbundene Helfer korrigierten, ergänzten und bereicherten die Textentwürfe des jeweiligen Autors. Seit 2001 verfügte der Verein über eine eigene ABM-Stelle für eine Autorin. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit den bisherigen Veröffentlichungen arbeitete sie für den Teil III der Werksgeschichte in der Zeit 1945 bis 1950 die Illustrationen ein und besorgte die Druckvorbereitung. Der Teil IV über die Zeit von 1951 bis 1965 wird von der Autorin mit Unterstützung der Beratergruppe geschrieben und von ihr ebenfalls zur Veröffentlichung vorbereitet. Beide Broschüren - überwiegend von Sponsoren finanziert - erscheinen Anfang bzw. Mitte des Jahres 2004.

Bei der Feierstunde zum 10jährigen Bestehen des Vereins wurde ein großes Dankeschön an die Vereinsmitglieder, die vielen Mitarbeiter und Sympathisanten sowie den Förderverein für ihre tatkräftigen Bemühungen um die Traditionspflege der Maxhütte ausgesprochen. Beide Vereine sind zu einem festen und von der Bevölkerung angenommenen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in der Region geworden.

Der Name „Maxhütte“ lebt nicht nur im Geschichtsverein fort. Der traditionsreiche Maxhüttenchor trägt ebenso wie eine Wohnungsbau-Genossenschaft „Maxhütte“ dazu bei.

Das Schaudenkmal Gaszentrale und die Veröffentlichungen über die Geschichte der Maxhütte werden die Leistungen und den Alltag der Beschäftigten im Betrieb Maxhütte Unterwellenborn für weitere Generationen in der Erinnerung bewahren.

Dokumente

Lenin und Roshkow

Irtraud Schubert

Wir stellen hiermit drei weitere Dokumente aus dem Band „W. I. Lenin. Unbekannte Dokumente“¹ vor, einen Briefwechsel des Wissenschaftlers Roshkow² mit Lenin und einen Brief Lenins an Stalin, der das Schicksal Roshkows berührt.

Als Ergänzung und zum besseren Verständnis werden in der Reihenfolge ihrer Entstehung noch zwei weitere Briefe Roshkows an Lenin und zwei an Sinowjew publiziert, die zu Beginn der 90er Jahre erstmals in der russischen Zeitschrift „Rodina“ erschienen sind.

Die Dokumente sind einzuordnen in die Zeit, in der die junge Sowjetmacht von feindlichen Mächten eingekreist und von allen wichtigen Rohstoffquellen abgeschnitten war und das gesamte Wirtschaftsleben auf die Erfordernisse des Krieges eingestellt werden mußte. Im Kampf gegen den Hunger wurden das staatliche Getreidemonopol und die Ablieferungspflicht für alles Getreide, das die Bauern nicht zur persönlichen Ernährung brauchten, eingeführt. Diese Maßnahmen des Kriegskommunismus lösten große Unzufriedenheit aus und machten nach Beendigung des Bürgerkrieges eine andere Politik erforderlich. Im März 1921 bestätigte der X. Parteitag der KPR (B) die Grundlinie für die Neue Ökonomische Politik, die die Aufgaben für den allmählichen Übergang zum Sozialismus umriß, und beschloß die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer.

1 W. I. Lenin. Neiswestnyje Dokumenty. 1891-1922, Moskwa, ROSSPEN 1999. Siehe zu vorherigen Veröffentlichungen u.a. JahrBuch III/2003, S.120/121.

2 Nikolai Alexandrowitsch Roshkow (24.10 [5.11.] 1868 - 2.2.1927) wirkte ab 1898 als Privatdozent an der Moskauer Universität, verteidigte 1900 seine Magisterdissertation zum Thema: „Die Landwirtschaft der Moskauer Rus im 16. Jahrhundert“. 1905 trat er in die SDAPR ein und schloß sich den Bolschewiki an. 1905-1906 war er Mitglied des Moskauer und 1906-1907 des Petersburger Komitees der Bolschewiki und arbeitete an verschiedenen Publikationen der Partei mit. Er war auch Autor eines der Entwürfe des Agrarprogramms, die auf dem IV. Parteitag der SDAPR zur Beratung standen. Ab 1906 arbeitete er illegal, war 1907 Delegierter des V. Parteitages, auf dem er in das ZK gewählt wurde. Im April 1908 wurde er verhaftet und 1910 nach Ostsibirien verbannt. Dort schloß er sich den Menschewiki an und wirkte in ihren Presseorganen mit. Nach der Februarrevolution kehrte er aus der Verbannung zurück. Von Mai bis Juli 1917 war er Stellvertreter des Ministers für Post- und Telegrafwesen der Provisorischen Regierung. Im August 1917 trat er in die Partei der Menschewiki ein und wurde in deren ZK gewählt. Im Zusammenhang mit antisowjetischer Tätigkeit der Menschewiki wurde er 1920/21 zweimal verhaftet. 1926-1927 gehörte er zum Redaktionskollegium der Geschichtsabteilung der Großen Sowjetenzyklopädie. Roshkow ist Autor von über 300 wissenschaftlichen Arbeiten zur russischen Geschichte, darunter sind auch Lehrbücher für Schulen.

Die Briefe enthalten Gedanken und Argumentationen zur Lösung der anstehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme und legen auch Zeugnis ab, wie schwierig sich die Beziehung der Partei der Bolschewiki zur Intelligenz gestaltete. Während versucht wurde, Teile Intelligenz zur Zusammenarbeit zu gewinnen, gab es gleichzeitig Repressalien gegen Kräfte, die der Sowjetmacht feindlich gegenüberstanden oder auch nur Kritik an ihr übten.

Die Dokumente wurden von Irmtraud Schubert übersetzt, eingeleitet und kommentiert.

Roshkow an Lenin

Petrograd, Nishegorodskaja 12, Wohnung 73

11. Januar 1919

Wladimir Iljitsch, ich schreibe Ihnen diesen Brief nicht, weil ich hoffe, bei Ihnen Gehör und Verständnis zu finden, sondern weil ich nicht schweigen kann, angesichts einer Lage, die mir verzweifelt erscheint, und weil ich alles von mir Abhängige tun muß, um das drohende Unglück abzuwenden. Sogar einen hoffnungslosen Versuch muß ich unternehmen.

Die wirtschaftliche, insbesondere die Ernährungslage in Sowjetrußland ist gänzlich unerträglich und verschlechtert sich mit jedem Tag. Es naht am Ende eine furchtbare Katastrophe. Auf ihre Ursachen im gesamtwirtschaftlichen Sinne werde ich jetzt nicht eingehen - dazu kann man, wenn Sie dies wider Erwarten wünschen, gesondert schreiben -, einstweilen werde ich mich nur zur Ernährungsfrage äußern. Die Lage ist hier so, daß z. B. die Hälfte der Einwohner Petrograds zum Hungertod verdammt ist. Unter solchen Umständen werden Sie sich nicht an der Macht halten können, selbst wenn weder Imperialisten noch Weißgardisten Sie unmittelbar bedrohen. Ihnen als Ökonom dürfte das klar sein.

Es werden auch alle Ihre Drohungen mit den Sperrabteilungen nicht helfen: Im Lande herrscht Anarchie, und Sie wird man weder fürchten, noch Ihnen gehorchen. Aber selbst wenn man Ihnen Folge leisten würde, so geht es doch nicht darum, denn die Sache ist die, daß Ihre ganze Ernährungspolitik auf einer falschen Grundlage aufgebaut ist. Wer könnte Einwände haben gegen das staatliche Handelsmonopol an den wichtigsten Grundbedarfsmitteln, wenn die Regierung imstande wäre, die Bevölkerung damit in ausreichender Menge zu versorgen? Aber gerade das ist unmöglich, Sie können es nicht, und Sie werden es nicht können. Man kann doch nicht, ohne die eigene Existenz zu riskieren, die Verantwortung für eine offensichtlich hoffnungslose Sache übernehmen. Behalten Sie Ihren Versorgungsapparat bei und nutzen Sie ihn weiter, aber monopolisieren Sie nicht den Handel mit auch nur einem Nahrungsmittel, schon gar nicht mit Getreide. Organisieren Sie die Versorgung so gut es geht, aber erlauben Sie den gänzlich freien Handel, schreiben Sie allen örtlichen Sowjets diktatorisch vor, alle Verbote über Ein- und Ausfuhr aufzuheben, schaffen Sie alle Sperrabteilungen ab, wenn nötig sogar mit Gewalt. Ohne Förderung der privaten Initiative im Handel werden weder Sie noch

sonst jemand mit der unausweichlichen Not fertigwerden. Wenn Sie das nicht tun, werden es Ihre Feinde machen. Im 20. Jahrhundert läßt sich das Land nicht in ein Konglomerat mittelalterlicher geschlossener örtlicher Märkte verwandeln: In unserem Mittelalter, als die Bevölkerung in den Grenzen des heutigen Sowjetrußlands 20mal weniger zählte, war dies natürlich. Jetzt ist das himmelschreiender Unsinn.

Unser beider Ansichten gehen zu sehr auseinander. Es kann sein, und es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß wir einander nicht verstehen werden. Aber die Lage ist meiner Meinung nach so, daß nur Ihre Einzeldiktatur es vermag, einem konterrevolutionären Diktator den Weg zu versperren und ihn nicht an die Macht zu lassen, er wird nicht so dumm sein wie die zaristischen Generale und Kadetten, die nach wie vor den Bauern ohne Sinn und Verstand das Land wegnehmen. Einen solchen klugen Diktator gibt es vorerst noch nicht. Aber er wird kommen: „Wenn nur ein Sumpf da ist, die Teufel werden sich schon finden“. Man muß seiner Diktatur zuvorkommen. Das können gegenwärtig nur Sie mit Ihrer Autorität und Ihrer Energie tun. Und tun muß man dies ohne Aufschub und in erster Linie auf dem brisanten Gebiet der Ernährung. Anders ist der Untergang unausbleiblich. Aber natürlich darf man sich darauf nicht beschränken. Es ist nötig, die ganze Ernährungspolitik umzugestalten und dabei sozialistische Ziele im Auge zu haben. Und wiederum wird dazu die Diktatur notwendig sein. Möge Ihnen der Sowjetkongreß außerordentliche Vollmachten dafür übertragen.

Wozu gerade „dies“ im gesamtwirtschaftlichen Sinne in erster Linie und dann in Verbindung damit für jede andere Politik nötig ist, darüber schreibe ich Ihnen, wenn Sie es wünschen, ein anderes Mal. Bei Ihnen liegt es, zu urteilen und zu entscheiden, ob es nötig ist. Mir scheint schon dieser Brief von meiner Seite her komische Donquichotterie zu sein. In diesem Falle soll es der erste und letzte gewesen sein.

N. Roshkow³

Anmerkung zu Dokument 161 in: W. I. Lenin. Neiswestnyje dokumenty.

Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte (RSAspG), Fonds 5, Verz. 1, AE 1315, Bl. 1 – 4.⁴ Veröffentlicht in „Rodina“, 1991, Nr. 11/12:30.

3 Diesen Brief übergab Roshkow Maxim Gorki zur Weiterleitung an Lenin. Gorki fügte dazu einen eigenen Brief an, in dem er die Zulassung des freien Handels ablehnte, aber den Gedanken Roshkows über die Notwendigkeit der Errichtung der persönlichen Diktatur Lenins unterstützte. Siehe „Der unbekannte Gorki“ (russ.), erschienen zum 125. Geburtstag des Dichters, Moskau 1994, S.28-29.

4 Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte, vormals Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte, hervorgegangen aus dem ZPA des IML beim ZK der KPdSU.

Lenin an Roshkow
29.I.1919

Nikolai Alexandrowitsch!

Über Ihren Brief war ich sehr froh – nicht wegen seines Inhalts, sondern weil ich auf eine Annäherung hoffe dank der gemeinsamen faktischen Grundlage für die sowjetische Arbeit.

Die Lage ist nicht verzweifelt, sondern nur schwer. Aber jetzt besteht allen Ernstes die Hoffnung, dank der Siege über die Konterrevolutionäre im Süden und Osten die Lebensmittelversorgung zu verbessern.

Nicht über die Freiheit des Handels muß man nachdenken - gerade einem Ökonom sollte klar sein, daß die Freiheit des Handels bei einem absoluten Mangel an Existenzmitteln einer zügellosen, bestialischen Spekulation und einem Sieg der Besitzenden über die Besitzlosen gleichkommt. Nicht zurück über die Freiheit des Handels, sondern weiter voran über die *V e r b e s s e r u n g* des staatlichen Monopols zum Sozialismus. Ein schwieriger Übergang, aber in Verzweiflung zu geraten ist unzulässig und unvernünftig. Würde die parteilose oder die der Partei nahestehende Intelligenz, anstatt Serenaden über die Freiheit des Handels zu verfassen, schleunigst Gruppen, Grüppchen und Verbände zur allseitigen Unterstützung der Lebensmittelversorgung bilden, würde sie durch die Tat ernsthaft helfen und den Hunger mildern.

Was die „Einzeldiktatur“ betrifft, so ist das - entschuldigen Sie den Ausdruck - eine Seifenblase. Der Apparat ist schon gigantisch - mancherorts *ü b e r d i m e n s i o n a l* - geworden, und unter diesen Umständen ist die „Einzeldiktatur“ *ü b e r h a u p t* nicht zu realisieren und Versuche in dieser Richtung wären nur schädlich.

Der Umschwung in der Intelligenz hat begonnen. Der Bürgerkrieg in Deutschland und der Kampf gerade auf der Linie: Rätenschaft gegen „allgemeine, direkte, gleiche und geheime, d. h. gegen die *k o n t e r r e v o l u t i o n ä r e* Konstituante“ - dieser Kampf in *D e u t s c h l a n d* hämmert sich ohne Unterlaß letztendlich in die vernageltsten Intelligenzköpfe ein. Von außen sieht man es besser. *Nul n'est prophite en son pays.*⁵ Bei uns in Rußland hielt man das „nur“ für „Barbarei“ des Bolschewismus. Aber jetzt hat *die G e s c h i c h t e* gezeigt, daß es der weltweite Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus ist, daß es nirgendwo ohne Bürgerkrieg geht (*volentem ducunt fata, nolentem trahunt*)⁶, daß sich die Intelligenz dazu durchringen muß, den Arbeitern gerade auf sowjetischer Grundlage zu helfen.

Dann werden, denke ich, Zirkel, Organisationen, Komitees, freie Verbände, Gruppen, Grüppchen, winzig kleine Grüppchen der Intelligenz wie Pilze aus dem Boden schießen, die ihre aufopferungsvolle Arbeit auf den *s c h w i e r i g s t e n* Posten der Lebensmittelversorgung und des Transports anbieten werden. Und dann

⁵ Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande.

⁶ Den Willigen führt das Schicksal, den Widerstrebenden schleppt es.

werden wir um Monate die Geburtswehen verkürzen und erleichtern. Aber auf die Welt kommen wird etwas erstaunlich Gutes und Lebensfähiges, so schwer die Wehen auch sein mögen.

Gruß N. Lenin.

Dokument Nr. 161 in: W. I. Lenin. Neiswestnyje Dokumenty. RSAspG, Fonds 2, Verz. 1, AE 8492. Handschriftliche Kopie. Veröffentlicht in „Rodina“, 1992, Nr. 3: 49.

Roshkow an Lenin

4. Februar 1919

Wladimir Iljitsch! Als ich Ihre Antwort gelesen hatte, war ich schon fast der Meinung, daß wir miteinander nichts mehr zu bereden haben, so weit gehen unsere Auffassungen auseinander. Aber nach einigem Überlegen habe ich doch beschlossen, Ihnen noch einen Brief zu schreiben. Ich bin es leid, die traurige Rolle der Cassandra zu spielen und ewig der einsame Rufer zu bleiben: habe ich doch auch der Provisorischen Regierung Ratschläge erteilt, auf die man nicht gehört hat, und habe eine Katastrophe vorausgesagt, woran man nicht geglaubt hat, deshalb bin ich auch ausgetreten Anfang August 1917⁷; und jetzt ist die gleiche Situation. Aber ich kann nicht anders: Vor allem um meiner selbst willen muß ich alles nur Mögliche unternehmen, um die Katastrophe abzuwenden - mag kommen, was da will.

Ihre „Gruppen, Grüppchen, winzig kleinen Grüppchen“ erinnern mich an Ihre „Fünfer“- und „Zehner“-gruppen seligen Andenkens. Genug davon, hören Sie auf damit. Diese Spielchen sind Ihrer nicht würdig. Betrachten Sie etwas eingehender den Zustand der russischen, besonders der sowjetischen Volkswirtschaft, dann werden Sie sehen, daß die Beschlagnahme von Getreide, die von den Komitees der Dorfarmut vorgenommen wird, und die Übernahme der Ländereien durch die dörflichen kommunalen und sowjetischen Wirtschaften die Bauern veranlaßt haben, nur **so viel** Land zu bestellen, daß die Ernte gerade mal für die Ernährung der eigenen Familie reicht, so daß folglich Getreide für die Städte, insbesondere für die Arbeiter, schon **objektiv** aus dem russischen Dorf im nächsten Jahr nicht geliefert werden kann, daß daher die 8 – 10% des üblichen normalen derzeitigen Produktionsertrags in den Fabriken sich eher noch zu verringern drohen. Vollkommen klar ist, daß man dem wirtschaftlichen Ruin nur mit ausländischer, namentlich amerikanischer, Hilfe entrinnen kann. Von dort muß man Fabrikzeugnisse beziehen, damit die Bauern versorgen, dafür bei ihnen Getreide eintauschen, soviel man freiwillig bekommen kann, Getreide auch aus dem Ausland heranschaffen, die Arbeiter satt machen und eiserne Disziplin in Fabriken, bei der Eisenbahn, im Post- und Telegrafwesen einführen, die Wahl der Leiter abschaffen, von oben Kommissare einsetzen mit der Befugnis, ohne Schonung Unverbesserliche zu entlassen. Das ist **Diktatur**. Sie ist um so mehr unvermeidlich, als sich keine einzige

⁷ Gemeint ist der Austritt Roshkows aus der Provisorischen Regierung.

Revolution in einem Sturm erschöpft, denn nach dem Sturm folgt das, was man als Reaktion bezeichnet. Die Reaktion hat zwei Seiten: Erstens ist das das Wüten der Konterrevolutionäre, zweitens ist es die Anpassung von allem, was von den alten Herrschaften lebensfähig ist, an die neuen, von der Revolution geschaffenen Bedingungen. Und dennoch ist die Reaktion eine unausweichliche Bewegung nach vorn. Wenn ein Revolutionär wie Sie Diktator wird, wendet er das Wüten der Konterrevolution ab und realisiert besser als jeder andere Diktator das organische Schöpfertum. Das ist die historische Mission, die Ihnen zuteil wird. Sie können das begreifen und die Erfüllung auf sich nehmen. Sie können dabei Ihren ganzen revolutionären Sprachgebrauch bewahren, auf das Wort wird es nicht ankommen. Ich weiß aus Ihrem Brief: Sie wollen das nicht. Um so schlimmer. Und um so hoffnungsloser schaue ich auf diesen meinen Brief. Aber ich mußte alles aussprechen. Anders konnte ich nicht. Mit Gruß

Handschriftenabteilung der Staatlichen Leninbibliothek, Fonds 546, Verz. 22, AE 6, Bl. 1 – 2, 3. Veröffentlicht in „Rodina“, 1991, Nr. 3: 30.

Roshkow an Lenin
Petrograd. Untersuchungshaftanstalt⁸
11. Mai 1921

Wladimir Iljitsch, ich schreibe Ihnen diesen Brief dem nicht zu bezwingenden Bedürfnis folgend, alles von mir Abhängige für die Abwendung der aus meiner Sicht betrüblichen Möglichkeiten zu tun. Natürlich habe ich auch dieses Mal fast keinerlei Hoffnung auf Erfolg, ich rechne nicht damit, Sie zu überzeugen, aber nicht zu schreiben, vermag ich dennoch nicht.

Sie haben in letzter Zeit den richtigen Weg in Ihrer ökonomischen Politik beschritten. Alle, denen die Interessen der Revolution und des Sozialismus teuer sind, können das nur begrüßen. Auf wirtschaftlichem Gebiet muß man in der Hauptsache die Industrie wiederherstellen, und zwar, wie Ihnen selber klar ist, „durch Staatskapitalismus“, d. h. mit Beteiligung der privaten Initiative. Aber, soweit ich verstehe, haben Sie nicht vor, auch nur mit einer Gruppe oder Organisation die Macht zu teilen, Sie wollen um jeden Preis die kommunistische Diktatur aufrechterhalten. Die Kommunistische Partei übernimmt auf diese Weise die alleinige Verantwortung für die Politik, die Sie vermittels der Partei durchführen. Um die Wahrheit zu sagen, diese Verantwortung ist äußerst schwerwiegend, und ich glaube nicht, daß irgendjemand den Wunsch haben könnte, sie zu teilen: Dieses schwere Joch auf sich nehmen kann man noch der Notwendigkeit halber, aber aus gutem

⁸ Professor Roshkow war im Februar 1921 als Mitglied des Petrograder Komitees der Partei der Menschewiki verhaftet worden. Bei der Vernehmung hatte Roshkow erklärt, daß er zwar die Überzeugungen der Menschewiki in bezug auf den unausweichlichen Untergang der Sowjetmacht teile, jedoch nicht vor hat, sich am politischen Kampf zu beteiligen, und daß er die Absicht habe, aus der Partei der Menschewiki auszutreten. In diesem Zusammenhang hatte die Petrograder Tscheka die Frage seiner Freilassung gestellt. Das Politbüro des ZK der KPR(B) sprach sich am 31. Mai dagegen aus.

Willen - niemals. Daher mag die Diktatur fort dauern, wenn bei ihrer Bewahrung die zur Zeit wichtigste objektive Aufgabe - die Wiederherstellung der Industrie bei Beteiligung der privaten Initiative in Form des „Staatskapitalismus“ - gelöst wird. Aber völlig klar ist doch, daß ohne juristische Garantien, ohne Rechtsordnung die private Initiative unmöglich ist: Faule und hinterlistige Sklaven, Bluteigel, die ohne Nutzen für die Sache immer weiter das ausgezehrte Staatsäckel aussaugen, werden Sie wahrscheinlich finden, aber echte Unternehmer lassen sich ohne juristische Garantien auf nichts ein. Also braucht man eine Rechtsordnung, die die gegenwärtige Diktatur zumindest ausschließt oder wenigstens teilweise einschränkt. Und dies um so mehr, als die Kommunistische Partei gerade deshalb, weil sie kommunistisch ist, nicht den freien Schutz der Klasseninteressen des Proletariats durch die Arbeitergewerkschaften behindern kann und natürlich auch den Staatsapparat auf den Schutz der Interessen der Arbeiterklasse lenken wird. Unter solchen Umständen müßten die Unternehmer einfach Schafe sein, die sich freiwillig scheren lassen. Darauf werden sie sich natürlich nicht einlassen, und die objektive Aufgabe der Gegenwart bleibt ungelöst.

Wie zweckmäßig die ökonomische Politik daher auch sein mag, - sie erfordert juristische Ergänzungen. Das Mindeste, was notwendig wäre, ist die **allmähliche** Einführung von Wahlen zu den Sowjets in geheimer Abstimmung.

(...) Die so gewählten Sowjets gewinnen bei freier Agitation der sozialistischen Parteien größere Autorität und sanktionieren jenes Minimum an rechtlichen Garantien, die allein geeignet sind, die private unternehmerische Initiative unter Kontrolle des Staates ins Leben zu rufen. (...) Ohne diese Maßnahme (...) ist die Katastrophe - eine äußerst schreckliche, zutiefst betrübliche und zweifellos schädliche - unausbleiblich. Diese Überzeugung hat mich veranlaßt, Ihnen diese Zeilen zu schreiben. Für sie bin ich natürlich nur allein verantwortlich.⁹

N. Roshkow

RSAspG, Fonds 5, Verz. 1, AE 1315, Bl. 7. Veröffentlicht in „Rodina“, 1991, Nr. 11/12: 30 - 31.

Lenin an Stalin

Gen. Stalin. Schreiben für das Plenum des ZK

Für die richtige Beurteilung unserer Meinungsverschiedenheiten zu Roshkow muß man in Betracht ziehen, daß wir schon einige Male diese Frage im Politbüro behandelt haben. Das erste Mal hatte sich Trotzki für eine Verschiebung der Ausweisung Roshkows ausgesprochen. Das zweite Mal, als Roshkow, von Messing¹⁰ unter Druck gesetzt, eine neue Formulierung seiner Auffassungen vorgelegt hatte, sprach sich

⁹ Der mit Bleistift geschriebene Brief wurde bei Roshkow bei einer Durchsuchung beschlagnahmt. Der Autor kam nicht mehr dazu, den Brief ins Reine zu schreiben. Daher ist die Handschrift an einigen Stellen völlig unleserlich, gekennzeichnet durch (...).

¹⁰ Messing, S. A. - Kollegiumsmitglied der Russischen Außerordentlichen Kommission (Tscheke), Vorsitzender der Petrograder Tscheke.

Trotzki für eine Ausweisung aus, weil er fand, daß diese Formulierung nicht nur nichts taugt, sondern die Unaufrichtigkeit der Ansichten von Roshkow zweifelsfrei beweist. Ich stimme völlig mit Sinowjew überein, daß Roshkow ein Mann mit festen und geradlinigen Überzeugungen ist, der uns aber im Feilschen mit Messing nachgibt und alle denkbaren Erklärungen gegen die Menschewiki vorbringt, und zwar aus dem gleichen Grund, weshalb wir seinerzeit den Treueschwur auf den Zaren bei unserem Einzug in die Reichsduma unterschrieben. Wenn man daher Steklow¹¹ oder jemand anderes beauftragt, die Erklärung Roshkows zu nutzen (z. B. für eine „Herausforderung“ der Menschewiki), so wird dies erstens das Ziel verfehlen, zweitens uns blamieren, denn die Menschewiki werden ohne weiteres antworten, daß sie sich wie wir immer dafür ausgesprochen haben, unter Zwang jede eidesstattliche Erklärung zu unterschreiben. Bei einem solchen „Duell“ mit den Menschewiki werden allein wir verlieren.

Ich schlage vor:

Erstens, Roshkow ins Ausland auszuweisen;

zweitens, wenn dies nicht durchkommt (z. B. aus dem Grunde, daß Roshkow wegen seines Alters Nachsicht verdient), dann sollte man die Erklärungen Roshkows, die unter Zwang zustande gekommen sind, überhaupt nicht in die Öffentlichkeit tragen. Dann muß man abwarten, bis Roshkow, sei es auch in einigen Jahren, eine aufrichtige Erklärung zu unseren Gunsten abgibt. Bis dahin aber würde ich vorschlagen, ihn z. B. nach Pskow zu verbannen, für ihn errträgliche Lebensbedingungen zu schaffen, ihn materiell und arbeitsmäßig abzusichern. Er ist jedoch unter strenger Aufsicht zu halten, denn dieser Mann ist und bleibt sicherlich unser Feind bis an sein Ende.¹²

13.XII.22

Lenin

Dokument Nr. 420 in: W. I. Lenin. Neiswestnyje dokumenty . Telefonisch aufgenommen von L. Fotijewa.

RSAspG, Fonds 2, Verz. 2, AE 1344. Veröffentlicht in „Rodina“, 1992, Nr. 3: 49.

11 Steklow (Nachamski, J. M.) - Redakteur der „Iswestija“ 1917-1925.

12 Die Ausweisung Roshkows wurde mehrmals in den Sitzungen des Politbüros des ZK der KPR(B) behandelt. Am 26. Oktober 1922 hatte das Politbüro den Beschluß gefaßt: „Roshkow ist auszuweisen.“ Am 7. Dezember beschloß das Politbüro in Abänderung des Beschlusses vom 26. Oktober, die Ausweisung aufzuschieben und in den „Iswestija WZIK“ seinen Artikel über die Tätigkeit der Menschewiki sowie seine Austrittserklärung aus der menschewistischen Partei zusammen mit einem Kommentar des Redakteurs der Zeitung Steklow zu veröffentlichen. In einem Brief an Sinowjew, geschrieben am 7. oder 8. Dezember, äußerte sich Lenin über Roshkow folgendermaßen: „er wird schwindeln, was das Zeug hält, zum Beispiel auch in der Presse. Er wird schwindeln, und wir werden die Genasführten sein. Das ist es, was ich fürchte. Diese Leute haben die Losung: Schwindele, tritt aus der Partei aus, bleib in Rußland. Das ist es, worüber man nachdenken und sich aussprechen muß.“ (W. I. Lenin. Briefe, Bd. IX, Berlin 1974, S.326) Am 14. Dezember hob das Politbüro die Entscheidung vom 7. Dezember auf und beschloß, Roshkow auszuweisen. (Siehe RSAspG, Fonds 17, Verz. 3, AE 326, Bl. 3).

Roshkow an Sinowjew
Januar 1924

Grigori Owsejewitsch, ich schreibe diesen Brief zu dem einzigen Zweck, mein eigenes Gewissen zu beruhigen, ihm bewußt zu machen, daß ich nach Maßgabe meiner Möglichkeiten alles für die Rettung der Revolution und des Sozialismus in Rußland getan habe.

Haben Sie Geduld, ihn bis zu Ende zu lesen um dieser Sache und unserer früheren Freundschaft willen.

Meiner Meinung nach nähert sich die Revolution in Rußland wieder einem kritischen Punkt. Wenn nicht unverzüglich das Ruder herumgerissen wird, wie es Lenin im April 1921 getan hat, bricht alles zusammen. Wie das Ruder herumzureißen ist, dazu möchte ich Ihnen meine Meinung sagen. Ob sie was taugt - müssen Sie entscheiden, ich aber muß beruhigt sein, daß ich alles getan habe, was ich vermochte. Niemand, so denke ich, wird bestreiten, daß die sozialistische Revolution in Rußland objektiv und subjektiv ungenügend vorbereitet war. Obwohl bereits an der Macht, haben Sie sehr viel dafür getan, um die subjektive Vorbereitung voranzubringen: Aus Anarchisten und elementaren Maximalisten, die die russischen Arbeiter in ihrer Masse waren, haben Sie durch Ihre Agitation, die Organisation und dadurch, daß Sie die Arbeiter eng mit der Leitung der Betriebe verbanden, sie in ganz bedeutendem Maße zu Marxisten gemacht. Das ist Ihr großes Verdienst.

Aber die ungenügende objektive Vorbereitung wenigstens in dem Maße zu überwinden, wie die subjektive überwunden wurde, erwies sich als schwieriger. Daher rührt sowohl die Divergenz als auch Ihre innere Unstimmigkeit, daraus ergibt sich die fortschreitende wirtschaftliche Krise. Sie probieren, sie zu lindern durch die Beseitigung kleiner Mängel im Mechanismus - Fehler in der Kalkulation, zu hohe Unkosten usw. All das führt nicht zum Ziel, obwohl es auch seinen Teil Nutzen bringt. All das ist notwendig, aber noch notwendiger ist es, jenen Ausgangspunkt aufzuspüren, der die Möglichkeit bietet, nicht die Symptome, sondern die Krankheit radikal zu heilen.

Der Mangel in der objektiven Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Rußland bestand in der Schwäche unseres Kapitalismus. Sein offensichtlichstes und seiner Bedeutung nach erstrangiges Kennzeichen war bei uns das Fehlen der Produktion von Produktionsmitteln, einer gut entwickelten Maschinenbauindustrie. Gerade darum ist bei uns gegenwärtig die industrielle Technik so schrecklich zurückgeblieben, hat sich die Zusammensetzung des Kapitals (nach Marx) verschlechtert, was in der Hauptsache auch die gewaltigen Produktionskosten und die Teuerung der Erzeugnisse verursacht. Die technische Ausstattung unserer Fabriken ist doppelt so schlecht wie in Europa und in Amerika. Würde man modernste amerikanische oder europäische Maschinen einführen, würden nach einem Jahr der Produktion auch die Preise auf die Hälfte fallen, und das Problem der Divergenz wäre gelöst. Dies ist der Kern der Frage, der empfindlichste Nerv der Lage.

Was also tun?

Offensichtlich muß man sich um die Ansiedlung und Entwicklung des russischen Maschinenbaus kümmern. Das ist eine Aufgabe von immenser Wichtigkeit für die Lenkung des sozialistischen Staates. Aber sie braucht zu ihrer Verwirklichung Zeit. Ohne daher darauf zu verzichten, sondern im Gegenteil unter Aufbietung aller Kräfte für ihre Verwirklichung, muß man jetzt ohne Aufschub um jeden Preis aus dem Ausland gute Ausrüstungen nach dem neuesten Stand der Technik für die staatlichen Fabriken und Werke einführen.

Wenn der Staat das für alle Fabriken und Werke tun kann, über die er verfügt, um so besser. Aber ich bezweifle das. Dann muß man das Feld der staatlichen Industrie so weit eingrenzen, wie diese technische Erneuerung für den Staat zu verkräften ist. Die übrigen Fabriken sind in private Hände zu geben.

Ich denke, daß auch die Entwicklung des Maschinenbaus mit den Mitteln des Staates allein nicht zu verwirklichen ist, daß hier ebenfalls zum Teil Privatkapital tätig werden muß. Das Problem besteht also darin, wie man das private Kapital heranziehen kann. Es gibt nur einen Weg: Man muß denen, die es einbringen sollen, formelle Garantien geben, daß im Falle der Enteignung ihrer Unternehmen durch den Staat ihnen und ihren Erben vor allem eine Rente gesichert wird. Natürlich darf man auf diese Bourgeoisie nur solchen Druck ausüben, der sich wirklich als nützlich erweist.

Ich habe hier lediglich meine hauptsächlichen Gedanken umrissen. Sie zu entwickeln und detailliert zu begründen fürchte ich, da auch ohnedies der Brief lang geworden und Ihre Zeit natürlich knapp ist. Außerdem kann es sein, daß Ihnen all das, entschuldigen Sie, unnötig erscheint und Sie den Brief einfach in den Papierkorb werfen. Aber wenn meine Mitwirkung gebraucht wird, bin ich bereit, dies in Zukunft zu tun.

Solange die „Nowaja Shisn“¹³ existierte, hielt ich es für meine Pflicht, der Sowjetmacht nach Kräften Ratschläge in der Presse zu erteilen. Als die Zeitschrift zu erscheinen aufhörte, habe ich zweimal an Lenin geschrieben. Das erste Mal war das im Januar 1919: Ich riet damals zur neuen ökonomischen Politik, aber Lenin antwortete mir: Nein, direkt zum Sozialismus. Das zweite Mal schrieb ich aus dem Gefängnis 1921. Die Petersburger Tscheka versprach mir, den Brief zu befördern, aber ich weiß nicht, ob er zugestellt wurde; jedenfalls habe ich keine Antwort erhalten. Jetzt schreibe ich das dritte Mal, an Sie. Es kann sein, daß dies zu nichts führt, aber ich muß schreiben: Ich weiß dann, daß ich alles von mir Abhängige getan habe. Mit Gruß.

Handschriftenabteilung der Staatlichen Leninbibliothek, Fonds 546, Verz. 22, AE 5, Bl. 1 – 7. Veröffentlicht in „Rodina“, 1991, Nr. 11/12: 31 – 32.

13 „Nowaja Shisn“, Zeitschrift Internationalistischer Menschewiki unter Mitarbeit von Schriftstellern, 1917-1918.

Roshkow an Sinowjew

4. Mai 1924

Grigori Owsejewitsch, es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß Sie meinen Brief nicht bekommen haben, den ich Ihnen im Januar dieses Jahres geschrieben habe. Offensichtlich haben meine Freunde, über die ich ihn gesandt habe, in ihm eine Gefahr für mich gesehen, und sie haben ihn nicht befördert. Ich bedaure das und schicke Ihnen eine Kopie. Gleichzeitig nutze ich die Gelegenheit, um mit Ihnen ganz offen zu reden.

Ich weiß nicht, wodurch meine Verbannung ausgelöst wurde. Am wahrscheinlichsten durch ein ebensolches Mißverständnis wie jenes, das bei Ihnen zu der Meinung geführt hat, daß ich eine „Aktion“ im Zusammenhang mit dem Tode Lenins unternommen habe. Der Fakt, welcher als Begründung diente, war folgender: Der Redakteur der Lokalzeitung „Pskowski nabat“ schlug mir vor, als er vom Tode Lenins erfahren hatte, 150 Zeilen Erinnerungen an ihn zu schreiben. Ich habe sie geschrieben. An Politik war hier kein Gran dran, sondern einfach persönliche, sehr wohlwollende Erinnerungen. Aber die örtliche Parteiorganisation fand aus irgendeinem Grunde meine Erinnerungen mit meiner Unterschrift unangebracht und schlug vor, mit „Wjatscheslaw“ zu unterzeichnen; weder ich noch der Redakteur ließen sich darauf ein, und die Erinnerungen erschienen in der Zeitung nicht; die Originalhandschrift schickte ich an die Leningrader Staatliche Politische Verwaltung auf Anfrage von dort. Wo ist hier der Versuch einer Aktion? Ich glaube, daß auch meine Verbannung durch falsche Informationen über meine Tätigkeiten¹⁴ ähnlich dem Mißverständnis über meine vermeintliche Aktion hervorgerufen worden ist. Ich bin mir sicher, daß sie Hohn und Spott seitens unserer gemeinsamen Feinde an meine und Ihre Adresse ausgelöst haben.

Ich verhehle nicht meine Meinungsverschiedenheiten mit Ihnen, rede darüber aber nicht in der Öffentlichkeit, nicht, weil ich Repressalien befürchte, sondern weil ich von der Notwendigkeit zu schweigen überzeugt bin. Ich könnte darüber nur mit Kommunisten sprechen, wenn ich selber Kommunist wäre, aber auch damit rechne ich nicht, weil ich nicht glaube, daß eine solche Diskussion zugelassen würde. Nur Ihnen gegenüber hielt ich mich für berechtigt, einen prinzipiellen Brief zu schreiben, als ich mein Gewissen mit dem Gedanken beruhigen wollte, daß ich alles von mir Abhängige getan habe. Aber natürlich ist auch das¹⁵ Donquichotterie, nicht mehr.

Bald sind es anderthalb Jahre, daß ich in kommunistischer Verbannung bin. Ich beende mein großes Werk zur russischen Geschichte, schreibe am XI. Band, und in diesem Jahr werde ich den letzten, den XII., fertigstellen. Dies konnte ich nur tun, weil ich, während ich in Petersburg lebte, in den Bibliotheken umfangreiches Material gesammelt habe. Ohne dies hätte ich in Pskow überhaupt nichts machen können. Aber diese Arbeit geht zu Ende. Ich sehne mich danach, die wissenschaftliche Arbeit fortzusetzen, die jetzt meine einzige Beschäftigung ist, die es mir

14 Im Entwurf ist der Satz gestrichen: „Ich habe niemals gegen die Sowjetmacht agitiert.“

15 Gestrichen ist: „das ist vergeblich.“

ermöglicht, mein Leben materiell und geistig auszufüllen. Ich bitte, mir die Möglichkeit zu geben, in den Archiven und Bibliotheken Leningrads oder Moskaus zur Geschichte des russischen Kapitalismus und der revolutionären Bewegung zu arbeiten. Ich wünsche natürlich nicht nur am Schreibtisch zu arbeiten, ich würde gern Vorlesungen zu meinen speziellen Studien halten. Wenn Sie das jedoch für gefährlich halten, bin ich bereit, darauf zu verzichten. Es ist ein Unsinn, mich zu verdächtigen: Mein Leben verläuft unter einer Glasglocke, und es gibt nichts Verdächtiges darin und kann es auch nicht geben.

Ich kann Sie noch über eine Tatsache informieren. Unlängst hat mich das Büro zur Einberufung eines Kongresses ehemaliger Menschewiki eingeladen, daran teilzunehmen. Ich schicke Ihnen die Kopie meiner Antwort. Mit Gruß.

Handschriftenabteilung der Staatlichen Leninbibliothek, Fonds 546, Verz. 22, AE 5, Bl. 8. Veröffentlicht in „Rodina“, 1991, Nr. 11/12: 32.

Lilo Tulatz

SPÄT im Jahr. Ein Lebensbuch.

*Begleitet von meinem Sohn konnte ich sie
doch noch antreten, meine Reise in die Vergangenheit.
Wir fuhren nach Dresden:
in die Stadt, in der ich die Kinder- und Jugendjahre
bei meinen Eltern, zwölf Jahre Faschismus und
- nach der grauenvollen Zerstörung Dresdens -
trotz allem mit neuer Hoffnung und sehr aktiv
den Neuanfang erlebte...
Eine gedankliche Zeitreise
durch mein Zwanzigstes Jahrhundert.*

Eine Frau im 20. Jahrhundert.
Zwischen Jugendweihe und Engagement in der
Arbeitersportbewegung,
späterer Verhaftung und Zweitem Weltkrieg.
Eine große Liebe und der Kampf gegen den § 218.
Ein Leben in der DDR und nach der „Wende“...



Erscheint demnächst in der Edition Bodoni.

Ca. 120 Seiten mit historischen Fotografien.

Bestellbar über den Verlag: info@bodonimuseum.com

Oder: edition bodoni · linienstraße 71 · 10119 Berlin · Tel.: 030-2 82 51 37

Diskussion

Zur Parteigeschichtsschreibung der SED

Herrschaftsdiskurs und Leittextforschung am oder ohne Ende?*

Jürgen John

Siegfried Lokatis hat mit dem vorliegenden Buch¹ ein an frühere Forschungen und Publikationen² anknüpfendes Gesamtporträt all dessen geliefert, was sich um die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“³ (1966/71) an Hintergründen, Absichten und Wirkungen im engeren Sinne rankte. Er versteht dies unter den Leitbegriffen „Parteigeschichte“ und „Zensur“ als paradigmatischen Untersuchungsfall für Geschichtspolitik in der „Ära Ulbricht“ und für den damit verbundenen diktatorisch-voluntaristischen Politik-, Zensur- und Interventionsstil. Und er weicht der Frage nicht aus, was den Forschungs- und Arbeitsaufwand rechtfertige, sich in Buchform mit einem Geschichtswerk zu beschäftigen, das zwar für einige Jahre im Zentrum geschichtspolitischer Aktivitäten stand, bald aber wieder in der Versenkung verschwand.

Er nennt dafür gute Gründe: Der „Achtbänder“ war - nach Lokatis - ein durch die Vorgänge 1956/58 politisch dringliches und mit singulärem Aufwand betriebenes Projekt 1. zur Revision stalinistischer Geschichtsbilder, 2. zur Etablierung eines SED-dominierten Geschichtsbildes - auch als Gegenentwurf zur traditionellen und bundesdeutschen Historiographie -, 3. zur Legitimierung der DDR aus den Traditionen der Arbeiterbewegung und 4. zur geschichtspolitischen Fundierung der Deutschlandpolitik und „nationalen Grundkonzeption“ der Ulbricht-Ära für eine „sozialistische Revolution mit gesamtdeutschem Anspruch“.

Lokatis bescheinigt diesem Unternehmen, eine Art „Diktaturtheorie“ durch „formierte Erinnerung“³ geschaffen zu haben. Er verweist auf den Stellenwert von „Geschichte und Traditionen“ im SED- und DDR-Selbstverständnis, auf die exponierte Rolle der Parteigeschichtsschreibung in der DDR und auf den Charakter des „Achtbänders“ als parteioffizieller Version der SED-Geschichte und -Vorgeschichte mit freilich kurz bemessener kanonischer Funktion. In diesem Sinne sei er als eine

* Kommentar zur Präsentation von S. Lokatis' Buch „Der rote Faden“ am 12. Februar 2004 im Bundesarchiv Berlin.

1 Siehe Siegfried Lokatis: Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht (Zeithistorische Studien 25), Köln u. a. 2003.

2 Siehe die im Literaturverzeichnis des vorliegenden Bandes ausgewiesenen Schriften und Beiträge der 1990er Jahre zum Verlags- und Zeitschriftenwesen sowie zur Verlags- und Zensurpolitik in der DDR einschließlich einiger Vorstudien zur Geschichte des „Achtbänders“.

3 Lokatis, Der rote Faden, S.359.

Art „Heiliger Schrift“ erstellt worden, als verbindlicher Leittext zur inneren Disziplinierung der SED und als Zensurmaßstab für Verlage, Geschichtsliteratur, Schulbücher etc. Das erkläre den - von Stefan Heym in seinem „König David Bericht“ verspotteten und an in Umberto Ecos „Im Namen der Rose“ geschilderte Praktiken erinnernden - scholastischen Eifer der Text- und „Einschätzungs“-Debatten ebenso wie die generalstabsmäßigen Planungen, den riesigen institutionellen, personellen und propagandistischen Aufwand, den Verschleiß von Forschungsenergie und die so - zur Freude heutiger Forscher - hinterlassenen Aktenberge.

All das breitet Siegfried Lokatis in archivgestützter Detailfülle aus. Das Buch ist eine beeindruckende Rechercheleistung in - wie ich finde - stilistisch glänzender Präsentation, wenn der ironische Stil vielleicht auch manchen befremden mag. Da wäre aus meiner Sicht viel zu loben und wenig zu beckmessern. Ich will das gar nicht erst versuchen. Vielmehr möchte ich meinen Kommentar und meine gelegentlichen Einwände ins Grundsätzlichere wenden und dies in die Form einiger Anmerkungen aus meiner derzeitigen Arbeits- und Diskussionsperspektive der Erinnerungs-, Wissenschafts- und Universitätsgeschichte bringen. Ungewollt sind es insgesamt acht Anmerkungen geworden. Das „ungewollt“ sei betont. Diese Zahl soll keine Anspielung auf Lokatis' achtbändigen Untersuchungsgegenstand und auf die acht Kapitel seines Buches sein.

1. Das von Lokatis untersuchte Fallbeispiel der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ ist ein eindrucksvoller Beleg für den „heiligen Ernst“ eines „Erziehungsstaates“⁴, der - zumindest in der „Ära Ulbricht“ - sehr stark auf Geschichtspolitik, erziehendes Geschichtsdenken und normiertes kollektives Erinnern mit entsprechenden „Leit- und Meistererzählungen“ setzte. Das macht auch Ulbrichts oft verspotteten „dritten Beruf“ als Historiker plausibel, den Lokatis zu Recht mit den konkreten Machtinteressen und entsprechenden Eingriffen in die Geschichtswissenschaft in Verbindung bringt⁵.

Man erführe nun aber gern, wie der „Achtbänder“ im DDR-spezifischen Gesamtensemble solcher „Leit- und Meistererzählungen“ bzw. in den Perspektivwechseln und Wandlungen des geschichtspolitischen Koordinatensystems der DDR von den 1950er/60er zu den 1970er/80er Jahren zu verorten ist. Im Vergleich etwa zu dem seit den 1960er Jahren erscheinenden Hochschullehrbuch der deutschen Geschichte,

4 Siehe auch Heinz-Elmar Tenorth: „Erziehungsstaaten“. Pädagogik des Staates und Etatismus der Erziehung, in: Dietrich Benner/Jürgen Schriewer/Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): Erziehungsstaaten. Historisch-vergleichende Analysen ihrer Denktraditionen und nationaler Gestalten, (Bibliothek der Bildungsforschung 1), Weinheim 1998, S.13-53, v.a. S.30-33, sowie im engeren Sinne zu Erziehung und Pädagogik der DDR Dietrich Benner/Horst Sladek: Ist Staatspädagogik möglich? Erziehungswissenschaft in SBZ und DDR zwischen affirmativer Staatspädagogik und reflektierender Pädagogik, in: Ebenda, S.159-224; Gert Geißler/Ulrich Wiegmann: „Das Sein verstimmt das Bewußtsein“. Zur gesellschaftspolitischen Funktionalisierung der Erziehung in der DDR-Gesellschaft, in: ebenda, S.225-247.

5 Lokatis, Der rote Faden, S.209; siehe auch Dieter Fricke: Sein „dritter Beruf“, in: Sozialismus und Universität. Walter Ulbricht zum 75. Geburtstag gewidmet, Friedrich-Schiller-Universität Jena 1968, S.71-86.

das nach Matthias Middell und Martin Sabrow mit dem „Achtbänder“ *zusammen* die Grundelemente der nationalgeschichtlichen „Meistererzählung“ der „Ulbricht-Ära“ bildete⁶, weiterhin zur mehrbändigen „Deutschen Geschichte“ der 1970er/80er Jahre oder zu der freilich in den Anfängen steckengebliebenen Parteigeschichte der 1980er Jahre.

Ein solcher Vergleich berührt auch die nach wie vor konträre Interpretation der Früh- und Spätphasen der DDR-Geschichtspolitik und -kultur. Die *einen* interpretieren die 1950er/60er Jahre als noch mehrdeutige und relativ offene Periode mit einem gewissen Nebeneinander „bürgerlicher“ und marxistischer Positionen und die 1970er/80er Jahre als inhaltlich verengte Periode eines nunmehr eindeutig-ausschließlichen marxistischen Paradigmas und entsprechenden Deutungsmonopols. *Andere* konstatieren einen geschichtskulturell eher umgekehrten Prozeß. Sie sehen gerade die Spätphase der 1970er/80er Jahre in Korrespondenz mit der internationalen Dialog- und Entspannungspolitik als Periode der Erosion früher verbindlicher, mit autoritär-repressiven Mitteln durchgesetzter und der Sprache des „Kalten Krieges“ verpflichteter Deutungsmuster der „Ära Ulbricht“, als Periode geweiteter Geschichtsbilder, nachlassender geschichtspolitischer Intervention sowie geschichtswissenschaftlicher Professionalisierung, Ausdifferenzierung und Emanzipation.

Siegfried Lokatis scheint sich aus solchen Debatten und Interpretationskämpfen heraushalten zu wollen. Jedenfalls enthält sein Buch zu all dem wenig Aussagen. Lokatis sieht die späteren Unternehmen der 1970er/80er Jahre allein in der 1959/62 vorgezeichneten Kontinuität und im Erbe-und-Traditionsmodell der 1970er/80er Jahre einen bloßen Ausläufer der „nationalen Grundkonzeption“ (1959). Dieses von ihm ironisch als „Nagruko“ abgekürzte Konzept und der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1962/63) hätten das DDR-Geschichtsbild bis 1989 konstitutiv geprägt. Dies scheint mir den Untersuchungsgegenstand des vorliegenden Buches zu *über-*, die deutungskulturelle Relevanz der späteren Erbe- und Traditionsdebatten zu *unterschätzen* und den gesamten geschichtskulturellen Perspektiv- oder gar Paradigmenwechsel der 1970er/80er Jahre⁷ viel *zu gering* zu

6 Siehe Matthias Middell: Autoren und Inhalte. Die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1953-1989, in: ders.: Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich, Leipzig 1999, S.235-296, hier S.238; Martin Sabrow: Planprojekt Meistererzählung. Die Entstehungsgeschichte des „Lehrbuchs der deutschen Geschichte“, in: ders. (Hrsg.): Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR (Zeithistorische Studien 14), Köln u. a. 2000, S.227-286; ders.: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949-1969 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 8), München 2002, S.183-252; in einer Rezension dieses Bandes vertritt Rainer Eckert (Leipzig) den Standpunkt, es sei grundsätzlich falsch, Hochschullehrbuch und „Achtbänder“ als „Meistererzählung“ einzustufen, „da hier doch ganz offensichtlich eine parteiamtliche Historiographie dominierte“ - Siehe Das Historisch-Politische Buch 50 (2002), H. 1, S.10.

7 Über diesen geschichtskulturellen und - zumindest partiell - auch geschichtspolitischen Perspektiv- bzw. - weiter gefaßt - Paradigmenwechsel der 1970er/80er Jahre wäre ohnehin noch gründlicher als bisher nachzudenken und zu diskutieren. Neben den bereits genannten Aspekten der Erosion von Deutungsmustern, nachlassender geschichtspolitischer Intervention „von oben“, der Professionalisierung und Ausdifferenzierung der Geschichtswissenschaft und dem zweifellos ins Gewicht fallenden Generationswechsel würde ich dabei vor allem folgende Aspekte veranschlagen: den Wechsel vom

veranschlagen. Diese späteren Vorgänge liegen zwar außerhalb von Lokatis' eigentlichem Untersuchungszeitraum, kommen aber durch die Kontinuitätsbezogenen Aussagen ins Bild. Und diese Aussagen fordern zum Widerspruch heraus.

2. Einen Kontinuitätsbruch sieht Lokatis in der Preisgabe national eigenständiger deutschlandperspektivischer Politik und Geschichtsidentity nach Ulbrichts Sturz und der Demontage des „Achtbänders“. An deren Stelle seien in der „Ära Honecker“ geschichtspolitische Hörigkeit gegenüber der Sowjetunion sowie internationalistische Rhetorik und Umcodierungen getreten. Dies scheint mir die Ulbricht-Ära geschichtspolitisch zu sehr *auf-* und die Honecker-Ära zu stark *abzu-*werten. Und es folgt einem verbreiteten - in dieser Weise meines Erachtens unangemessenen - Trend, eine gewissermaßen noch „frische, reformentschlossene und eigenständige Ära Ulbricht“ der „unselbständigen, verkrusteten und erodierenden Ära Honecker“ gegenüberzustellen. Neben Ulbrichts Deutschlandpolitik ist dabei meist das - beim „Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker“⁸ teilweise wieder zurückgenommene - Paket wirtschafts-, bildungs- und wissenschaftspolitischer Reformen⁹ der - so ein deutsch-deutsch vergleichender Buchtitel - „dynamischen“ 1960er Jahre¹⁰ angesprochen worden.

Ulbrichts Deutschlandpolitik wird von Lokatis als Kontext des „Achtbänders“ berücksichtigt, die Reformpolitik aber nicht. Doch drängen sich da Fragen auf. Gab es Zusammenhänge zwischen der Reform- und der Geschichtspolitik der 1960er Jahre und - wenn ja - welche? Wie verhielten sich die verschiedenen Reformetappen¹¹ zur Genese des „Achtbänders“¹²? Kam der Geschichtspolitik und dem Thema „Geschichte der Arbeiterbewegung“ dabei tatsächlich nur eine volkspädagogische und repressive Maßnahmen rechtfertigende Funktion zu, wie Lokatis - in diesem Falle zweifellos zu Recht - im Kontext des 11. Plenums 1965¹³ ausführt? Und wie -

gesamtddeutsch ausgerichteten zum DDR-bezogenen Nationsverständnis; damit verbundene Ausweitung des DDR-offiziellen Geschichtsbildes unter Berufung auf das Erbe der gesamten deutschen Geschichte; entsprechend verändertes Erbe-Traditions-Modell und deutlichere arbeitsteilige Geschichtspolitik (etwa im Falle der beim Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften angesiedelten „Deutschen Geschichte“ und der beim IML angesiedelten und der nun eher mit auf dieses engere Gebiet bezogenem Deutungshoheitsanspruch betriebenen Parteigeschichte); stärkere historiographische Hinwendung zur Sozial-, in Einzelbereichen auch zur Alltagsgeschichte.

8 Siehe Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.

9 Siehe Jörg Roesler: Das Neue Ökonomische System - Dekorations- oder Paradigmenwechsel? (hefte zur ddr-geschichte 3), Berlin 1993; ders.: Wirtschafts- und Industriepolitik, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte. Organisation. Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S.277-293; Hubert Laitko: Das Reformpaket der sechziger Jahre - wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hrsg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S.35-57.

10 Siehe Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 37), Hamburg 2000.

11 Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung (1963/67); Ökonomisches System des Sozialismus/(sog. III.) Hochschulreform/Akademiereform (1967/71).

12 Nach der konzeptionellen Vorbereitung seit 1956/58 vom „Grundriß“ (1962/63) über die Textdebatte (1964/65) bis zum Erscheinen (1966/71).

13 Lokatis, Der rote Faden, S.310-312.

wäre meines Erachtens weiter zu fragen - verhielt sich der ambivalente Umgang des „Achtbänders“ mit den ebenso betonten wie in ihren „reformistischen“ Zügen bekämpften sozialdemokratischen Wurzeln *sowohl* zum „Kampf gegen den Sozialdemokratismus“ in den eigenen Reihen der SED *als auch* zur - zwischen Kooperation und Attacken gegen die bundesdeutsche SPD schwankenden - Ambivalenz der Deutschlandpolitik Ulbrichts?

3. Welche Spuren hinterließ der „Achtbänder“ über die von Lokatis geschilderte verordnete und bald wieder abgebrochene SED-interne Rezeption hinaus im Geschichtsdanken? Und was machte - bei aller scholastischen Wortklauberei und allem Verschleiß an Forschungsenergie - den wissenschaftlichen Ertrag des Gesamtunternehmens aus, das ja - im Widerspruch zu seinem Titel - keine Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern eher eine auf aktuelle politische Interessen ausgerichtete und entsprechend zurechtgestutzte Geschichte von Konzepten, Richtungen, Parteistrukturen und Führungsgruppen darstellte?

Lokatis spricht an einer Stelle - etwas überraschend und von der sonstigen Darstellung abgehoben - vom „vergleichsweise guten Ruf des Achtbänders“¹⁴. Er führt diesen allerdings nur auf die relative Namensoffenheit zurück, auf die geringe Zahl von „Unpersonen“ und auf die Bereitschaft, in diesen acht Bänden wie im begleitenden „Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1970), Stalins Opfer oder „Abweichler“ - wenn auch pejorativ - zumindest zu nennen. Erwähnt werden im Buch zudem die vom Institut für Marxismus-Leninismus (IML) edierten vielbändigen „Dokumente und Materialien (zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung)“, die Gründung einer eigenen Zeitschrift („Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“) und des Zentralen Parteiarchivs beim IML.

Offen bleibt, ob das von der traditionell auf „Staat“, „Eliten“ und „Volk“ ausgerichteten deutschen Geschichtsschreibung bis dahin kaum bearbeitete Forschungsfeld (der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte) auf diese Weise erstmals durch ein vom „Arbeiterstaat“ DDR massiv lanciertes Unternehmen erschlossen wurde? Das ist naheliegend, wird aber von Lokatis nicht erörtert. Und das wiederum überrascht bei einem so spezifischen Untersuchungsgegenstand und löst entsprechende Fragen aus. Kam diesem Unternehmen also trotz aller konzeptionellen und thematischen Enge eine Pionierfunktion zu? Diese Frage läßt sich natürlich nur im deutsch-deutschen Vergleich beantworten. Hier wäre der immer wieder und meist vergeblich geforderte deutsch-deutsche Bezugs- und Kontrastvergleich tatsächlich dringend nötig. Nur so ließe sich die Frage beantworten, ob dieses Forschungsfeld mit dem „Achtbänder“ nicht nur politisch-symbolisch, sondern auch realiter zeitweise von der östlichen Seite besetzt wurde?

Dafür spricht vieles. Das Erscheinen des „Achtbänders“ und die ihn begleitenden - seltener veröffentlichten als sich in ungedruckten Dissertationen niederschlagenden - Forschungen stellten für die bundesdeutsche Seite eine deutliche Herausforderung dar. Erst danach setzte sich in der Bundesrepublik - teilweise gegen erhebliche

14 Ebenda, S.243.

Widerstände - der Trend zur historischen Arbeiter(bewegungs)forschung durch. Sie überflügelte dann seit den 1970er Jahren rasch die östliche Seite. Dort stagnierten solche Forschungen. Sie galten als Relikte einer auf die Person Ulbrichts zugeschnittenen Historiographie und blieben zudem häufig in der Falle früherer Kanons und Deutungsmuster gefangen. Dennoch und trotz konzeptioneller Enge des „Achtbänders“ stellt sich die Frage, in welchem Maße er in der DDR und darüber hinaus forschungsstimulierend wirkte und welchen Forschungsertrag das ganze Unternehmen bei allem zu Recht konstatierten Verschleiß an Forschungsenergie letztlich erbrachte? Darauf gibt das Buch leider keine Antwort. Die Frage ist für Lokatis sicher nicht untersuchungsleitend gewesen. Aber darin liegt m.E. auch das Problem.

4. Lokatis' Buch ordnet sich in eine nun schon stattliche Reihe von Publikationen über Geschichtsdiskurse, Geschichtsdenken, Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft namentlich der frühen DDR ein. Dieser Untersuchungsgegenstand avancierte so zu einem - auch im Vergleich zu anderen Wissenschaftsdisziplinen und selbst zu den in der DDR massiv geförderten Natur- und Technikwissenschaften¹⁵ - auffällig privilegierten „Großobjekt“ zeit- und wissenschaftshistorischer Forschung. Das scheint mir ebenso erklärungsbedürftig wie nach nunmehr zehn Jahren solcher Forschungen überdenkenswert zu sein¹⁶. In der Regel wird auf die exponierte Rolle von „Geschichte und Traditionen“ im DDR- und SED-Selbstverständnis und als legitimierende Universalargumente nach innen und außen verwiesen. Verifiziert wird das freilich kaum oder nur anhand normativer Quellen. Ob Geschichtsdenken und -kultur in der gesellschaftlichen Realität der DDR tatsächlich die vermutete herausragende Rolle gespielt haben bleibt zumindest unklar. Mir scheint da eher Skepsis angebracht.

Und ich würde sogar die These wagen, das anhaltend starke Forschungsinteresse an diesem Gegenstand könne auch auf eine berufsbedingt überzogene Wahrnehmung zurückzuführen sein. Historiker neigen nun einmal dazu, ihr Fachgebiet zu überschätzen und der Historiographie *per se* eine gesellschaftswirksame Leit- und Orientierungsfunktion zuzuschreiben. Damit verbindet sich mitunter die Tendenz, der Historiographiegeschichte eine Art Stellvertreterfunktion zuzubilligen, sie gleichsam als Ersatz für Gesellschaftsgeschichte oder - geringer dimensioniert etwa für Wissenschafts- und Universitätsgeschichte - zu betreiben und ihre Befunde auf das jeweils Ganze hochzurechnen. Das Problem einer möglicherweise überzogenen Wahrnehmung scheint sich mir bei Untersuchungen über historische „Leit- und Meistererzählungen“ mit entsprechend kanonbildender Funktion besonders zu stellen. Vor allem dann, wenn es sich - wie im vorliegenden Untersuchungsfalle - um staatlich subventionierte Schriften handelt, bei denen ja nicht einmal aus den Auflagehöhen auf ihre tatsächliche Rezeption und Wirkung zu schließen ist.

15 Siehe Naturwissenschaft und Technik in der DDR.

16 Im Folgenden beziehe ich mich auch auf meine Sammelrezension zu zwei Veröffentlichungen Martin Sabrows 2000/01 - siehe Jürgen John: DDR-Geschichtswissenschaft als prominenter Forschungsgegenstand, in: Utopie kreativ, 2002, H. 143 (September), S.837-844.

5. Wie andere vor ihm hat Siegfried Lokatis angesichts weit geöffneter Archive vor allem aktenkundige Hintergrundvorgänge, Herrschaftspraktiken, interne Auseinandersetzungen, „subkutane Regeln“ und die gesamte institutionelle und zensorische - wie er ironisch schreibt – „Hardware“ der Diskurse untersucht. Letztere selbst kommen namentlich bei der Beschreibung der Textdebatten und Zuschriften ins Bild. Die Text- und Diskursanalyse nimmt bei ihm einen weit größeren Stellenwert ein als in Vorgängerpublikationen. Das gehört meines Erachtens zu den großen Vorzügen des Buches. Doch bleibt diese Form der Analyse nach meinem Eindruck letztlich auf Debatten im engeren Machtzirkel des Unternehmens beschränkt.

Das ist in vieler Hinsicht verständlich. Solch interne Debatten sind höchst informativ und aufschlußreich. Vor allem dann, wenn sich in ihnen - wie im Falle der von Lokatis als „Ulbrichts Glasperlenspiel“ apostrophierten 1958er „Thesen zur Novemberrevolution“ und der vorangehenden Kontroversen um den „sozialistischen“ oder „bürgerlichen Charakter“ dieser Revolution¹⁷ - eigene Selbst- und Revolutionsbilder, erzieherisches Geschichtsdnken sowie symbolische und reale Macht- und Fraktionskämpfe überschneiden. Lokatis konnte hier auf einen reichen Fundus an Archivalien zurückgreifen. Zudem ist es immer verführerisch, früheres Herrschaftswissen vor der Fachöffentlichkeit auszubreiten.

Dennoch meine ich, eine gewisse Vergleichsperspektive mit text- und diskursanalytischen Basisstichproben - etwa im weiten Felde der das Gesamtunternehmen begleitenden Zeitschriftenaufsätze oder der meist ja ungedruckt gebliebenen Dissertationen - wäre als Korrektiv sicher hilfreich gewesen. Man sollte den empirischen Gehalt der neben der propagandistischen „grauen Literatur“ etwa in Dissertationsform vor dem oder parallel zum „Achtbänder“ entstandenen Forschungsliteratur nicht unterschätzen. Auch wenn der Forschungsstand der 1950er/60er Jahre in diesem Falle wie generell heute längst überholt ist. Das ist normal und spricht nicht gegen die den „Achtbänder“ flankierende und ermöglichende Forschungsliteratur. In einem „herrschaftsfreien Raum“ entstand und bewegte sie sich keinesfalls. Sie war Bestandteil des geschichtspolitischen „Herrschaftsdiskurses“, aber möglicherweise mit eigenen Tönen und Interessen. So gesehen wäre der Vergleich der Fall- und Einzelstudien mit den Leittexten des „Achtbänders“ diskursanalytisch schon aufschlußreich.

17 Siehe Lokatis: *Der rote Faden*, S.97-118; Rüdiger Schütz: *Proletarischer Klassenkampf und bürgerliche Revolution. Zur Beurteilung der deutschen Novemberrevolution in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft*, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): *Geschichtswissenschaft in der DDR*, Berlin 1988/90, S.759-795; Ernst Laboor: *Zum Abbruch der Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution im Jahre 1958*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 37 (1995), H.3, S.69-76; Jürgen John: *Das Bild der Novemberrevolution 1918 in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR*, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.): *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland* (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 10), München 2002, S.43-84. Die erinnerungskulturelle und zeithistorische Analyse dieser Kontroverse oder der Erbe-Traditions-Debatte der 1970er/80er Jahre (wie Anm. 7) vermißt man in der ansonsten sehr anregenden Essaysammlung: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hrsg.): *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945*, München 2003.

6. Was bedeutet das alles für die Wissenschaftsgeschichte, für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, für die Motive und das Selbstverständnis der projekt- und diskursbeteiligten Wissenschaftler?

Wir erfahren aus dem vorliegenden Buch und aus ähnlich gelagerten früheren Publikationen nahezu alles über interne Auseinandersetzungen, Entscheidungsprozesse, Beschlüsse, Zensur und Repressionen der 1950er/60er Jahre „von oben“, aber wenig über geschichtswissenschaftliche Basisprozesse. Wir erfahren viel über eine „durchherrschte Gesellschaft“¹⁸ und eine - die Begriffe changieren - „gebundene“, „gelenkte“ oder „geplante Wissenschaft“¹⁹, kaum aber etwas über die Motive, Eigeninteressen und das Selbstverständnis der projekt- und diskursbeteiligten Historiker. Sie verstanden sich in der Regel ja selbst als „politische Historiker“ mit dem Anspruch auf Deutungskompetenz. Freilich bestritten sie dies im Rückblick nach 1989/90 meist. Sie agierten in einem deutlich anders strukturierten Bezugsfeld von Wissenschaft und Politik, als das nach 1990 von ihnen und anderen gern kolportierte Bild einer total gelenkten, von oben streng kontrollierten und geschurigelten Wissenschaft suggerierte, in dem die Historiker - und zwar auch die an solch prominenten Prestigeprojekten beteiligten - als politisch Instrumentalisierte²⁰, Bevormundete oder gutgläubig dem als „Meinungsstreit“ „von oben“

18 Siehe Jürgen Kocka: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S.547-553 sowie - diesen Begriff nunmehr für den Wissenschaftsbereich zurückweisend - ders.: Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Ders./Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch/Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung (Interdisziplinäre Arbeitsgruppen. Forschungsberichte 6), Berlin 1998, S.435-459.

19 Siehe etwa Andreas Malycha (Hrsg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte von 1945 bis 1961 (Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte A 1), Leipzig 2003; die Quellenedition beinhaltet fast ausschließlich Dokumente zur SED-Wissenschaftspolitik, aber - im Gegensatz zum Titel - kaum zur eigentlichen Wissenschaftsgeschichte; und die Frage, in welchem Maße die Wissenschaftsprozesse in der DDR tatsächlich im - von der SED-Spitze zweifellos intendierten Sinne - von oben „geplant“ oder in den jeweiligen Forschungsplänen auch und gerade von den jeweils spezifischen - universitären wie außeruniversitären - Forschungsinteressen geprägt waren, bleibt hier ebenso unbeantwortet wie in der diese Edition vorbereitenden Studie - siehe Andreas Malycha: „Produktivkraft Wissenschaft“ - Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945-1990, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hrsg.): Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“ (Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte B 1), Leipzig 2002, S.39-105. Bislang konzentrieren sich die meisten einschlägigen Forschungen in solcher Weise auf die Wissenschafts- und Hochschulpolitik „von oben“ - siehe etwa Laitko, Wissenschaftspolitik, S.405-420 oder Ilko-Sascha Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003. Die Wissenschafts- und Hochschulleiten, ihre wissenschaftlichen Eigeninteressen, wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Konzepte sind hingegen bislang meist nur marginal beachtet worden; eher eine Ausnahme stellt die vorzügliche Studie von Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 135), Göttingen 1999 dar.

20 Man habe sich im Kern nichts vorzuwerfen, aber leider politisch „instrumentalisieren“ lassen, behauptete ausgerechnet der als Arbeitsgruppenleiter zum engeren Führungskreis des „Achtbänders“ gehörende Jenenser Historiker Dieter Fricke im Rückblick auf die DDR-Zeit - siehe Dieter Fricke: Erste Versuche einer nicht nur auf die Forschung bezogenen Bilanz, in: Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm. Historische, aktuelle und perspektivische Vermessungen einer gründlich veränderten Situation. Frank Deppe zum 23. September 1991, Marburg 1991, S.201-213, hier S.213.

inszenierten Verwirrspiel zum Opfer Gefallene, letztlich um ihr Lebenswerk Betrogene erscheinen²¹.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Untersuchungen wie die vorliegende mit ihres Befunden diesem ex post-Narrativ wieder Auftrieb verleihen und der Vorstellung eines wesentlich wissenschaftsfeindlichen politischen Systems der DDR Vorschub leisten können. Aus Sicht der Wissenschaftsgeschichte geht dies aber am Kern des Problems vorbei: nämlich dem Spannungs-, Bezugs- und Interaktionsfeld von Wissenschaft und Politik, das der Wissenschaftshistoriker Mitchell G. Ash - und zwar systemübergreifend für das gesamte 20. Jahrhundert - in das Bild der „Ressourcen für einander“ gefaßt hat²².

7. So gesehen, stellt sich mir aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive die Frage, ob der bisherige Weg der Forschungen über Geschichtspolitik, Geschichtsdiskurse und Geschichtswissenschaft in der DDR der *Königsweg* war und ob wir nach so viel Forschungen und Büchern nun tatsächlich ein angemessenes Gesamtbild von der DDR-Geschichtswissenschaft haben. Ich würde das eher verneinen.

Meines Erachtens sind in erster Linie die Geschichts- und Geschichtswissenschaftspolitik, die administrativen Strukturen und Entwicklungstrends im „Herrschaftsdiskurs“, die kanonbildenden Leittexte und jene vor allem auf die engere Partei- und DDR-Geschichte gerichteten Fachbereiche untersucht worden, die sichtlich affirmativ und staatslegitimierend agierten und so dem gern kolportierten Bild einer scheinbar durchweg „durchherrschten“, „geplanten“, „gelenkten“ und „gebundenen“ Wissenschaft entsprachen - oder sagen wir besser: nahekamen. Offen blieb schon, welches Selbstverständnis „politischer Historiker“, welche Eigeninteressen, Netzwerke und Ansprüche auf Deutungskompetenz dabei mitschwangen und welche Wandlungen sich von den 1950er bis 1980er Jahren vollzogen; erst recht, wie es um die gelegentlich eingeräumten, aber bislang nicht genauer untersuchten kritisch-analytischen Potentiale der DDR-Geschichtswissenschaft und um den „normalen Wissenschaftsbetrieb“ bestellt war.

Zweifellos hat die Historiographie in der DDR niemals eine auch nur annähernde Funktion als „kritische Ersatzöffentlichkeit“ ausgeübt wie etwa die Belletristik. Ihre affirmativen, legitimierenden, kanonbildenden, traditions-, sinn- und identitätsstiftenden Züge waren stark ausgeprägt. Dennoch müssen - so meine ich - ihre kritisch-analytischen Aspekte beachtet, in Relation zu den affirmativen gesetzt und danach gefragt werden, welche Wandlungen sich dabei von den 1950er bis 1980er Jahren vollzogen und welche Rolle die Historiker selbst dabei spielten. Solche Fragen

21 Solche und ähnliche apologetische Denk- und Argumentationsfiguren finden sich in einer Reihe von Erinnerungsschriften und im PDS-nahen Milieu „alternativer Wissenschaftskultur“. Siehe Stefan Berger: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S.1016-1034, bes. S.1020-1023; siehe auch Manfred Weißbecker (Hrsg.): Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, im Auftrag des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. Jena 2001.

22 Siehe Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S.32-51.

und Forderungen decken sich nicht mit den eigentlichen Erkenntniszielen und dem engeren Untersuchungsgegenstand des vorliegenden Buches. Sie reichen weit darüber hinaus und sind auch in erster Linie an die ganze Forschungsrichtung adressiert. Dennoch oder gerade deshalb sind sie auch an das vorliegende - in vieler Hinsicht vorzügliche - Buch von Lokatis zu richten.

8. Stellt es - so gesehen - gewissermaßen den *Höhe-* und *Endpunkt* eines nun schon zehnjährigen Forschungs-Großprojektes dar? Und müßte nun nicht doch über einen Perspektivwechsel einschlägig historiographiegeschichtlicher Forschungen nachgedacht werden? Und zwar in doppelter Hinsicht: *erstens* mit anders gelagerten Basisforschungen und Fallstudien zur DDR-Historiographie und *zweitens* in einer - erst jüngst wieder von Konrad H. Jarausch mit Nachdruck geforderten - deutsch-deutschen Bezugs-, Kontrast-, Vergleichs- und Gesamtgeschichtsperspektive²³. Das entzöge dieses Spezialfeld zeithistorischer DDR-Forschung der ja wohl sehr berechtigten Kritik Jürgen Kockas, die DDR-Forschung sei einer zu starken Binnensicht verhaftet und öffne sich zu wenig der nötigen komparatistischen Perspektive²⁴. Und es könnte dieses zeithistorische Forschungsfeld für die speziell auf die DDR²⁵ wie auf das gesamte 20. Jahrhundert²⁶ gerichtete Wissenschaftsgeschichte relevanter werden lassen, als das zur Zeit der Fall ist.

23 Siehe Konrad H. Jarausch: „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen 1/2004 (Internet-Ausdruck), S.1-15.

24 Siehe Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschland Archiv 36 (2003), S.764-769; ders.: Der Blick über den Tellerrand fehlt, in: Frankfurter Rundschau, 22.8.2003, S.7.

25 Die Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR gehört allerdings zu den bislang nicht allzu üppig beforschten Gebieten der DDR-Geschichte; das zeigt auch die ziemlich dürftige - zudem nur einen Bruchteil tatsächlicher Forschungen und Publikationen berücksichtigende - Bilanzstudie von Clemens Burrichter/Andreas Malycha: Wissenschaft in der DDR, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u. a. 2003, S.300-307.

26 Siehe Wissenschaften und Wissenschaftspolitik; hier spielen - das spiegelt den derzeit höchst unbefriedigenden Forschungsstand wider - die Wissenschaftsgeschichte der DDR in der gesamten Zeit nach 1949 eine sehr untergeordnete Rolle.

Die Parteigeschichtsschreibung der SED auf dem Seziertisch¹

Günter Benser

Siegfried Lokatis hat mit seinem Buch eine Diskussion um Geschichtsverständnis, Geschichtsvermittlung und Zensur von Geschichtsschreibung in der DDR herausgefordert. Sein „Roter Faden“ beruht auf intensivem Studium der reichlich fließenden archivalischen Quellen und wichtiger Sekundärliteratur. Aus diesem Fundus schöpfend, entwirft er sein Bild von der Geschichtsschreibung der SED und insbesondere von den Steuerungsmechanismen dieser Historiographie. Im Zentrum steht die 1966 erschienene achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“² - „das Geschichtswerk“, wie sie seinerzeit verkürzt genannt wurde - mit ihren Ursprüngen, dem Prozeß ihrer Erarbeitung und ihren Wirkungen. Im Zuge seiner Studien hat Lokatis auch den Kontakt zum Sekretär des Autorenkollektivs dieses Werkes sowie zu einzelnen Autoren gesucht.

Aus dem Kreis der Betroffenen sollte wohl besser niemand eine herkömmliche Rezension schreiben, dazu sind diese Personen denn doch zu sehr in das Geschehen involviert gewesen. Hingegen ist es legitim, die Befunde von Lokatis und deren Verarbeitung zu einer durchkomponierten Darstellung mit dem Wissen und den Erfahrungen eines Zeitzeugen zu messen. Da ich im „Roten Faden“ ein dutzendmal in den Zeugenstand gerufen worden bin, betone ich ausdrücklich: Ich nehme nicht deshalb Stellung, weil ich mich vom Autor schlecht behandelt fühle. Und ich ereifere mich hier nicht über jene Textstellen, die im Personenverzeichnis unter dem Namen Benser aufgelistet sind.³ Es geht mir um Wesentliches.

Lokatis stellt zunächst sein Konzept und seine Untersuchungsmethoden vor. Er untersucht die Editions politik des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, die ersten Schritte vor allem dieses Instituts auf dem Felde der Geschichtsschreibung, die Diskussion um den Charakter der Novemberrevolution im Jahre 1958 und die Thesen zum vierzigsten Jahrestag der Novemberrevolution. Dann rückt er die Verlags politik des Dietz Verlages in den Mittelpunkt. Es folgen Kapitel, die von der „Nationalen Grundkonzeption“ und vom „Grundriß“⁴ hinführen zum achtbändigen Geschichtswerk. Wer - wie ich -

1 Siegfried Lokatis: Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht (Historische Studien, hrsg. v. Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Bd. 25), Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien 2003, 391 S. Der im Untertitel enthaltene Begriff „Parteigeschichte“ ist nur berechtigt, wenn er als „von der Partei betriebene Geschichte“ verstanden wird, welche mehr als die „Geschichte der Partei“ zum Gegenstand hatte.

2 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1966.

3 Wenn Lokatis allerdings meint, mit einer Stelle aus meinem Buche belegen zu können, das IML habe die Koryphäen der Geschichtswissenschaft - im konkreten Falle Ernst Engelberg - „schikaniert“, so ist dies eine Unterstellung. Siehe Günter Benser: DDR - gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000, S.186.

4 Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963.

vieles von dem, was Lokatis beschreibt, aus nächster Nähe erlebt, manches davon in guter oder schlechter Erinnerung behalten hat und an anderes nun wieder erinnert worden ist, sollte die Sünden seiner Vergangenheit nicht abstreiten. Zumal der Autor kaum einzelne Personen anprangert, und es ihm auch nicht entgangen ist, daß selbst die Historiker in Parteiinstituten keine monolithische Einheit gebildet und untereinander Kontroversen ausgetragen haben. Lokatis mußte den Dirigismus von oben, die Unterordnung der Geschichtsinterpretation unter die Politik, die Disziplinierungen und die praktizierte Rabulistik nicht erfinden. Die Akteure selbst sorgten mit ihrem Aufzeichnungseifer dafür, daß Unrühmliches hinreichend und unanfechtbar überliefert worden ist.

Was da nun wieder zutage gefördert wird an Tabus und obskuren Debatten, geistigen Verrenkungen und diplomatischen Winkelzügen, obrigkeitlichen Entscheidungen und Demutsgesten bis hin zu den harten Realitäten der Ökonomie, wie sie sich spätestens in den Bilanzen des Dietz Verlages offenbarten, das macht den Gehalt dieses Buches aus, auch wenn es den Beteiligten bittere Pillen zu schlucken gibt. So soll hier auch nicht empfindlich abgeklopft werden, wo konkrete Sachverhalte nicht so recht durchschaut worden sind. Das kann allerdings dann nicht gelten, wenn Lokatis in schreienden Widerspruch zu den Tatsachen gerät, weil er seine eigene Version in die Akten hineinliest.⁵ Denn es kommt Skepsis auf. Wie

5 Hier zwei Beispiele, die mir symptomatisch erscheinen, weil solche Fehler nur passieren können, wenn Vorurteile im Spiele sind: Aus einem Brief des IML-Direktors Ludwig Einicke an Otto Grotewohl schlußfolgert Lokatis: „So unglaublich es klingt, aber man korrigierte in einem Dokumentenband tatsächlich das Datum einer Grotewohl-Rede, um sie vom 17. auf den 19. Juni 1945 zu verlegen.“ (S.54) Dieses Beispiel verdient aufgefächert zu werden. Die Dinge lagen so: Wir sind am IML darüber gestolpert, daß im Text der Grotewohl-Rede vom 17.6.1945 bereits der am 19.6. (also zwei Tage später) gebildete gemeinsame Arbeitsausschuß von KPD und SPD erwähnt ist. Da im Dokumentenband beide Texte unmittelbar aufeinander folgen, warf das natürlich Fragen auf. Eben dies ist im Brief Einickes an Grotewohl thematisiert, doch nirgendwo wird gesagt, daß deswegen ein Datum geändert werden soll. Anzunehmen ist, daß Grotewohl selbst den zwei Tage nach der SPD-Funktionärkonferenz geschaffenen Arbeitsausschuß noch in die erste Druckfassung seiner Rede eingeführt hat. Hätte Lokatis besagten Dokumentenband aufgeschlagen, wäre er auf folgendes Regest gestoßen: „Rede Otto Grotewohls über die Aufgaben und Ziele der SPD bei der Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands, gehalten auf der ersten Funktionärkonferenz der SPD in Groß-Berlin am 17. Juni“ (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959, S.35.) Bei der Wiedergabe dieser Rede wurde lediglich „vorbereitet“ ersetzt durch „vorbereitet“. So unglaublich es klingt, es gibt nur einen einzigen Menschen, der das Datum dieser Grotewohl-Rede verändert hat, und der heißt Siegfried Lokatis.

Unseriös ist es auch, wenn Lokatis aus Entscheidungen über Prioritäten bei der Herausgabe der Arbeiten von Marx und Engels, „direkt verbotene Texte von Marx und Engels wie ‚Revolution und Konterrevolution““ (S.35) macht. Dazu unternimmt er eigens einen Ausflug in das Jahr 1945, das weitab vom eigentlichen Zeitraum seiner Untersuchungen liegt. Das Sekretariat des ZK der KPD hatte in seiner Sitzung vom 24. November 1945 entschieden, „Revolution und Konterrevolution“ nicht zu drucken (wie ja auch vieles andere nicht sofort gedruckt werden konnte). Bei dieser Entscheidung spielten vermutlich auch von Sepp Schwab vorgetragene Bedenken bezüglich einiger Äußerungen von Marx und Engels über die slawischen Nachbarvölker Deutschlands eine Rolle, auf die sich Lokatis bezieht. Man muß den deutschen Zuständen des Jahres 1945 ziemlich fremd und den deutschen Kommunisten ziemlich befangen gegenüberstehen, um aus einer solchen Entscheidung „verbotene Texte von Marx und Engels“ zu machen. Schlimm wäre es gewesen, wenn die Führung der KPD den Empfindungen der von Deutschland überfallenen Länder unsensibel begegnet wäre. War es überhaupt opportun, im besieigten

zuverlässig sind andere Wertungen des Autors, die sich nicht so leicht überprüfen lassen?

1. Das Selbstverständnis von Parteiarbeitern und die Zensur

Lokatis ist nicht zu widersprechen, wenn er als eine seiner Ausgangsthesen formuliert: „Die Aufarbeitung der Parteigeschichte stand in einem prinzipiellen Zielkonflikt zwischen Analyse- und Propagandafunktion.“ (S.15) Das haben auch die meisten DDR-Historiker längst eingeräumt, indem sie die Unterordnung der Geschichte unter die Politik als die Hauptursache von Unterlassungen und Fehlern herausstellten. Bei Lokatis schließt sich unmittelbar ein Satz an, der Leitmotiv und Erklärungsmuster seiner gesamten Darstellung ist: „Dieser Zielkonflikt war nur durch Zensur zu lösen, oder, wie man damals gesagt hätte, mit den Mitteln ‚redaktioneller Verantwortlichkeit‘.“ (S.15) Lokatis räumt ein, daß der Zensurbegriff „ein grobschlächtiges Werkzeug“ (S.20) ist, doch hindert ihn das nicht am permanenten Gebrauch dieses Werkzeuges. Sein Zensurbegriff ist so vieldeutig, daß er sich auf jeglichen Umgang mit für den Druck bestimmten Texten anwenden läßt: von der Begutachtung und dem Ratschlag über die Forderung nach Korrekturen bis zur Verweigerung der Druckgenehmigung oder gar zum Einstampfen von Büchern und Broschüren. Viele aktenkundige Beispiele solcher Eingriffe bekommen wir vorgestellt.

Kritik an dieser Darstellung muß da ansetzen, wo sich zwischen der Detailliertheit und dem saloppen Umgang mit grundlegenden Tatsachen und Zusammenhängen, mit Erfahrungswelten und Denkstrukturen ein erheblicher Widerspruch ergibt. Er wird verstärkt durch den Umstand, daß Lokatis die bundesdeutschen politischen und geistigen Kontrahenten der SED-Historiker über weite Strecken ausblendet. Diese Einseitigkeit kann leicht übersehen werden, weil der Autor seine Leser mit routiniert eingesetzter Ironie gefangennimmt. Es ist das Recht eines Autors, die Erträge seines empirischen Forschens so zu präsentieren, wie er es für sinnvoll hält. Wenn er sich über manches lustig macht, kann ihm das niemand verwehren. Lokatis' ironischer Duktus⁶ ist allemal errätlicher als die Verleumdung oder die falsche Entrüstung, die uns ansonsten oft begegnen. Der Substanz vieler Vorgänge ist solche Ironie dennoch oft nicht angemessen. Mit Ironie soll deshalb auch nicht

und besetzten Deutschland mit mißtrauischen, antikommunistisch eingestellten westlichen Besatzungsbehörden als eine der ersten Publikationen ein Buch mit „Revolution“ im Titel herauszubringen? Auch das ist eine Frage, die sich ein Kritiker stellen sollte. Im übrigen hätte sich Lokatis mühelos davon überzeugen können, daß schon wenige Zeit später „Revolution und Konterrevolution“ mehrfach und in hohen Auflagen veröffentlicht wurde: (1949 und 1953 im Dietz Verlag und 1949 im Böhlau Verlag. Auch in Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II, Dietz Verlag 1954, sind diese „verbotenen Texte“ enthalten.

Daß Lokatis leicht in Archivalien enthaltene Fehler übersieht, zeigt sich auch dort, wo er eine Stelle wiedergibt, in der von „Lenins Briefen an Kugelmann“ (S.266) die Rede ist.

6 Der Autor hat Ironie geradezu zum fruchtbaren Arbeitsprinzip erhoben, das unerwartete Denkansätze freisetze. „Ironie, die mehr sein will als das billige Privileg eines Nachgeborenen, läßt verschiedene Möglichkeiten zu. Sie richtet nicht, sondern kann Widersprüchliches gelten lassen.“ (S.31) Wenn allerdings hinter ironisierenden Formulierungen Verweise auf Archivsignaturen erfolgen, weiß der Leser mitunter nicht mehr, wo die belegte Aussage endet und die ironische Verfremdung beginnt.

„zurückgezahlt“ werden, wenngleich manche Stellen dazu verlocken. Lokatis wird sich aber die Frage gefallen lassen müssen, wie es um die von ihm angelegte Meßlatte bestellt ist.

Lokatis beschreibt, wie simpel und zugleich kompliziert es in den Urgründen der am damaligen Marx-Engels-Lenin-Institut (später Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut, dann Institut für Marxismus-Leninismus) installierten Parteigeschichtsschreibung zugeht. Doch den für die Urteilsfindung gravierendsten Tatbestand spricht er nicht mit gebotener Deutlichkeit aus: Hier waren keine Historiker und keine Archivare am Werke. Hier handelten Parteiarbeiter, die den Parteauftrag hatten, sich auf dem Felde der Parteigeschichte zu betätigen. Das hatte verschiedene Ursachen, die hier nicht alle erörtert werden können. Eine wesentliche bestand darin, daß die deutsche Historikerkunft überwiegend konservativ, völkisch und zu beträchtlichen Teilen nazistisch dachte und lehrte, während marxistisch oder linksorientierte Historiker mit der Lupe gesucht werden mußten. Einige waren den faschistischen Verfolgungen oder den stalinistischen Säuberungen zum Opfer gefallen. Und was die an Institutionen der SED Parteigeschichte betreibenden Funktionäre anbelangt, so stellt sich doch die Frage: Wer hatte eigentlich mehr aus der Geschichte gelernt, diejenigen etablierten Historiker, die sich den Nazis angepaßt hatten und anschließend die erste bundesdeutsche Historikergeneration ausbildeten⁷, oder jene Amateure, die sich - ihr Leben riskierend - den Nazis widersetzt hatten?

Die Aussage, daß die auf das Feld der Historie delegierten *Parteiarbeiter* nicht nach den Regeln der Geschichtswissenschaft und der Archivkunde gearbeitet haben, ist ein zutreffender Befund. Den so Kritisierten gebrach es nicht nur am Handwerklichen. Diese Leute hatten einfach ein anderes Verhältnis zum Vergangenen; mit dessen Historizität kamen sie nicht zurecht. Sie wollten das meist auch gar nicht. Für sie und ihre Auftraggeber waren parteioffizielle Dokumente, Reden und Schriften von Parteiführern - aus welcher Zeit sie auch stammten - noch immer gültige Positionsbestimmungen und letztlich - zumindest indirekt - Anleitungen zum Handeln. Wenn sie in Texten nachträglich herumredigierten, ging es ihnen weniger um eine Korrektur der Vergangenheit als um Vorbeuge für die Gegenwart. Wurden, zum Beispiel, Anwürfe wie „Sozialfaschismus“ herausgekürzt, umformuliert oder ganze Texte wegen solcher Passagen verworfen, so entsprach dies gewiß auch dem Bedürfnis, die Vergangenheit der KPD zu schönern. Aber daneben lief eine andere, meines Erachtens wesentliche Argumentationskette, und zwar folgende: Wenn ein Parteiinstitut derartige historische Texte kolportieren würde, dann ließe dies den Schluß zu, man wolle sich von solchen Fehleinschätzungen und Verunglimpfungen nicht distanzieren, man identifiziere sich noch immer damit. Das war mit übertriebenen Erwartungen verbunden, auch der, daß die SPD - vor allem zu Zeiten von Wahlkämpfen - ideologisch-taktische Erwägungen der SED registrieren und honorieren würde.⁸

7 Dies ausblendend, charakterisiert Lokatis meine Generation ostdeutscher Historiker als „gewesene Pimpfe und Arbeitsdienstler“ (S.156).

8 Nicht unzutreffend machte später das Bonmot „Brandt-Schutzwochen“ die Runde.

Entsprechend galt für die Edition von Reden und Schriften lebender Parteiführer das Prinzip der „Veröffentlichung von letzter Hand“. Soweit es sich um (nicht selten Hör- oder Schreibfehler enthaltende) stenographische Mitschriften handelte, war es sowieso unerlässlich, aus der freien Rede eine Schreibe zu machen. (Wer hält schon die direkte Übernahme seines gesprochenen Wortes in eine gedruckte Fassung unbeschadet aus? Unsere heutigen „Und-da-denk-ich-mal“-Promis jedenfalls nicht.) SED-Politiker nahmen für sich in Anspruch, was andere Autoren nicht selten auch fordern: Ihre erstmals oder erneut veröffentlichten Texte so zu gestalten, wie es dem aktuellen Erkenntnisstand zum Zeitpunkt der Drucklegung entsprach. Es ist eine Sache, eine vordergründige Umformulierung, sagen wir: über die Politik der KP Chinas, anzuprangern, und eine andere Sache, ein politisches Risiko einzugehen, im gewählten Beispiel: sich wegen eines gedruckten Textes die Demarche des chinesischen Botschafters einzuhandeln. Mit wissenschaftlich-kritischer Edition, mit historischer Genauigkeit hatte dies nichts zu tun. Das Schlimme war, daß auf solche Weise aktualisierte, entschärfte, aufgebesserte Texte Eingang in die Geschichtsschreibung fanden, indem sie als Quellen und als Autoritätsbeweise dienten.

Greifen wir noch einen anderen Abschnitt heraus, das „Am Prokrustesbett der Periodisierung“ überschrieben und dem Kernstück des Buches vorgelagert ist. Hier finden wir manches über Nachwirkungen der „Geschichte der KPdSU(B). Kurzer Abriß“, über Zwistigkeiten und Konkurrenzverhalten von Parteiinstituten und ähnliche Erscheinungen, die es tatsächlich gegeben hat. Lokatis entdeckt eine „an einen mittelalterlichen Abendmahlstreit erinnernde Intensität“ (S.77). Warum aber verschweigt er den eigentlichen Kern der Debatte? Es wurde vornehmlich darüber diskutiert, wie die damals unter Marxisten unangefochtene Abfolge von Gesellschaftsformationen, die epochenbestimmenden internationalen Ereignisse, die nationalgeschichtlichen Zäsuren und die gravierenden Einschnitte in der Geschichte der Arbeiterbewegung beziehungsweise der Partei aufeinander bezogen waren und wie sie sich möglichst widerspruchsfrei in ein Gesamtkonzept der Periodisierung bringen lassen. Bei allen mitunter recht pragmatischen Argumenten sowie persönlichen beziehungsweise institutionelle Rängeleien - es ging um Fragestellungen mit großer historischer Dimension. Sie mögen der gegenwärtig dominierenden, oft provinziellen, gesamtdeutsche und internationale Zusammenhänge ignorierenden DDR-Forschung fremd sein, doch ohne deren Beantwortung läßt sich keine homogene Gesamtdarstellung zur Parteigeschichtsschreibung verfassen.

Noch fragwürdiger sind die Urteile Lokatis' über die Anfänge des IML-Archivs, denn diese lassen sich einfach nicht mit den Maßstäben des modernen Archivwesens messen. Damals existierten wenige Sammlungen und einige Bestände von Nazijustiz- und Gestapoakten, verwaltet von Leuten, denen die Prinzipien wissenschaftlicher Archivkunde nicht nur fremd, sondern auch suspekt waren. Erst mit der Übernahme des Wilhelm-Pieck-Nachlasses Ende 1960, genaugenommen jedoch erst im Gefolge des Beschlusses über die Schaffung des einheitlichen Parteiarchivwesens vom 8. April 1963 und mit den Richtlinien für den Umgang mit dem Schriftgut der Grundorganisationen der SED vom 13. September 1965, entwickelte sich eine annähernd repräsentative parteihistorische Überlieferung. Da stand aber immer noch

die Rückführung des in Moskau lagernden Historischen Archivs der KPD aus, die erst 1969/1970 erfolgte.⁹ Also sollte die Kritik an Praktiken dieser Frühperiode, nicht zuletzt am *Archivzugang*, fairerweise berücksichtigen, daß es so viel nicht zu verbergen gab. Im übrigen wären Mitte der 50er Jahre, hätte man die Grundsätze des heute geltenden bundesdeutschen Archivgesetzes (die ja für Privat-, Organisations- und Unternehmensarchive gar nicht verbindlich sind) befolgt, alle Akten ab 1925 gesperrt gewesen.

Natürlich hätte man seinerzeit allen tatsächlichen oder vermeintlichen Kalamitäten am besten begegnen können durch die Trennung von Partei und Historiographie beziehungsweise historischer Edition. Dies ließ das Selbstverständnis der SED jedoch nicht zu. Das darf bedauert, kritisiert oder auch angeprangert werden. Nur sollte nicht übersehen werden, daß andere Organisationen und Institutionen in Ost wie West - nicht zuletzt die Wirtschaftsunternehmen - ihre Überlieferungen und deren Interpretation ebenfalls unter mehr oder weniger strikter Kontrolle halten. Davon unterschied sich die SED allerdings in einem entscheidenden, von Lokatis zu Recht hervorgehobenen Punkt: durch ihren Anspruch, über die einzig wissenschaftliche Interpretation der modernen Geschichte und über ein allgemein verbindliches Geschichtsbild zu verfügen.

Die Entwicklung der Parteigeschichtsschreibung und des Archivwesens der SED ließe sich als ein widersprüchlicher, von Rückschlägen begleiteter, wiederholt abgebremster, nie zu Ende gebrachter, dennoch fortschreitender Prozeß der Abnabelung von ihren primitiven Ursprüngen darstellen. Womöglich hält sich Lokatis zugute, daß er eben dies getan habe. Doch wird von ihm, der sich als „Zensurforscher“ versteht, die Rolle der Zensur derart überstrapaziert, daß andere Kriterien an den Rand gedrückt werden. Für übergreifende Denkansätze und für aus dem historisch-politischen Geschehen zu ziehende Schlußfolgerungen bleibt da kaum Raum.

2. Von den Thesen zur Novemberrevolution zum Achtbänder

Am deutlichsten tritt dies bei der Behandlung der Thesen „40 Jahre Novemberrevolution“ hervor.

Es trifft gewiß zu, daß diesen Thesen hoher Stellenwert beizumessen ist. Mit ihnen erfolgte der direkte Einstieg in jenen unmittelbaren Arbeitsprozeß, an dessen Ende die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden“ stand. Lokatis hat auch unwiderlegbare Beweise dafür zusammengetragen, daß Ende der 50er Jahre zumindest auf dem Felde der Gesellschaftswissenschaften und der ideologieträchtigen Belletristik eine strangulierende Praxis herrschte, die die Folgen des 11. Plenums 1965 vielleicht noch übertraf.¹⁰ Dies jedoch alles auf die „republikweite Durchschlagskraft der November-Thesen“ (S.119) und zugespitzt auf Ulbrichts

⁹ Das ist auch Lokatis bekannt, wird von ihm aber erst im letzten Drittel des Buches erwähnt. Siehe S.228, 268.

¹⁰ Bei Lokatis liest sich das so: „Verglichen mit der Wucht der Kampagne von 1958 war das ‚Kahlschlagplenum‘ von 1965 eine zivile Angelegenheit. [...] Auch institutionsgeschichtlich wurde 1958 zum wichtigsten Einschnitt in der Zensurgeschichte der DDR.“ (S.119)

Deutungsanspruch bezüglich des Charakters dieser Revolution zurückzuführen, ist überzogen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Lokatis eine Verbindungsstelle gesucht hat, in der sich seine beiden Forschungsstränge - Zensurgeschichte und SED-Geschichtsschreibung am Beispiel des Achtbänders - miteinander so verkoppeln ließen, daß sie nur noch als zwei Funktionen eines einzigen Schaltkreises erscheinen.

Auch für diesen Untersuchungsabschnitt gilt: Brilliert Lokatis mit seiner Aktenkenntnis, so sind seine Interpretationen oft kurzschlüssig, wenn nicht tendenziös. Sein Wissen stützt sich weniger auf die parteihistorischen Veröffentlichungen selbst (davon künden auch seine Literaturnachweise) als auf jene Archivalien, die Umstände ihrer Entstehung reflektieren. Zum anderen interessiert ihn das historisch-politische Umfeld viel zu wenig und nur einseitig. So sind für ihn zwar der XX. Parteitag der KPdSU und dessen Folgen (Parteigeschichtsschreibung minus Stalin und minus „Geschichte der KPdSU(B). Kurzer Lehrgang“) zentrale Bezugspunkte. Andere Geschehnisse und Entscheidungen, die ebenfalls auf die Parteigeschichtsschreibung und deren Steuerungsmechanismen wesentlich eingewirkt haben, tauchen aber überhaupt nicht auf. Nur andeutungsweise nenne ich hier den Abschluß der Pariser Verträge, deren Konsequenzen für die Deutschlandpolitik der SED zu einem neuen, auf die DDR bezogenen, die Geschichtsbetrachtung neu orientierenden Vaterlandsbegriff führten. Oder die vom V. Parteitag der SED verkündete Zielsetzung „Sieg des Sozialismus“ (später abgeschwächt: „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“), die mit einer massiven Kampagne zur Durchsetzung der sozialistischen Ideologie verbunden war, ohne die sich so manche der von Lokatis registrierten Erscheinungen nicht erklären lassen.

Dem Autor ist zuzustimmen, wenn er hervorhebt: „Ohne das Skelett der ‚nationalen Grundkonzeption‘ wäre weder ein in sich kohärenter ‚Grundriß‘, noch eine achtbändige ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung‘ entstanden.“ (S.171) Und es trifft auch zu, daß dieses Konzept sich nicht ohne weiteres durchsetzte, weil manche Historiker nicht ganz unbegründet befürchteten, hier würde das Spannungsverhältnis zwischen nationaler und sozialer Frage eingegebenet, Klassenkämpfe würden vordergründig als Auseinandersetzungen um die Bewahrung und Neuformierung der deutschen Nation interpretiert. Gleichwohl war diese „Nagruko“ nicht die schlechteste aller denkbaren Leitideen für eine Gesamtdarstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zumal die nationale Frage in diesem Verständnis aufs engste mit der Friedensfrage verknüpft war.¹¹ Mir erscheint dies noch heute als ein historisch wie auch politisch-moralisch besser begründetes Konzept als der Delegitimierungsauftrag, dem die dominierende DDR-Forschung

¹¹ Diese ins Auge springende Verknüpfung ist Lokatis offenbar entgangen. Oder sie paßte nicht in sein Raster. Das vom Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Juni 1962 zum Beschluß erhobene „Nationale Dokument“ begann mit den Worten: „Das deutsche Volk braucht Frieden wie das tägliche Brot, wie die Luft zum Atmen. Ein neuer Krieg auf deutschem Boden könnte das Ende der Nation sein.“ Siehe Die geschichtliche Aufgabe der Deutsche Demokratische Republik und die Zukunft Deutschlands, in: Programmatistische Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, hrsg. u. eingel. v. Helmut Neef, Berlin 1967, S.200.

heute dienstfertig Folge leistet. Wer sich auch nur einigermaßen in der Geschichte der Arbeiterbewegung und in deren Historiographie auskennt, der weiß, daß diese sich immer im Spannungsfeld Soziales - Nationales - Internationales bewegten. Und es hat allen Strömungen der Arbeiterbewegung große, teils unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet, sich in diesem Spannungsfeld ausgewogen zu orientieren und nicht der Verabsolutierung des einen oder des anderen Entwicklungsfaktors zu erliegen.

Insgesamt ist diese Problematik viel zu umfassend, um sie - wie dies Lokatis tut - allein an „Ulbrichts Thesen zur Novemberrevolution“ (S.163), dem „Universal-schlüssel“ (S.164), festzumachen.¹² Abgesehen davon, daß die Orientierung auf ein patriotisches Geschichtsbild schon mit dem III. Parteitag der SED des Jahres 1950 und den ihm folgenden Beschlüssen gegeben wurde, erfolgte ein wesentlicher Schub mit dem 10. Jahrestag der Gründung der DDR, als im Widerstreit erarbeitete Thesen und schließlich die von allen Historikern zu respektierende Arbeit Walter Ulbrichts „Des deutschen Volkes Weg und Ziel“¹³ erschienen. Ohne diese Schritte, die schließlich in das „Nationale Dokument“ einmündeten, kann eigentlich vom „Roten Faden“ nicht gesprochen werden.

Auch war die Auseinandersetzung um den Charakter der Novemberrevolution wesentlich stärker mit empirischen Untersuchungen verbunden (zum Beispiel zur Ausbreitung der Arbeiter- und Soldatenräte oder zur Herausbildung kommunistischer Parteiorganisationen), als dies Lokatis erkennen läßt. Verdienstvoll ist, wie Lokatis an die Beharrlichkeit Rudolf Lindaus und an den beschämenden Umgang mit diesem gestandenen Manne erinnert.

Nun endlich (auf S.233) beim Kernstück der SED-Partei-geschichtsschreibung und auch des Untersuchungsgegenstandes angelangt, bei der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, nimmt die Darstellung einen merklich veränderten Fortgang. Sie kommt dichter an die Wirklichkeit heran. Tatsächlich stellte das Erarbeiten, Diskutieren, Veröffentlichen und Propagieren des Achtbänders - wie auch Lokatis es sieht - in quantitativer und qualitativer Hinsicht und vor allem vom politischen und wissenschaftlichen Stellenwert her den Höhepunkt der SED-Geschichtsschreibung dar.¹⁴ Lokatis' Beschreibung kam zugute, daß eine derart reichhaltige Überlieferung aus dem Arbeits-, Diskussions- und Verbreitungsprozess¹⁵

12 Auch die Detailkritik wirkt hier oft beckmesserisch. Was ist denn falsch an dem von Lokatis (S.170) kritisierten Satz über Karl Liebknecht aus der Feder von Annelies Laschitza, die wahrscheinlich heute das Gleiche in einer etwas weniger ideologisierten Sprache wiederholen würde: „Er leistete eine große theoretische Arbeit, um die antinationale Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus und die volksfeindliche Politik der Rüstungsmonopole aufzudecken und wies die Arbeiterklasse auf ihre hohe Mission als Führerin im Kampfe gegen die Todfeinde der Nation hin.“

13 Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel, in: Einheit 1959, H. 9, S.1169-1242.

14 Hier finden sich auch jene Stellen, in denen der Autor anerkennende Worte findet, die nicht ironisch gemeint sind: So „wurde die ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung‘ keine ‚Buchbindersynthese‘ und war alles andere als ein zusammengestoppelter Flickenteppich“ (S.236), „werden die bemerkenswerten Fortschritte der Partei-geschichtsschreibung am Achtbänder deutlich“ (S.246).

15 Lokatis spricht insgesamt von einer relevanten Überlieferung des IML, die weit über 500 Akteneinheiten umfaßt, nicht mitgerechnet die Nachlässe, Akten zuständiger Abteilungen des Zentralkomitees, des Dietz Verlages und des Ministeriums für Kultur (S.28). Die „Textmasse“, welche der

herausströmte, denn mit ihr verbot es sich, aus einzelnen Sätzen fragwürdige Schlüsse zu ziehen, wie das in anderen Teilen des Buches mitunter geschieht. Schließlich aber ist ablesbar, daß das immense Arbeitspensum, die stabmäßige Organisation, die Inpflichtnahme des Zentralkomitees, des Parteiapparates, der Institutionen der Geschichtswissenschaft und anderer Gesellschaftswissenschaften wie des Verlagswesens und der Polygraphie, das persönliche Engagement Walter Ulbrichts und dessen Wissen um historische Vorgänge und Zusammenhänge, vor allem aber die im Autorenkollektiv thematisierten inhaltlichen Probleme und Entscheidungen den - ursprünglich auf den schmalen Pfaden der Zensur wandelnden - Autor Lokatis beeindruckt haben. Was er über die Beratung der einzelnen Bände und Kapitel berichtet, ist eine im wesentlichen korrekte und belegte, lesenswerte Zusammenfassung, die geeignet ist, manche simple Vorstellungen von Historiographie unter der SED-Diktatur abzutragen. Hier werden endlich Bezüge zwischen der Geschichtsschreibung in der DDR und politischen Positionierungen im kalten Krieg, in der Deutschlandpolitik, zu den Sozialdemokraten, zur KPdSU und zu anderen „Bruderparteien“ deutlicher und in ihren tatsächlichen Zusammenhängen herausgestellt. Für den Autor hätte die am Beispiel des Achtbänders gewonnenen Erkenntnisse eigentlich Anlaß zu der Frage sein müssen, ob und inwieweit auch bei dem in den Vorkapiteln beschriebenen Werdegang von Parteigeschichte und Zensur derartige Bezüge gründlicher zu bedenken gewesen wären. Auch dort, wo sie in den Archivalien nicht in vergleichbarer Dichte und Schärfe hervortreten.

Wie von der Anlage des Buches her zu erwarten, mündet Lokatis' Bericht schließlich wieder in die Geschichte der Zensur ein. Tatsächlich war mit dem „Geschichtswerk“ ein Leittext entstanden, der vehement propagiert und in die unterschiedlichsten Bereiche von Wissenschaft, Bildung und Kultur transportiert wurde, wie das im „Roten Faden“ ausschweifend, mitunter genüßlich, gleichwohl im Kern zutreffend, belegt wird. Den westdeutschen Rezensenten bereitete es seinerzeit keine große Mühe, die Schwachstellen der acht Bände herauszufinden. Ob sie diese in ein ausgewogenes Verhältnis zum Gesamtwerk gerückt haben und wie überhaupt in Westdeutschland politisch gegen diese geistige Konterbande vorgegangen wurde, steht auf einem anderen Blatt. Es gehört nicht zur ostdeutschen „Zensurgeschichte“ und wird von Lokatis nicht thematisiert. Übrigens: Das Geschichtswerk erfreute sich auch der Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes der BRD¹⁶. Und wer sich an das damalige politische Klima in Deutschland erinnert, den kann es nicht verwundern,

Diskussions- und Begutachtungsprozeß hinterlassen hat, übersteige den über 5.000 Seiten umfassenden Achtbänder um „weit mehr als das Zehnfache“ (S.255).

¹⁶ Wie „Neues Deutschland“ am 23.9.1966 unter Berufung auf das „Hamburger Abendblatt“ meldete, waren auf dem Postwege versandte Exemplare der Bände 5 bis 8 in Hannover von Zollbeamten beschlagnahmt und der Hamburger Staatsanwaltschaft vorgelegt worden, die ihrerseits ein Gutachten des Amtes für Verfassungsschutz anforderte. Bei einer - im Vorfeld des Achtbänders - in Frankfurt a.M. im Mai 1965 durchgeführten Veranstaltung der August-Bebel-Gesellschaft registrierte ich „etwa 250 Teilnehmer, zwei Mannschaftswagen der Polizei, zehn Polizisten in Zivil im Vorraum und zwei Beamte des Verfassungsschutzes im Saale“. (Benser: DDR, S.286. Lokatis hat diesem Buche manches Zitat entnommen, warum nicht auch mal ein solches?)

daß die angeheizte Atmosphäre auf beiden Seiten auch in historischen Texten durchschlug. Überdies ergaben sich manche Reibungsflächen mit sowjetischen, polnischen oder tschechischen Parteihistorikern, auf die Lokatis begründet hinweist, zumal dies Insiderwissen geblieben war.

3. Gewichtiges und Punktuelles

Das von Lokatis abschließend entworfene Bild vom IML, das nun für geraume Zeit fast gänzlich als Wächter über die „Heilige Schrift‘ der SED“ (S.328) fungiert habe, ist mit einem groben Pinsel gemalt. Zum einen - das benennt auch Lokatis - wurden die acht Bände nicht als Endstation der Parteigeschichtsschreibung der SED betrachtet.¹⁷ So war schon frühzeitig von der Notwendigkeit einer zweiten verbesserten Auflage die Rede, was mir bei anderen „Heiligen Schriften“ bislang nie begegnet ist. Es existieren - auch von Lokatis erwähnte - Einschätzungen der Verfasser über unbefriedigend gelöste Probleme beziehungsweise lückenhaft behandelte Bereiche. Es wurden Listen dringlich zu bearbeitender Themen zusammengestellt, als Vorschläge für Dissertationen oder Diplomarbeiten.¹⁸ Ein im Verständnis seiner Verfasser derart verbesserungswürdiger Text konnte allenfalls von seinem ideologischen Anspruch her, nicht aber in allen Textteilen eine „Heilige Schrift“ sein.

Wenn nun viele Manuskripte und auch bereits vorliegende Publikationen mit der Elle des „Geschichtswerkes“ gemessen und mit entsprechenden Auflagen versehen wurden, war dies selbstverständlich eine Reglementierung. Doch mußte dies nicht automatisch bedeuten, daß auf solche Weise reifere Texte auf ein niederes Niveau abgesenkt oder besser begründete Sichten unterdrückt worden wären. Ich behaupte aus meiner Kenntnis der Vorgänge, daß in der Regel das Gegenteil der Fall war und eine Anhebung auf das Niveau des Achtbänders erfolgte. Allerdings geschah das nicht selten auch dort, wo es getrost hätte unterbleiben können.

In diesem Zusammenhang verzerrt Lokatis die Proportionen in den Aktivitäten des IML. Kaum waren die acht Bände erschienen, rückte international die Vorbereitung des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution ins Zentrum der gesellschaftswissenschaftlichen Tätigkeit. Der Prospekt für die Marx-Engels-Gesamt-Ausgabe (MEGA) wurde erarbeitet. Schon bald meldeten sich besorgte Genossen, die befürchteten, eine Überbetonung der Geschichte könnte die Aufmerksamkeit der Partei von anderen Problemen ablenken.¹⁹ Die Abteilung Propaganda des Zentralkomitees wies

17 Entsprechend hieß es im Vorwort: „Das mehrbändige Geschichtswerk faßt die bisherigen Ergebnisse der geschichtswissenschaftlichen Arbeiten zusammen und schafft einen neuen Ausgangspunkt für weitere Forschungen...“ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 1, S.10.

18 Soweit ich mich entsinne, insbesondere zum politischen Alltag, zur Basisarbeit, zu den ökonomischen Kämpfen, zur Arbeiterkulturbewegung und zu den proletarischen Massenorganisationen. Es ist schwer vorstellbar, daß Lokatis nicht auch Hinweise darauf fand.

19 Das IML - immer verpflichtet, auf der Höhe der Gesamtpolitik der Partei zu sein - beschäftigte sich auf Versammlungen im Jahre 1966 mit dem Neuen Ökonomischen System, mit Rationalisierung und Standardisierung in der Volkswirtschaft, mit der Industriepreisreform, mit Informationstheorie, mit der Landwirtschaftspolitik und der Kulturpolitik, mit dem im September 1965 erlassenen Gesetz über das

immer stärker auf die aktuellen Bezüge historischer Themen hin und favorisierte weniger chronologisch angelegte Komplexe.

Damit sind wir bei der entscheidenden methodologischen Grenze der Untersuchungen des Autors. Lokatis kennt wie kein Zweiter (auch besser als die meisten Beteiligten) die umfangreiche, innere Vorgänge widerspiegelnde, Überlieferung aus einem reichlichen Jahrzehnt: die Pläne, die Gutachten, die Korrespondenzen, die Anweisungen, die Begleitmaterialien zur achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, wobei er den Bogen bis zu den staatlichen Stellen und zu den Verlagen spannt. Das zu erfassen, erforderte einen immensen Arbeitsaufwand, zumal Lokatis bemüht war, vielen komplizierten Abläufen auf die Spur zu kommen. (Hier bliebe höchstens zu fragen, ob er sich immer bewußt war, daß es vor allem die problematischen, konfliktgeladenen Ereignisse sind, die in Berichten, Einschätzungen und Korrespondenzen auftauchen, während die „Normalität“ weit weniger aktenkundig geworden ist.) Lokatis hat sich mit den wichtigsten – wenn gleich nicht mit allen wesentlichen – Endprodukten der Parteigeschichtsschreibung befaßt: mit veröffentlichten Thesen, Reden und Aufsätzen, Büchern. Er kennt aber offenbar jene Manuskripte oder Vorlagen nicht, die – seiner Diktion folgend – „zensiert“ worden sind. Zumindest ist nicht erkennbar, daß er sich zu deren Qualität eine Meinung gebildet hat.²⁰ Hier klappt zwischen dem Gewichtigen und dem Punktuellen eine Lücke. Diese Lücke – das sei eingeräumt – ist von einem einzelnen Autor über eine so weite Strecke kaum zu schließen, jedenfalls nicht im Zeitrahmen eines Einzelprojektes. In vielen Fällen dürften die besagten Papiere auch schwer zu finden sein oder gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Nicht die Lücke ist daher dem Autor vorzuhalten, sondern die Tatsache, daß er trotz dieser Lücke, die ihm bewußt gewesen sein muß, meinte, derart unbeschwert beurteilen und *verurteilen* zu können, wie im Sinne des Achtbänders „zensiert“ wurde. Hier tritt besonders hervor, daß er kein Gespür dafür hat, wo seine Ironie fehl am Platze ist und wo sie anmaßend wirkt, zumindest auf Leute, die sich in der behandelten Materie ebenfalls auskennen.

Alles in allem stellt Lokatis die achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung klar erkennbar über andere Resultate der SED-Geschichtsschreibung. Er wollte diesem Werk gewiß Gerechtigkeit widerfahren lassen. Womöglich hat er sich zwischen mehrere Stühle gesetzt und nicht nur die Kritik von Insidern herausgefordert, sondern sich andererseits den Ärger jener Leute zugezogen, die eine differenzierende Sicht als störend empfinden. Manchen wird eine Publikation nicht zusagen, in dem SED-Geschichtsschreibung auch als Diskussions- und Erkenntnisprozess dargestellt ist, weil sie nicht in das Bild von Diktatur und Unrechtsstaat paßt. So gesehen ist Lokatis' „Roter Faden“ auch ein Buch, das gegen den Strom geschrieben wurde.

Urheberrecht, mit dem Offenen Brief an die SPD und die damit eingeleiteten Diskurse und weiteren Fragen.

²⁰ Aus eigener Erfahrung behaupte ich, daß neben reglementierenden Eingriffen viele Begutachtungen stehen, deren Berücksichtigung den Manuskripten gutgetan hat. So manches Manuskript wäre allein wegen formaler Schwächen von keinem westdeutschen Verlag in Druck gegeben worden.

Neben dem bereits Kritisierten bleibt jedoch abschließend festzustellen, daß Lokatis zu einem entscheidenden Punkt der SED-Geschichtsschreibung nicht vordringt: Mit den Anstrengungen um die Erarbeitung und Verbreitung des „Geschichtswerkes“ erlangten die Arbeiterbewegung, ihre Geschichte wie auch vieles von ihren Idealen und Werten nicht nur in der Historiographie, sondern überhaupt im gesellschaftlichen Bewußtsein in Deutschland-Ost und abgeschwächt auch in Deutschland-West einen herausragenden Platz. In der inzwischen erweiterten Bundesrepublik fristen sie hingegen ein kümmerliches Dasein. Heute ist es möglich, über geistige Grundlagen und Werte einer europäischen Gemeinschaft zu sinnieren, ohne jene Spur, die von der europäischen Arbeiterbewegung gezogen wurde, auch nur zu erwähnen. Lokatis läßt offen, wie er das findet - ich finde es nicht gut.



+ eine große familie in einem großen format +
+ herausgegeben von gerd kaiser +
+ zwei jahrhunderte gespiegelt in einer familie + viele abbildungen +
+ 26 euro + 374 seiten + ISBN 3-929390-62-0 + im buchhandel erhältlich +

Leserzuschrift

Zum Aufsatz von Volker Riedel*

Anneliese Griese

Die weitreichenden Schlußfolgerungen des Autors bezüglich des vollständigen Scheiterns der Marxschen Theorie und der Unmöglichkeit, menschliches Leben nach ethischen und intellektuellen Maßstäben zu gestalten, kann man vielleicht als Ausdruck grenzenloser persönlicher Enttäuschung über den jüngsten Verlauf der Geschichte erklären und verstehen, wissenschaftlich akzeptabel sind sie aber nach meiner Ansicht keinesfalls. Volker Riedel schüttet gewissermaßen das Kind mit dem Bade aus. Wenn man die historische Bedeutung des Christentums und des Liberalismus akzeptiert – ungeachtet aller Probleme bei der Umsetzung der mit ihnen verbundenen Ideen – sollte man dem Sozialismus als Leitidee für menschliches Handeln (die natürlich lange vor Marx entwickelt wurde) doch wenigstens einen vergleichbaren Status zuerkennen.

Bei der Lektüre des Aufsatzes fragt man sich, warum sich Volker Riedel nicht zunächst auf einen Aspekt der Theorie von Marx beschränkt und diesen um so gründlicher und differenzierter analysiert, unter Beachtung des historischen Kontextes und bei der Verwendung neuer Resultate der historisch-kritischen Edition, die leider von ihm offenbar völlig ignoriert werden. Ein solches Vorgehen würde die Möglichkeit bieten, zu einem wirklichen Beitrag zu einer sachgerechten Beurteilung von Marx zu gelangen, die natürlich auch seine Irrtümer und seine historischen Illusionen kenntlich machen muß, wie es bei allen großen Denkern unerlässlich ist.

Für sehr problematisch halte ich auch die Meinung des Autors, die Irrtümer oder Illusionen von Marx seien vermeidbar gewesen, wenn dieser nur den bisherigen Ablauf der Geschichte und die reale Situation seiner Zeit genauer zur Kenntnis genommen hätte. So einfach ist leider der Weg der wissenschaftlichen Erkenntnis nicht.

* Volker Riedel: Zur Kritik der Marxschen Philosophie, in: JBzG 2004/I, S.105-126.

Berichte

Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni (Erster Teil)

Jochen Černý

Annähernd fünfzig selbständigen Veröffentlichungen ist in einem Literaturbericht kaum gerecht zu werden und gleich gar nicht dem Vielfachen an einschlägigen Beiträgen in Sammelbänden und Zeitschriften. Die Unterschiede in Charakter und Qualität der Texte vergrößern die Verlegenheit des Rezensenten, sind aber zugleich seine Chance. So soll hier weitestgehend ausgespart bleiben, was der „Massenmedialisierung“ jenes Tages (Edgar Wolfrum) geschuldet ist, und hauptsächlich nach neuen Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit gefragt werden. Der vorliegende erste Teil des Berichts stellt Ergebnisse von Zeitzeugenbefragungen und - in der Hauptsache - lokal- sowie regionalgeschichtliche Studien vor, behandelt dann Forschungen, die sich auf die Arbeiterschaft, auf FDGB und SED sowie auf die Rolle der DDR-Intelligenz konzentrieren, und schließt mit Literatur zur Unterdrückung des Aufstands. Im zweiten Teil des Berichts, der im nächsten Jahrbuchheft erscheint, äußert sich Ernst Wurl zu den umfassenden Darstellungen, Betrachtungen und Deutungen des Aufstands in seinen deutsch-deutschen und internationalen Zusammenhängen.

Die Bibliographie von Peter Bruhn¹ ist insofern die wichtigste Neuerscheinung, als sie mit insgesamt 2345 Titeln, von denen 1379 bis zum Dezember 1989 entstanden, so ziemlich alles erfassen dürfte, was von 1953 bis in das Jahr 2003 hinein an Einschlägigem gedruckt wurde und heute noch von Interesse sein könnte – ob es nun in der Tagespresse, in Zeitschriften oder eigenständig erschien, in Sammelbänden oder in Überblicksdarstellungen, als amtliche Drucksache oder „graue Literatur“. Belletristik ist nicht ausgenommen. Wie Bruhn eingangs erklärt (S.12), verzeichnete er die Schriften „ohne Rücksicht auf ihre politische Herkunft oder gar auf ihre Solidität“, war aber lediglich bei den Monographien „um Vollständigkeit bemüht“. Bei Zeitungen und insbesondere bei Veröffentlichungen zum alljährlichen „Tag der deutschen Einheit“ mußte er sich auf „typische oder markante Beispiele“ beschränken. Das Verzeichnis ist nach Erscheinungsjahren geordnet und macht die Literatur auf mehreren Wegen sehr gut zugänglich: über ein

¹ Die Titel aller im vorliegenden Bericht genannten Neuerscheinungen des Jahres 2003 finden sich am Ende des Textes in einer nach Verfasser- bzw. Herausgebernamen alphabetisch geordneten Liste. Im Text gibt es eingeklammerte Seitenangaben nur für Zitate. In Fußnoten werden lediglich die älteren Veröffentlichungen genannt, auf die sich der Text vergleichsweise bezieht.

systematisches Themen-Verzeichnis, das u.a. nach Art und Herkunft der Schriften untergliedert ist, sowie über ein Personen-Register, das nicht nur Autoren, sondern auch die in Titeln und Inhaltsverzeichnissen erscheinenden Namen nennt.

Die Zeitzeugen

Der 50. Jahrestag dürfte der letzte gewesen sein, an dem sich ein unabweisbarer Anlaß mit der Möglichkeit verband, viele Zeitzeugen zu befragen. Und nie zuvor erschienen derart viele Erlebnisberichte in Zeitungen und Zeitschriften sowie in Sammelbänden und eigenständigen Veröffentlichungen.

Carl-Wolfgang Holzapfel, der Vorsitzende der Vereinigung 17. Juni 1953 e.V., gab eine Broschüre heraus, die neben den Stellungnahmen dieser Vereinigung zum Jahrestag, ihrer Chronik (ab 1953) und einer „Gesamtübersicht“ über die von ihr ermittelten „bis zu 125 Toten des Volksaufstandes [...], seiner Niederschlagung und folgender strafrechtlicher Maßnahmen“ (S.153), Erinnerungen von vier damals aktiv Beteiligten enthält.

Das vom SUPERillu-Chefredakteur Jochen Wolff herausgegebene Buch bereiten Journalisten mit Unterstützung von Historikern vor. Die Auskünfte von 31 Zeitzeugen der Jahrgänge 1910 bis 1942 finden sich hier zwischen einführenden und erklärenden Texten, Dokumenten und Fotos. Einer großen Leserschaft zugeordnet, wird das dem Spezialisten um so weniger Neues bieten, als vieles davon auch anderswo veröffentlicht wurde. Neues findet er eher im II. Teil des von Ulrich Mählert herausgegebenen Sammelbandes. Genannt seien hier nur der Bericht über die Vorgänge in Berlin-Mitte, den Peter Bruhn (oben als Bibliograph vorgestellt) bereits im Frühjahr 1954 anfertigte, sowie die von Klaus Schwabe verfaßte Würdigung Robert Dahlems. Der Sohn des im Mai 1953 abgesetzten, vordem hochrangigen KPD- und SED-Funktionärs gehörte zu den Sprechern der Streikenden in der Warnowwerft. Solche biographischen Skizzen, erst recht aber umfassendere Lebensbeschreibungen, sind leider nach wie vor selten.

Stefanie Wahl brachte in den von ihr zusammen mit Paul Werner Wagner herausgegebenen Sammelband eine aufschlußreiche Auswertung ihrer Gespräche mit 14 der am Bitterfelder Aufstand unmittelbar Beteiligten ein. Über andere von ihr Angesprochene schreibt sie: „Dieser Tag hat ihnen nur Schwierigkeiten bereitet, er ließ sich in ihr Leben nicht positiv integrieren, deshalb wurden die Erlebnisse abgekapselt und weggeschoben. So schweigen sie bis heute“ (S.60). Wahl stützt sich u.a. auf schriftliche Zeitzeugenberichte, die von ihr zumindest teilweise in der „Sachbeiträge“-Reihe der Landesbeauftragten für die MfS-Akten in Sachsen-Anhalt veröffentlicht wurden.

Regine Möbius gibt ihre Gespräche mit insgesamt 15 Personen wieder, von denen neun den 17. Juni in Leipzig erlebten. Zwar gehörten nur drei der Befragten zu den Demonstranten und einer davon zu deren Sprechern in Görlitz, doch sind die Auskünfte von Beobachtern, ob sie sich nun als Sympathisanten, Skeptiker oder Kritiker äußern, nicht minder interessant - zumal dann, wenn sie Fred Delmare oder Werner Heiduczek oder Sighard Gille heißen. Der Historiker muß hinnehmen, daß

Möbius keine Protokolle vorlegt, sondern die „literarische Darstellung“ von „paraphrasierten Gesprächen“ (S.13), die sie immerhin autorisieren ließ. Die Ergebnisse des ersten einschlägigen Oral History-Projekts, von westdeutschen Forschern 1987 in drei Industriestädten der DDR realisiert, faßte Lutz Niethammer später wie folgt zusammen: „Die aktiven Träger der Erhebung und eines möglichen Traditionsnetzwerks waren mundtot gemacht oder [...] in den Westen gegangen, und die Hinterbliebenen hatten sich eine Nische im Gedächtnis ausgebildet, in der das Wissen um eine unerhörte Begebenheit weiterexistieren konnte, ohne weiterwirken zu müssen“.² Ein Jahrzehnt später machte Annette Leo vergleichbare Interviews in Hennigsdorf. Wie sie schrieb, hatte die Tabuisierung des am 17. Juni dort Geschehenen das Wissen darum selbst in der jüngeren Generation „nicht vollständig auslöschen“ können. Doch in Gesprächen mit damaligen „Akteuren“ hätte sich vor allem „die Erfahrung von Ohnmacht und Resignation“ geäußert. Und Leo zitiert den ehemaligen Stahlwerker, der am „deutlichsten von allen Befragten“ ein „Fazit“ zog: „Der Staat hat ja gemacht, was er wollte, und da waren wir ja – Null“. Doch heute „macht der Staat ja auch, was er will, obwohl [...] die Leute hier auch dagegen sind“.³ Eine vergleichbare Auswertung der anlässlich des 50. Jahrestags geführten Gespräche fehlt noch.

Lokal- und Regionalgeschichte

Das Angebot an regional- und lokalgeschichtlicher Literatur ist quantitativ wie qualitativ hervorragend. Dies gilt hauptsächlich für Sachsen-Anhalt und insbesondere für die Monographie von Hans-Peter Lohn sowie die von Hermann-Josef Rupieper und von Stefanie Wahl mit Paul Werner Wagner herausgegebenen Sammelbände. Doch sei zunächst ein anderes, in seiner Weise vorbildliches Unternehmen vorgestellt.

Die Landesbeauftragte für die MfS-Akten in Sachsen-Anhalt ließ im Sommer 1999 sieben Fragen veröffentlichen, welche die Gemeinden zur Suche nach Zeugen und Zeugnissen des 17. Juni 1953 veranlassen sollten. Antworten kamen damals nur aus sieben Orten. Im Januar 2002 gingen die gleichen Fragen 217 Verwaltungsgemeinschaften und kreisfreien Städten zu. Bis zum Februar 2003 antworteten 88 der angeschriebenen Behörden, von denen 62 die erbetenen Auskünfte gaben. Was auf diese und andere Weise ermittelt worden war, erfuhr eine erste Auswertung durch Anne Haertel für den damaligen Bezirk Magdeburg und durch Stefanie Wahl für den Bezirk Halle. Die Ergebnisse konnte die Landesbeauftragte noch zum Jahrestag in zwei Heften der Reihe „Sachbeiträge“ veröffentlichen.

Da im Hallenser Bezirk schon seit langem und vornehmlich in Archiven geforscht wird, präsentiert Wahl überwiegend Zeitzeugenberichte. Haertel hingegen wertete verschiedenartige Unterlagen aus und vermittelt Eindrücke von der Vielfalt des Geschehens in - wenn man der beigegebenen Verwaltungskarte vertrauen darf - rund

2 Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hrsg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994, S.47f.

3 Bernd Faulenbach/Annette Leo/Klaus Weberskirch: Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewußtsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland, Essen 2000, S.380f.

130 Städten und Dörfern, darunter 60 „Orte, in denen es nur kleinere Ereignisse gab, wie z.B. Freudenfeste, LPG-Auflösungen, nicht-gezahlte Partei-Beiträge“ (S.39). Wie sich wohl versteht, ist da schwerlich alles unter „Aufstand“ zu subsummieren. Für zwei Orte (Loitsche und Möckern) wird sogar angemerkt, daß „unbestätigt blieb“ (S.97), was Brant alias Klaus Harpprecht seinerzeit über dortige Zusammenstöße geschrieben hatte. Der erhob zwar keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit dessen, was er 1953 von Beteiligten gehört hatte, ohne es überprüfen zu können.⁴ Doch beim Umgang mit älterer Literatur sind solche Überprüfungen und Richtigstellungen, wie sie erst 1990 möglich wurden, durchaus wünschenswert. Neben unzählbaren Orten, in denen „angespannte Ruhe“ (S.68) herrschte, gab es Schauplätze bürgerkriegsnaher Auseinandersetzungen. So auf dem Bau- und Betriebsgelände der Eisenwerke West in Calbe an der Saale, wo sich Häftlinge, die zum Arbeitseinsatz hingebacht worden waren, ihrer Bewachung entledigten und den Betriebschutz entwaffneten. Wie es ein damals achtzehnjähriger Augenzeuge beschreibt, verwandelte sich das Betriebsgelände in einen „Aufmarschplatz der Enttäuschten, Wütenden und gleichzeitig aber auch Hoffnungsvollen“ (S.112), die sich auf den Weg in die Stadt machten...

Während das so Gesammelte noch der Überprüfung, Vervollständigung und Einordnung in größere Zusammenhänge bedarf, enthält der von Rupieper herausgegebene Sammelband hauptsächlich die Ergebnisse sorgfältiger Auswertung älterer Arbeiten sowie neu erschlossener Quellen jeder Art – und zwar im 1. Teil für die Städte Magdeburg, Bitterfeld und den „verhinderten Aufstand“ in Köthen, für das Bergbau- und Industrieviertel Mansfeld-Sangerhausen, für die Stadt und den Landkreis Quedlinburg sowie für Jessen und Umgebung, im 2. Teil für die Martin-Luther-Universität sowie für die Leuna- und Bunawerke. Die Vorgänge in diesen Werken wurden einer vergleichenden, weit in die jeweilige Betriebsgeschichte zurückgreifenden und daher aufschlußreichen Analyse unterzogen. Im 3. Teil geht es um Einzelschicksale. Es folgen Zeitzeugenberichte.

Von den zumeist vorzüglichen Beiträgen kann hier nur einer hervorgehoben werden: der von Katja Seybold, einer Studentin, die sich erstmals gründlich mit den Vorgängen in Jessen und Umgebung befaßte, damals Bezirk Cottbus. Hier findet die wohl einzige „(groß)bäuerliche Erhebung“ (S.159) statt. Sie ist am 16. Juni regelrecht vorbereitet worden. Wenngleich durch Nachrichten aus Berlin inspiriert: Die Initiative haben hier Bauern, denen sich am 17. Juni Arbeiter anschließen, nicht umgekehrt.

Der Bitterfelder Aufstand, im eben genannten Buch zusammenhängend durch Olaf Freier dargestellt, wird in dem von Wahl/Wagner herausgegebenen Sammelband auf verschiedene Weise behandelt. Stefanie Wahl wertet hauptsächlich ihre Gespräche mit 14 unmittelbar Beteiligten aus. Rainer Karlsch konzentriert sich auf Reaktionen der Besatzungsmacht und benutzt - m.W. als erster für lokale Vorgänge - deren Akten. Es ergeben sich interessante Differenzen zu den (gleichfalls auseinander-

⁴ Siehe Stefan Brant unter Mitarbeit von Klaus Bölling: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954, S.325.

gehenden) Berichten deutscher Herkunft. Und nochmals Freier: Er befaßt sich hier mit den Repressalien bis hin zur Diskriminierung aufbegehrender Arbeiter. - Zu Recht macht Karlsch auf den allgemeinen Mangel an betriebsgeschichtlichen Arbeiten zum 17. Juni aufmerksam, den er auf die unzureichende schriftliche Überlieferung zurückführt. Diese dürfte aber weniger Folge einer Aktenkassation als einer Aktensäuberung vor ihrer Archivierung sein. In Hinblick auf die Mehrzahl der in Betracht kommenden Betriebe fragt sich allerdings, ob sie überhaupt noch existieren, und - wenn ja - ob man dort den Willen und die Kraft für derartige Forschungen aufbringt.

Das Geschehen in Halle an der Saale ist Gegenstand der Monographie von Hans-Peter Lohn, einer mustergültigen, in ihrer Zuverlässigkeit unübertrefflichen Arbeit: je 20 Seiten für Vorgeschichte und Folgen, doch für den 17. und 18. runde 160 Seiten - geschrieben mit dem Vorsatz: Es sollen „mit wenigen Ausnahmen nur solche Sachverhalte“ zur Darstellung kommen, die sich in „mindestens drei unabhängig voneinander entstandenen Quellen“ (S.11) nachweisen lassen! Nahezu minutiös rekonstruiert Lohn die Vorgänge vom morgendlichen Marsch Tausender Arbeiter aus den bestreikten Betrieben in die Innenstadt und den ersten Angriffen auf Dienststellen des Staates sowie der Partei über den Zusammentritt eines „Zentralen Streikkomitees“ bis zur abendlichen Großkundgebung mit 40.000 bis 60.000 Teilnehmern. Er konstatiert, daß die Saalestadt, wie sie früher zu den Hochburgen der Arbeiterbewegung gehört hatte, nun zu einem Zentrum der Massenproteste wurde, die sich „immer mehr zu einem Volksaufstand“ entwickelten (S.204), bis sie von der Besatzungsmacht unterdrückt wurden.

Im Streik, der Solidarität bekundet und zugleich eigene Antriebe hat, äußern sich jedenfalls Traditionen der Arbeiterbewegung. Weitergehend werden sie in den hier besprochenen Schriften jedoch selten konkretisiert – so wie etwa durch Lohn, der sogar fotografisch belegen kann, daß sich der Volkszorn keineswegs gegen Marx richtete (S.134). Unter Verweis auf ältere Arbeiten brachte Angelika Klein die „libertären, ausgeprägt egalitären sozialistischen Vorstellungen“ zur Sprache (S.30), die in der DDR-Frühzeit oft und im Juni 1953 verstärkt zur Geltung kamen. Dem wäre künftig gründlicher nachzugehen.

Aus Thüringen kennen wir seit längerem Studien für Jena und Suhl. Nun geben Walter Hande und Hans Leucht eine genaue Darstellung der Vorgänge in der Stadt Gera. Für den Bezirk fügen sie hinzu, daß es zu weiteren Protestaktionen zwar in der Nachbarschaft von Gera und Jena, nicht aber in anderen Gebieten oder in Großbetrieben wie dem Kunstfaserwerk Schwarzta und der Maxhütte Unterwellenborn gekommen sei. Einen Volksaufstand habe es in Gera nicht gegeben, konstataren die Autoren, vielmehr einen antistalinistischen Arbeiteraufstand. Im Anhang werden die Forderungen dreier VEB-Belegschaften wiedergegeben. Interessant, wie eine davon die überall erhobenen Forderungen konkretisierte: „Bestrafung der Verantwortlichen für die Anordnungen der letzten Monate“, und: „Der FDGB soll zu den Fehlern der Regierung Stellung beziehen“ (S.37). Zudem gibt es hier eine aufschlußreiche Liste mittelständischer Unternehmen, die 1952/53 von „repressiven Maßnahmen betroffen“ waren. Die Hauptereignisse im Bezirk

Erfurt skizziert Philippe Kermarrec: die Unruhen in den Dörfern Schloßvippach ab 10. und Eckolstädt ab 13. Juni, die Demonstrationen in Apolda, Bad Tennstedt und Mühlhausen, die Streiks und Demonstrationen in der Bezirksstadt sowie in Sömmerda, Weimar und Eisenach (Übersicht S.46).

Brandenburg. Mit einer Einführung für Leser, die sich jetzt erstmals mit dem Aufstand befassen, stellte Burghard Ciesla 68 verschiedenartige, durchweg aufschlußreiche Schriftstücke zusammen. Davon entstanden 14 von Januar bis Mai 1953 zumeist im SED-Parteiparat und dokumentieren die Vorgeschichte. Die meisten Schriftstücke beziehen sich direkt auf die Juni-Unruhen und stammen aus Dienststellen der Polizei sowie des Staatssicherheitsdienstes. In drei Papieren geht es um die in der Forschung bislang vernachlässigte US-amerikanische Paketaktion im Sommer, während vier aus den Jahren 1954/55 sowie 1960 stammen und die Furcht vor Nachwirkungen oder gar Wiederholungen „feindlicher Aktionen“ widerspiegeln. Von den kleineren Aufsätzen zur brandenburgischen Lokal- und Regionalgeschichte muß wenigstens der über den Kreis Perleberg (damals Bezirk Schwerin) vorgestellt werden. Wie Günter Rodegast feststellte, gab es Unruhe lediglich in einigen Betrieben. Vom 17. an wurde in größerer Offenheit diskutiert. Kritiker, wie sie sich innerhalb wie außerhalb der SED äußerten, waren „nicht auf Systemveränderung orientiert“, doch ging es ihnen sehr wohl um „mehr Demokratie und um den Rücktritt der Regierung, besonders von Ulbricht, den man für die Schwierigkeiten im Lande verantwortlich machte“. Die Mehrheit der Bevölkerung verhielt sich „abwartend“, war teilweise desinteressiert, blieb jedenfalls inaktiv (S.25f.).

Für Sachsen haben wir seit längerem die aus jahrelangen Vorarbeiten erwachsene vorzügliche Gesamtdarstellung von Heidi Roth.⁵ Für Mecklenburg-Vorpommern empfiehlt sich nach wie vor der Rückgriff auf die Broschüre, in der Kurt Schwabe außer den (von ihm jetzt wieder behandelten) Streiks in den Hafenstädten ebenso knapp die Auseinandersetzungen in Güstrow, Grabow, Ludwigslust, Teterow und Groß Dölln darstellte.⁶

Für Berlin sind drei neue Dokumentationen anzuzeigen. Wilfriede Otto veröffentlichte erstmals die im Sekretariat von Ministerpräsident Grotewohl entstandenen Aufzeichnungen zum Besuch der von Max Fettling geleiteten Bauarbeiterdelegation am 15. Juni. Jürgen Hofmann und Anette Neumann sowie Jens Schöne und Falco Werkentin gaben Zeugnisse des Geschehens im Juni und Juli heraus.

Hofmann/Neumann befaßten sich hauptsächlich mit den in der Forschung bisher vernachlässigten Betrieben außerhalb des Bauwesens. Sie wählten 40 Schriftstücke aus, die sie in fünf Abteilungen vorstellen: Arbeiterforderungen vom 17. Juni; Berichte verschiedener Herkunft über das Geschehen vom 16. bis zum 18. Juni; Statistiken; Verhaftungen und Verurteilungen bis zum Februar 1954; Umgang der SED mit sog. Provokateuren und Kapitulanten bis zum Dezember 1953. Die Papiere vermitteln „das Bild eines fast flächendeckenden Massenstreiks“ (S.12) und lassen zugleich Divergenzen in den Motiven der Akteure erkennen. Für minder

5 Siehe Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke, Köln 1999.

6 Siehe Klaus Schwabe: Der 17. Juni in Mecklenburg und Vorpommern, Schwerin (1993).

unterrichtete Leser gibt es hier außerdem „Zentrale Dokumente“ sowie eine vom Juli 1952 bis zum August 1953 reichende Chronik.

Zu den Ausmaßen des Streiks in Berlin. Schöne/Werkentin fertigten ein Verzeichnis von 87 zweifelsfrei bestreikten Betrieben an. Doch Hofmann/Neumann verweisen auf eine zeitgenössische Statistik, die für den 17. Juni 163 Betriebe mit 54.500 Streikenden verzeichnet, und geben eine Aufstellung vom 24. Juni über Arbeitsniederlegungen in 161 Betrieben wieder. Vorangegangenen Veröffentlichungen ließen sich Zahlen entnehmen, die aus ähnlichen Quellen kommen, ebenso voneinander abweichen, doch weitaus niedriger sind als die eben genannten. Zwar ließe sich ein „Ranking“ der Quellen veranstalten, bei dem die von Hofmann/Neumann veröffentlichte Liste einen vorderen Platz erhalte, weil sie in der Abteilung Betriebsschutz im Polizeipräsidium entstand. Mußte der Betriebsschutz nicht wissen, wer raus ging und wer drin blieb? Doch abzählen konnte er an dem Tag wohl nicht. So gut wie alle Zahlen, vollends die der Demonstranten, sind geschätzt. Dies gilt nicht nur für Berlin.

Es gehört schon einiges an Naivität dazu, mit den Quellen so umzugehen, wie Volker Koop das tut. Er will vor allem das Geschehen in den DDR-Bezirken erfassen und verwendet darauf fast zwei Drittel seiner Darstellung. Da er aber den von ihm bevorzugten Polizeiberichten allzusehr vertraut, einschlägige Forschungsergebnisse weitgehend ignoriert, oft die Belege „einspart“ und nicht einmal ein Ortsregister anbietet, läßt sich mit seinem Buch nicht viel anfangen.

Das ähnlich konzipierte Buch von Ilko-Sascha Kowalczuk hingegen ist professionell gemacht und in seiner leserfreundlichen Aufmachung, gut geschrieben und illustriert, allen Interessierten zu empfehlen. Mit seinen Registern ist es zugleich ein nützliches Nachschlagewerk für Spezialisten. Kowalczuk skizziert eingangs, wie mit dem Ereignis in den folgenden Jahren und Jahrzehnten politisch-ideologisch umgegangen wurde, behandelt dann die Vorgeschichte des Aufstands und stellt ihn schließlich auf rund 140 Seiten dar, wobei er sich - anders als Koop - auf die wichtigsten Schauplätze und bemerkenswerte Beispiele beschränkt. Als Audio-CD wurde dem Buch die wahrscheinlich einzige Aufnahme einer Belegschaftsversammlung beigegeben: der am 18. Juni im Elektromotorenwerk Wernigerode abgehaltenen.

Den Forscher interessiert vor allem die ergänzte Fassung der erstmals 1996 veröffentlichten Ortsverzeichnisse. Die über 700 „Orte des Volksaufstands“ werden alphabetisch erstens nach ihrer Bezirkszugehörigkeit verzeichnet und zweitens nach Größengruppen: in der ersten 114 Orte mit bis zu 2.000 Einwohnern, in der letzten zehn Großstädte. Nach wie vor sind die Kriterien der Erfassung insofern fragwürdig, als „Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Einrichtungen“ (S.284) nicht ohne nähere Bestimmung einem politischen Aufstand zugeordnet werden dürften. Was Rodegast von der Kreisstadt Perleberg berichtet, die in den o.g. Listen nicht erscheint, hat jedenfalls mehr mit dem Aufstand zu tun als eine Wirtshauskeilerei, die der Zufall am 17. Juni stattfinden ließ.

Arbeiterklasse, Gewerkschaft, Partei

Soll die Arbeitererhebung gründlich erklärt werden, muß weiter in die Sozial- und Alltagsgeschichte zurückgegangen werden, als es die meisten Autoren bislang taten. Demgemäß schreibt Jörg Roesler zunächst über den Akkordlohn im überkommenen „Feindbild“ der Arbeiterklasse, dann über die 1947 einsetzenden Bemühungen von SED, quasi-staatlichen Leitungen und Gewerkschaftsvorständen, die Arbeitsnormen sowie den Leistungslohn wieder zur Geltung zu bringen, und hält fest: Im Ringen um die Norm wurden diese Institutionen „von den Arbeitern in zunehmendem Maße als ihnen fremd und in bestimmten Situationen auch ihnen feindlich gegenüberstehend begriffen“ (S.21). Der im Februar 1953 einsetzende dritte „Versuch, das Normenproblem endgültig zu lösen“ (S.27), führte zu verstärkten Streikandrohungen und Streiks. Doch erst die Verordnung vom Mai und die im Juni zunächst anhaltende Weigerung ihrer Rücknahme beseitigten die „bis dahin immer wieder praktizierten Kompromiß- und Konsensmöglichkeiten“ und ließen aus „mehrjährigem Groll“ den „Aufstand gegen die Norm“ erwachsen (S.34). Das war natürlich ein Aufstand gegen die „Normierer“, letztlich gegen die in der SBZ/DDR „etablierte sowjetische Variante des planwirtschaftlichen und politischen Systems“ (S.42) - und ebenso natürlich war es keiner für die Rückkehr der alten Ausbeuter.

Ohne damit die Spontaneität der Erhebung in Frage zu stellen, geht Roesler auf jene „Normenarbeit“ ein, welche der RIAS ab 1951 und verstärkt im Frühjahr 1953 in seinen Sendungen „Berlin spricht zur Zone“ und „Werktag der Zone“ leistete.

Was im RIAS am 16. und 17. Juni geschah und von Redakteuren sowie Reportern unternommen wurde, stellt Manfred Regin minutios und mit umfangreichen Zitaten aus dem Gesendeten dar. Er führt die Vorstellung ad absurdum, der Sender habe die Demonstrationen in Ostberlin dirigiert (der damalige Stand der Technik ließ das gar nicht zu), kann im Ergebnis sorgfältig quellenkritischer Arbeit auch Irrtümer korrigieren, die sich in Bahrs Autobiographie finden, stellt aber nicht in Abrede, daß der Sender für die Auseinandersetzung im Osten wie ein Katalysator wirkte.

Was Ruperpieper dem von ihm herausgegebenen Sammelband vorausschickt, gilt keineswegs nur für Sachsen-Anhalt: So oder so erfaßte die Protestbewegung „fast alle Schichten der DDR-Gesellschaft“, und wenn sich deren Mehrheit „neutral verhielt“, war das „kein Indiz“ für Einverständnis mit der SED-Herrschaft (S.11). Die Streikbeteiligung bezifferten die Gewerkschaftsvorstände des Bezirks Halle in Prozent wie folgt: Metallindustrie 56, Textilindustrie 35, Bau/Holz 30, Chemie zwischen 20 in den Leuna-Werken und 85 in der Filmfabrik Wolfen. Die SED-Mitgliedschaft hat sich in diesem Bezirk zu 50 bis 75 Prozent „nicht für die Partei eingesetzt“ und in einigen Betrieben sogar zur Gänze am Streik teilgenommen. Mitglieder betrieblicher Gewerkschaftsleitungen traten „häufig an die Spitze der Streikbewegung“ (S.15f.).

Die Prozentzahlen mögen für andere Bezirke kleiner sein. Doch die Frage, in welchem Zustand sich SED und FDGB im Juni 1953 befanden, muß überall gestellt werden und verlangt zielstrebige Untersuchungen. Für den FDGB sind sie bereits im

Gänge, wie Andreas Graudin und Manfred Wilke berichten. Sie konstatieren eine „horizontale Spaltung in Basisfunktionäre und die hauptberuflichen Kader“, die bewirkten, daß der FDGB als „Zentrale des Streikbruchs“, als „Teil der sozialistischen Staatsmacht“ fungierte (S.149-151). Dabei bleibt noch offen, wie jene Kader einzuordnen sind, die ab August aus Vorständen von Industriegewerkschaften hinausgesäubert wurden.

Was die SED angeht, ist zunächst an eine ältere Quellenedition zu erinnern. Wie die von Norbert Moczarski vorgelegten Sitzungsprotokolle der Vormonate⁷ erkennen lassen, registrierte das Sekretariat der Suhler Bezirksleitung frühzeitig Symptome einer Krise, thematisierte sie aber nicht als politische und war daher auf keinen solchen Konflikt eingestellt, wie ihn der Juni brachte. Jetzt publizierte und kommentierte Horst Dähn die „Analyse über das Verhalten des Bezirkssekretariats der SED, Bezirk Magdeburg, am 17.6.1953“ - ein wahrscheinlich erst im August angefertigtes Eingeständnis von Überraschung und Verwirrung, von Fehlurteilen und Kopfllosigkeit. Aufschlußreich die dort zitierte Selbstkritik eines Sekretariatsmitglieds: Als Demonstranten in die Büros der Bezirksleitung eindringen, habe es „nicht erkannt, daß dies eine faschistische Provokation war“, es ließ sich dadurch täuschen, „daß so viele wirkliche Proleten mitmachten“ (S.215). Wenn der Parteiapparat versagte, lag das offenkundig ebensowohl an den Doktrinen wie an den Strukturen der „Partei neuen Typs“.

Die wichtigste einschlägige Veröffentlichung ist Wilfriede Otto zu verdanken. Nach einer gemeinverständlichen, knappen Einführung dokumentiert sie erstmals alle Beratungen, die das Politbüro des Zentralkomitees vom 3. Juni bis zum 23. Juli 1953 abhielt, sowie die 14. ZK-Tagung - eine am Abend des 21. Juni eröffnete Nachtsitzung. Es handelt sich zumeist um Erstveröffentlichungen der Protokolle mit ihren Anlagen sowie von Aufzeichnungen, welche die Teilnehmer vor, in und nach den Sitzungen anfertigten. Die Erschließung und Entzifferung der handschriftlichen Notizen war die schwierigste und zugleich eine besonders wichtige Leistung der Herausgeberin, weil uns oft erst diese Notizen zum vollen Verständnis der Beschlußprotokolle verhelfen, zumal am ehesten sie die internen Konflikte widerspiegeln.

Was deren Charakter und die mit ihnen verbundenen Chancen angeht, wird die Auseinandersetzung zwischen Ulbricht und seinen Kritikern oft unterschätzt. Karl Wilhelm Fricke hingegen erkennt hier einen ernstzunehmenden „Versuch zur Revision der Generallinie und Politik der SED“. Namentlich Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt billigt er die Absicht zu, die „Kluft zwischen Partei und Volk“ zu überbrücken und „der weiteren Vertiefung der deutschen Spaltung entgegenzuwirken“ (S.95). Als in Moskau der Neue Kurs eingeschlagen worden war, hätten sie „reale Chancen“ für eine solche Wende gesehen und „Schützenhilfe“ von dort erwartet (S.99). „Es geht darum, eine Deutsche Demokratische Republik zu schaffen, die für ihren Wohlstand, ihre soziale Gerechtigkeit, ihre Rechtssicherheit, ihre zutiefst nationalen Wesenszüge und ihre freiheitliche Atmosphäre die

⁷ Siehe Norbert Moczarski: Die Protokolle des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Suhl. Von der Gründung des Bezirks Suhl im Juni 1952 bis zum 17. Juni 1953, Weimar 2001.

Zustimmung aller ehrlichen Deutschen findet“. Das sollte „eine solide Basis für Verhandlungen über das neue einheitliche Deutschland schaffen“. Was Rudolf Herrnstadt so im Beschluß-Entwurf „Der neue Kurs und die Erneuerung der Partei“ beschrieb (bei Otto S.223), der am 3. Juli dem Politbüro vorlag, war in der DDR wohl mehrheitsfähig.

Die Intelligenz

Wie Siegfried Prokop zeigt, entsprach ein solcher Vorsatz jedenfalls den Erwartungen vieler Intellektueller. Er veröffentlichte - großenteils erstmals - Papiere, die ab Februar 1953 zumeist in der Akademie der Künste, im Förderungsausschuß für die Deutsche Intelligenz sowie im Kulturbund (KB) entstanden waren. Am umfangreichsten (reichlich 150 Seiten) ist die KB-Enquête von März 1953 zu Lebenslage und Stimmungen in der Intelligenz. Abgedruckt sind die vorgegebenen zehn Fragen, die Antworten aus allen Bezirken sowie die Auswertung durch die Bundesleitung. Prokop bezeichnet es als Legende - im Osten wie im Westen gepflegt-, die Angehörigen der Intelligenz „hätten voll und ganz hinter der Regierung gestanden“ (S.9). Tatsächlich reagierten ihre Repräsentanten sehr früh auf die Krise, in die Staat und Gesellschaft geführt worden waren, und artikulierten bald Forderungen, von denen Prokop meint, sie hätten sich nur „in systemtranszendenten Reformen“ gänzlich verwirklichen lassen (S.19).

Das politisch wichtigste Dokument - Prokop referiert es nur, Magdalena Heider und Kerstin Thöns publizierten es 1990 gänzlich⁸, ohne daß es damals gebührend beachtet wurde - ist das Sitzungsprotokoll nebst Beschluß des Kulturbund-Präsidialrats vom 3. Juli. Da nennt Johannes R. Becher die Intelligenz mit Bezug auf den 17. Juni „zurückhaltend“, und er fordert dazu auf, „maßgebende Teile der Intelligenz zu gewinnen“ - nicht etwa für die SED, sondern für den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands⁹, wie er weiterhin hieß. In doppelter Hinsicht bezeichnend ist die von mehreren Rednern gegebene Beschreibung des Lebensgefühls vieler Mitbürgerinnen und -bürger: Angst! Wiederholt werden Verstöße gegen die Verfassung angeprangert, wird die Herstellung von Rechtssicherheit gefordert. Der Jenaer Professor Otto Schwarz, selbst Mitglied der herrschenden Partei, verlangt sogar, „daß man das Regime der Funktionäre ablöst durch ein wirkliches Regime des Volkes“, und warnt: Ansonsten „werden sich die 17. Junis wiederholen, und jede Wiederholung wird schlimmer sein...“¹⁰.

Was über die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in dem von Rupiener herausgegebenen Sammelband zu lesen ist, läßt sich dem durchaus zuordnen. Und Rupieters Erklärung, die „verbreitete Unzufriedenheit mit der Gesellschafts- und Hochschulpolitik der SED“ kam „auf jener Ebene zum Ausdruck, auf der Akademiker gewohnt sind, Diskurse zu führen“ (S.260), wird nicht nur für die Universität gelten. Daß aber Akademiker für den andersgearteten Diskurs, der am

8 Siehe Magdalena Heider/Kerstin Thöns (Hrsg.): SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbundprotokolle, Köln 1990.

9 Ebenda, S.14.

10 Ebenda, S.35f.

17. Juni stattfand, zumindest Verständnis haben konnten, läßt der Ausruf des prominenten Mediziners Theodor Brugsch in der oben genannten Präsidialratstagung erkennen: „Man sagt, es sind die Faschisten. Nein, es ist das Volk!“¹¹ In Auswertung der Enquête sowie der Präsidialratsdebatte konstatiert Eberhart Schulz: Die Forderungen von Intellektuellen richteten sich stärker als die aus der Arbeiterklasse „auf politische Veränderungen“ und waren „vorrangig auf die Umgestaltung der DDR gerichtet“. Eine „Restauration kapitalistischer Zustände“ wurde dabei „nirgendwo gefordert“. Die Mehrheit drängte auf ein demokratisches Staatswesen „antiimperialistischen Charakters“ (S.50). Wer - wie Manfred Jäger - die „Avantgarde im Nachtrab“ sieht, beurteilt sie von unangemessenen Erwartungen her. Jens-Fietje Dwars verweist darauf, „wie eng die Spielräume“ damals waren. Er verlangt, um so genauer hinzusehen, „wie und wofür ein jeder sie genutzt hat“, und überrascht gewiß so manchen Leser, wenn er Becher als verstummten Lyriker, doch erfolgreichen Kulturpolitiker vorstellt, der wie „kein zweiter“ den 17. Juni nutzte, „um die öffentlichen Spielräume für Alternativen zu erweitern“ (S.278).

Unterdrückung und Strafverfolgung

Die Unterdrückung des Aufstandes und die anschließende Strafverfolgung thematisieren Torsten Diedrich sowie Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann in Monographien, Torsten Dierich und Hans-Hermann Hertle in einer Dokumentation, Günter Fromm in einer Studie.

Das Buch von Diedrich ist keine einfache Überarbeitung des von ihm schon 1991 publizierten, sondern streckenweise eine neue Darstellung, die aus anhaltenden Forschungen in mittlerweile weitergehend erschlossenen oder nun erst zugänglichen Archivalien hervorging. Hauptsächlich gilt sie wiederum dem Einsatz der Kasernierten Volkspolizei, schließt erstmals aber Handlungen sowjetischer Truppen ein. Zusammen mit Hertle veröffentlichte Diedrich die Berichte der Volkspolizei-Bezirkchefs über die Juni-Ereignisse. Sie entstanden auf einen - gleichfalls abgedruckten - Befehl hin, den Chefinspekteur Grünstein am 21. Juni gab. Vorangestellt ist die Auswertung, die Innenminister Maron am 17. Juli vortrug. Im Anhang folgen Lageberichte sowie Meldungen der Ost- sowie der Westberliner Polizei vom 16. und 17. Juni.

Die Polizei wurde vom Aufstand völlig überrascht und war ihm weder ihrer Ausbildung, noch ihrer Ausrüstung nach gewachsen. In ihrem Selbstverständnis als Volkspolizisten, die viele Sorgen der Mitbürger kannten, wenn nicht teilten, gerieten so manche in Gewissensnot. Wie die Herausgeber einleitend feststellen, spiegelt sich die so zu erklärende Passivität, in einzelnen Fällen sogar Solidarität, weniger in den abgedruckten Berichten, mehr in der Vielzahl von Entlassungsgesuchen und Desertionen wieder, die in den folgenden Wochen und Monaten registriert wurden. Doch habe die Polizei letztlich geleistet, was die Führung von ihr erwartete, und in Auswertung der Juni-Erfahrungen sei 1953/54 „ein komplexes System zur Niederschlagung innerer Unruhen installiert“ worden, das bis 1989 bestand (S.38).

11 Ebenda, S.19.

Fricke/Engelmann befassen sich mit dem Staatsicherheitsdienst. Einem gediegenen Bericht über die einschlägige Literatur folgen Darstellungen des MfS-Einsatzes im „Berliner Epizentrum“ (Einwirkungen von Westberlin her sind nicht ausgespart) sowie in den regionalen „Brennpunkten“, für die von MfS-Berichten her ein guter Überblick entsteht. Die Erstürmung der Dienststellen in Merseburg, Jena, Görlitz und Niesky erfährt genauere Darstellung. Im weiteren geht es um die Massenfestnahmen, um die Erneuerung und Verstärkung des Netzes geheimer Informanten und Mitarbeiter vor allem in den Betrieben sowie um die Westarbeit – insbesondere gegen das „Komitee 17. Juni“. Das folgende Kapitel hat die Kritik der SED-Führung am Staatsicherheitsdienst und deren Konsequenzen zum Gegenstand. Zu denen gehörten die Errichtung von Einsatzleitungen und der Aufbau der Bereitschaftspolizei sowie der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“. Das letzte Kapitel handelt von der Abrechnung mit Aufständischen und angeblichen Hintermännern. Es enthält u.a. biographische Daten Verurteilter sowie Angaben über Verweigerungen einzelner Richter, und es behandelt den Schauprozess des Obersten Gerichts gegen Silgradt und andere. Ein „Ausblick“ richtet sich auf die „anhaltende Traumatisierung“ als Folge des 17. Juni. In vielen Abschnitten wird die Darstellung durch aufschlußreiche Dokumente unterstützt, insgesamt 20, die sich im Anhang finden. Im Ergebnis solider Arbeit entstand hier ein Standardwerk von Dauer. Die Studie von Fromm kann insofern als exemplarisch gelten, als sie zusammen mit der Strafverfolgung jene Vorgänge und Handlungen in den benachbarten Orten Stalinstadt und Fürstenberg/Oder darstellt, welche zu Gegenständen von Untersuchungen und Verhandlungen wurden, und auf diese Weise nachweist, daß manche bestrafte Handlung gar keine Straftat war und anderes unverhältnismäßig streng bestraft wurde. Zutage tritt die Funktion dieser Rechtsprechung: Diskriminierung, Kriminalisierung, Abschreckung.

Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag der Juni-Erhebung

Titelverzeichnis

Bruhn, Peter: 17. Juni 1953. Bibliographie, Berlin 2003.

Ciesla, Burghard (Hrsg.): „Freiheit wollen wir“. Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Eine Dokumentenedition, Berlin 2003.

Dähn, Horst: „Im Ernst-Thälmann-Werk sind die Streikenden über die Mauern gestiegen“ – Die Rolle des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Magdeburg am 17. Juni 1953, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2003, S.190-241.

Diedrich, Torsten: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003.

Diedrich, Torsten/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.): Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003.

Dwars, Jens-Fietje: Die Chance des Fiaskos. Der 17. Juni 1953 als Zäsur im Leben von Becher und Brecht, in: Kinner, S.267-278.

- Fricke, Karl Wilhelm: Der Juni-Aufstand und der Zaisser/Herrnstadt-Konflikt, in: Maruhn, S.93-105.
- Fricke, Karl Wilhelm/Roger Engelmann: Der Tag X und die Staatssicherheit, Bremen 2003.
- Fromm, Günter: Der 17. Juni 1953 in Stalinstadt und Fürstenberg/Oder im Spiegel der Gerichtsakten, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 2003, H. 1, S.37-50.
- Graudin, Andreas/Manfred Wilke: Der 17. Juni 1953 als Katastrophe des FDGB. Zur aktiven Rolle der Gewerkschaftsführung bei der Bekämpfung des Streiks, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 2003, H. 14, S.146-153.
- Haertel, Anne: Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg. Schlaglichter, Magdeburg 2003.
- Hande, Walter/Hans Leucht: 17. Juni 1953: Die Ereignisse in Gera, Jena 2003.
- Hofmann, Jürgen/Anette Neumann (Hrsg.): Die Klasse in Aufruhr. Der 17. Juni 1953 in Berliner Betrieben, Berlin 2003.
- Holzpfel, Carl-Wolfgang (Hrsg.): 50 Jahre „17. Juni 1953“. Spurensuche. Helden der Menschlichkeit, Weil 2003.
- Jäger, Manfred: Avantgarde im Nachtrab. Der Juni-Aufstand 1953 und die Intellektuellen in der DDR, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 2003, H.4, S. 673-684.
- Kermarec, Philippe: Der 17. Juni 1953 im Bezirk Erfurt, Erfurt 2003.
- Kinner, Klaus (Hrsg.): Menetekel 17. Juni 1953. Reader der Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953. 3., durchges. u. erw. Aufl., Leipzig 2003.
- Klein, Angelika: Aufbruch und Resignation. Forderungen am 17. Juni 1953 zwischen Gewalt und egalitären und libertären Sozialismusvorstellungen, in: Mythos und Legenden. Der 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt. Reader zur Konferenz am 13. April 2003 in Eisleben, (Magdeburg) 2003.
- Koop, Volker: 17. Juni 1953 - Legende und Wirklichkeit, Berlin 2003.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha, unter Mitarbeit von Gudrun Weber: 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen - Abläufe - Folgen, Bremen 2003.
- Löhn, Hans-Peter: Spitzbart, Bauch und Brille - sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003.
- Mählert, Ulrich (Hrsg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003.
- Maruhn, Jürgen (Koordination): 17. Juni 1953 - der Aufstand für die Demokratie, München 2003.
- Möbius, Regine: Panzer gegen die Freiheit. Zeitzeugen des 17. Juni berichten, Leipzig 2003.
- Otto, Wilfriede: „Die Bauarbeiter [...] erkennen die ihnen diktierte 10%ige Normerhöhung nicht an“, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2003, H. 2, S.150-159.
- Otto, Wilfriede (Hrsg.): Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente, Berlin 2003.
- Prokop, Siegfried: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditz 2003.
- Rexin, Manfred: „Feindsender“ RIAS. Der Juni-Aufstand, das Volk, das Regime und die West-Medien. In: Maruhn, S.106-119.
- Rodegast, Günter: Die Juniereignisse 1953 im Kreis Perleberg, in: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg (Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, H. 10, 2.Teil), Potsdam 2003, S.5-29.

- Roesler, Jörg: Der 17. Juni 1953 – Aufstand gegen die Norm? (hefte zur ddr-geschichte, 82), Berlin 2003.
- Rupieper, Herman-Josef (Hrsg.): „...und das Wichtigste ist doch die Einheit.“ Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster u.a. 2003.
- Schöne, Jens/Falco Werkentin: 17. Juni 1953 - Orte und Ereignisse in Ost-Berlin, Berlin 2003.
- Schulz, Eberhart: Zwischen Detail- und Fundamentalkritik. DDR-Intellektuelle vor und nach dem 17. Juni 1953, in: Kinner, S.43-50.
- Schwabe, Klaus: Aufstand an der Küste. Ursachen, Verlauf und Ergebnisse des 17. Juni 1953, Schwerin 2003.
- Wahl, Stefanie (Hrsg.): Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle. Schlaglichter, Magdeburg 2003.
- Wahl, Stefanie/Paul Werner Wagner (Hrsg.): Der Bitterfelder Aufstand. Der 17. Juni 1953 und die Deutschlandpolitik. Ereignisse - Zeitzeugen - Analysen, Leipzig 2003.
- Wolff, Jochen (Hrsg.): Der Aufstand: Juni '53 - Augenzeugen berichten. Aufgeschrieben von Hannes Hofmann u. Gerald Praschl, Berlin 2003.
- Wolfrum, Edgar: Neue Erinnerungskultur? Die Massenmedialisierung des 17. Juni 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 2003, H.40/41, S.33-39.

„Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit – Prägungen, Funktion, Leitbilder“

Peter Hübner

Am Institut für soziale Bewegungen (ISB) der Ruhr-Universität Bochum fand am 23. und 24. Januar 2004 der Workshop „Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit – Prägungen, Funktion, Leitbilder“ statt. Ins Haus der Geschichte des Ruhrgebiets, dem Sitz des ISB, hatte *Karl Lauschke* (Bochum) eingeladen, der sich mit zahlreichen Publikationen zur Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte, vor allem des Ruhrgebiets, einen Namen gemacht hat. Die Tagungsstätte, als vormaliger Sitz der IG Bergbau selbst ein geschichtsträchtiger Bau, beherbergt neben dem ISB, einem fakultätsübergreifenden, interdisziplinären Zentralinstitut der Ruhr-Universität auch die Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets, die mit etwa 500.000 Bänden eine der größten Fachbibliotheken zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Industrie und der Industriearbeiterschaft sowie zur Geschichte der sozialen Bewegungen umfaßt.

Nach der Begrüßung durch den Geschäftsführenden Leiter des ISB, *Klaus Tenfelde* (Bochum) und *Karl Lauschke*, steckte *Klaus Dörre* (Recklinghausen), Leiter des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung, in seinem Einführungsvortrag „Elitenbildung und ihr Wandel in der Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit“ einen methodisch-konzeptionellen Rahmen für das Tagungsthema ab. Die Veranstalter wählten für den Workshop eine Form, die relativ viel Raum für die Diskussion der zuvor schriftlich eingereichten Beiträge bot. Sektions-Kommentatoren faßten die wichtigsten darin enthaltenen Aspekte zusammen und problematisierten sie. Die einzelnen Verfasser der Beiträge hatten danach Gelegenheit, wichtige Gesichtspunkte zu vertiefen. Dem schloß sich jeweils eine anregende Diskussion an.

In der von *Inge Marfsolek* (Bremen) geleiteten und von *Matthias Frese* (Münster) kommentierten Sektion „Die Verarbeitung der nationalsozialistischen Erfahrungen“ präsentierten *Julia Angster* (Tübingen), *Frank Ahland* (Bochum) und *Thomas Köcher* (Bremen) ihre Forschungsergebnisse. *Angster* ging in einem Beitrag über Werner Hansen, den Vorsitzenden des DGB-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen auf dessen Haltung zur SPD und zu den Gewerkschaften ein. Hansen gehörte zu den Gewerkschaftsfunktionären, die während der NS-Zeit im Exil den Wertewandel der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften vorwegnahmen. Dies führte ihn seit der Rückkehr nach Deutschland in die Reihen jener Gewerkschaftselite, die den DGB und seine Einzelgewerkschaften in die politische und soziale Ordnung der Bundesrepublik integrierten. Im folgenden ging *Ahland* auf „Ludwig Rosenberg und seine Verarbeitung der Erfahrungen des Nationalsozialismus“ ein. Rosenberg, wie Hansen ebenfalls Remigrant, widmete sich an der Seite von Hans Böckler besonders dem Aufbau internationaler Beziehungen des DGB und stand von 1962 bis 1969 an dessen Spitze. *Ahland* arbeitete vor allem heraus, wie sich Rosenberg um die

Überwindung der geistigen Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus bemühte. Diesem Aspekt nahm auch *Köcher* unter der Überschrift „Die Entnazifizierung nationalsozialistischer Erfahrungen am Beispiel des DGB und dessen Umgang mit der Entnazifizierung“ auf. Er beschrieb die Haltung des DGB zur Spruchkammer-Praxis und wandte sich dann ausführlich dem Fall Walther Pahl zu. Dieser war seit 1950 Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte und sah sich mit Vorwürfen wegen seiner publizistischen Tätigkeit in der NS-Zeit konfrontiert. *Köcher* fragte, weshalb sich der DGB in dieser Kontroverse so zögernd verhielt.

Die anschließende Abendveranstaltung stand unter dem Thema „Macht und Ohnmacht des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Einzelgewerkschaften und DGB im Widerstreit?“. Im einleitenden Vortrag „Der DGB und seine Einzelgewerkschaften in Vergangenheit und Gegenwart“ bot *Karl Lauschke* einen informativen Überblick zu den Interessenlagen und Rationalitätskriterien, nach denen diese Organisationen handelten. Er illustrierte ihr Verhältnis untereinander nach dem Netzwerkprinzip und unterstrich, daß Solidarität über die Grenzen der Einzelgewerkschaften hinaus nur dann wirklich tragfähig sein konnte, wenn die Mitglieder der Einzelgewerkschaften auch ihre spezifischen Interessen berücksichtigt sahen. An der anschließend von *Hans-Otto Hemmer*, Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte, moderierten Podiumsdiskussion beteiligten sich der ehemalige DGB-Vorsitzende *Ernst Breit*, *Detlef Hensche*, ehemals Vorsitzender der IG Medien, *Irmgard Blättel*, für die christdemokratische Arbeitnehmerschaft ehemals im DGB-Bundesvorstand, und *Adolf Schmidt*, früherer Vorsitzender der IG Bergbau und Energie.

Die Sektion „Einheitsgewerkschaftliche Herausforderungen“ leitete *Klaus Tenfelde*, und *Manfred Wilke* (Berlin) kommentierte die Beiträge von *Klaus Mertsching* (Bonn), *Till Kössler* (Bochum) *Knut Andresen* (Hamburg) und *Peter Hübner* (Potsdam). *Mertsching* befaßte sich mit dem Wirken Matthias Föchers, der aus den Reihen christlich-sozialer Gruppen im DGB kam und von 1951 bis 1956 als dessen stellvertretender Vorsitzender Verantwortung trug. Föchers konsequentes Eintreten für die Einheitsgewerkschaft brachte ihn in ein Spannungsverhältnis zu Vertretern aus der Katholischen Arbeiterbewegung und den CDA, die entweder eine Satzungsänderung des DGB oder die Gründung einer christlichen Gewerkschaft forderten. „Willi Agatz - Kommunistischer Gewerkschafter zwischen SED-Politik, Arbeiterradikalismus und Gewerkschaftsräson“ lautete das von *Kössler* behandelte Thema. Es bot Gelegenheit, den Prozeß der gewerkschaftlichen Neuausrichtung und Stabilisierung in der Bundesrepublik aus der Perspektive kommunistischer Gewerkschafter zu beleuchten. In der Person von Agatz bündelten sich viele Widersprüche dieser Beziehung. *Kössler* bilanzierte sie jedoch nicht als Scheitern, sondern als Integration eines Teils der radikalen Strömungen in die Bergbaugewerkschaft. Im Beitrag „Heinz Brandt - ein streitbarer Intellektueller und die IG Metall“ wandte sich *Andresen* einer Biographie zu, die von tiefen Spuren des Kalten Krieges geprägt war. Einer Funktionärskarriere in der SED folgten die Flucht in den Westen, Redakteurstätigkeit bei der Zeitschrift „metall“, 1961 Entführung nach Ostberlin und Haft. Eine internationale Kampagne führte schließlich 1964 zur

Freilassung. Brandt blieb ein unbequemer Einzelgänger und streitbarer Intellektueller, dessen Distanz zur IG Metall sich in dem Maße vergrößerte, wie er in den neuen sozialen Bewegungen Resonanz fand. *Hübner* sprach zum Thema „Herbert Warnke – Politikverständnis und Funktionspraxis“. Am Beispiel des langjährigen FDGB-Vorsitzenden untersuchte er dessen Stellung im politischen System der DDR und verwies auf ein merkwürdiges Spannungsverhältnis zwischen politischem und Amtsverständnis. Während der Wirtschaftsreform in den sechziger Jahren stand Warnke loyal an der Seite Walter Ulbrichts, versuchte aber auch, nicht ohne deutliche Anzeichen von Resignation, Spielräume des FDGB zu sichern. Bis zuletzt verfocht er das Modell einer parteigeführten Einheitsgewerkschaft.

Die dritte Sektion „Neue Gewerkschaftsführer – neue Führungsprofile“ leitete *Klaus Schönhoven* (Mannheim). *Ludger Priess* (Bochum) kommentierte die Beiträge von *Susanne Kreutzer* (Berlin), *Klaus Kempter* (Heidelberg), *Stefan Müller* (Berlin), *Michael Schneider* (Bonn) und *Werner Abelshauser* (Bielefeld). Der Rolle von Frauen in den Gewerkschaften ging *Kreutzer* mit der Frage nach: „Frauen als ‚Gewerkschaftsführer‘? Das Beispiel ÖTV 1949-1968“. Obwohl Frauen nach 1945 als Neulinge in der Gewerkschaftsarbeit galten, gelang ihnen aus einer Minderheitenposition heraus in der Gewerkschaft ÖTV allmählich der Zugriff auf verschiedene Funktionsbereiche. Insbesondere Frauensekretariate, -ausschüsse und -versammlungen erlangten hierbei Bedeutung. Gleichwohl blieben Frauen unter den ÖTV-Funktionären deutlich unterrepräsentiert. *Kempter* trug Überlegungen zur Biographie Eugen Loderers vor, des langjährigen Vorsitzenden der IG Metall in den 70er und frühen 80er Jahren. Er verband damit generalisierende Fragen nach der Gewerkschaftsgeschichte der Bundesrepublik, nach der Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Gewerkschaftselite und nach dem Platz der Gewerkschaftsgeschichte in der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte. Die Generation Loderers, deren prägende Erfahrungen aus der NS- und Nachkriegszeit stammten, erwies sich den Befunden zufolge als besonders pragmatisch und kompromißbereit. Anhand der Biographie von Heinz Dürrbeck, der über 20 Jahre im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall tätig war, beleuchtete *Müller* eine andere Problematik: Dürrbeck, der sich seit den 50er Jahren um die gewerkschaftliche Bildungsarbeit bemühte und in den 60er Jahren zur Politisierung der Vertrauensleute und damit auch zu den Auseinandersetzungen mit den Betriebsräten beigetragen hatte, geriet 1975 in den Verdacht der nachrichtendienstlichen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Die Vorwürfe blieben unbewiesen, doch floh Dürrbeck schließlich nach Italien und dann nach Budapest. Nach Müllers Ansicht gehörte er zu einer „Brückengeneration“ zwischen der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik und den bundesrepublikanischen Gewerkschaften. *Schneider* stellte im Beitrag „Walter Hesselbach: Bankier der Gewerkschaften“ einen Mann vor, der als „roter Abs“ oder auch als „Bankier zwischen Marx und Markt“ bekanntgeworden war. Hesselbach, sozialdemokratisch engagiert, machte sich durch die Zusammenführung gemeinwirtschaftlicher Banken in der Bank für Gemeinwirtschaft einen Namen. An ihrer Spitze wirkte er sehr erfolgreich, mußte aber auch 1982 die Pleite des gewerkschaftseigenen

Wohnungsbauunternehmens „Neuen Heimat“ erleben. Hesselbach zählte als Führer eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens zu den Symbolfiguren für den Aufstieg der Gewerkschaften und ihres Hineinwachsens in die Gesellschaft der Bundesrepublik. Die Grundlinien einer Hans-Matthöfer-Biographie stellte *Abelshauer* vor. Matthöfer war in den 50er Jahren in der Abteilung Wirtschaft beim Vorstand der IG Metall zuständig für die Themenfelder Rationalisierung und Automatisierung. Es liegt nahe, daß er hierbei Erfahrungen sammelte, die ihm später in seiner politischen Karriere nützlich waren. Er wird als ein eher technokratischer Typus beschrieben, der er auch bei der Wahrnehmung seiner gewerkschaftlichen Aufgaben blieb.

Die Diskussion zu jeder der drei Sektionen bezog sich insbesondere auf die biographische Dimension der einzelnen Themen. Vor allem die Frage nach den Sozialisationsinstanzen beanspruchte Interesse. Übereinstimmung bestand darin, daß der biographische Ansatz für die Erforschung der Gewerkschaftsgeschichte höchst produktiv sein kann. Soziale, kulturelle und politische sowie Generationenprägungen haben, wie die vorgestellten Beispiele zeigten, das Handeln der gewerkschaftlichen Protagonisten deutlich beeinflußt. Aspekte der Elitenbildung blieben demgegenüber etwas im Hintergrund. Als nicht ganz unproblematisches Faktum wurde die weitgehende Fixierung der Themen auf den DGB registriert, während der FDGB und seine Funktionäre nur am Rande eine Rolle spielten. Dahinter steht nicht nur ein grundsätzliches konzeptionelles Problem, sondern dies sagt auch etwas über den Forschungsstand aus. In seinen Schlußbemerkungen faßte *Klaus Tenfelde* den wissenschaftlichen Ertrag des Workshops zusammen, wobei er ebenfalls die Potentiale der Biographieforschung für die Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte betonte. Die Veröffentlichung zumindest eines Teils der Beiträge ist vorgesehen.

Rosa Luxemburg und ihre politischen Freunde

Gerd Kaiser

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Berliner Verein Helle Panke, letzterer stellte als Ausrichter mit Detlev Nakath auch den Moderator der Veranstaltung, hatten für den 21. Februar 2004 zu einem Kolloquium eingeladen. Dessen Thema, vorgeschlagen von Annelies Laschitza, lautete „Rosa Luxemburg und ihre Freunde“. Wissenschaftler aus Japan, Rußland, Polen, Frankreich und Deutschland trugen auf diesem Ehrenkolloquium für die Luxemburg-Forscherin ihre neuesten Forschungsergebnisse vor, berichteten von neuen Editionsprojekten, luden zur Mitarbeit ein. Leider blieb weder für eine Diskussion noch für Anfragen Zeit. Im Vordergrund der dicht bei dicht gestaffelten Vorträge standen Fragen und Antworten zur politischen Botschaft und zu wissenschaftlichen Kernaussagen Rosa Luxemburgs und ihrer politischen Weggenossen; gehören biographische Forschungen doch zu einer der wichtigsten Richtungen der zeitgenössischen Geschichtswissenschaft. Zudem haben sie im Unterschied zu anderen Forschungsrichtungen unverkennbare Breitenwirkung. Annelies Laschitza wurde zu Lesungen und Gesprächen vornehmlich über ihre Luxemburg-Biographie „Im Lebensrausch, trotz alledem“ (bisher zwei Auflagen) zu 118 Veranstaltungen in 58 Städten eingeladen, zu denen mehr als 6000 Interessierte kamen.

Den Vorträgen während des Kolloquiums folgten weit mehr als 100 Interessierte.

Luxemburgs Erbe gehöre - so eine Grunderfahrung der Veranstaltung - zum Besten der europäischen Geistesgeschichte. Rosa Luxemburg gehöre als Mitstreiterin der Arbeiterbewegung des langen 19. Jahrhunderts zu dieser geistigen, politischen und sozialen Bewegung auf dem Weg zu einer Gesellschaft, in der der Mensch und nicht der Profit das höchste Prinzip ist. Die politische wie die wissenschaftliche Botschaft Luxemburgs sei nach wie vor aktuell, wengleich die Luxemburg-Forschung von den sich wandelnden politischen Verhältnissen der jüngsten Jahrzehnte mit ihren ideologischen Konfrontationen, wechselnden Parteilinien und epochalen Veränderungen seit 1989/90 nicht unbeeinflusst blieb. (*Hartmut Henicke*, Berlin).

Anregend, mit einem Schuß Selbstironie, gab *Annelies Laschitza* (Berlin) Einblick in ihre derzeitige Arbeit. Diesmal spreche sie „einmal nicht über Rosa“, sondern über ihr neues Forschungsvorhaben, eine Biographie Karl Liebknechts. Damit greift sie eine ihrer frühen Forschungslinien wieder auf, die den Anfang ihrer wissenschaftlichen Laufbahn markierte. Obwohl noch „mittendrin“, sprach sie über Liebknechts Suche nach neuen Forschungsansätzen in wichtigen, beispielsweise philosophischen Fragen. Diese seien lange Zeit entweder mißachtet oder klein geredet worden. Sie betonte Liebknechts weit gefaßte philosophische Erberezeption und darüber hinaus vor allem auch dessen neue Ansätze in wichtigen politischen Fragen des 20. Jahrhunderts. Laschitza sah sie im Kampf gegen Militarismus und

Kriegspolitik, im Streit gegen profitorientierte, rücksichtslose Naturzerstörung. In Liebknechts Forschungen und politischen Aktivitäten sah Laschitz Ansätze für eine konstruktive europäische Politik der Linken. Diese habe sich unter neuen Bedingungen, z. B. der wirtschaftlichen Globalisierung und paneuropäischen Institutionalisierung, zu artikulieren und zu verwirklichen.

Feliks Tych (Warschau) sprach über den Stand der Arbeit an seiner seit langem überfälligen Leo-Jogiches-Biographie, dabei auch über die beiden Pole einer „schwierigen Liebe“ zwischen Luxemburg und Jogiches und der - seiner Ansicht nach - bis an ihr Lebensende weiterwirkenden „geistigen Mentorschaft“ des Leo Jogiches. Dieser sei hinsichtlich der Perspektiven der Revolution in Deutschland weitsichtiger als Luxemburg und als Liebknecht gewesen, habe sich auch entschieden gegen die Gründung der Kommunistischen Internationale gewandt, die als einheitliche kommunistische Organisation und nicht als Föderation nationaler Parteien konstruiert wurde. Feliks Tychs jetzige Arbeit an der Jogiches-Biographie hat ebenso wie die Arbeit von Annelies Laschitz an ihrer Liebknecht-Biographie weit in die Vergangenheit zurückreichende Wurzeln. Hat Tych doch nicht nur die erste mehrbändige Edition des Briefwechsels zwischen Rosa und Leo herausgegeben (Warschau 1968 und 1971), sondern auch in einem sowjetischen Archiv die unveröffentlichte erste Jogiches-Biographie, die aus der Feder des Kampfgefährten Wladislaw Leder stammte, gefunden. Ursprünglich sollte sie zum zehnten Jahrestag des Mordes erscheinen, wurde jedoch im Zeichen des Stalinschen Verdikts gegen den „Luxemburgismus“ unterdrückt und 1937 zusammen mit ihrem Autor „verhaftet“, sie wurde 1976 erstmals von Tych veröffentlicht.

Narihiko Ito (Tokio) kündigte eine umfassende Luxemburg-Edition in Japan an. Vorgesehen sind 17 Bände. Mit dieser Publikation - so sei zu erwarten - werde für große Teile Asiens eine bedeutende Kulturleistung erschlossen und gewürdigt. Die japanische Edition habe mit den in Berlin erschienenen fünf Bänden (darunter ein Doppelband) der Gesammelten Werke und sechs Briefbänden eine gesicherte Grundlage, tragfähig für eine fundierte Erweiterung. Wie kurz zuvor in Moskau, fand dort eine Woche vor der Berliner Veranstaltung, am 12. Februar, eine ebenfalls von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und russischen Partnern getragene wissenschaftliche Konferenz zu Leben und Werk Rosa Luxemburgs statt. Narihiko Ito lud ein, die japanische Ausgabe durch neue Forschungsergebnisse, neue Dokumente und die Klärung der Autorschaft von bisher noch nicht zugeordneten Veröffentlichungen zu bereichern. Dazu sei es u. a. notwendig, Rosa Luxemburgs zahlreiche, unter Pseudonym (Ito nannte Beispiele für bisher 26 Luxemburg zugeschriebene Namens Kürzel) und „namenlos“ veröffentlichte Pressebeiträge eindeutig zuzuordnen. Er selbst hat in russischen Archiven bisher unbekannt und wichtige Vorarbeiten Luxemburgs zu ihrer Einführung in die Nationalökonomie gefunden.

Otokar Luban (Berlin), wie Ito aktiv in der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, stellte jüngst entdeckte Dokumente in Moskauer und Berliner Archiven vor, u. a. zum Wirken von sich selbst so bezeichnenden „Friedensgruppen“ in der Berliner SPD, die sich während des ersten Weltkrieges gegen die Kriegspolitik stellten; zur Entstehung und zum Wirken der Spartakusgruppe, einschließlich der

Beschaffung von Geldern für Flugschriften. Des weiteren ging er auf Luxemburgs „kritische Solidarität“ mit der russischen Oktoberrevolution ein, bewertete differenziert Luxemburgs Haltung gegenüber der sowjetrussischen Außenpolitik (z.B. Brest-Litowsk) und dem Massenterror im Landesinneren. Nach wie vor sei Rosa Luxemburg „Stachel im Fleisch der Sozialdemokratie“, da sie auch wirtschaftliche und soziale Freiheit als unverzichtbare Elemente wahrer Emanzipation gewertet habe. Sie sei auch ein „Stachel im Fleisch des Staatssozialismus“ gewesen. Hartmut Henicke hatte in seinem Vortrag bereits darauf hingewiesen, daß der derzeit wohl bekannteste Satz Rosa Luxemburgs von der „Freiheit des Andersdenkenden“, entgegen Rosa Luxemburgs Intention, „statt zur Kennzeichnung einer reifen sozialistischen Demokratie zur Rechtfertigung der bürgerlichen Demokratie instrumentalisiert wurde“.

Mit den Beziehungen zwischen Rosa Luxemburg und August Bebel befaßte sich *Ursula Herrmann* (Ferch) an Hand von drei Themen: der Auseinandersetzungen der beiden mit Eduard Bernstein in Fragen der Gesellschaftstheorie, wobei Rosa Luxemburg desungeachtet in einigen politischen Fragen Gemeinsamkeiten mit Bernstein hatte; der Analyse der Revolution von 1905 und drittens der Auseinandersetzung Luxemburgs mit Bebel in Zusammenhang mit Deutschlands Kriegspolitik am Vorabend des ersten Weltkriegs. *Till Schelz-Brandenburg* (Bremen) griff einen dieser Fäden auf und konzentrierte sich auf Luxemburg und Bernstein. Beide seien Juden gewesen, denen Religion und Herkunft nichts bedeutet hätten. Beide seien Exilanten gewesen, Luxemburg aus Polen, Bernstein aus Deutschland exiliert, beide seien allzeit integre und selbstlose Politiker „um der Sache willen“ gewesen, hätten niemals einen Posten oder ein Pöstchen angestrebt. Rosa Luxemburg sei in Polen sowohl von der Polnischen Sozialistischen Partei als auch dann in der VR Polen von der staatstragenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ihrer Haltung in der nationalen Frage wegen als „blind für die nationalen Nöte des polnischen Volkes“ verleumdet worden.

Auf von ihm entdeckte bisher unbekannte Briefe Clara Zetkins machte *Gilbert Badia* (Paris) aufmerksam. Er sprach über die Beziehungen zwischen Zetkin und Rosa Luxemburg, die sowohl aus persönlichen Gründen (z. B. wegen der Liaison von Rosa Luxemburg mit Kostja Zetkin, dem Sohn der Freundin und Kampfgefährtin), aber auch aus politischen Gründen nicht frei von Spannungen waren. Während Zetkin, die lange in Frankreich gelebt habe, dort nahezu völlig vergessen sei, sei Luxemburgs Werk als Teil des substantiellen reformerischen Werks der kommunistischen Bewegung gegenwärtig. Über die Beziehungen der Sozialisten Jean Jaures und Rosa Luxemburg sprach *Jutta Seidel* (Leipzig). Sie charakterisierte die Positionen von Jaures und Luxemburg in der Antikriegspolitik, bei der Bekämpfung des Antisemitismus (z. B. an Hand des Falles Dreyfus) und hinsichtlich ihrer gemeinsamen sozialistischen Visionen.

Über die Notwendigkeit, das bei aller erforderlichen selbstkritischen Befragung Erhaltenswerte am Vermächtnis Rosa Luxemburgs zu bewahren, sprach *Jakow Drabkin*, Senior der russischen und der internationalen Luxemburg-Forschung. Auf der Moskauer Konferenz waren die Anwesenden zu der Feststellung gelangt, daß

dortzulande kaum wissenschaftliches Interesse an einer Luxemburgforschung bei jüngeren Generationen zu verspüren sei. Weder in der UdSSR noch in Rußland habe es bis zum Februar 2004 jemals eine wissenschaftliche Konferenz zu Leben und Werk der Politikerin und Wissenschaftlerin gegeben. Wissenschaftlich und politisch sei Rosa Luxemburg jahrzehntlang eine Art Unperson gewesen, allenfalls „gut“ als Märtyrerin. Biographische Luxemburgpublikationen in der UdSSR nach der Verurteilung des „Luxemburgismus“ durch Stalin seien an den Fingern einer Hand abzuzählen.

Weitere Beiträge waren speziellen Forschungsergebnissen gewidmet; etwa Rosa Luxemburgs Korolenko-Übersetzung, die in ihrer letzten Gefängniszeit entstand (*Ehrhard Hexelschneider*, Leipzig) oder ihren fragmentarisch erwähnten Beziehungen zur Arbeiterbewegung in der polnischen Industriestadt Lodz (*Holger Pollit*, Warschau). Detailliert charakterisierte *Erwin Lewin* (Berlin) den Lebensweg und das Wirken des albanischen Revolutionärs Tashko (1899-1984) und dessen Wirken im Geiste der Ideen von Rosa Luxemburg.

Die Vorträge des Ehrenkolloquiums sollen veröffentlicht werden.

Vorwärts – und viel vergessen...

Fachtagung zur Geschichte sozialer Bewegungen
mit Stephan Grigat, Gottfried Oy, N.N.

Termin: Freitag 1.10.2004 bis Samstag 2.10.2004, 18.30 Uhr

Ort: Kulturzentrum ParadoX, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

In Nachfolge der Tagung „Making History – Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft“, die im Oktober 2003 in München stattfand, wird sich diese Tagung mit der Geschichte und der Geschichtsschreibung über die neuen sozialen Bewegungen befassen.

Geplant sind eine Eröffnungsveranstaltung am Freitag und drei thematische Workshops am Samstag, u. a. zur System-re-integration sozialer Bewegungen (Stephan Grigat, Berlin/Wien) und zur Geschichte alternativer Medientheorie und -praxis (Dr. Gottfried Oy, Frankfurt/M.). Zweck der Tagung ist neben theoretischer Reflexion die weitere Versteigerung eines Netzwerkes kritischer HistorikerInnen und anderer historisch-politisch Arbeitender.

Detailliertes Programm und alle weiteren Informationen unter www.kritische-geschichte.de oder über die Anmeldeadresse.

Anmeldungen bitte an huettn@luxemburg-initiative.de oder über Rosa Luxemburg Initiative, Elsfl etherstr. 29, 29219 Bremen.

Veranstalter: Rosa Luxemburg Initiative Bremen, Rosa Luxemburg Stiftung, bundesweiter Arbeitskreis Kritische Geschichte und andere.

Die Inkraftsetzung des Sozialistengesetzes vor 125 Jahren. Presse und Publizistik unter den Bedingungen des Ausnahmegesetzes

Renate Merkel-Melis

Unter diesem Thema veranstaltete der Verein „Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.“ am 18. Oktober 2003 in Berlin eine Konferenz. Etwa 20 Teilnehmer waren der Einladung gefolgt. Nach einem musikalischen Auftakt mit revolutionären Liedern seit der Zeit der 1848er Revolution, dargeboten von Stefan Körbel und Michael Letz, verwiesen die Tagungsleiter (*Wolfgang Beutin*, Koethel, und *Jürgen Hofmann*, Berlin) auf die Bedeutung der Veranstaltung angesichts dessen, daß Themen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus Forschungsprofilen und Lehrveranstaltungen der Universitäten europaweit verschwunden sind.

In seinem einleitenden Referat zur Arbeiterpresse unter dem Sozialistengesetz umriß *Wolfgang Schröder* (Taucha) hierfür zunächst den allgemeinen Rahmen: zum einen das Bestreben des deutschen Kaiserreiches, die erstarkende Sozialdemokratie zu zerreißen und ihrer Massenbasis zu berauben, zum anderen eine vielgestaltig strukturierte Presselandschaft, in der die proletarische Presse mit zahlreichen lokalen Organen bis 1878 eine eindrucksvolle Vielfalt erreicht hatte. Mit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes (viele Redner verwendeten diesen Begriff an Stelle der im Konferenzthema formulierten unschönen „Inkraftsetzung“) brach die proletarische Presselandschaft zusammen: Bekannte Blätter wurden sofort verboten, vielzählige Genossenschaftsbuchdruckereien geschlossen. Mit dem Verbot von Versammlungen, der Zerschlagung der Organisationen, den geringeren finanziellen Mitteln erreichte die Arbeiterbewegung einen Tiefpunkt.

Bei der Untersuchung des Neuansatzes wandte sich Schröder gegen die einseitige Legende, in der Anfangszeit des Sozialistengesetzes hätten die führenden Funktionäre versagt, die Massen hingegen gestanden. Dagegen spricht allein schon die Tatsache, daß die überwiegende Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten Mitarbeiter an Zeitungen waren. Eine differenziertere Einschätzung der Situation schließt die Berücksichtigung des anfänglichen Mißtrauens von Marx und Engels gegen die deutsche Parteiführung sowie die Tolerierung legaler Arbeiterzeitungen durch die staatlichen Organe in der Hoffnung ein, die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ von innen her zu untergraben. Auch die überlieferte Schablone vom Gegensatz zwischen Marxisten und Opportunisten reicht nicht aus, um die unterschiedlichen Konfliktzonen – dabei beispielsweise die Auseinandersetzung mit Viereck – zu charakterisieren.

An umfangreichem Zahlenmaterial belegte Schröder die Zunahme von Zahl und Auflagenhöhe von Arbeiterzeitungen und Gewerkschaftsorganen: seit 1890

insgesamt 104 sozialdemokratisch orientierte Presseorgane mit rund 600.000 Lesern – in Relation gesetzt zu 80 Millionen Einwohnern in Deutschland.

In der Diskussion unterstrich *Heinrich Gemkow* (Berlin) den Hinweis auf die zeitweise gelockerte Verbindung von Marx und Engels zur Arbeiterbewegung in Deutschland, würdigte den Blick auf die legale Arbeiter- und Gewerkschaftspresse und regte – wie auch andere Diskussionsredner – an, diese in Relation zur bürgerlichen Presse und die Pressegeschichte schlechthin zu setzen, um die Frage nach der Reichweite ersterer beantworten zu können.

W. Beutin (Koethel) stellte das Sozialistengesetz in die Tradition legislatorischer Repression, durch die Kirche im Mittelalter bis zum NS-Regime. An zahlreichen Beispielen illustrierte er Verbot und Verfolgung von Literatur, die durch die mit §26 des Ausnahmegesetzes geschaffene „Reichs-Commission“ initiiert wurde und mit Verfolgungen wegen Veröffentlichung erfolgter Verbote einen potenzierten Terror erreichte.

Den sozialen Wandel und seine Auswirkungen auf die sozialdemokratische Presse in den 1880/1890er Jahren untersuchte *Jürgen Schlimper* (Leipzig). Ausgehend von einem Abriß der Pressegeschichte seit ihren Anfängen über das 17./18. Jahrhundert, kennzeichnete er die Situation in den 1870er Jahren und untersuchte Ursachen des Erfolgs der Generalanzeigerpresse. Die sozialdemokratische Presse brachte es zu bemerkenswerten Leistungen, war 1890 jedoch nicht in der Lage, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren und verlor an Bedeutung.

Aus seiner Arbeit mit Quellen zur Erschließung der sächsischen Presse vermittelte *Matthias John* (Leipzig) Ergebnisse subtiler lokalgeschichtlicher Untersuchungen zur sozialdemokratischen Presse in Westsachsen während des Sozialistengesetzes.

Ursula Herrmann (Ferch) sprach über die Bedeutung von Erfahrungen mit der illegal verbreiteten Wochenschrift „Die Laterne“ im ersten Jahr des Ausnahmegesetzes. In dem Blatt wurden politische und taktische Fragen diskutiert, überregionale Kontakte geknüpft, es diente als Agitationsmittel bei Nachwahlen zum Deutschen Reichstag und als Stütze in der Abwehr anarchistischer Bestrebungen. Die Referentin würdigte die Bemühungen von Carl Hirsch um die Verbreitung illegaler Presse von Anfang an, die ihrerseits bezeugen, daß das erste Jahr des Sozialistengesetzes keine Zeit der Verwirrung war.

Inge Kießhauer (Berlin) trug einen Auszug aus einem umfangreicheren, 1989 entstandenen Manuskript zur Geschichte der „Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei e.G.“ vor. Sie vermittelte einen Überblick über die hier und in weiteren Associations-Buchdruckereien erschienene Presse- und Broschürenliteratur und schilderte, wie bis zum Verkauf ersterer 1878 durch eine geschickte Verkaufstaktik das Vermögen der Partei gerettet werden konnte.

Einen biographischen Abriß von J.H.W. Dietz gab *Angela Graf* (Hamburg). Sie verfolgte Dietz' Aufstieg vom Handwerker zum Parteiverleger, der mit Loyalität und kaufmännischem Geschick gegen Ende der 1890er Jahre beträchtlichen Gewinn erwirtschaften konnte.

Wie sich bürgerliche Presse und Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes in der Satire widerspiegelten, untersuchte *Friedrich Mülder* (Kiel), vor allem am Beispiel des „Kladderaddatsch“.

Die Liedpublizistik in der Arbeiterbewegung war Gegenstand der Ausführungen von *Inge Lammell* (Berlin). Für die empirische Geschichtsforschung stellt das Lied eine wesentliche Quelle dar: Es kann kein politisches Wissen ersetzen, doch wesentliche Grundgedanken erlebbar machen. Arbeiterliederbücher erlebten hohe Auflagen; während des Sozialistengesetzes konnte das Verbot von 22 Sammlungen festgestellt werden.

Heidi Beutin (Koethel) sprach über den Briefwechsel zwischen August und Julie Bebel (Briefe einer Ehe) während des Sozialistengesetzes. In der Zeit, als es noch keine audio-visuellen Quellen gab, erlangte der Brief – offiziellen oder privaten Charakters – wesentliche Bedeutung. So enthalten auch die „Briefe einer Ehe“ Aussagen zur Gesamtpolitik Bismarcks oder zur Sozialpsychologie der deutschen Großbourgeoisie. *Herrmann*, die Herausgeberin, würdigte diese erste Auswertung und wünschte sich, künftig noch stärker herausgearbeitet zu sehen, wie Julie Probleme meisterte und ihren Mann in beeindruckender Weise unterstützte.

Nicht unwidersprochen in einzelnen Punkten blieben die Ausführungen von *Jost Hermand* (USA) über das Ende des Sozialistengesetzes. Er warnte vor monokausaler Interpretation der Ursachen – die heroischen Aktionen des numerisch wachsenden Proletariats, verfolgte die wachsenden Differenzen zwischen Kaiser Wilhelm II. und Bismarck, charakterisierte des ersteren Bemühen, an breitere Schichten des Volkes zu appellieren, und die Aufhebung des Gesetzes als Sieg aller mit dem Kaiser verbündeten Schichten.

In seinen Schlußbemerkungen faßte *Hofmann* die Ergebnisse der Konferenz zusammen: Es erweist sich immer als nützlich, sich mit neuen Fragestellungen auch allgemein bekannten Themen zu nähern. In überzeugender Weise wurde vorgeführt, wie Kulturgut, so auch Lied und Lyrik, zu politischer Meinungsbildung beiträgt. In der weiteren Diskussion sollten die Problematik der Rezeption der Presse sowie die Suche nach geeigneten wissenschaftlichen Instrumentarien verfolgt werden, um diese auszuloten. Dabei ist zu bedenken, daß sich das, was in der Presse diskutiert wurde, nicht automatisch in den Köpfen umgesetzt hat. Weiterzuführen ist die Debatte über die Folgen nach dem Ende des Sozialistengesetzes. Schließlich ist Vorsicht geboten im Umgang mit Aktualisierungen; diese sind immer stark problemgeladen, andererseits sollten historische Themen nicht ausgeblendet werden.

Rezensionen

Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA). Dritte Abteilung, Bd. 13: Karl Marx/ Friedrich Engels, Briefwechsel Oktober 1864 bis Dezember 1865. Bearbeitet von Svetlana Gavril'čenko, Inna Osobova, Ol'ga Koroleva und Rolf Dlubek. Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Akademie Verlag, Berlin 2002, 1443 S.

Die Briefabteilung der neuen MEGA besitzt für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung unstrittig einen besonders hohen Wert. Denn sie liefert den Marx-Engels-Briefwechsel und beider Korrespondenz mit Dritten, soweit überliefert, erstmals vollständig, und sie enthält - strikt chronologisch eingeordnet - auch deren Briefe an Marx und Engels. Da es sich bei den sogenannten An-Briefen zumeist um Erstveröffentlichungen handelt, bietet die Dritte MEGA-Abteilung über rund fünf Jahrzehnte des 19. Jh.s, von den 40er bis in die 90er Jahre, den bislang wohl umfangreichsten geschlossenen Quellenfundus zur Geschichte der demokratischen wie der Arbeiterbewegung Europas, dokumentiert in einzigartiger Weise die Epoche der Emanzipationsbestrebungen und -bewegungen der Arbeiter und mithin die Geschichte dieses Jh.s gleichsam "von unten".

Das gilt auch und in besonderer Weise für den hier zu besprechenden Bd. III/13, der die Gesamtkorrespondenz von und an Marx und Engels von Oktober 1864 bis Dezember 1865, also während der ersten Entwicklungsetappe der Inter-

nationalen Arbeiterassoziation umfaßt. Er ergänzt und vertieft in vieler Beziehung den 1992 erschienenen Bd. 20 der Ersten MEGA-Abteilung, der Marx' und Engels' Schriften aus der Zeit von September 1864 bis September 1867 unterbreitet. Bd. III/13 ist nach den bis 1989 veröffentlichten Briefbd.en 1 bis 8, die die Korrespondenzen bis Dezember 1857 vorlegten, und dem 2000 erschienenen Bd. 10 (September 1859 - Mai 1860) inzwischen der 10. Briefbd. Insgesamt wurden in den bisher erschienenen Briefbd.en rund 1100 Briefe von Marx-Engels-Korrespondenzpartnern erstmals oder zumindest erstmals in der Originalsprache oder erstmals vollständig der Forschung zur Verfügung gestellt.

Der 13. Briefbd. weist mit 153 Erstpublikationen von Briefen Dritter (von insgesamt 234) einen außerordentlich hohen Anteil an Erstveröffentlichungen auf. Hinzu kommt noch eine stattliche Anzahl von Beilagen, die den Quellenwert des Bd.es gerade zur Geschichte der Arbeiterbewegung noch weiter erhöhen. Exemplarisch genannt seien: Wilhelm Liebknechts Bericht an die Londoner Funktionärskonferenz der IAA von September 1865, seine ergänzenden Materialien zu den Auseinandersetzungen mit Johann Baptist von Schweitzer zu Anfang 1865, Joseph Weidmessers Informationen über die amerikanische Arbeiterbewegung, aber auch ein Brief Johannes Miquels an Ludwig Kugelmann.

Als besonders aussagekräftig und wertvoll erweisen sich die 33 Erstveröffentlichungen von Liebknecht-Briefen (von insgesamt 46), die ein genaueres Bild von der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in diesem Zeitraum

vermitteln. Im Detail lassen sich nun die Kontroversen um die Mitarbeit von Marx, Engels und Liebknecht an Johann Baptist von Schweitzers "Social-Demokrat" im ersten Quartal 1865 nachvollziehen, die, von vornherein äußerst schwierig, nach dem offenkundigen Einschwenken Schweitzers auf Unterstützung Bismarcks abgebrochen werden mußte, wobei Liebknecht voranging. Der Bd. enthält auch erstmals publizierte Briefe von Schweitzer wie von Johann Baptist von Hofstetten an Marx und Engels. Es wird sichtbar, daß Marx und Engels, von Anfang an zwar recht skeptisch bei diesem Unternehmen, das Möglichkeiten eröffnen sollte, Einfluß auf den ADAV zu gewinnen, wegen der zunächst nur vermuteten bismarckfreundlichen Politik des verstorbenen Ferdinand Lassalle wie des Herausgebers des "Social-Demokrat" Schweitzer bald von verschiedenen Seiten unter Druck gerieten.

Zwölf bislang unveröffentlichte Briefe Victor Schilys - übrigens eines Vorfahren des heutigen bundesdeutschen Innenministers -, des damaligen Bevollmächtigten des Zentralrats der IAA für Paris, dokumentieren plastisch das komplizierte Ringen um Arbeiteremanzipation in der französischen Kapitale. Von Johann Georg Eccarius, dem Stellvertretenden Präsidenten des Zentralrats, existieren - da er sich in der Regel zweimal in der Woche mit Marx traf - leider nur wenige, hier erstveröffentlichte Briefe. Diese wie die zahlreicheren Briefe des Korrespondierenden Sekretärs für die Schweiz Hermann Jung vermitteln tiefere Einblicke in das Wirken des Führungsgremiums der I. Internationale. Die Schreiben von Ernest Jones komplettieren wesentlich unser Wissen über die Einflußnahme von

Marx wie des Zentralrats auf die englische Wahlrechtsbewegung, in die sich Hunderttausende Arbeiter einschalteten. Vier ebenfalls bislang nicht publizierte Briefe Weydemeyers und die Antworten von Engels sind ein hochinteressanter Diskurs über die militärischen Vorgänge in der Endphase des amerikanischen Sezessionskrieges.

Die anbrechende Periode der Internationalen Arbeiterassoziation bildete nach 1848/49 den zweiten Höhepunkt in Marx' politischem Wirken. Die gesamte Korrespondenz von Marx wie die Repliken seiner Korrespondenzpartner, die angesichts vieler nicht überlieferter Marx-Briefe oft wichtige Auskünfte über dessen Intentionen und Bemühungen liefern, sind Zeugnis des wohlgedachten politischen Konzepts, das von Marx seit der Gründung der IAA verfolgt wurde, nämlich die politisch unterschiedlichen Richtungen der neu erwachten Arbeiterbewegung auf der Grundlage praktischer Lernprozesse und neu gewonnener Erfahrungen in den sozialen und politischen Kämpfen und durch gemeinsame Diskussionen zu einer einheitlichen politisch-sozialen Emanzipationsbewegung zusammenzuschließen. Anders als im Umfeld von 1848/49, als Marx bei der Formierung und Leitung des Bundes der Kommunisten mehr auf deutliche Abgrenzung von nichtkommunistischen Auffassungen setzte, stand für ihn seit 1864 eindeutig die Integration der verschiedenen Arbeiterbestrebungen und die schrittweise Gewinnung gemeinsamer sozialer und politischer Ziele in einer differenzierten Gesamtbewegung, die Massencharakter annahm, im Vordergrund. Gerade darin zeigte sich Marx

als ein Politiker von hohem Rang. Die Briefe widerlegen überdies alle Verleumdungen, Marx habe nur durch Intrigen die Führung in der IAA erlangt.

Besonderes Interesse darf die Korrespondenz vornehmlich zwischen Marx und Engels beanspruchen, die Problemen der Arbeit am "Kapital" gewidmet war. Zweierlei tritt darin zutage: Erstens kümmerte sich Marx auch in dieser Zeit nicht nur stärker als zuvor um die praktische Bewegung des Proletariats, sondern arbeitete, bisweilen sogar Sitzungen des Zentralrats mit dem Argument schwänzend, nicht in London zu sein, "wie ein Pferd" (Marx an Engels, 20.05.1865, S. 466) an seinem Hauptwerk, schrieb zwischen Herbst 1864 und Jahresende 1865 einen Entwurf für den zweiten Band und das Hauptmanuskript für das Dritte Buch, insgesamt rund 750 Manuskriptseiten neuen Text, was ihn erst in die Lage versetzte, in der Folgezeit den ersten Band des "Kapital" druckfertig zu machen. Zweitens aber durchdrangen sich in produktiver Weise praktisch-politische Tätigkeit und wissenschaftliche Arbeit, vor allem in den Diskussionen im Zentralrat um die richtige Haltung zu Streiks und Gewerkschaften trat dies deutlich zutage, fand in der theoretischen Debatte über Marx' in englisch gehaltenen Vortrag über Lohn, Preis und Profit einen ersten Höhepunkt und mündete in den folgenden Jahren in die Formulierung eines geschlossenen sozialistisch orientierten sozialökonomischen Programms der IAA.

Neues bietet der Bd. zu Engels' Schrift über "die preußische Militärfrage" und über die Werbekampagne für deren Verbreitung, worum sich insbesondere Carl Siebel, ein Verwandter von Engels, Ver-

dienste erwarb. Er war den Londonern schon in der Auseinandersetzung mit Carl Vogt zu Beginn der 60er Jahre eine große Hilfe gewesen. Mit dieser Schrift leistete Engels, der von Manchester aus durch ständigen Meinungs-austausch mit Marx die Entwicklung der Internationale kritisch begleitete und in dieser Zeit in der Briefkorrespondenz weit hinter Marx zurücktrat (81 Marx-Briefen stehen nur 39 von Engels gegenüber und von Briefen Dritter waren 178 an Marx und 56 an Engels gerichtet), den entscheidenden Beitrag zur Ausarbeitung des politischen Programms der äußersten Linken in Deutschland für die Kämpfe um eine demokratische Lösung der nationalen Frage. Darüber hinaus geben die Briefe einen Einblick in Engels' Engagement in der Öffentlichkeit von Manchester, über seine führende Position in der dortigen Schilleranstalt, dem gesellschaftlichen Zentrum der recht starken deutschen Kolonie in der Stadt, in der er zunächst einer der Direktoren war und schließlich zum Präsidenten gewählt wurde.

Interessantes bietet der Bd. nicht zuletzt auch über Marx' Familienleben wie über Engels' enge Kontakte zu seinen Verwandten, namentlich zu seiner Mutter. Deren teils erstpublizierte Briefe bezeugen das besonders innige Verhältnis zwischen Mutter und Sohn. Und mit Vergnügen und Schmunzeln liest man manch einen der Briefe, wie etwa den seiner Cousine Anna von Beust, die sich beim Betrachten eines Bildes des etwas fülliger gewordenen Mittvierzigers an den gertenschlanken Fabrikantensohn aus den Jünglingsjahren erinnerte.

Das weithin bekannte vorbildlich hohe Niveau der MEGA-Edition begegnet dem

Leser natürlich auch in diesem Bd. und erfreut den Wissenschaftler. Der Apparat-Bd. ist diesmal nicht ohne Grund knapp 200 Seiten umfangreicher als der Briefbd. selbst. Da ist kaum eine in den Texten auftauchende wichtige Sache vergessen worden, in den Erläuterungen aufzuschließen, historisch einzuordnen und durch Quellen zu belegen, was sich sowohl auf schon vorhandene Forschungen stützt, aber häufig erst Resultat eigener Forschungen der Editoren ist und nicht selten zu weiteren Forschungen anregt. Zu den editions-wissenschaftlichen Leistungen gehört, daß jeder Brief mit einer Darstellung der Entstehung und Überlieferung eingeleitet ist und - wo nötig - Varianten- und Korrekturverzeichnisse beigegeben sind. Jede Datierung wurde wissenschaftlich begründet und für 46 Briefe präzisiert. Umfangreiche Register, von denen das Personenregister besonders besticht, das schon manchem bei seinen wissenschaftlichen Untersuchungen weitergeholfen hat, erleichtern die Benutzung des Bd.es. Last not least darf die sich in neuer Qualität darbietende Einführung, die am Beginn des Apparatbd.es platziert ist, nicht unerwähnt bleiben. Sie stellt dank einer ganz auf den Text bezogenen, bisherige Forschungen verarbeitenden und ebenso sachlichen wie flüssig geschriebenen Darstellung die Briefkorrespondenz in die historischen Zusammenhänge, in denen sie stattfand und auch nur voll zu verstehen ist. Ist die Einführung für den Outsider geradezu unverzichtbar, so liest sie selbst der Insider auf dieser Strecke jederzeit mit Gewinn. *Walter Schmidt*

Angelika Limmroth: Jenny von Westphalen - Die Frau von Karl Marx. Mit einer historischen Einführung von Raban Graf von Westphalen, Bodunger Beiträge, Heft 6, Großbodungen 2003, 52 S.

Von einer unerwarteten, überraschenden und erfreulichen Veröffentlichung ist zu berichten: von einer Biographie über Jenny von Westphalen, der Frau von Karl Marx. *Unerwartet*, weil biographische Publikationen über Karl Marx und Friedrich Engels und deren Verwandte oder Mitstreiter im wiedervereinigten Deutschland recht selten geworden sind. *Überraschend* der Ort der Veröffentlichung: ein in Großbodungen ansässiges Grafen-Ehepaar von Westphalen gibt seit Beginn des Jahres 2003 eine Broschürenreihe mit vornehmlich lokal-regionalen und kulturhistorischen Themen heraus, als deren Heft 6 jetzt eine Jenny-von-Westphalen-Biographie von L. mit einer hilfreichen historischen Einführung des Grafen von Westphalen vorgelegt wurde; *erfreulich* ist das Resultat, das zwar nicht von neuen Archivstudien, aber von intensiver Literatúrauswertung und sehr gelungener Darstellungsweise und flüssigem Stil zeugt.

Die knapp 40 Folioseiten Text starke, geschmackvoll eingebundene Studie wird ergänzt durch eine die Zeit- und Lebensumstände Jennys skizzierende Einleitung des mit ihr nicht verwandten Grafen von Westphalen (S. 8-12), eine Bibliographie (S. 50f.), eine biographische Zeittafel (S.51f.) und technisch sehr gelungene historische Fotos.

Positiv ist, weil immer noch nicht selbstverständlich geworden, daß sich L. auf in beiden deutschen Staaten erschienene und

von ihr ausgewertete Quelleneditionen stützt, allen voran die Briefsammlungen von Renate Schack (Jenny Marx. Ein bewegtes Leben, Berlin 1989) und Wolfgang Schröder ("Sie können sich denken, wie mir oft zu Muthe war ...". Jenny Marx in Briefen an eine vertraute Freundin, Leipzig 1989). Anders sieht es in monographischer Hinsicht aus. Während Lutz Graf Schwerin von Krosigks gewichtiges Werk "Jenny Marx. Liebe und Leid im Schatten von Karl Marx", Wuppertal 1975, bei der Auswertung überdeutlich Pate gestanden hat - bis in die Formulierungen hinein -, vermisst man Hinweise auf das Standardwerk zur Familiengeschichte Marx von Heinz Monz (Karl Marx. Grundlagen der Entwicklung zu Leben und Werk, Trier 1973) und neben anderen auf nach 1979 erschienene biographische Skizzen des Rezensenten über Jenny so nahestehende Menschen wie Caroline Schoeler (Marx-Engels-Jahrbuch, 2, Berlin 1979), Helena (nicht Helene) Demuth (Marx-Engels-Jahrbuch, 11, Berlin 1989) oder Edgar von Westphalen (Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 25, Jg., Koblenz 1999). Manche Sachfehler hätten dadurch vermieden werden können: z.B. ist bisher kein Beleg dafür öffentlich geworden, daß der Student Karl Marx in Berlin auf Veranlassung Ferdinand von Westphalens bespitzelt wurde (S.17); von den Zehntausenden um 1840 in Paris lebenden deutschen Emigranten waren selbstverständlich nur ein Bruchteil "Kommunisten" (S.20); der Pariser "Vorwärts!" und die "Neue Rheinische Zeitung" waren nicht kommunistische, sondern radikal-demokratische Blätter mit nur einzelnen Aufsätzen kommunistischer Tendenz

(S.22, 27); schon die unter Marx' und Engels' Mitwirkung entstandenen und Ende 1847 beschlossenen "Statuten des Bundes der Kommunisten" und nicht erst das "Kommunistische Manifest" bzw. die von Marx und Engels im Frühjahr 1848 in Paris herausgegebenen 17 "Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" enthielten die Losung "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" (S.27).

Sehr, allzu häufig arbeitet die Autorin mit Formulierungen á la "es scheint", "ist zu vermuten", "wahrscheinlich", "es mag sein", "vielleicht", "wohl" und ähnlichen und hält sich bei Quellen- und Verweisangaben - außer bei Briefzitate - mit Belegen sehr zurück. Dadurch mischt sich konkret-historische, also belegbare Darstellung streckenweise mit Essayistischem, Möglichem, Denkbarem. Doch werden diese Schwächen ausgeglichen durch das bemerkenswerte Einfühlungsvermögen der Autorin in die Gefühlswelt, die Reflexionen und die Handlungsantriebe ihrer "Heldin". Zwar haftet manchen Jenny zugeschriebenen Überlegungen infolge des lückenhaften Quellenmaterials etwas Spekulatives an. Gleichwohl gelingt es der Autorin mit respektabler Delikatesse und weiblichem Spürsinn beispielsweise hinsichtlich des zugleich Freundschafts- wie Abhängigkeitsverhältnisses der Familie Marx gegenüber Friedrich Engels (S.35f.) oder erst recht im Hinblick auf die tiefe Krise, die Frederick Demuths Geburt heraufbeschwor (S.31f.), weiteren Nachdenkens wertige Aspekte beizusteuern. Den für Jenny lebenslang charakteristischen Zwiespalt zwischen ihrer adligen Herkunft und den ihr anerzogenen Moral- und Lebensauffassungen zum ei-

nen, ihrer aufopferungsvollen Rolle als selbstlose politische Kampfgefährtin ihres Mannes zum anderen plastisch herausgearbeitet zu haben, gehört nicht zuletzt zu den Verdiensten der Autorin. Damit geht sie - ähnlich anderen weiter oben erwähnten Biographen - weit über die Sicht der einstigen Pionierin der Jenny-Marx-Biographik Luise Dornemann hinaus. Alles in allem eine empfehlenswerte Publikation an der Grenze zwischen wissenschaftlich-populärer Studie und Essay, für die der Autorin wie den Hrsg.n Dank gebührt.

Heinrich Gemkow

Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie. Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945. Hrsg. von Heinz Deutschland. Aus dem Russischen von Ruth und Heinz Deutschland. (Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Schriften 12) Karl Dietz Verlag, Berlin 2003, 703 S.

Wer diese Aufzeichnungen wirklich zum Lesen in die Hand nimmt, der vertieft sich, wie der Hrsg. sehr zutreffend vermerkt, in ein "interessantes, in vielerlei Hinsicht problematisches Dokument", über dessen "Vorzüge und Defizite ... unterschiedlich geurteilt werden" wird (S. 8; S. 639, Anmerkung 185).

Alexandra Kollontai - wer hat noch nicht von dieser ungewöhnlichen Frau gehört, doch wie viele wissen wirklich um die Problematik ihres Lebens? Die immer elegant gekleidete, selbstbewußte Frau mit "bezaubernder Weiblichkeit", vorzüglichen Umgangsformen, angeborenem Charme und hohem Intellekt war eine

hochgebildete Marxistin, bedeutende Theoretikerin der Frauenfrage, energische Kämpferin für die Gleichberechtigung der Frau mit entsprechender eigener Lebensgestaltung, eine hervorragende Rednerin und Publizistin, eine profilierte Partei- und Staatsfunktionärin. Als ihre "entscheidenden Charakterzüge" sah sie: "unermüdliche Aktivität, rebellischer Geist in der Jugend, sachliche Beharrlichkeit im reifen Alter". Sie konnte sich in acht Sprachen verständigen, sich zu jedem Thema gehaltvoll mit Repräsentanten verschiedener sozialen Schichten unterhalten - sie faszinierte. Aus Adelskreisen stammend, integrierte sie sich früh und bewußt in die russische und internationale Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, fand zu den Bolschewiki, wurde nach der Oktoberrevolution 1917 als Volkskommissar für staatliche (soziale) Fürsorge in die Sowjetregierung und damit als erste Frau in ein Ministeramt berufen und unterlag 1921/1922 gegen Wladimir I. Lenin in den innerparteilichen Auseinandersetzungen nach dem Bürgerkrieg als Wortführerin der "Arbeiteropposition", die Bürokratisierung und Entartungen in der Partei und im Staatsapparat anprangerte, Demokratie und größere Sorge für die Nöte der Industriearbeiter einforderte. Damit begann, gleichsam mit ihrem 50. Geburtstag (1. April 1922), "das zweite Leben der Alexandra Kollontai". Die *Aufzeichnungen* widmen sich diesem "Leben in der Diplomatie" als erste Botschafterin in der Welt, das bis 1945 dauerte. Es spielte sich vor allem in Skandinavien (Oslo - Stockholm - Oslo - Stockholm - mit einem Intermezzo 1926/1927 in Mexiko) und Kurzaufenthalten in Genf und immer wieder Moskau ab und hatte

seinen Höhepunkt in den Jahren des Zweiten Weltkrieges in ihrer Mitwirkung bei der Regelung der sowjetisch-finnischen Beziehungen. Danach bearbeitete K. die *Aufzeichnungen* "entsprechend dem Zeitgeist" zur Veröffentlichung. Doch daran bestand kein "höchstes" Interesse; die Manuskripte übergab die Autorin kurz vor ihrem Tode (9. März 1952) dem Archiv.

Im Rahmen seiner Kollontai-Forschungen setzte sich Helmut Steiner für eine russische Herausgabe des Manuskriptes ein. Er beteiligte sich an einer umfangreichen, zweibändigen Edition¹, die im Jahre 2001 mit Unterstützung der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau herauskam, und verwandte sich für eine deutsche Ausgabe.

Diese besorgten nun in der vorliegenden, einbändigen Form unter Nutzung der Archiv-manuskripte mit entsprechenden Kürzungen und unter Heranziehung weiterer Materialien R. und H. D. Mit einer kongenialen Übersetzung, einem einfühlsamen Vorwort, einem weiterführenden Dokumentenanhang (25 Texte, zumeist Briefe), einer Kollontai-Bibliographie, einem instruktiven, reichen Quellen- und Literaturverzeichnis, einem lohnenden Personenregister und last not least einem Anmerkungsapparat, der in seiner Ausführlichkeit und Akribie die *Aufzeichnungen* wissenschaftlich aufarbeitet, der aber mit seinem Kleinstdruck den beharrlichen Wißbegierigen letztlich zur Lupe zwingt, erschließen sie dem deutschen Leser die schwierige Lebenswelt der ersten Sowjetdiplomat. Sie hatte dieses Leben nicht angestrebt, empfand es jedoch nach der

Einsicht des Hrsg.s "keinesfalls - wie gelegentlich unterstellt - als Verbannung", als "diplomatisches Exil". Sie stellte sich den Herausforderungen, unterwarf sich, trotz wiederholten innerlichen Aufbegehrens, der Parteidisziplin und der Moskauer (Stalinschen) Weltsicht, wußte aber auch die Annehmlichkeiten ihres Diplomaten-daseins zu nutzen. Hilfreich für ihr Wirken waren ihre Kenntnisse, Erfahrungen und Bekanntschaften aus ihrer früheren Lebenssphäre in der internationalen Arbeiterbewegung, die sich jetzt auf der Ebene staatlicher Repräsentanz verschiedentlich fortsetzten. Die *Aufzeichnungen* und entsprechende Anmerkungen geben hier interessante Einblicke.

Dürftig fallen die *Aufzeichnungen* aus zu den brisanten Auseinandersetzungen und lebensgefährlichen Vorgängen in der Sowjetunion wie die Ausschaltung der "trozkistischen Opposition" 1927 und der "Große Terror" 1936-1938, der auch viele Diplomaten und die Letzten der "Leninschen Garde" dahinraffte. Allein K. blieb im Lande übrig. Sichtlich in "Seelequalen" aufgewühlt, wie Notizen und Briefe belegen, empfand sie es "beängstigend zu leben". Sie schloß nicht aus, unter das "Rad der Geschichte" wie andere "unschuldig Schuldige" zu geraten. Sie befand, daß es "noch weit, sehr weit bis zum kommunistischen Humanismus" sei. In den *Aufzeichnungen* selbst folgt sie der offiziellen Sicht auf diese furchtbaren Vorgänge. Darüber hinaus bietet sie immer wieder Elogen auf Stalin an. Ihm schreibt sie eine "außergewöhnliche Feinfühligkeit" zu und übermittelt ihm schließlich alle Textstellen ihrer *Aufzeichnungen*, die sich auf ihre Begegnungen und Gespräche mit ihm bezogen. "Hier gewinnt die Referenz an den

1 A. M. Kollontaj: *Diplomatiëskie dnevniki*. V 2-ch t., Moskau 2001.

Zeitgeist eine Dimension, mit der die Zeitzeugin Alexandra Kollontai sich selbst in Frage stellt", schreibt H.D. zu Recht. "Vor allem ihre frei erfundenen Schilderungen von Begegnungen und Gesprächen mit Stalin sowie die nachweislich falschen Angaben zu wichtigen Details fügen ihrem Anspruch, eine zuverlässige Berichtserstatterin zu sein, Schaden zu" (S. 17).

Der Hrsg. hat Vielen für Rat, Unterstützung und Mithilfe gedankt. Doch der Leser hat R. und H. D. zu danken, die ihm im familiären Teamwork das reale "zweite Leben" der "legendären Kollontai" erschlossen. Es war, wie ich es nun nach aufschlußreicher Lektüre erfasse, ein unheroisches Leben einer außergewöhnlichen, von zunehmender Krankheit geplagten, energischen, selbstbewußt bleibenden, und doch Zweifel habenden und Gefühle offenbarenden Frau unter ungewöhnlichen Umständen, weitgehend angepaßt den Zwängen des sich herausbildenden, die Menschen deformierenden und mordenden stalinistischen Systems. Zu einer Überhöhung dieser Persönlichkeit, wie sie sich verschiedentlich abzeichnet - auch in der Zusammenführung mit Rosa Luxemburg - sollte man sich nicht verführen lassen; doch zum Lesen des Buches allemal. *Horst Schützler*

Ingelore Pilwousek (Hrsg.): Otto und Wolfgang Graf. Leben in bewegter Zeit 1900 - 2000, Aliteraverglag, München 2003, 280 S.

"Was ist eigentlich Bolschewismus?" Mit dieser Frage leitete der KPD-Abgeordnete Otto Graf am 22. Juli 1920 die erste kommunistische Landtagsrede in Bayern

ein. Das Münchner Polizeipräsidium beklagte später die massenhafte Verbreitung dieser Rede als Flugschrift unter der Landbevölkerung: "Diese Schrift bedeutet mit ihrem scheinbar logischen Aufbau eine große Gefahr, der von Regierungsseite nicht scharf genug entgegengetreten werden kann."

P., Vorsitzende des Archivs der Münchener Arbeiterbewegung, hat das *Leben in bewegter Zeit* des ersten bayerischen Landtagsabgeordneten der KPD, des Lehrers, Journalisten, Historikers und Bundestagsabgeordneten der SPD Otto Graf und seines Sohnes Wolfgang aufgezeichnet. Das Buch basiert auf Erzählungen von Wolfgang Graf. Der Mitbegründer der Münchner GEW schildert das Leben seines Vaters vor dem Hintergrund der bewegten Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, dem Nationalsozialismus und dem "Neubeginn" nach 1945. Persönliche Beobachtungen aus seiner Jugend ergänzen sich dabei mit Schilderungen der "großen" Politik.

Aus einer verarmten Ziegeleibesitzerfamilie stammend, hatte der am 8. März 1882 geborene Graf die Lehrerlaufbahn eingeschlagen. 1913 trat er in die SPD ein. Kurz nach dem Ersten Weltkrieg ließ sich Graf in den vorläufigen Ruhestand versetzen, um seine Zeit der Politik und dem Journalismus zu widmen.

1920 wurde Graf für die KPD in den bayerischen Landtag gewählt. Mehrere KPD-Abgeordnete verbüßten damals als ehemalige Räterepublikaner Festungshaftstrafen. So war es nicht verwunderlich, daß Graf die Massaker der Freikorps bei der Niederschlagung der Räterepublik in den Mittelpunkt seiner Landtagsagitation stellte.

Graf gehörte zu den Mitbegründern der Münchner "Nationalbolschewistischen Bewegung". Kommunisten wie Graf und der Direktor des Münchner KPD-Organs *Neue Zeitung*, Otto Thomas, trafen sich dort 1920 und 1921 mit nationalistischen Politikern wie dem Kriminalpsychologen Professor Hans von Hentig und dem Führer des "Bundes Oberland", Josef Römer, einem Jugendfreund Grafs. Hentig sollte 1923 der KPD seine militärischen Fähigkeiten bei der Aufstellung proletarischer Hundertschaften zur Verfügung stellen, und Römer wurde 1944 als Antifaschist hingerichtet.

Ziel der Münchner Nationalbolschewisten war der Kampf gegen den Versailler Vertrag und den bayerischen Separatismus. "Wir Kommunisten treten für einen revolutionären Krieg gegen die Entente gestützt auf das Bündnis mit Rußland ein", erklärte Graf auf einer von mehreren tausend nationalistischen Studenten besuchten Kundgebung der KPD im Februar 1921. Praktisches Ergebnis der Zusammenarbeit mit den Nationalrevolutionären war vor allem eine Spende von 350.000 Mark aus der Kasse des Bundes Oberland an die kommunistische *Neue Zeitung*.

Während eine solche Zusammenarbeit mit Kreisen der extremen Rechten als "Schlageter-Politik" während des Ruhrkampfes 1923 und als "Scheringer-Kurs" Anfang der 30er Jahre offizielle Parteilinie wurde, waren die bayerischen Rechtsabweichler im Jahre 1921 der KPD-Führung noch suspekt. Im Februar 1922 wurden Otto Graf und weitere Münchner Parteifunktionäre aus der KPD ausgeschlossen.

Er trat danach zunächst der USPD und

dann wieder der SPD bei. Dort unterstützte er im Richtungsstreit die Pazifistin und Frauenrechtlerin Toni Pfülf gegen den "königlich-bayerischen" Parteivorsitzenden Erhard Auer. Nicht eine Sozialdemokratie in Bayern, sondern eine folkloristische weiß-blaue Bayern-SPD war das Konzept des rechten Parteiflügels, mit dem erfolglos versucht wurde, der konservativen Bayerischen Volkspartei die Wähler streitig zu machen. Neben seinen politischen Bekanntschaften pflegte Otto Graf enge Freundschaften mit den Schriftstellern Oskar Maria Graf und Eugen Roth.

Trotz mehrerer Hausdurchsuchungen und kurzfristiger Inhaftierungen überstand die Familie Graf im Unterschied zu vielen ihrer Genossen den Nationalsozialismus relativ unbeschadet. Da sich Graf weigerte, der NS-Schrifttumskammer beizutreten, durfte er freilich nicht publizieren, und die Familie litt echte Not.

Als Referent des bayerischen Kultusministeriums baute Otto Graf nach dem Zweiten Weltkrieg das Volkshochschulwesen im Freistaat auf und arbeitete als Staatskommissar für die Universitäten. Doch bald geriet er mit dem ultraklerikalen CSU-Minister Alois Hundhammer aneinander, der die christliche Bekenntnisschule in der Verfassung verankern und die Prügelstrafe an Schulen wieder einführen ließ. Graf wurde SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und engagierte sich anschließend als Referent in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. 1971 starb er krank und weitgehend vereinsamt.

Allen, die an der wechselhaften Geschichte der Arbeiterbewegung in Bayern interessiert sind, sei dieses aus der subjektiven

Sicht eines Zeitzeugen geschriebene Buch ans Herz gelegt. Reden, Artikel und Dokumente von und über Otto Graf, darunter die berühmte "erste kommunistische Landtagsrede in Bayern" finden sich im Anhang des Buches.

Nikolaus Brauns

Heinz-Jürgen Schneider/Erika Schwarz/ Josef Schwarz: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 2002, 364 S.

"Es gibt Bücher, die erscheinen einfach zu spät!" Das war mein erster Gedanke, als ich den hier vorzustellenden Bd. erstmals in den Händen hielt. "Da hast du 30 Jahre lang Material zur Geschichte der Linken gesammelt, über 6000 Bände zusammengetragen, hast nach 1990 deine Sammlung zum *Paderborner Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung* ausgebaut, das mittlerweile sogar Mitglied im internationalen Dachverband der Arbeiterarchive IALHI ist, hast an Büchern zur Geschichte der Roten Hilfe mitgearbeitet - und *hier* mußt du nun lesen, daß der letzte noch lebende Anwalt der Roten Hilfe direkt vor deiner Nase lebte und erst am 10. September 2000 in Paderborn verstorben ist. Es gibt Tage, wo man sich fragt, welchen Sinn die eigene Arbeit eigentlich hat."

Der Leser möge mir diese "Selbstkritik" nachsehen; ich beginne Rezensionen sonst nicht so. Diese persönlich gehaltenen Zeilen sollen nur verdeutlichen, daß selbst derjenige, der glaubt, schon alles über eine Organisation zu wissen, immer wieder

Neues entdecken kann. Vielfach haben ja selbst in der linken Arbeiterbewegung Bewanderte die Rote Hilfe (IRH) und die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) durcheinandergebracht.

Hier haben wir nun den Fall, daß die Vf. sich sehr gründlich mit ihrem Thema befaßten und, wo die zeitgenössischen Quellen nicht mehr weiterhalfen, ihre eigenen, mitunter sehr aufwendigen Recherchen betrieben. So sind etwa zwei Drittel des Bd.es (240 S.) kurzen Biographien von Juristen gewidmet, die in der einen oder anderen Weise mit der RH in Verbindung standen. Neben bekannten Namen wie Wolfgang Abendroth, Hilde Benjamin, Theodor Liebknecht oder Paul Levi finden sich zahlreiche Unbekannte, darunter auch "bürgerliche" Anwälte, die nur ein- oder zweimal für die RH tätig waren. In einer erzreaktionären Kaste, wie es die Justiz der Weimarer Republik nun einmal war, konnte eine offene Parteinarbeit zugunsten der zumeist minder bemittelten linken Angeklagten durchaus der eigenen Karriere hinderlich sein. Das ging bis zu einer Anklage der Berliner Anwaltskammer im Dezember 1930 wegen zu niedriger Honorarforderungen eines RH-Anwaltes.

Aus der kurz gehaltenen Einleitung ergibt sich, daß ca. 60 Prozent der für die RH tätigen Anwälte jüdischer Herkunft waren. Ihr Engagement dürfte sich auch mit ihren schon in den 20er Jahren sehr begrenzten Aufstiegschancen erklären lassen, denn nicht alle waren Mitglied der KPD, SPD oder USPD (wie Theodor Liebknecht oder Paul Levi). Etliche wußten sich durchaus einen "Namen zu machen", wie etwa Alfred Apfel, Kurt Rosenfeld oder Hans Litten, der sogar Hitler als

Zeugen vor Gericht zitieren ließ. Nur wenige haben sich später zu ihrer Tätigkeit geäußert. Rolf Helm etwa in seinem Buch "Anwalt des Volkes" (Berlin 1979), W. Abendroth in "Ein Leben in der Arbeiterbewegung" (Frankfurt a.M. 1976) oder Hilde Benjamin. Spektakuläre Verfahren wie etwa der sog. Tscheka-Prozeß von 1925 fanden in den 70er Jahren noch Beachtung durch eine Neuauflage der "Denkschrift der Verteidigung" von Arthur Brandt, zu der der damalige "Terroristen-Anwalt" Kurt Groenewold das Geleitwort schrieb.

Ansonsten war nicht viel zu erfahren, sieht man einmal von der Biographie Felix Halles von Josef Schwarz (GNN-Verlag) ab. Um so verdienstvoller ist das, was die Autoren zusammengetragen haben, wenngleich der Umfang der biographischen Anmerkungen höchst unterschiedlich ausfiel und über manch unbekannt Namen mehr zu finden ist als über "Prominente". Etliche Namen beruhen lediglich auf Honorarlisten der RH, und ein "k.A." bedeutet, daß keine Angaben zu Geburts- oder Todesdatum zu ermitteln waren. So sehr ich die Fleißarbeit schätze: beim Vater des Studentenfürhlers Daniel Cohn-Bendit hätte doch durch Nachfrage bei dem jetzigen Europaabgeordneten das Todesdatum ermittelt werden können.

Die Vf. haben dankenswerter Weise etliche Briefe, Zeitungsausschnitte oder auch Sammellisten sowie Fotos einiger Rechtsanwälte in den Bd. aufgenommen. Besonders erwähnenswert, daß als Anhang die wohl bekannteste Schrift Felix Halles "Wie verteidigt sich der Proletarier..." im Reprint abgedruckt wurde. Leider hat der Verlag hier an der falschen Stelle gespart.

Der Abdruck von zwei Seiten dieser Schrift auf einer Seite kommt einer vierfachen Verkleinerung gegenüber dem Original gleich, so daß man das Buch "quer lesen" muß, was bei dem für viele heutige Leser ungewohnten Fraktur-Druck noch erschwerend hinzu kommt.

Peter Mönnikes

Wal Buchenberg: Was Marx am Sowjet-system kritisiert hätte. Politische Ökonomie der Sowjetunion, VWF Verlag für Wissenschaft und Forschung GmbH, Berlin 2003, 142 S.

Es geht um die Analyse der Sowjetwirtschaft in ihrer Eigentümlichkeit. Marx kommt in doppeltem Sinne "ins Spiel": Zum einen wird klar, daß die Versuche der Sowjetbürokratie, das von ihr organisierte System mit Marxschen "Lernen" zu rechtfertigen, Propaganda waren (das ergibt sich auch aus dem Anhang, in dem Marxsche Annahmen über eine mögliche klassenlose Gesellschaft zusammengefaßt sind); zum anderen, indem der Autor mit der Marxschen Methode der Kapitalismus-Analyse vorgeht, um das Wesen der sowjetischen Wirtschaftsweise herauszuarbeiten. Verwendete Marx z.B. für den Kreislauf des Geldkapitals die Formel: "Geld - Ware (A+Pm) ... Produktion ... Ware - Geld" (MEW, Bd. 4, S. 40-56), so setzt der Autor für den vergleichbaren Vorgang in der Sowjetwirtschaft die Formel: "Direktive - (A+Pm) ... Produktion ... Produkt" an. Er versucht sich auch in eigenen Berechnungen und Abschätzungen und übernimmt aus soliden Quellen statistisches Material. Insgesamt erarbeitet er einige

Erkenntnisse, wie sie so wohl noch in keiner Untersuchung zutage gefördert worden sind.

Der Vf. beschreibt, wie in der Sowjetunion nach Lenins Willen die "gesamte Gesellschaft" gleichsam zu einer einzigen großen "Fabrik", zu einem "das gesamte Volk umfassenden Staatssyndikat" (LW, Bd. 26, S. 488) wurde. Die Verbindung der Produzenten mit den Produktionsmitteln erfolgte nicht durch Kauf einer Ware Arbeitskraft, sondern durch Dienstverpflichtung der Untertanen einer despotisch herrschenden Staats- und Parteiführung. Die Arbeitenden bekamen Unterhaltsgeld im Umfang einer minimalen Versorgung. Im Produktionsprozeß erwiesen sich der Voluntarismus der Staatsbürokratie, das lähmende Zulieferungschaos und der rücksichtslose Versorgungsvorrang der Schlüsselzweige als die größten Störfaktoren. In der Zirkulation waren es u.a. die vorwiegend stoffwirtschaftlichen Planvorgaben, die staatlichen Festpreise und die Produktionsmittelzuweisungen. Geld, streng reglementiertes Zirkulationsmittel, das keine Gewinne realisieren sollte, fungierte hierbei sogar nur als Rechengeld.

Das Ziel der gesellschaftlichen Produktion in der Sowjetunion? Die Bedürfnisse der Werkkräftigen waren nicht zielführend. Es wurde festgelegt, welchen Bedarf die Arbeitenden haben dürfen und was sie konsumieren sollen. Das Ziel bestand darin, mittels maximaler Steigerung der Produktionsmittelproduktion, deren Anteil an der Industrieproduktion schließlich 75 Prozent betrug, was einen "historisch nie dagewesenen Akkumulationsprozeß von Produktionsanlagen ..., Maschinerie und Rohstoffen" (S. 75) ergab,

die Sowjetunion zur ersten Militär- und Wirtschaftsmacht zu machen.

Statt dessen fiel die Wirtschaft von 1970 an im Vergleich zu den USA zurück. Die Arbeitsproduktivität sank, die Wirtschaft erlahmte und begann, sich festzufahren. Die Hauptursache: die schlecht versorgten Arbeitenden, die vom Wohlstand der Herrschenden wußten, die also weder genügend stimuliert noch etwa motiviert waren, verweigerten sich immer mehr. Und auf diese Weise schlug durch, daß sie ausgebeutet, ja daß sie - und das ist eine andere überraschende Erkenntnis - sogar mehr ausgebeutet wurden als die Proletarier in den USA. Die relative Größe des von den Sowjetherrschern angelegenen industriellen Mehrprodukts war in den 80er Jahren um etwa 64 Prozent größer als das in den USA, während den Beschäftigten in der sowjetischen Industrie, deren Konsumtion absolut ein Fünftel des Konsums der US-Arbeiter betrug, nur wegen ihrer um das 1,8fache größeren Gesamtzahl 36 Prozent des in den USA anerkannten notwendigen Produkts zukam. Die sowjetischen Werkkräftigen waren auch in den 80er Jahren arm.

Unbefriedigend bleibt die begriffliche Charakterisierung dieser Herrschaftsklasse durch den Autor, der sie durchgängig einfach als "Planerbükratie", "Sowjetplaner" oder "Planerbükraten" bezeichnet. Die Mitarbeiter der Planungsinstanzen waren ebenfalls subalterne Angestellte der herrschenden Klasse. Sie selbst jedoch - und das macht es schwierig, sie zu definieren - bildete sich weiterhin erst noch heraus.

Im Schlußkapitel kritisiert der Autor die Versuche, das Sowjetsystem dem Kapitalismus zuzuordnen oder einzelne seiner

Merkmale für sein Wesen auszugeben. Die Sowjetwirtschaft war primär auf Gebrauchswert-, auf Produktionsmittelherzeugung und nicht auf Profite ausgerichtet. Die Wertseite der Produktion, Löhne und Preise spielten eine untergeordnete Rolle. "Nur vulgärwissenschaftliche Betrachtung wird solche Einzelphänomene als Beweis für die Existenz der kapitalistischen Produktionsweise nehmen" (S.98). Obwohl dem Vf. bei der Charakterisierung der zentralen Planwirtschaft die Pharaonen, die Babylonier und Chinas Kaiser einfallen, lehnt er Versuche ab, die Sowjetwirtschaft mit einer älteren Produktionsweise identifizieren zu wollen. Sie war eine "eigenständige Produktionsweise mit eigenständigen Zielen und Methoden der Produktion und Verteilung" (S.101).

So weit so gut und gewiß richtig. Doch auf der Grundlage der vom Vf. und von anderen erarbeiteten Tatsachen über die Sowjetwirtschaft sowie einer Betrachtung der Sowjetgesellschaft im Ganzen steht immer noch eine vertiefte formations-theoretische Analyse aus. Sie sollte auch die Frage einschließen, inwieweit das von Lenin erdachte und dem rückständigen Rußland aufoktroyierte Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell mit seinen schwachen Trieb- und Trägerkräften und seiner ständigen Unfähigkeit, sich alltäglich lebendig "von selbst" zu reproduzieren, nicht schon von vornherein ein überlebensunfähiges Kunstprodukt war?

Walter Rösler

Mike Schmeitzner: Alfred Fellisch 1884 - 1973. Eine politische Biographie, Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 2000, 548 S.

Dem Vf. gebührt das Verdienst mit der vorliegenden Arbeit - einer unwesentlich gekürzten Fassung seiner Dissertationsschrift - eine historische Persönlichkeit vorzustellen, die bislang in der Geschichtsschreibung allenfalls singuläre Beachtung erfuhr.

Alfred Fellisch, am 1. Juni 1884 in Frau-stadt (Posen) als Sohn eines Fleischerge-sellen geboren, im schlesischen Haynau, nahe Liegnitz, aufgewachsen, betätigte sich bis zu seinem Tod am 4. März 1973 vor allem in verschiedenen sächsischen Städten in unterschiedlichen Funktionen. Dem sozialen Milieu seines Elternhauses entsprechend, fand Fellisch schnell Zu-gang zur sozialdemokratischen Arbeiter-sowie zur Gewerkschaftsbewegung, arbei-tete als Funktionär und Redakteur in ver-schiedenen sozialdemokratischen Organi-sationen, übte für wenige Wochen das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten und danach für einige Jahre das des Amtshauptmanns von Großenhain aus, um dann, schon im vorgerückten Alter, in der SBZ bzw. DDR als Staatssekretär und Wirtschaftsminister im Land Sach-sen sowie zwischen 1949 und 1952 als Direktor der Sächsischen Landes-bibliothek tätig zu sein und sich im Kulturbund zu engagieren.

Die Darstellung des politischen Lebens-weges Fellischs, der Wandlungen und Brüche in seiner politischen Vita, gelingt dem Autor dort am überzeugendsten, wo er ihn als Akteur historischen Geschehens im Rahmen der jeweiligen konkreten ge-sellschaftlichen, politischen und ökonomischen Entwicklung zeigt, etwa bei des-sen Hinwendung zur Arbeiterbewegung oder in der Darstellung seines Beitrages

bei der Formierung und dem Wirken der sogenannten Chemnitzer Richtung in der deutschen Sozialdemokratie unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg. Weshalb S. jedoch mehrfach, entgegen der vorgegebenen Absicht sowie dem biographischen Genre widersprechend, bei durchaus passabler Quellensituation, in weitschweifige Darlegungen bekannter sächsischer Geschichte ableitet, ohne daß über längere Passagen hinweg Fellischs Name und - noch weit wichtiger - seine Rolle im konkreten historischen Prozeß, auch nur Erwähnung erfährt, bleibt unverständlich. Noch weitaus problematischer erscheint mir, daß der Autor Fellischs ca. achtjähriges Wirken als Amtshauptmann in Großenhain auf lediglich 15 S. und seine Biographie während der deutschen faschistischen Diktatur auf knapp sechs S. behandelt.

Aufschlußreicher erweisen sich die Ausführungen S.s über die Tätigkeit Fellischs in verschiedenen Ämtern und Funktionen nach der Zerschlagung des faschistischen Deutschland. Sie bestätigen dessen Engagement, den Einsatz seiner erheblichen organisatorischen sowie politischen Erfahrungen beim Aufbau einer neuen Gesellschaft. Am ehesten kommt dies in der Übernahme des Direktorates der Sächsischen Landesbibliothek zum Ausdruck. Die Berufung Fellischs in dieses Amt zum 1. April 1949, und damit wenige Tage vor Erreichung des Pensionsalters, entsprach nach Ansicht des Autors den "beruflichen Ambitionen, seinem gesundheitlichen und altersbedingten Zustand sowie auch seinen künstlerischen Neigungen" (S.468f.). Fellisch erwarb sich in dieser Funktion bleibende Verdienste vor allem bei der

gezielten Förderung des Bibliothekar- und Buchbindernachwuchses sowie beim Neuaufbau des Buchmuseums in Dresden.

Der Autor skizziert interessant und anschaulich das vielgestaltige und engagierte Wirken Fellischs im Kulturbund. Hier bot sich ihm die Gelegenheit, seine reichen organisatorischen Erfahrungen und Fähigkeiten nutzbringend einzusetzen. Zudem eröffnete ihm das kulturelle Tätigkeitsfeld weitaus größere Spielräume, seine eher sozialdemokratisch geprägten politischen Intentionen zu realisieren bzw. dies zu versuchen, als ihm dies im gesamtgesellschaftlichen Rahmen möglich gewesen wäre. Offensichtlich bot das kulturelle Engagement Fellisch die Möglichkeit, existierende Widersprüche zwischen seinen eigenen Vorstellungen und der allgemeinen politischen Entwicklung in der DDR auszugleichen.

Weniger aussagekräftig erscheinen mir die Passagen, in denen sich S. auf das Feld von Hypothesen und Vermutungen begibt, ideologisierend und recht einseitig die gesellschaftliche Realität der DDR reflektiert und damit Fellisch in die Rolle eines lediglich Duldenden versetzt.

Das durchaus die Gesamtdarstellung beeinträchtigende ideologisierende Moment tritt verstärkt immer dann hervor, wenn sich der Autor zu Entwicklungen und Differenzierungsprozessen in der SPD der Weimarer Republik, der sächsischen zumal, zur KPD sowie insgesamt zu linkssozialdemokratischen oder linkssozialistischen Theorie- und Politikvorstellungen äußert, einem Umfeld also, das seinen Protagonisten in seinen Entscheidungen unmittelbar tangierte. So zeugt es nicht unbedingt von profunder Kennt-

nis der innerparteilichen Situation in der sächsischen SPD, wenn wiederholt ausschließlich das SPD-Zentralorgan "Vorwärts" als Kronzeuge für die Beurteilung von Ereignissen und Diskussionen grundsätzlicher Fragen in der sächsischen Sozialdemokratie bemüht wird (S.268, 327 u.a.). Ebenso seltsam erscheint der Versuch, "die in der Tat" existierende Verfassungsfeindlichkeit der KPD (S.245) anhand indirekter "Beweise" etwa mittels einer "Vorwärts"-Veröffentlichung zu belegen (S. 243).

Trotz dieser wohl dem "Zeitgeist" entsprechenden und durchaus bedauerlichen Tendenzen in der Gesamtdarstellung gebührt dem Autor Dank für seine anregende Biographie. *Detlef Ziegs*

Gegen Faschismus und Krieg. Auseinandersetzung, Opposition und Widerstand im Raum Jena vom September 1929 bis Mai 1945. Dokumente. Auswahl und Zusammenstellung: Heinz Grün. Hrsg.: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. Teil 1: September 1929 bis Januar 1933; Teil 2: Februar bis Juli 1933, Jena 2000 und 2003, 429 u. 401 S.

Mit diesen beiden Bd.en (denen weitere zwei bis drei für die Zeit bis 1945 folgen sollen) legt das Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. eine Dokumentensammlung vor, die den jahrelangen Widerstand Jenaer Antifaschisten - Kommunisten und Sozialdemokraten, parteilose, christliche und pazifistische Gegner von Faschismus und Krieg - sowie deren Kampf um demokratische politische Verhältnisse umfassend und überzeugend widerspiegelt. Die Doku-

mente unterstreichen die besondere Rolle Jenas als Universitäts- und Zeiss-Stadt sowie als ein wichtiges politisches, Verwaltungs- und Gerichtszentrum für Thüringen. Mit der Ernennung des Alt-Nazis Wilhelm Frick als thüringischen Innen- und Volksbildungsminister, mit der Berufung des Rassentheoretikers Hans Günther an die Universität Jena (beides schon 1930) und mit der Bildung der kompletten Nazi-Regierung 1932 in Weimar konnte die NSDAP hier frühzeitig wichtige Positionen erobern, gegen die sich der Widerstand richtete.

G. hat in vielen Jahren Tausende Originaldokumente (Archivmaterial, zeitgenössische Presseartikel, Flugblätter, Gerichtsurteile, Erinnerungsberichte von Zeitzeugen u.ä.) über diesen Themenkreis für die Jahre 1929 bis 1945 zusammengetragen, die in einer Auswahl - z.T. gekürzt - so erstmalig veröffentlicht werden. Sie bezeugen den politisch und historisch berechtigten Kampf Hunderter Gegner von Faschismus und Krieg in Jena und in rund 50 kleinen umliegenden Orten und Dörfern, ihre Motive, Mittel und Ausmaße, ihren persönlichen Mut und Einsatz, ihre Möglichkeiten und Grenzen, also auch ihre Niederlagen, Verhaftungen und Verurteilungen, nicht zuletzt den brutalen Terror der Nazis. Beide Bd.e können ein wichtiger Beitrag für eine noch zu schreibende "Alltagsgeschichte" des antifaschistischen und antimilitaristischen Widerstandes im Jenaer Raum sein.¹

¹ Siehe hierzu auch: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Bd. 8: Thüringen. Hrsg. Thüringer Verband der VdN - Bund der Antifaschisten und Studienkreis deutscher Widerstand 1933-1945, Verlag für akademische Schriften, Frankfurt a. M. 2003, S. 151ff.

Die ziemlich umfangreichen Bd.e dokumentieren den mutigen Widerstand vor allem der Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung, die mit KPD, SPD, KPD-O und Gewerkschaften in Jena recht stark vertreten waren, sowie die Oppositionshaltung mutiger bürgerlicher Demokraten, Humanisten und Pazifisten gegen die immer stärker werdende faschistische Macht. Die Dokumente belegen aus unterschiedlicher Sicht, von "unten" und "oben", zahlreiche antifaschistische Aktivitäten: Versammlungen und Demonstrationen, das Verteilen von Flugblättern, das Hissen von Fahnen und das Anbringen von Losungen an besonders markanten Punkten einerseits und viele staatliche Verbote und Verhaftungen andererseits. Durch konkrete Beispiele wird für den Jenaer Raum deutlich, daß trotz der zahlreichen belegten antifaschistischen Aktivitäten schon vor und erst recht nach dem 30. Januar 1933 auch auf kommunaler Ebene der Vormarsch, der Massenzulauf und dann der Sieg des von breiten bourgeois Kreisen gestützten und geförderten Hitlerfaschismus letztlich nicht aufzuhalten waren. Das getrennte Handeln von Kommunisten mit z.T. sektierischen Tendenzen, von Sozialdemokraten und bürgerlichen Antifaschisten mit z.T. legalistischen Illusionen begünstigten diese Entwicklung. Dies kam hier schon bis 1933 u.a. in den regionalen Wahlergebnissen zum Ausdruck.

Der zweite Bd. weist anhand vieler Dokumente nach, daß in Jena und im territorialen Umfeld durch die Errichtung der offenen faschistischen Macht nach dem 30. Januar 1933 alle Formen des Widerstandes durch die rigorosen Maßnahmen von NSDAP, Polizei und der örtlich neu

zusammengesetzten staatlichen Verwaltungen außerordentlich erschwert wurden, wenngleich in diesen ersten Monaten des Jahres 1933 noch nicht ein so breit angelegter Terror wie in späteren Jahren herrschte, also halblegale Widerstandsaktivitäten möglich waren. Die Unterdrückungspolitik der Weimarer Nazi-Regierung unter Fritz Sauckel, Willy Marschler, Fritz Wächtler führte letztlich zum Zerschlagen aller Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung. Selbst ihre Sport- und Musikvereine wurden verboten oder nach Führungs- und Funktionswandel in Vereine des "neuen Systems" umgemodelt. Nicht wenige Aktivisten der örtlichen Arbeiterbewegung und ihrer Vereine sind verhaftet, Demonstrationen, Versammlungen und Presseorgane verboten worden. Zugleich begann der Boykott Jenaer jüdischer Geschäfte und Ärzte. Die Dokumente widerspiegeln, mit welcher Härte der faschistische Machtapparat seine Unterdrückungsinstrumente aufbaute, so daß alle Arten des Protestes und des Widerstandes immer schwieriger wurden. Die Hilfe von Partei- und Organisationszentralen - eine begrenzte Unterstützung bot ihr Agitationsmaterial über Stützpunkte aus der CSR - spielte eine immer geringere Rolle. Zu den verbliebenen Formen des Widerstandes gehörten auch im Jenaer Raum das Verteilen von Flugblättern, das Anbringen von Mauerlosungen, illegale Treffen Gleichgesinnter, Mundpropaganda und insbesondere die Solidarität und Unterstützung für Verfolgte und deren Familienangehörige.

Diese oft illegalen Aktivitäten werden in beiden Bd.en durch Gerichtsurteile, Pressemitteilungen unterschiedlichen politi-

schen Couleurs und nicht zuletzt durch Erinnerungsberichte damaliger Oppositioneller und Widerständler belegt, die überwiegend nach 1945 und natürlich aus der Sicht Überlebender und Sieger über das nationalsozialistische System aufgeschrieben wurden. Diese Dokumente sind grundsätzlich eine wichtige Quelle, aber natürlich nicht selten subjektiv und aus heutiger Sicht mit ungenauen, "heroisierenden" Wertungen oder auch Fehleinschätzungen behaftet. Dies kann durch ein möglichst breit angelegtes Quellenmaterial kompensiert werden, was in den Bd.en versucht wurde.

Die guten Nutzungsmöglichkeiten der Publikation sind durch jeweils ein Abkürzungs- und Quellenverzeichnis sowie durch ein Personen- und Ortsverzeichnis gegeben.

Dieser Publikationsreihe zu regionalem Widerstand gegen Faschismus und Krieg ist eine Fortsetzung zu wünschen, denn durch solche Dokumentationen werden Quellenbasis und Erkenntnisgewinn verbreitert und differenziertere Urteile möglich. Durch sie erhält der historische regionale Widerstand gegen Faschismus und Krieg in der aktuellen Auseinandersetzung mit rechtsradikalem Denken Vorbildcharakter besonders für die jüngeren Generationen.

Horst Benneckenstein

Wolfgang Ruge: Berlin - Moskau - Sosswa. Stationen einer Emigration, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 2003, 452 S., 22 S. Bildbeilagen bzw. Dokumentation.

Von R. existieren zahlreiche Schriften, die

ihm als früherem Abteilungsleiter am Institut bzw. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR im In- und Ausland Achtung und Anerkennung einbrachten. Zu nennen sind besonders Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Weimarer Republik, zahlreiche Aufsätze und Studien zum Faschismus, zur Parteigeschichte, zur Außenpolitik sowie biographische Arbeiten über Gustav Stresemann, Paul von Hindenburg, Matthias Erzberger und eine Teilbiographie (bis 1933) über Adolf Hitler sowie weitere biographische Essays. Auch nach seiner 1983 erfolgten Emeritierung ist er rastlos tätig geblieben, wobei er besonders mit seinem Buch "Stalinismus - Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte" (1991) sowie dem im *Neuen Deutschland* veröffentlichten Artikel "Wer gab Stalin die Knute in die Hand?" für reichlich Gesprächsstoff sorgte und die Stalinismusdebatte beförderte.

Er fragte damals, ob denn die stalinistische Sowjetunion überhaupt ein sozialistisches Land gewesen sei. Die von ihm selbst gegebene Antwort beruhte, wie den nunmehr vorliegenden Erinnerungen zu entnehmen ist, auf bitteren Erfahrungen mit einer beispiellos ausgeprägten Despotie der Stalinzeit. R. hat "die extreme Ausartung der vorrangig auf Gewalt gegründeten Herrschaftsmethode", die mit den Begriffen "sozialistisch" oder "nicht-sozialistisch" (Ruge, Stalinismus, S.113) nicht erklärt werden könnte, am eigenen Leibe erfahren. Er wandte sich damals völlig zu Recht gegen jegliche oberflächliche oder beschönigende Erklärungsmuster wie etwa "Personenkult" oder Früh- bzw. Realsozialismus und verwies auf die bereits im Leninschen Theoriege-

bäude wurzelnden totalitären Strukturen sowie auf revitalisierte zaristische Traditionen.

Doch die Erinnerungen R.s bieten weit mehr als nur den ins Detail gehenden historischen Hintergrund zu den genannten Publikationen über den Stalinismus. Sie sind teilweise minutiöse Schilderung des grausamen Geschehens im Gulag und der verbrecherischen Praktiken des NKWD, verbunden mit individuellen zeitgenössischen Überlegungen und historischen Reflexionen sowie aus heutiger Sicht gewonnenen, sparsam eingeflochtenen neuen Erkenntnissen.

R. berichtet in seinem Buch über einen Zeitraum von 24 Jahren. Als 16jähriger, im Kampf gegen den Faschismus engagierter Jungkommunist emigrierte er 1933 zusammen mit seinem Bruder in die Sowjetunion, aus der er erst 1956 zurückkehren konnte. Er hatte zu diesem Zeitpunkt viel über die Sowjetunion, das "gelobte Land", gelesen. Manches hatte seine Phantasie beflügelt. Als er die Grenze von der "Alten in die Neue Welt" überschritt und einen den Schienenstrang überspannenden Bogen mit der Losung "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" zu Gesicht bekam, habe ihn ein unbeschreibliches Gefühl überkommen, "so wie es religiöse Menschen beim Anblick der Jungfrau Maria empfunden haben mochten" (S.13). Er sah diesen Empfang zunächst als Verpflichtung an, alles auf ihn Zukommende mit ehrlicher Hingabe zu bestaunen. Doch wie er bald wahrnehmen mußte, war das nicht so einfach und ihm schlechterdings unmöglich.

Das hier genannte Bild hat er wohl vor allem deshalb besonders herausgestellt, um den Leser darauf aufmerksam zu ma-

chen, daß er sich nunmehr ständig mit dem Widerspruch zwischen den gerade auch von den deutschen Kommunisten beschworenen Idealen und Heilserwartungen bezüglich der Sowjetunion und den harten, widerwärtigen Realitäten des Lebens im "gelobten Land" auseinandersetzen mußte. Besonders bewegten ihn die Preisgabe des Internationalismus, ersetzt durch großrussischen Chauvinismus, die faktische Auflösung der Komintern bereits 1938 und die allgemeine Begeisterung für Deutschland im Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt und dem darauf folgenden beiderseitigen Krieg gegen Polen. Schockiert war er auch über die im Vergleich zu Deutschland äußerst rückständigen allgemeinen Lebensbedingungen der einfachen Menschen. Die bereits seit 1929 laufende Parteireinigung (Tschistka), die Prozeßwelle und der große Terror der 30er Jahre sowie die damit in Verbindung stehende allgemeine Angst und Unsicherheit wirkten befremdend auf ihn, warfen viele Fragen auf, die er sich vorerst nicht zu beantworten vermochte. Doch unterkriegen ließ sich R. nicht. Um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, erwarb er Fähigkeiten im technischen Zeichnen und wurde ein "mittelmäßiger Kartograph". Obwohl inzwischen zum sowjetischen Staatsbürger konvertiert, scheiterte er mit seiner Bewerbung zum Studium. Er begann deshalb seine Fortbildung an einer Abend-schule und nahm schließlich im Herbst 1940 ein Fernstudium auf, das er - über Jahre unterbrochen - erst 1948 beenden konnte. Wie ihm das im Verbanntenstatus gelang, ist ein einzigartiger, interessant geschilderter Vorgang.

Dazwischen lagen Jahre der Deportation

in den Nordural. Der einstige antifaschistische Emigrant wurde mit Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges zusammen mit Wolgadeutschen und früheren Kulaken in die sogenannte Arbeitsarmee, in das Zwangssystem des Gulag in Sosswa gepreßt. Seinem festen Willen zur Selbstbehauptung und dem Vorsatz, diesen Stalin zu überleben, war es zu danken, daß er unter militärischer Bewachung, trotz schwerer Sklavenarbeit als Holzfäller und in anderer Tätigkeit, von Hunger, Kälte und Ungeziefer geplagt, bis "zum Skelett abgemagert", überlebte.

Nach zwei an den Umständen des russischen Zwangssystems gescheiterten Ehen heiratete er 1954 Taja, mit der er zwei Jahre später gemeinsam mit Sohn Shenja in die DDR zurückkehrte. R. glaubte fest daran, daß sich nach Stalins Tod vieles ändern werde. In der Annahme, in einem postfaschistischen Deutschland würden "der Sache ergebene Intellektuelle" dringend gebraucht, entschied er sich gemeinsam mit seiner Frau für die DDR. Er hoffte, im Geburtsland von Marx und Engels an der Gestaltung eines "unverfälschten Sozialismus" mitwirken zu können, wobei er die sowjetischen Erfahrungen "abzuschütteln" gedachte. Doch nach seiner Rückkehr mußte er sich bald eingestehen, daß diese Überlegungen bloße Wunschvorstellungen waren. R. entschied sich für eine Arbeit am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften und war - wie er selbst schreibt - bereit, "die Widerwärtigkeiten des Moskauer Alltags und erst recht die schlimmen Erlebnisse im Gulag ganz tief in mich hineinzufressen, ja zu vergessen" (S.441). Erst mit diesem über weite Passagen erschütternden und zugleich mahnenden Buch

hat er sein Schweigen endgültig gebrochen.

Paul Heider

Wladislaw Hedeler: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Mit einem Essay von Steffen Dietzsch, Akademie Verlag, Berlin 2003, 695 S.

"Zur Genealogie des Schreckens Moskau 1936 - 1938", so betitelt D. seinen Essay für die hier zu besprechende Arbeit. Er widmet sich den ursächlich für das Scheitern des sowjetischen Gesellschaftsmodells wirkenden "Konstruktionsfehlern des Kommunismus". Brutale Gewalt und feindselige Bekämpfung der "bürgerlichen Demokratie", die Verteufelung der Konstituante im Januar 1918 im Namen der "revolutionären" Diktatur wurden zum Diktum einer illusionär als sozialistisch begriffenen Revolution. D. beleuchtet definitiv "den ‚Kulturbruch‘, wie ihn die sozialistische Bewegung im 20. Jahrhundert - zwischen der Begründung des Bolschewismus 1903 und dem Ende des europäischen Staatssozialismus 1989/90 - vollzogen" habe. Der Massenterror in den 30er Jahren markiere einen Bruch in der *Kultur sozialer Revolutionen*. Die Schrecken, die die Sowjetunion überzogen, verweigern sich damals wie heute immer noch jedem Begreifen. Nach D. gehöre zum Terror noch die universelle Lüge über das "immer schöner werdende Leben im Sozialismus". Sie wurde zur "Verkehrsform aller gesellschaftlichen Diskurse in den Diktaturen des Proletariats". Mit seinen einführenden Gedanken leuchtet D. tiefsinnig hinter die

pseudorevolutionäre Erscheinungswelt, die er als "Lüge des Kommunismus" bezeichnet. So ebnet er den Zugang zur eigenständigen Auseinandersetzung mit dem, was H. in seinem Buch zu Hintergründen und barbarischen Konsequenzen der Moskauer Schauprozesse akribisch mit Quellen, Fakten und Daten aufzuhellen vermag. H., der sich mit seinen Vorortforschungen zum Kommunismus im 20. Jh. wie kaum ein anderer deutscher Wissenschaftler als exzellenter Kenner des Sachgebietes, insbesondere des sowjetischen Parteikommunismus, ausgewiesen hat, analysiert in seiner neueren Arbeit die einsehbaren zentralen und regionalen Primärquellen und komprimiert diese zu einer Chronik bzw. nachzuvollziehenden Choreografie des Schreckens. Die Analyse der Vorgeschichte, Durchführung und Nachwirkung der Moskauer Prozesse bleibe aktuell, wobei es nicht um die Frage gehe, ob der Parteikommunismus die Spielregeln des liberalen Denkens eingehalten habe (was er nicht tat), sondern ob die Gewalt, die er ausübte, revolutionär und fähig war, zwischen den Menschen menschliche Beziehungen herzustellen. Die mörderische Bilanz des in der Chronik dokumentierten Ablaufs und der Folgen der Schauprozesse belegt das Gegenteil. Trotz vielzitiertter Öffnung der Archive, so der Autor, werde der Zugang zu wichtigen Archivbeständen noch immer versperrt, so auch gerade zu den Behördenarchiven, in denen das die Schauprozesse betreffende Material aufbewahrt wird. Das läßt auch vermuten, daß das ganze Ausmaß des Terrors erst mit weiterer Forschung zu erschließen ist. Indessen bieten die in der Chronik akribisch dokumentierten Opferzahlen Einblicke in

das grausame Szenarium der von Stalin persönlich gesteuerten Verbrechen, so auch in die erdachten, "in den Gefängnissen und Folterkammern der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD der UdSSR einstudierten und mit Hilfe der Staatsanwaltschaft der UdSSR umgesetzten Drehbücher der „großen Verschwörungen“". Verhaftungs- und Liquidierungsquoten habe Stalin willkürlich befohlen. Er sei auch bei der Folterung der Marschälle und einst hohen Funktionsträger persönlich zugegen gewesen. "Zwischen einem Drittel und der Hälfte der ranghohen Funktionäre überlebte die Jahre des Großen Terrors nicht." Nach H. sei ihr Anteil unter den in den drei Schauprozessen Verurteilten außerordentlich hoch anzusetzen. Fast zwei Drittel der Angeklagten habe vor ihrer Verhaftung als Volkskommissare, Direktoren oder Militärs gewirkt. Selbst die Führungsköpfe und Mitarbeiter der Sicherungsdienste blieben von den Repressalien nicht verschont. H., der sich bereits in den 80er Jahren in Moskau mit dem Leben und Lebenswerk Nikolaj Bucharins beschäftigt hatte, verfolgt dessen Schicksal in der Chronik sehr detailliert. Denn der Fall Bucharin werfe, so der Autor, ein helles Licht auf die Theorie und Praxis der Gewalt im Kommunismus, weil Bucharin sie auf sich selbst anwendete und seine eigene Verurteilung mit einem erforderten "Geständnis" motivierte. In der Chronik wird auf die außergewöhnlich produktive wissenschaftliche und schriftstellerische Arbeit Bucharins aufmerksam gemacht, welche dieser - seiner sozialistischen Überzeugung folgend - selbst noch im Kerker zu leisten vermochte. In seinen Vorbemerkungen verweist H. kritisch auf die lange

Zeit nicht zu übersehenden Vorurteile und Klischees sowjetischer Historiker gegenüber Bucharin und auf die erst im Februar 1988 erfolgte juristische Rehabilitierung, während man zu dieser Zeit bereits in Westeuropa mit wissenschaftlichen Veranstaltungen und Publikationen an dessen 50. Todestag erinnerte.

Trotz aller Fortschritte im Umgang mit diesem Thema, so wird in den Vorbemerkungen des Autors hervorgehoben, sind weitere Untersuchungen zu den drei Moskauer Prozessen und vor allem zu den 54 Angeklagten, ihren Biografien, dem Verlauf der Untersuchungshaft sowie für die Rekonstruktion der tatsächlichen Prozeßführung erforderlich. Unbekannt sei auch noch die genaue Zahl der nach dem Muster der Moskauer Prozesse in der Provinz durchgeführten Folgeprozesse. Das treffe auch für die noch gründlicher vorzunehmende Rekonstruktion der Verfolgung der Familienangehörigen der Angeklagten zu. "Auf die Verfolgung der Eliten, die Säuberung der Apparate der Partei- und Staatsführung in den Metropolen folgten die sogenannten nationalen Operationen des NKWD, die sich gegen Volksgruppen und Völkerschaften in der UdSSR richteten." Von großem Ausmaß seien die willkürlichen Verhaftungen und Erschießungen von Bürgern gewesen. Genannt werden beispielsweise die 1937/38 bei Leningrad vom NKWD erschossenen ca. 40000 Menschen. In der gleichen Zeit sind in Butovo bei Moskau 19903 Männer und 858 Frauen, darunter 213 Reichsdeutsche und 649 Sowjetbürger deutscher Nationalität erschossen worden. Die Zahlen der aufgeführten Opfer gehen in die Millionen. Das Unmenschliche der Diktatur war grenzenlos.

Mehrere Register und ein umfangreicher Anmerkungsapparat, darunter ein kommentiertes Personenverzeichnis, erleichtern den Zugang zur Chronik. So ist diese Arbeit eine außergewöhnliche Bereicherung der inzwischen zum stalinistischen Parteikommunismus und seiner Verbrechen vorliegenden Forschungsergebnisse.

Horst Klein

Ruth Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre 1944-1948, Aufbau-Verlag, Berlin, 2001, 358 S.

Ruth Kibelka: Memelland. Fünf Jahrzehnte Nachkriegsgeschichte, BasisDruck Verlag, Berlin 2002, 238 S.

Eine Überschrift "Ostpreußens Schicksalsjahre 1944-1948" weckt Erwartungen auf eine Gesamtübersicht, die dem Titel entspricht. Tatsächlich behandelt wird aber nur jenes Territorium, das unter direkte sowjetische Verwaltung fiel: Nord-Ostpreußen (die heutige russische Exklave Oblast Kaliningrad) und das Memelland. Letzteres (1923-1939 und wieder ab 1945 zu Litauen gehörig) ist, wie die Vf.in richtig herausarbeitet, eine absolut künstliche Schöpfung aus dem Versailler Frieden: es umschreibt das sprachlich deutsch-litauisch durchmischte Gebiet zwischen der Memel und der nordöstlich davon verlaufenden Grenze des Hohenzollernreichs, das übrigens nicht stärker durchmischt war als das südlich der Memel befindliche Territorium des zuständigen Regierungsbezirks Gumbinnen, im preußischen Verwaltungsjargon auch Preußisch-Litauen genannt, und durch dessen Landeskind Hermann Sudermann (1857-1928) zu literarischer Be-

kanntheit gelangt. Wie intensiv die Kenntnisse der 1919 bestimmenden und von Washington auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingeschworenen Sieger über die vielen sprachlich durchmischten Regionen Osteuropas waren, zeigt der Umstand, daß der in der Stadt Memel (Klaipeda) eintreffende französische Gouverneur sich mit einem Dolmetscher für Polnisch (!) ausgerüstet hatte. Allerdings tut auch die Autorin naiv, wenn sie beiläufig bemerkt, daß die Potsdamer Konferenz kein Wort über das Memelgebiet verlor: dieses Territorium lag ja außerhalb der Grenzen, mit denen die "Großen Drei" die Verhandlungsmasse Deutschland umrissen hatten - nämlich mit den Grenzen vom 31. Dezember 1937.

Das große Verdienst der vorgelegten Forschungsergebnisse K.s (die, 1958 geboren, in den 80er Jahren Mitarbeiterin im Aufbau-Verlag, nach dem Studium der Polonistik in den 90er Jahren zeitweilig Lehrbeauftragte für Geschichte Preußens an der Universität Vilnius war) besteht darin, das Thema des Umgangs mit der nach der großen Fluchtwelle zum Jahresanfang 1945 in dem betreffenden Gebiet verbliebenen deutschen Bevölkerung jenseits von jahrzehntelang kolportierten willkürlichen Auswahlen persönlicher Erinnerungsberichte auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen: erstmals hat sie Zugang zu entscheidenden Akten in einstigen sowjetischen und DDR-Archiven gesucht und zum erheblichen Teil auch bekommen. Damit hebt sie die Vorgänge aus dem Bereich persönlicher - wie auch absichtlich propagandistisch gefärbter - Detailanhäufungen auf die Ebene weithin belegbarer Verwaltungskonzepte.

Diese weisen zwar genügend Zickzacklinien auf, liefern aber mitnichten Belege für die traditionell auf deutscher Seite behauptete Systematik bei den berüchtigten Militärbrutalitäten: es war keineswegs so, daß die ausufernden Missetaten der Roten Armee dem Konzept entsprangen, die Deutschen zur Flucht anzustacheln, und die Vf.in weist nach, daß selbst Militärbehörden (freilich erfolglos) versuchten, dem Wüten Einhalt zu gebieten. Das systematische Ausplündern der wirtschaftlichen Struktur in der späteren Oblast, die ab April 1946 Teil der RSFSR wurde, geht auf jene Trophäenkommissionen zurück, wie sie wenig später auch Berlin und die SBZ kennenlernten - offener Ausdruck dafür, daß langfristige Überlegungen zum Thema künftiger Nutzung des eroberten Gebiets als integrierter oder Vorfeld-Bestandteil des eigenen Herrschaftsbereichs zunächst in wichtigen Ressorts des Sowjetapparats nicht anzutreffen waren. Auch den Greuelmärchen von den in die UdSSR verschleppten Kindern erteilt K. eine Absage, fand aber Hinweise auf Fälle, in denen Adoptionen von elternlosen deutschen Kleinkindern durch russische Familien vorkamen.

Auf der Basis ihrer Forschungen sieht K. Anzeichen dafür, daß "die verantwortungslose, unorganisierte und hektische Reaktion der deutschen Behörden (im Klartext hätte auch die brutale, aber zutreffende Formulierung 'die anbefohlene Fluchtbewegung' gereicht - K.W.) die Selbstauflösung der Gemeinden - und damit der deutschen Siedlungsstrukturen - mehr befördert hat als das Verhalten des russischen Militärs" (S.33). Jedenfalls sind seit dem Sommer 1945 sogar spontane

Rückwanderungen in das Gebiet erfolgt, und im September 1945 zählten die Sowjetbehörden dort fast 140.000 Deutsche. Deren Zahl verminderte sich bis zum Sommer 1947 auf 107.000. Die Differenz ergibt sich einerseits aus den Verstorbenen; das waren zumeist Hungertote, wie sie die aus der inneren UdSSR zugewanderten Neusiedler diverser Nationalitäten angesichts der katastrophalen Ernährungslage ebenfalls in beträchtlichem Maße zu beklagen hatten. Andererseits geht sie zurück auf die Zahl der zur Arbeitsuche nach Sowjet-Litauen Entwichenen. Der Entschluß zur Aussiedlung der Deutschen, die man inzwischen durchaus als Arbeitskräfte schätzengelernt hatte, und für die im Sommer 1946 selbst deutsche Schulen eingerichtet worden waren, fiel auf höchster Ebene erst im Oktober 1947 im Ministerrat der UdSSR. Mit hoher Wahrscheinlichkeit geht K. keineswegs fehl in ihrer Vermutung, der letzte Auslöser dafür sei wohl die Erkenntnis gewesen, daß die aus dem Innern der Sowjetunion zugewanderten Neusiedler beim Zusammenleben mit den mitteleuropäisch sozialisierten Deutschen in ihrer Sowjetsozialisation gefährdet wurden. Das Zusammenspannen der Entwicklung in der Oblast mit jener des Memelgebiets ist höchst unglücklich, weil der Umgang mit den beiden Territorien von ganz anderen Prämissen geprägt war: die deutschsprachigen Einwohner des Memelgebiets galten (ganz in Übereinstimmung mit der schon im bürgerlich-nationalistischen Litauen 1923-1939 gefundenen Definition) als "germanisierte Litauer". Sie wurden aus ihren Ende 1944 bezogenen mitteldeutschen Unterbringungslagern - in die sie angesichts der näherrückenden Roten

Armee im Sommer 1944 im Zuge einer ohne Zeitdruck vorgenommenen Evakuierung verbracht worden waren - schon im Sommer 1945 von den nun dort herrschenden sowjetischen Besatzungsbehörden wieder in ihre Heimat verbracht, und ihnen stand seit 1947 die sowjetische Staatsbürgerschaft offen. Aber die Fixierung auf "Ostpreußen" in den Grenzen von preußischer Monarchie bzw. wilhelminischem Kaiserreich verführt die Vf.in zum Nebeneinander-Betrachten und steten Vergleich sehr differenter Forschungsfelder. Über die Gründe dafür kann man nur spekulieren. Die Vermutung liegt immerhin nahe, daß es der Verlag war, der die einigermaßen benachbarten Themen zusammenspannen wollte, um eine vom Umfang her ansehnlichere Publikation auf den Buchmarkt bringen zu können - nicht gerade zum Vorteil der wissenschaftlichen Exaktheit der Vermittlung durchaus relevanter Forschungsergebnisse.

Das mag die Vf.in ähnlich gesehen haben: jedenfalls ist als Frucht der expliziten Forschungen zum Memelgebiet ein eigenes Buch nachgeschoben worden, und das reicht weit über den zunächst fixierten Zeitraum hinaus bis in die späten 90er Jahre, umfaßt also mehr als ein halbes Jh. Zum roten Faden ihrer Bewertung von positiven oder negativen Elementen beim Verfolg des sozial-politischen Status der durch deutsche Muttersprachlichkeit ausgewiesenen Bewohner der Region erhebt sie das von den Vorfahren überkommene Kulturmilieu: im Hinterkopf den Bezug auf die universellen Menschenrechte, zeichnet sie nach und benotet die diversen "Aufs" und "Abs" im amtlichen Umgang mit dieser speziellen, ihr durch glei-

che Sprache verbundenen Bevölkerungsgruppe. Jedoch fehlt K. auf Grund ihrer Herkunft jede eigene Erfahrung im Zusammenleben unterschiedlich muttersprachlicher Gemeinschaften in Grenzlandgebieten. So sind ihre Urteile zur Aufgabe oder zum Erhalt muttersprachlichen Kulturmilieus sehr akademisch geprägt. Immerhin hat sie offenbar verstanden, daß es unter solchen Umständen zur Ausprägung von "schwebendem Volkstum" kommt, wenngleich sie keine exakte Definition für den diffusen Begriff liefert. Dieser dürfte wohl mit dem weithin bekannten "ubi bene, ibi patria" recht präzise getroffen sein. Und da die Bonität der jeweils betreffenden Vaterländer gewissen Wechselbädern unterworfen sein kann, tendiert das "schwebende Volkstum" mal hierhin, mal dorthin. Dafür liefern auch die Memelländer ein Exempel, wie man dank K. sehr gut - wenn auch bei ihr zwischen den Zeilen - nachvollziehen kann.

In einer von der Vf.in wohl keineswegs beabsichtigten Weise regen ihre Untersuchungen zu den von den deutschsprachigen Memelländern selbst teils freiwillig, teils unfreiwillig getroffenen diversen Standortbestimmungen zwischen Deutsch, Litauisch, Sowjetisch - jetzt möglicherweise Europäisch - wieder einmal dazu an, über den seit der Nachkriegszeit strapazierten Begriff des "Rechts auf Heimat" nachzudenken. In seiner rigiden Unumstößlichkeit als Gegenposition zu kaltschnäuziger Rechtfertigung von Vertreibungen unterschiedlichen Ausmaßes aufgebaut, gerät der Begriff sofort in Dunkelzonen, wenn er auf komplizierte Verhältnisse trifft. So muß man sich nach der Kenntnisnahme von K.s

Untersuchung fragen, welche Substanz an Wahrhaftigkeit hinter der Sendung einer öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt steckt, die ihre Medienkonsumenten aus dem Memelgebiet stammende Bundesbürger begleiten läßt, die auf der Schiffsroute Kiel-Klaipeda-Kiel erstmals seit fünfzehn Jahren wieder die Chance wahrnehmen, ihren Fuß in der Stadt Memel auf "Heimaterde" zu setzen - eine Chance, die ihnen so lange verwehrt war. Wer wußte vor K.s Untersuchung, daß diese seereisenden Vertriebenen seit 1947 ihr "Recht auf Heimat" durchaus hätten in Anspruch nehmen können? Sie hätten allerdings Sowjetbürger werden müssen - und wer will es ihnen verdenken, daß sie Bedenken trugen, diese Alternative für sich zu akzeptieren? Aber da Wahrheit bekanntlich unteilbar sein sollte, gehört diese Facette zur Debatte um das öffentlichkeitswirksame Einfordern des "Rechts auf Heimat" wohl doch dazu. Das Publikum kennt sie nun wenigstens - dank Ruth Kibelka. *Kurt Wernicke*

Martin Kukowski: Die Chemnitzer Auto Union AG und die "Demokratisierung" der Wirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1948, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2003, 221 S.

In der Vergangenheit wurde schon oft über die Auto Union geschrieben. Zumeist bezogen sich die Aufsätze auf die Glanzjahre zwischen 1932 und 1939. Darstellungen zur Geschichte des Konzerns während des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsjahre waren selten. Diese Lücke hat nun K. geschlossen. In Auswertung des "Schriftgutnachlasses der fast vergessenen Chemnitzer Auto Uni-

on” im Staatsarchiv Chemnitz entstand dieses Buch. Es berichtet über die Hoffnungen und Ängste der in den Betrieben der Auto Union beschäftigten Menschen, über ihre Versuche des Neuanfanges und letztlich über die Liquidierung ihres Betriebes. Damit hellt der Autor ein Kapitel sächsischer Industriegeschichte auf, das bisher von der Forschung wenig wahrgenommen wurde. Nahezu minutiös kann der Leser das Schlußkapitel des Konzerns nachvollziehen. Allerdings war das bis vor kurzem auch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, da der Bestand Auto Union erst geordnet und katalogisiert werden mußte, was K. als Mitarbeiter der Technischen Universität Chemnitz vornahm. Einleitend weist der Autor darauf hin, daß es ihm nicht möglich war, die die Moskauer SMAD-Überlieferung mit auszuwerten. Sicherlich hätten dadurch noch einige Ereignisse gründlicher beleuchtet werden können, aber insgesamt hat das dem Buch wohl keinen Abbruch getan.

Einleitend steht die “Vorkriegsära und Kriegsgeschichte der Auto Union” mit den Abschnitten “Entstehung, Aufschwung und Blüte (1931-1939)” sowie “Transformation zum Rüstungskonzern und Kriegswirtschaft (1940-1945)”.

Nach Kriegsende begann die Geschäftsführung der Auto Union mit der Umstellung auf Friedensproduktion, dazu trugen auch Bestellungen der Roten Armee bei. Am 21. Juni 1945 erfolgte die Beschlagnahme der Auto Union und ihre Besetzung durch die Rote Armee. Einen Tag später, “am 22. Juni nahmen rund 1300 körperlich halbwegs belastbare Mitarbeiter, eingeteilt in Zehner- und Hundertergruppen, unter militärischer Auf-

sicht die Demontage der Werksanlagen auf” (S.53), die bis August währte. Das betraf zunächst das “neue” Werk Chemnitz und die Chemnitzer Auto Union-Werke in der Rösslerstraße, der Zwickauer Straße und in Siegmar, ferner die DKW-Werke in Zschopau und Wilischthal sowie ihre Oederaner Tochter Agricola GmbH. In den Zwickauer Werke Audi und Horch begannen die Demontagen erst nach dem Wechsel der Besatzungsmacht am 22. August. Insgesamt waren 12014 Werkzeugmaschinen für die Demontage vorgesehen (S.57f.). Ca. zehn Prozent der Maschinen verblieben in den Betrieben, dabei “handelte es sich allerdings um ältere, nur eingeschränkt funktionstüchtige Maschinen” (S. 59). Auf die Sperrung der Bankguthaben durch die Landesverwaltung reagierte die Geschäftsführung der Auto Union mit umfangreichen Entlassungen. Nach Abschluß der Demontagen begann man in Chemnitz mit der Reparatur von Kraftfahrzeugen. Damals entstand auch der Gedanke, die ehemalige Aktiengesellschaft in eine Genossenschaft umzuwandeln, auch eine Stiftung wurde kurzzeitig erwogen. So erfolgte am 15. August 1945 die Gründung der “Land- und Baumaschinen eGmbH Chemnitz”. Diese wollte an die Vorkriegsentwicklungen der Auto Union anknüpfen. So sollte ein 25-PS-Traktor gebaut werden. Doch dieser und die Genossenschaft blieben eine Episode.

Der Neubeginn begann unter anderer Firmierung. Am 30. Oktober 1945 kaufte die Landesbank Sachsen von der Auto Union die Gießerei C. A. Richter GmbH und wandelte sie in das “Sächsische Aufbauwerk GmbH, Chemnitz” (SAW) um.

Zwei Tage später kamen zwei Gießereien (Zwickauer Straße und Annaberg-Frohna) sowie das Werk Chemnitz hinzu. Am 1. Januar 1946 erhielt das SAW weitere Auto Union Betriebe: Audi und Horch, beide Zwickau; DKW, Zschopau; DKK Scharfenstein; Sebnitz und Zwickau. Vom Februar 1946 bis August 1946 stieg der Zahl der Beschäftigten von 2868 auf 5216. Haupterzeugnisse waren Ersatzteilerfertigung und Kraftfahrzeugreparaturen, letztere ausschließlich für die Rote Armee. Dazu kam noch die "Füllproduktion", bestehend aus Bratpfannen, Bettgestellen, Vasen u. a. Man traf auch Vorbereitungen zum Fahrzeugbau. Diese Bestrebungen wurden von der Besatzungsmacht "abgeschmettert". Um das Wissen der Spezialisten der Auto Union für sich zu nutzen, entstand im Frühjahr 1946 auf Befehl der Besatzungsmacht in Chemnitz das Automobiltechnische Büro (ATB). Bei dessen Aufbau hatte sich das SAW zu beteiligen.

Beim Volksentscheid im Juni 1946 stand das SAW verständlicherweise nicht auf der Liste der zu enteignenden Betriebe, war es doch erst nach Kriegsende gegründet worden. Es wurde im August 1946 rückwirkend zum 1. Juli der neuen Sächsischen Industrieverwaltung IV-19 in Chemnitz zugeschlagen. Nun orientierte man auch auf den Neubau von Fahrzeugen. Das war mit enormen Schwierigkeiten verbunden, weil sich ein Großteil der Zulieferfirmen in den Westzonen befand. Mittels "Schwarz- und Schleichhandel" versuchte man, die benötigten Teile zu besorgen. Insgesamt konnten im Horch-Werk von März 1946 bis August 1948 362 LKW im Werte von 7,8 Millionen Mark fertiggestellt werden. Mit der

Abgabe der Produktionsbetriebe an das SAW "bestand die Auto Union nur noch als kaufmännische Abwicklungsgesellschaft fort" (S.127). Als sich abzeichnete, daß die Auto Union in Sachsen keine Zukunft haben würde, betrieben leitende Mitarbeiter die Gründung der Auto Union GmbH in den Westonen mit Sitz in Ingolstadt. 1948 wurde die Auto Union in Sachsen im Handelsregister gelöscht.

Wolfgang Uhlmann

Petra Galle: RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945-1949. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm, Personal und Organisation vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges, LIT Verlag, Münster 2003, 447 S.

Nimmt man die unlängst erschienene Zwischenbilanz der DDR-Forschung zum Maßstab, so muß man den Eindruck gewinnen, daß die staatssozialistischen Massenmedien trotz des Forschungsbooms der 90er Jahre noch wenig zum Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung geworden sind. Schon vor diesem Hintergrund ist G.s Studie zum Hörfunk in den Besatzungsjahren hochwillkommen. Doch ihr Verdienst geht weit darüber hinaus: es liegt vor allem in der konsequenten Anlage als beziehungs-geschichtliche Analyse der entstehenden Ost-West-Konkurrenz auf dem Feld des Rundfunks in Berlin. Solche vergleichenden und beziehungs-geschichtlichen Ansätze, die die Medienentwicklung als Teil der übergreifenden politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Kalten Krieg in den Blick nehmen, sind schon oft gefordert, aber

bisher noch kaum überzeugend umgesetzt worden. Im Falle der elektronischen Massenmedien, die auch nach der deutschen Teilung eine gesamtdeutsche Öffentlichkeit konstituierten, liegt eine entsprechende Konzeption besonders nahe. Sie kann nicht zuletzt zur Historisierung dieses Phänomens beitragen und damit zur Versachlichung der oft anklägerisch und moralisch selbstgerecht geführten Debatten der Nachwendezeit, in denen die Fronten des Systemkonfliktes nicht selten über dessen Ende hinaus aufrechterhalten wurden. Eben einem solchen Anliegen fühlt sich die Autorin explizit verpflichtet (S.14).

Die Studie untersucht unter Einbeziehung deutscher, sowjetischer und US-amerikanischer Quellen die beiden wichtigsten Kontrahenten im entstehenden "Ätherkrieg" (Rolf Geserick) zwischen Ost und West: den sowjetisch kontrollierten "Berliner Rundfunk" und den 1946 zunächst noch als Drahtfunk gegründeten RIAS, mit dem die Amerikaner auf die Weigerung der sowjetischen Seite reagierten, die etablierte Berliner Station nach dem Einzug der Westalliierten gemeinsamer alliierter Kontrolle zu unterstellen. Beide Sender entwickelten sich schnell zu zentralen Agenturen des Kalten Krieges, deren Bedeutung weit über den Berliner Großraum hinausreichte. Die Periodisierung orientiert sich dabei an Beginn und Ende der Besatzungsherrschaft und trägt insofern dem Umstand Rechnung, daß "beide Stationen in erster Linie politisch determinierte Medien waren" (S.17). Dies trifft gewiß die Intentionen der Politiker und zahlreicher "Macher", aber aus Sicht der Hörer dürfte es auch ganz andere Ansprüche gegeben haben.

Die Darstellung ist in fünf Abschnitte gegliedert. Auf ein Kapitel, das die massenkommunikativen Prämissen der Besatzungsherrschaft auf US-amerikanischer und sowjetischer Seite skizziert (und dabei den entwickelten Stand im Westen und kaum formulierte Vorüberlegungen der Sowjets offenbart), folgt ein Abschnitt, der die zähen Auseinandersetzungen zwischen sowjetischer und westlicher Seite über eine gemeinsame Kontrolle des "Berliner Rundfunks" dokumentiert. Daran schließt sich eine Untersuchung der institutionellen Anbindung an die jeweiligen Besatzungsmächte und deren Entwicklung bis 1949 an, gefolgt von der damit eng verbundenen Personalpolitik. Das fünfte und letzte Kapitel widmet sich schließlich den gesendeten Programmen selbst, wobei eine Programmstrukturanalyse mit vertiefenden Abschnitten zu einzelnen Programmsparten (Politik, Unterhaltung, Bildung) kombiniert ist. Dieses integrale Konzept hebt sich deutlich von älteren Modellen der Rundfunkgeschichtsschreibung ab, die sich jeweils entweder ganz auf die Institutions- oder auf die Programmgeschichte konzentrierten und dabei die eine oder die andere Dimension aus dem Auge verloren.

Obwohl beide Sender in mancher Hinsicht ähnliche Funktionen hatten und zunächst zur Umerziehung der Deutschen beitragen sollten bzw. als Sprachrohre der Besatzungsmächte fungierten, unterschieden sie sich von Anfang an recht deutlich. Während der RIAS sich vor dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges 1948 betont neutral und kooperativ gab, war die sowjetische Medienpolitik zu Anfang von einer Art Doppelstrategie bestimmt:

Nach außen wurde auch hier zunächst ein (kontrollierter) Pluralismus gepflegt, und es gab, gerade im Bereich der Unterhaltungsprogramme, mehr inhaltliche und personelle Kontinuität zum national-sozialistischen Reichsrundfunk, als man erwarten sollte. Doch dahinter verbarg sich schon früh eine Politik, die sich bemühte, alle Schlüsselpositionen mit Parteimitgliedern zu besetzen und eine strenge sowjetische Kontrolle zu gewährleisten. Gerade die detaillierte Analyse des Kontroll- und Anleitungsapparates (S.79ff.) offenbart die Unterschiede: der RIAS kam mit wenigen Kontrolloffizieren aus, von denen zudem viele eine Vergangenheit als deutsche Emigranten hatten, während die SMAD eine ausdifferenzierte und strenge Kontrolle durch sowjetische Offiziere aufbaute. Entsprechend unterschiedlich fielen die jeweiligen Handlungsspielräume für die deutschen Mitarbeiter des Rundfunks aus. Die äußere Verfassung, der zufolge der RIAS Teil der amerikanischen Militärverwaltung war, während der "Berliner Rundfunk" formal bereits Ende 1945 in deutsche Hände übergegangen war, täuscht über die tatsächlichen Abhängigkeitsverhältnisse hinweg.

Es versteht sich von selbst, daß die Zuspitzung des Konfliktes zwischen den USA und der Sowjetunion sich auf die beiden Berliner Stationen massiv auswirkte. Doch stellte sich die zunehmende Politisierung und Ideologisierung auf sowjetischer Seite als kontinuierlicher Prozeß dar, der bereits nach den verlorenen Landtagswahlen 1946 einsetzte und der in den personellen Säuberungen der späten 40er und frühen 50er Jahre kulminierte. Demgegenüber gab der RIAS 1947/48 sein bis

dato liberales Konzept ziemlich abrupt auf und schwenkte analog zur "containment"-Politik auf einen antikommunistischen Kurs um. Realisiert wurde dieser Kurswechsel nicht zuletzt durch den Austausch des bisherigen eher linksliberalen Kontrollpersonals gegen dezidierte Antikommunisten. Jenseits der beiderseitigen Ideologisierung erwies sich allerdings der RIAS als wesentlich flexibler: während der "Berliner Rundfunk" die Hörer zunehmend mit seinen politiklastigen, ideologisch-propagandistischen Wortbeiträgen vergraulte und dadurch seine dominante Stellung bei den Hörern rasch verspielte, erfüllte der RIAS ab Ende der 40er Jahre gezielt auch die Unterhaltungsansprüche der Bevölkerung und wurde so innerhalb kurzer Zeit zum meistgehörten Sender in Ostdeutschland. Zu recht identifiziert G. die unterschiedlichen Gesellschaftskonzeptionen in Ost und West als eigentliche Ursache dieser unterschiedlichen Entwicklungen (S.389f.).

Der vergleichende Ansatz trägt dazu bei, die Eskalation des Kalten Krieges als Ergebnis gegenseitiger Perzeptionen und Reaktionen für das wichtige Feld der Massenmedien verständlicher als bisher zu machen. Obwohl also eine Schwerpunktsetzung auf den politischen Dimensionen des Mediums nicht zu übersehen ist, kann G.s Dissertation auch als gelungener Versuch gelten, Zeitgeschichte und Medien-geschichte produktiv zu integrieren.

Christoph Classen

Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49-1957, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2003, 568 S., 34 Abb.

Mit diesem Beitrag zur Geschichte sozialdemokratischer Politikerinnen zeigt N. eindrucksvoll, wie zahlreich vertreten unter den weiblichen Abgeordneten dieser Partei politisch hoch motivierte Frauen aus dem antifaschistischen Arbeitermilieu waren und wie relativ häufig sie in der SAJ ihre politische Sozialisation erlebt und in der NS-Zeit selbst in der einen oder anderen Weise im Widerstand gegen das Regime gestanden hatten bzw. von ihm diskriminiert worden waren. Während die heutigen weiblichen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten mehrheitlich Akademikerinnen sind und viele leitende Beamtinnen waren oder aus leitenden Stellungen in der Wirtschaft kamen, waren in den ersten parlamentarischen Gremien der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg gerade zwei von den 26 Frauen, deren Biographien in dem Buch behandelt werden, promoviert.

Bei aller offiziell verkündeten Gleichberechtigung schaffte es nur eine dieser Frauen in ein Ministeramt (Gesundheitsministerin Käthe Strobel), zwei wurden Oberbürgermeisterinnen (Louise Schröder und Louise Albertz), und Anemarie Renger wurde 1972 auf der Welle der neuen Frauenbewegung, mit der sie ein ambivalentes Verhältnis verband, Bundestagspräsidentin. Die meisten waren und blieben trotz Kompetenz und Engagement Hinterbänklerinnen, engagierten sich im sozialen Bereich, also für Flüchtlinge, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Mutterschutz, gegen die Todesstrafe. Viele kamen aus der kommunalpolitischen Arbeit, wohin sie nach ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete auch meist wieder zurückgingen und oft bis an ihr Lebensende tätig waren.

Die meisten waren durch die Erlebnisse im Krieg Kriegsgegnerinnen geworden und daher gegen die Wiederaufrüstung, einige kandidierten wegen ihrer Opposition dagegen nicht noch einmal für den Bundestag bzw. wurden nicht wieder aufgestellt. Nur sehr wenige engagierten sich jedoch in der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB), die als kommunistisch unterwandert galt, weswegen Mitarbeit darin vom Parteivorstand tabuisiert wurde, und nur drei weibliche Abgeordnete stimmten mit, als 19 männliche Sozialdemokraten gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im Jahre 1957 votierten (Alma Kettig, Lisa Albrecht und Trudel Meyer). Überparteiliche Frauenzusammenschlüsse wurden ebenfalls von der Parteispitze abgelehnt - die Frauen sollten Parteiarbeit leisten; der DFD wurde als kommunistische Tarnorganisation diffamiert und daher von sozialdemokratischen Politikerinnen, auch wenn sie sich in der Frauenpolitik engagierten, gemieden. Auch zur neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik Anfang der 70er Jahre war und blieb das Verhältnis der sozialdemokratischen Parteifrauen distanziert. Letztere wollten auf keinen Fall als Feministinnen oder Emanzen angesehen werden. Unter solchen Bedingungen eingeschränkter Autonomie der SPD-Frauen ist das, was durch sie dennoch an frauenpolitisch positiven Ergebnissen manchmal auch gegen den Widerstand ihrer Genossen und gegen die Männer und Frauen der C-Parteien und Liberalen zustande kam, beachtlich und braucht sich vor den Leistungen ihrer Nachfolgerinnen bis heute keineswegs zu verstecken.

Das Buch ist außerordentlich leser-

freundlich gestaltet. In der Einleitung wird die Struktur dargestellt, das methodische Vorgehen und die Quellenlage erläutert. Trotz großer Materialprobleme gelang es N. nach zeitraubenden Recherchen, die Biographien nach einheitlichen Prinzipien zu strukturieren, so daß ein Gesamteindruck entsteht, der Vergleiche und Verallgemeinerungen ermöglicht. Jede Biographie beginnt mit einem Abschnitt, der Auskunft über Elternhaus, Kindheit, Ausbildung und ggf. erste politische Arbeit gibt; gefolgt von einem Teil "Im Schatten des Hakenkreuzes". Daran schließt sich eine Darstellung der politischen Nachkriegskarriere der betreffenden Frau an, ihrer Arbeit als Abgeordnete im parlamentarischen Rat bzw. im Bundestag. Abschließend wird ein Einblick in ihre Tätigkeit nach dem Ausscheiden aus der Abgeordnetentätigkeit gegeben. Dem biographischen Teil, Kapitel II, voraus geht im Kapitel I eine kurze Darstellung der Situation in Westdeutschland und in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Schwerpunkt des biographischen Teils sind die Aktivitäten der Abgeordneten im Parlamentarischen Rat und im Bundestag 1948/49 bis 1957, die Informationen gehen aber insofern weit darüber hinaus, als die Lebensbeschreibungen damit nicht enden. Gefolgt wird dieser Teil von Kapitel III, einer Zusammenfassung mit Ausblick. Der Anhang enthält ein umfassendes Quellen- und Literaturverzeichnis und ein Personenregister. Ein Sachregister mit Stichworten zu Wiederaufrüstung, Mutterschutz, Arbeits- und Flüchtlingsgesetzgebung, Ausländerinnen und Ausländern, zu Haushaltsdebatten, Ostpolitik u.ä.m. wäre wünschenswert gewesen.

Im Kapitel I werden in einer Übersicht die Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik mit dem NS-Regime, die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege, die Opposition der Frauen gegen die Wiederaufrüstung und sozialdemokratische Frauenpolitik in der Nachkriegszeit dargestellt. Sehr zurückhaltend wird in dem Buch das durch den Kalten Krieg bestimmte Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR und seine Auswirkungen auf die weiblichen Abgeordneten behandelt. Wir erfahren lediglich, daß bereits Kurt Schumacher in seiner Rede am 6. Mai 1945 den Kommunisten "einen anderen Blickwinkel in der Betrachtung der politischen Welt" unterstellte und daß Zusammenarbeit mit ihnen bzw. in überparteilichen Organisationen zu unterlassen sei. Einige der weiblichen Abgeordneten lehnten eine solche Zusammenarbeit mit Kommunisten ebenfalls grundsätzlich ab, und über die Schikanen des SED-Regimes, denen die in Berlin tätigen Frauen Louise Schröder und Jeanette Wolf ausgesetzt waren, wird berichtet. Es wäre interessant zu wissen, warum die Frauen- und Familiengesetzgebung in der DDR und die allmählich flächendeckende Versorgung mit Kindereinrichtungen unter diesen Frauen kein Thema gewesen ist. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das Thema Familie und Gleichberechtigung erwähnt die Vf.in, daß es "auch den Parlamentarierinnen selbst nie gelang, das familialistische Modell zu brechen. Das Monopol der Familie in der Betreuung der Kinder ... wurde nie wirklich in Frage gestellt" (S.532). Hier hätte man gerne erfahren, ob und wie das andersartige Familienmodell in der DDR und die andersartige Haltung

der DDR-Frauen zur Familie und zu außerfamiliärer Erziehung von den Parteifrauen wahrgenommen wurde.

In der Zusammenfassung geht N. auf die soziale Zusammensetzung und die weitverbreitete antifaschistische Grundhaltung dieser Frauen ein. Sie hebt positiv die Unterstützung hervor, die sie einander mittels Wohngemeinschaften zuteil werden ließen, in denen sie in Bonn lebten, wenn das Parlament tagte, und die Hilfe, die die Töchter der Abgeordneten diesen leisteten. Sie waren mehrheitlich durch über- und außerparteiliche Frauenausschüsse in der unmittelbaren Nachkriegszeit in die Politik gekommen, und es bedurfte des Machtworts von Schumacher und der Frauensekretärin Herta Gotthelf, um sie davon zu überzeugen, daß ihr Platz in der Parteilarbeit sei. Es ist interessant festzustellen, daß diese Politikerinnengeneration in der SPD, ganz ähnlich wie in der SED, sich als "pflichtbewusste Parteisoldatinnen" oder als unkomplizierte, zuverlässige und gradlinige Genossinnen" (S.529) verstanden, denen "Parteimitgliedschaft und -zugehörigkeit mehr bedeutete als persönliche Karriere", und daß sie als solche gegen ihre innere Überzeugung mehrheitlich gehorsam aus den überparteilichen Ausschüssen austraten und der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zustimmten. Wie N. einräumt, gab es Konkurrenzkämpfe auch unter den Frauen, die sich gelegentlich gegeneinander ausspielten und ausspielen ließen, von der "gnadenlosen Konkurrenz" (S.539) der Männer ihrer eigenen Partei ganz abgesehen.

In ihrem Ausblick erklärt die Autorin, die Verantwortung der Frauen liege heute

darin, "den leider schon ... weit fortgeschrittenen Anfängen zu wehren und Intoleranz, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus, einfach jeder Art von Diskriminierung und Ausgrenzung entschieden entgegenzuwirken" (S.535). Frauen in den parlamentarischen Vertretungen müßten mit denen außerhalb dieser Strukturen zusammenwirken, damit, wie Clara Zetkin postulierte, Menschenrecht Frauenrecht werde. Damit aber Menschenrecht nicht nur den Frauen wie den Männern in Deutschland, sondern Frauen und Männern in allen Teilen der Welt gewährt werde, muß heute auch und besonders in Deutschland die soziale und die Friedensfrage in den Vordergrund gerückt werden. Es genügt nicht mehr, den Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Minderheiten, so wichtig er ist, zu führen, wenn Sozialabbau und die Verteidigung des Vaterlands am Hindukusch die Einhaltung von jeglichem Menschenrecht zur Phrase machen.

Hanna Behrend

Siegfried Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumente, Schkeuditzer Buchverlag, Schkeuditz 2003, 348 S.

Der vorliegende Bd. hilft eine Lücke in der Darstellung der gesellschaftlichen Krise der DDR im Jahre 1953 schließen. In den bisherigen Publikationen dazu wurden die Intellektuellen meist nur am Rande erwähnt. Zudem wurde ihnen, früheren Einschätzungen der SED-Führung folgend, eine "loyale" Rolle zugeschrieben. Dieser Legende traten zwar schon

verschiedene Veröffentlichungen nach 1989 entgegen. Der Vf. widerlegt sie erneut und an Hand umfangreichen Materials höchst überzeugend. Er zeigt, daß die Teilnahme Intellektueller an Protesten, Streiks und Demonstrationen eine größere Rolle gespielt hat, als bislang angenommen (S.87f.). Doch kam die Aktivität der Intellektuellen in breitem Maße vor allem in vielfältigen Analysen, Konferenzen und Vorschlägen zur Veränderung der konkreten gesellschaftlichen Zustände zum Ausdruck.

Der Autor rückt in seiner Untersuchung die vom Kulturbund im Februar/März 1953 durchgeführte Enquête über die Lage der Intellektuellen in den Mittelpunkt. Diese ist in früheren Publikationen zur Geschichte des Kulturbundes und anderer Organisationen der Intellektuellen wohl berücksichtigt, aber nie detailliert analysiert worden. Allerdings trifft der Untertitel des vorliegenden Buches den Inhalt nicht ganz, denn der Vf. befragt nicht nur das Material dieser Erhebung, sondern mit Recht auch die Ergebnisse anderer Analysen und der Konferenzen in Jena (21. April 1953) und Berlin (27. Mai 1953) sowie verschiedener Präsidialratssitzungen des Kulturbundes. Er stellt zunächst in allgemein gehaltener Form Inhalt und Ergebnisse der Enquête vor (S.48-53). Ein wesentlicher und überaus verdienstvoller Bestandteil seines Buches ist jedoch die Publizierung der Ergebnisse dieser Untersuchung im Dokumententeil (158 S.), die ein überaus plastisches Bild der Sorgen und Nöte der Intellektuellen der DDR, aber auch von den erheblichen Unterschieden zwischen einzelnen Gruppen von ihnen in diesen Jahren liefern. Während hierin

noch in starkem Maße die mitunter sogar existentiellen materiellen Probleme und Fragen der Arbeitsbedingungen im Vordergrund standen, traten auf den Konferenzen in Jena und Berlin, wie auch in der Präsidialratssitzung des Kulturbundes am 24. April 1953 Fragen des Bürokratismus, der falschen Behandlung und der Rechtsunsicherheit immer stärker in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen (S.59f., 63ff., 72ff.). Hier bringt P. zahlreiche konkrete Beispiele für Kritik an nackter Administration über die Köpfe der Betroffenen hinweg, an unsinnigem Verwaltungsaufwand und blindem Aktionismus. Er macht außerdem deutlich, daß die Kulturpolitik zweigleisig weiter lief: Während Walter Ulbricht auf der Konferenz in Berlin zwar versöhnliche Töne anschlug, hielt er gleichzeitig an den bisherigen kulturpolitischen Vorstellungen fest; neben der Analysetätigkeit über die Ursachen der Mißstimmung unter der Intelligenz der DDR gingen die Restriktionen weiter (Auswirkungen des Slanský-Prozesses, Reorganisation der Oberschule), wurden weitere Einschränkungen sozialer Leistungen vorgenommen. Es gab wohl Zusagen, aber kaum wirkliche Veränderungen. Der Vf. zeigt weiter, daß die ersten Aussprachen seitens des Kulturbundes mit Intellektuellen nach der Verkündung des "neuen Kurses" auf Skepsis stießen, daß Unsicherheit und Ungewißheit vorherrschten, welche Neuansätze es im Staatssekretariat für Hochschulwesen und in der Akademie der Künste gab, wie auch die Versuche des Presseamtes, diese möglichst nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen (S.100f.). Ausführlich behandelt P. die Präsidialratstagung des Kulturbundes am 3. Juli 1953. Nun ist

das Protokoll jener Tagung bereits 1990 veröffentlicht worden, doch ist nicht anzunehmen, daß diese Publikation weite Verbreitung gefunden hat. Wegen der Brisanz der dort an der Politik der SED geübten Kritik ist die ausführliche Darlegung der Diskussion (S.101-122) sehr zu begrüßen, genauso wie die Wiedergabe des Wortlauts der dort beschlossenen 14 "Vorschläge des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands für die Entwicklung unseres Kulturlebens" (S.122-125). Angeführt werden ferner Harichs Vorschlag zu Veränderungen in der Kulturpolitik vom 2. Juli 1953 und sein scharfer Artikel in der *Berliner Zeitung* vom 14. Juli. Der 17. Juni 1953 war natürlich kein isoliertes Ereignis, sondern eingebunden in vielfältige innere und äußere Entwicklungsprozesse. Demzufolge wird gezeigt, daß sich das Verhältnis der Intellektuellen zu den Herrschenden lange vor den Juniereignissen getrübt hatte. Die Verschlechterungen infolge des rigorosen Sparkurses ab 1952 sowie weitere Einengungen im Kunstbereich ("Faustus"-Debatte, rüde Kritik an der Karl-Marx-Feier 1953) verschärften die Situation weiter. Ferner stellt der Autor das Eingebundensein des Wirkens der SED-Führung in die sowjetische Außenpolitik dar, bringt verschiedene Fakten zu den Machtkämpfen in der Führung der KPdSU und zu den Begleitumständen der sowjetischen Weisungen zur Kurskorrektur im Mai/Juni 1953, wobei ich allerdings die diesbezüglichen Äußerungen früherer sowjetischer Funktionäre mit gewisser Skepsis betrachte, und benennt Auswirkungen des Slanský-Prozesses und des Moskauer "Ärzte-Prozesses" auf das Verhalten der DDR-Intellektuellen zum

Staat. Weniger erkennbar wird jedoch das Beziehungsgeflecht zur Bundesrepublik Deutschland. Der Vf. zeigt am Beispiel der Kulturtagung in Bayreuth (Oktober 1952), die verboten wurde, die Zuspitzung der Beziehungen, doch bleibt die ideologische Beeinflussung der DDR-Bevölkerung seitens der BRD, vor allem durch den Sender RIAS, unbeachtet, obwohl in den Berichten der Kreise und Bezirke im Rahmen der Enquête zahlreiche Beispiele für individuelle Drohungen und "Warnungen" angeführt werden, um Intellektuelle zum Verlassen der DDR zu bewegen.

Bei der Bewertung der Ergebnisse der Enquête schlußfolgert P., es sei deutlich geworden, "daß lediglich Einzellösungen nicht ausreichten" (S.52). Zu grundlegenden Veränderungen war die SED-Führung jedoch auch nach dem 17. Juni nicht bereit. Er belegt das anhand von Stellungnahmen gegen die Vorschläge der Akademie der Künste und des Kulturbundes, des Gesprächs des Ministerpräsidenten mit Künstlern und Schriftstellern am 19. Oktober (der neue Kurs bedeute keinen faulen Liberalismus, keinen Verzicht auf Lenkung durch den Staat) und der 1. Hochschul-Konferenz der SED am 31. Oktober/1. November, die faktisch die Neuansätze des Staatssekretariats vom 1. Juli wieder zurücknahm. So blieb das Dilemma der Intelligenzpolitik der SED vor allem wegen ausbleibender demokratischer Reformen bestehen. Der Autor konstatiert, die Intellektuellen seien "von der Illusion beherrscht" gewesen, "durch systemimmanente Reformen könnten ihre Forderungen verwirklicht werden" (S.149). Das sei aber im Rahmen des "autoritären Sozialismus" un-

möglich gewesen. In der Präsidialrats-Sitzung des Kulturbundes an 3. Juli 1953 sind jedoch durch einzelne Redner auch Forderungen erhoben worden, die diese gesellschaftlichen Strukturen zur Disposition stellten (z.B. Otto Schwarz: Das "Regime der Funktionäre" müsse durch ein "Regime des Volkes" ersetzt werden, S.121). Der Autor billigt den "Punkte-Programmen" nach dem 17. Juni und den beabsichtigten Neuansätzen im Hochschulwesen einen damaligen Auffassungen entsprechenden demokratisch-sozialistischen Charakter zu. M.E. tendierten sie bestenfalls dahin. Zweifellos gab es kein Votum für die Adenauer-Regierung, keine Forderungen nach Restauration kapitalistischer Zustände. Den Intellektuellen der DDR generell kann man eine solche Zielstellung allerdings nicht attestieren (das zeigen auch verschiedene Belegstellen im Buch, z.B. S.182). Sie tendierten wohl mehr zu einer demokratischen Gesellschaft antiimperialistischen Charakters. Das wäre aber weiter zu untersuchen und zu diskutieren.

Eberhart Schulz

Wilfriede Otto: Die SED im Juni 1953.

Interne Dokumente, Karl Dietz Verlag, Berlin 2003, 304 S.;

Jürgen Hofmann/Annette Neumann (Hrsg.): Die Klasse im Aufruhr. Der 17. Juni 1953 in Berliner Betrieben. Dokumente, Karl Dietz Verlag, Berlin 2003, 160 S.

Die beiden vom Berliner Dietz Verlag herausgebrachten Editionen sind zwar nicht direkt aufeinander abgestimmt, ergänzen sich aber gut, weil die eine die zen-

trale Ebene und die andere die Vorgänge in Berlin mit meist bisher unveröffentlichten Dokumenten belegt.

O. hat aus dem Bestand des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs der SED alle einschlägigen Dokumente aus der Zeit vom 2. Juni bis 23. Juli 1953 zusammengetragen und in solider editorischer Bearbeitung herausgegeben. Es handelt sich also um den Zeitraum von der Übergabe der durch die Moskauer Führung verordneten Maßnahmen "zur Gesundung der politischen Lage" in der DDR an die Delegation der SED bis zur unmittelbaren Vorbereitung der vom 24.-26. Juli abgehaltenen 15. Tagung des Zentralkomitees der SED. Insgesamt werden 83 Texte geboten, die um 36 Dokumente gruppiert worden sind. Anlagen zu Sitzungen des Politbüros, Begleitpapiere oder persönliche Notizen wurden den Schlüsseldokumenten zugeordnet. Etwa die Hälfte des Buches nehmen die stenographische Niederschrift der 14. Tagung des ZK sowie die Protokolle des Politbüros ein. Besondere Beachtung verdienen die nun publizierten persönlichen Notizen, Mitschriften oder Schreiben vor allem aus der Feder von Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Fred Oelßner, Friedrich Ebert, Wilhelm Zaisser, die ungefähr ein Drittel der Edition ausmachen und von denen O. sagt, daß sie zur Kassation bestimmt gewesen seien. Da es sich bei den Protokollen des Politbüros um Beschlußprotokolle handelt, geben erst solche Notizen, mit denen der Diskussionsverlauf oder eigene Positionen skizziert wurden, eine annähernde Vorstellung davon, wie die Auseinandersetzungen in diesem Gremium verlaufen sind. Indem sich die Hrsg.in bemühte, bei den

Schlüsseldokumenten auch handschriftliche Eintragungen, Unterstreichungen oder Vermerke wiederzugeben, wurde eine beträchtliche Nähe zu den Originalpapieren erreicht. Zahlreiche Anmerkungen tragen zum besseren Verständnis des Inhaltes der Texte bei oder dienen der genaueren Beschreibung der Originale. Eine Auswahlbibliographie und biographische Angaben zu den wichtigsten in Erscheinung tretenden Personen ergänzen die Dokumentation, in der leider auf ein Personenregister verzichtet wurde. In dieser Edition zeichnen sich drei große Komplexe ab. Da sind zunächst jene Papiere, die im Zusammenhang mit der Anfang Juni 1953 an die in Moskau weilende SED-Delegation (Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und als Dolmetscher Fred Oelßner) übergebenen Direktive für eine Kurskorrektur entstanden sind, bis hin zum Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953. Hier fällt auf, daß man sich im Politbüro offenbar nicht ernstlich Gedanken gemacht hatte, wie die von Moskau geforderte Selbstkritik und die Absage an den beschleunigten Aufbau des Sozialismus der Parteimitgliedschaft und der Bevölkerung vermittelt werden sollten. Der Druck aus Moskau ließ wohl eine behutsamere Vorgehensweise gar nicht zu, und man wähte vermutlich auch, mit Selbstkritik verbundene Maßnahmen zur Entspannung der Situation würden per se honoriert werden. Dem schließen sich Dokumente an, die den Tagen um den 17. Juni entstammen und in denen sich die Verwirrung in der Führung, bald aber auch die unter den Bedingungen des von der sowjetischen Besatzungsmacht verhängten Ausnahmezustandes zurückgewonnene Handlungsfähigkeit wider-

spiegeln. Und es gipfelt in der Darbietung jener Protokolle, persönlichen Notizen und Auslassungen, die von den Auseinandersetzungen in der SED-Spitze um die Bewertung der begangenen Fehler, um die einzuschlagende Linie der Korrektur und um personelle Veränderungen in der Parteiführung zeugen. Eigentlich hätte die einen gewissen Abschluß aller Vorgänge bildende 15. Tagung des Zentralkomitees Aufnahme in diese Dokumentation verdient. Für das umfangreiche Protokoll dieser Tagung darf das nicht verlangt werden. Der Abdruck der Entschließung dieses ZK-Plenums wäre indes möglich gewesen und hätte den Leser in die Lage versetzt, sich selbst ein Bild davon zu machen, was zeitgenössisch als offizielle Einschätzung und als Parteilinie kundgetan worden ist, und inwiefern die internen Papiere diese Version korrigieren. Diese Vergleichsmöglichkeit erscheint auch deshalb wünschenswert, weil O. einige reißerische Formulierungen benutzt, die diese gediegene Edition meines Erachtens nicht nötig hat. So wenn sie von der "Büchse der Pandora" spricht, die sich im Spätherbst 1989 geöffnet habe, oder von "den Abgründen einer stalinisierten Partei" (S.14). Schon der erste Satz der Vorbemerkung beabsichtigt eine Einstimmung, die einer unvoreingenommenen Bewertung der dargebotenen Texte nicht eben förderlich ist: "Den Leser erwartet ein von der SED-Führung weggesperrtes Wissen..." (S.13). Zugänglich waren diese Papiere tatsächlich nicht, und erst in Vorbereitung der vierbändigen "Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", von der nur der erste Bd. erschienen ist, war dem Autor des entsprechenden Kapitels - Rolf Stöckigt -

der Einstieg in wesentliche Teile der gesperrten Überlieferungen gelungen. Aber diese Akten wären auch in Ländern mit liberalen Archivgesetzen oder Archivordnungen in der Regel mindestens drei Jahrzehnte "weggesperrt" gewesen und in Fällen besonderer Brisanz oder entsprechend dem Schutze von Persönlichkeitsrechten wesentlich länger. Auch Kassationen von persönlichen Notaten, vor allem wenn sie außerhalb geordneter Nachlässe existieren, dürften so einmalig nicht sein. Um so besser, wenn Parteiarchivare einen solchen Fundes bewahrt haben. Der Spielraum für die Interpretation dieser Quellen ist ziemlich groß. Zum einen, weil die persönlichen Papiere oft nur Stichworte enthalten, deren Zuordnung und Bewertung nicht zweifelsfrei möglich ist. Zum anderen, weil die Beurteilung der Texte entscheidend davon abhängt, wie der Interpret die damaligen internationalen Spannungen und die Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltsystemen beurteilt, ob er eine sozialistische Entwicklungsperspektive bejaht oder vereint, ob er der DDR wie allen Staaten die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols zugesteht oder nicht usw. usf. O. hat ihre Version in einem knapp gefaßten "Historischen Kommentar" dargeboten, der hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden kann, dem ich indes im wesentlichen zustimmen würde, mit der Einschränkung, daß die weitgehende Ausblendung der Gegenseite die Ausgewogenheit beeinträchtigt. Das hängt aber auch mit "weggesperrtem Wissen" von den Interna westlichen Agierens zusammen.

Hier nur noch einige Anmerkungen zum wohl interessantesten Teil der Dokumen-

tation, zu den sich an die Juniereignisse anschließenden innerparteilichen Kämpfen. Er verdient auch deshalb besondere Beachtung, weil in der Flut der dem 17. Juni 1953 gewidmeten Publikationen und Veranstaltungen unterschiedlichster Art die Existenz und die Vorstellungen eines reformorientierten Flügels innerhalb der SED-Führung kaum Beachtung gefunden haben. Denn sie passen nicht zu den kurzschlüssigen Reduktionen auf die unüberbrückbare Kluft zwischen Volk auf der einen, Partei und Staat auf der anderen Seite. Die Beurteilung der persönlichen Notizen zwingt allerdings den quellenkritischen Nutzer dazu, sich zu entscheiden, ob er hier nur Belege für Machtstrukturen und Machtkämpfe einer stalinisierten Partei vor sich hat oder ob es sich darüber hinaus auch um Zeugnisse handelt, in denen sich Überzeugungen, Motivationen, Erfahrungen, Verantwortungsbewußtsein von Individuen widerspiegeln. Zum anderen legen diese Papiere manche Schlußfolgerungen zum Wechselspiel zwischen den in Moskau getroffenen Entscheidungen und den Vorgängen in der Führung der SED nahe. Die dann als Zaisser-Herrnstadt abgestrafte "Fraktion" hatte mit dem von Herrnstadt verfaßten Text des Entschließungsentwurfs für die 15. Tagung des ZK ein Papier unterbreitet, das zwar noch nicht den Namen Reformkonzept verdient, dessen ungeschminkte Lagebeurteilung und kritische Analyse der SED und ihrer Führungspraktiken und -figuren jedoch nur Sinn machten, wenn dem weitgehende strukturelle, politische und personelle Konsequenzen (nicht zuletzt die Entfernung des Generalsekretärs von seinem Posten) folgten. Aus den nun

abgedruckten Papieren läßt sich allerdings der Eindruck gewinnen, daß die Initiatoren solch einer kritischen Bestandsaufnahme nie engagiert für die Durchsetzung ihrer Standpunkte im Politbüro gekämpft haben, bald schon einlenkten und schließlich nur noch auf die Abschwächung der Kritik an ihrem Verhalten und auf das Abwenden von Abstrafungen bedacht waren. Soweit das die Texte hergeben, hat sich auch niemand von diesen Leuten solidarisch an die Seite des abgelösten, aus der SED ausgestoßenen und später zu einer Zuchthausstrafe verurteilten Justizministers Max Fechner gestellt. Dieses rasche Abrücken von den anfangs bezogenen Positionen ist wohl nur zu erklären, wenn es mit dem Umschwung im Verhalten der Führung der KPdSU in Verbindung gebracht wird, die unter dem Eindruck des 17. Juni einerseits ihre überzogenen Auflagen vom 2. Juni 1953 relativierte und andererseits auf Stabilität in der Führungsspitze der SED und der DDR ohne personelle Experimente bedacht war. Da dies mit der Festnahme Lawrentij P. Berijas und in der DDR tätiger hoher sowjetischer Sicherheitsoffiziere in Verbindung zu bringen ist, existiert hier angesichts ebenfalls noch "weggesperrten Wissens" eine Grauzone, die viel Raum für Vermutungen läßt.

Der Verlag hat diese Veröffentlichung mit den Worten angepriesen: "Wer sich künftig über den 17. Juni kompetent äußern möchte und diesen Dokumentenband nicht zur Kenntnis genommen hat, wird kaum der Gefahr entgehen können, sich zu kompromittieren." Dies ist keine Übertreibung.

Die Edition von H. und N. stützt sich vorwiegend auf Bestände des Landes-

archivs Berlin. Berichte, Protokollauszüge, Informationen, Statistiken und sonstige Materialien (insgesamt 48 Dokumente) vermitteln ein anschauliches Bild von der Situation und den Aktionen in der DDR-Hauptstadt und eine gute Grundlage für analytische Einschätzungen. Zugeordnet wurden die wortgetreu wiedergegebenen Dokumente folgenden Komplexen: I. Forderungen vom 17. Juni 1953, II. Berichte über Ereignisse vom 16.-18. Juni, III. Statistik, IV. Verhaftungen/Opfer, V. Umgang der SED mit dem 17. Juni 1953, VI. Zentrale Dokumente. Wie aus dieser Gruppierung ersichtlich ist, haben die Herausgeber auch den unmittelbaren Folgen der Ereignisse vom 17. Juni entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt. Besonders der Komplex V untersetzt, wie die von oben angeordneten Disziplinierungsmaßnahmen an der Parteibasis praktiziert wurden. Der "Fall Fechner" ist hier weitaus besser dokumentiert als im erstbesprochenen Buch. In dem VI. Komplex wurden auch einige die Vorgeschichte und die Ursachen erhellende Dokumente aufgenommen, teils mit Unterstützung von W. Otto. Hier findet sich aber auch ein aufschlußreicher Auszug aus dem Protokoll der außerordentlichen Landesausschuß-Sitzung der Berliner SPD vom 18. Juni 1953.

Mit ihrer Publikationen korrigieren die Hrsg. das Bild von einer vorwiegend auf die Bauarbeiter konzentrierten Bewegung und weisen nach, daß ein Großteil der Berliner Betriebe - vor allem Schwerpunktbetriebe des Fünfjahrplans - mehr oder minder stark von der Streik- und Protestbewegung erfaßt war. Da ansonsten häufig nur mit Beispielen gearbeitet wird, über deren Aussagewert sich die

Autoren mitunter wenig Gedanken machen, erweisen sich in dieser Dokumentation enthaltene Statistiken - erstellt von Polizeioorganen unmittelbar zum Zeitpunkt des Geschehens - als besonders aussagekräftig. Vor allem jene Texte, in denen Stimmen der Basis zu vernehmen oder festgehalten sind, sprechen für die Vielfalt und Widersprüchlichkeit in den Haltungen, Handlungen und Motivationen jener Tage. Denn es sind nicht nur Streiks und Protestaktionen dokumentiert, sondern auch das Eingreifen der Polizeikräfte, das Verhalten und die Stimmungen von Leuten, die sich schützend vor die DDR stellten. Die gesamte Dokumentation ist mithin ein Beleg für die Ambivalenz der Vorgänge um den 17. Juni 1953 und unterscheidet sich damit von den meisten Repliken zu deren 50. Jahrestag.

Die Einleitung wurde von H. verfaßt. Seine differenzierenden und ausgewogenen Wertungen verdienen besondere Anerkennung, weil hier in gedrängter Form das ganze Ensemble innerer und äußerer Ursachen, objektiver Bedingungen und subjektiver Entscheidungen ohne vorgestanzte Pauschalisierungen erörtert wird.

Günter Benser

Torsten Diedrich: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR. Hrsg. vom **Militärgeschichtlichen Forschungsamt**, R. Oldenburg Verlag, München 2003, IX u. 261 S., 29 Abb.

Rechtzeitig zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR legte D., einer der besten Kenner der damaligen Geschehnisse, seine neue-

ste Arbeit vor. Es handelt sich dabei nicht um eine veränderte Neuauflage einer bereits 1991 im Karl Dietz Verlag erschienenen Publikation, sondern um ein neues Buch. Der Hrsg. sieht es als Beitrag, "die Erinnerung an eine der größten deutschen Massenbewegungen für Demokratie und Freiheit im Bewußtsein der heutigen und nachfolgender Generationen wachzuhalten" (S.VIII). Auch der Autor selbst weist einleitend dem Volksaufstand einen festen Platz in den demokratischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zu, sieht in ihm ein Symbol deutscher Demokratiebestrebungen für Selbstbestimmung und Freiheit nach dem Zweiten Weltkrieg und "einen Markstein in der internationalen Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur in einem Europa", das in jener Zeit "stark vom Ost-West-Konflikt der divergierenden Gesellschaftssysteme geprägt war" (S.X).

Dem hohen Stellenwert der Ereignisse wird D. gerecht, indem er eine für alle Interessierte gut lesbare, flüssig geschriebene Zusammenfassung von Ursachen, Verlauf und Wirkung des 17. Juni präsentiert. Er unternimmt den weitgehend gelungenen Versuch, die Gesamtbreite des aktuellen Forschungsstandes zu erfassen, wobei seiner Profession entsprechend militär- und sicherheitspolitische Aspekte des Geschehens und der nachfolgenden Prozesse im Mittelpunkt stehen. Erweiterte und neue Erkenntnisse zum Einsatzverhalten der sowjetischen Streitkräfte, der Kasernierten Volkspolizei (KVP) und der Polizei dürften das Interesse der Leser wecken.

Die Schilderungen über die Vorgänge in Berlin und zu anderen Brennpunkten des Geschehens, wie Bitterfeld und Görlitz,

sind detaillierter und differenzierter als frühere Darstellungen und gehen teilweise auch in räumlicher Sicht über diese hinaus. Streiflichtartig werden die Ereignisse auf dem flachen Land geschildert, wird ein Blick auf das Verhalten auch anderer Bevölkerungsschichten geworfen, der sowohl die Teilnahme an Protestaktionen wie auch die Ablehnung derselben oder eben gänzlich abseitsstehen verdeutlicht.

Abgeleitet aus der Gesamtschau qualifiziert D. im Unterschied zu seiner früheren Charakteristik der Ereignisse um den 17. Juni als Arbeitererhebung diese nunmehr als Volksaufstand mit Arbeitererhebung als Kern. Im III. Kapitel "Der 17. Juni 1953 - Erfahrungsgeschichte und Rezeption" analysiert D. im letzten Jahrzehnt erzielte Forschungsergebnisse und Publikationen, wobei er sich kritisch mit der Bewertung der Ereignisse auseinandersetzt, die von Arbeiterprotest und Arbeiteraufstand bis Volksaufstand oder gar Revolution reicht. Ob dabei seine Argumentation in jedem Fall hinlänglich durchdacht ist, sollte zunächst dem Urteil der Leser und möglichen Gegenreaktionen überlassen werden. So könnte beispielsweise gefragt werden, ob bei der Charakteristik "Volksaufstand" nicht nur die tatsächlich alle Bevölkerungsschichten erfassende Breite der Bewegung, sondern auch die Tatsache zu beachten wäre, daß die "Mehrheit der Bevölkerung sich am 17. Juni und auch in den Folgetagen passiv" (S.154) verhielt?

Beachtenswert sind die Hinweise zu den unterschiedlichen Rahmenbedingungen der revolutionären Ereignisse von 1953 und 1989. Sie betreffen zuallererst das gegensätzliche Verhalten der sowjetischen

Streitkräfte, die 1953 mit ihren Panzern und standrechtlichen Erschießungen verhinderten, daß die Arbeiter- und Volksbewegung sich voll entfalten und ihre Ziele erreichen konnte, während sie sich 1989 neutral verhielten, in den Kasernen verblieben und so - neben anderen gewichtigen Bedingungen - einen friedlichen Verlauf der Revolution ermöglichten. Von Interesse sind in diesem Zusammenhang auch die knappen Betrachtungen zu den "deutsch-deutschen" Forderungen in der damaligen Streik- und Demonstrationsbewegung. Nirgends sei erkennbar gewesen, daß man die Übernahme des politischen Systems des anderen deutschen Staates gewollt hätte. Es sei deshalb "insgesamt gesehen sicher nicht legitim, allein aus der Gegnerschaft zum SED-Regime die Befürwortung des bundesdeutschen Gesellschaftsmodells herzuleiten" (S.143). Diese Aussage könnte man uneingeschränkt auch auf die Forderungen der Bürger- und Demokratiebewegung in der ersten Phase der Herbstrevolution von 1989 beziehen.

Im Juni wurde das ernsthaft ins Wanken geratene und mancherorts wie in Bitterfeld und Görlitz bereits gestürzte SED-Regime nur durch den Einsatz der bewaffneten Macht in Gestalt der sowjetischen Besatzungstruppen und den von ihnen verhängten Ausnahmezustand und durch das Eingreifen der KVP an deren Seite und auf deren Befehl gerettet bzw. wieder etabliert. Dieser gesamte Komplex wird sachlich nüchtern und recht differenziert dargestellt, wobei der Autor die sowjetische Strategie der massiven Einschüchterung schildert und Machtlosigkeit der Volkspolizei und Versagen der Staatssicherheit herausstellt. Ausführ-

lich werden die Einsatzbedingungen und das Einsatzverhalten der KVP, dieser "getarnten Armee" erörtert, die nur mit Zustimmung der sowjetischen Militärbehörden in der DDR eingesetzt werden konnte und oftmals unter deren Oberbefehl handelte. Obwohl weder für derartige Einsätze ausgebildet, noch strukturell vorbereitet, erwiesen sich trotz aller aufgetretenen Probleme die Einheiten der KVP, der VP-See und der VP-Luft "als funktionierendes Machtinstrument des herrschenden SED-Regimes" (S.201). In einem knappen Exkurs wird abschließend gezeigt, welche militär- und sicherheitspolitischen Folgerungen die SED- und Staatsführung der DDR aus den Geschehnissen um den 17. Juni abgeleitet hat.

Mit einem Bildteil werden die Ereignisse veranschaulicht. Ein Literaturverzeichnis ermöglicht dem interessierten Leser einen raschen Zugriff auf relevante Literatur. Das Ortsregister bietet eine schnelle Übersicht über die räumliche Ausdehnung der Vorgänge.

Paul Heider

Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945. R. Oldenbourg Verlag, München 2001, 445 S.

Historiographiegeschichtliche Darstellungen stehen mitunter in dem Ruf, trocken, theoretisch und schwer lesbar zu sein. Daß es auch anders geht, hat E. mit der vorliegenden Studie, die aus seiner im Wintersemester 1999/2000 an der Universität Tübingen eingereichten Dissertation hervorgegangen ist, eindrucksvoll

unter Beweis gestellt. In hohem Maße informativ und über weite Strecken direkt spannend untersucht er die Herausbildung und Entwicklung der sozialgeschichtlichen Richtung in der Historiographie der frühen Bundesrepublik, ihre Differenzierungen und Kontroversen und konzentriert sich dabei auf den Anteil Werner Conzes, "denn er war derjenige, der die sozialgeschichtliche Durchdringung der gesamten Geschichtswissenschaft mit dem meisten Nachdruck verfolgt hat" (S.11).

Die "Spannung" des Buches resultiert aus einem Forschungsansatz, den der Autor - in Anlehnung vor allem an Pierre Bourdieu, Michel Foucault und Niklas Luhmann - folgendermaßen beschreibt: "Neue Ideen müssen gegen eine gewisse Beharrungskraft in der Wissenschaft durchgesetzt werden, da eine erprobte Sichtweise nicht gerne zugunsten einer neuen, unerprobten aufgegeben wird... Überzeugen beruht deshalb zu einem guten Teil auf Techniken der Inszenierung, nicht auf Diskussion von Erkenntnissen. ... Solche Strategien bestehen darin, einen Gedanken oder Ansatz unermüdetlich in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorzutragen, ihn aktiv zu propagieren. Man weist auf die Schwächen älterer Konzepte hin und auf die Vorteile des Neuen (die durchaus in einem Prestigezuwachs liegen können). Man sucht Verbündete zu gewinnen, sozialisiert wissenschaftlichen Nachwuchs und versucht, die Kommunikation in der Wissenschaft zu steuern. ... Vor allem aber muß man institutionelle Positionen besetzen. Nichts wird als ‚wahr‘ akzeptiert, wenn es nicht von der richtigen Position her geäußert wird" (S. 3).

Davon ausgehend, verfolgt E. in den Kapiteln 1 bis 4 den Werdegang Conzes von seiner wissenschaftlichen Sozialisation im Rahmen der faschistischen "Ostforschung" in Königsberg bis zu seiner vor allem von Siegfried A. Kaehler betriebenen "Re-Installierung" an der Universität Göttingen (S.21-48). Er verweist auf die historiographischen Wurzeln seines "Konzeptes einer Sozialgeschichte", insbesondere auf die "*Annales*", auf Hans Freyer, Gunther Ipsen und Otto Brunner (S.49-89) und beschreibt die Strategie, das Handeln Conzes, das ihn schließlich in die Position des "Sprechers" der neuen historiographischen Richtung in der Bundesrepublik hineinwachsen ließ (S.90-176). Ausgehend von der Feststellung, "ohne Umfeld wäre Conzes Handeln sinnlos und ... folgenlos geblieben" (S.177), untersucht er im Kapitel 5 den "Resonanzboden", auf dem die Bemühungen zugunsten der Sozialgeschichte überhaupt erst gedeihen konnten und wendet sich dabei insbesondere der bundesrepublikanischen "Gesellschaft" nach dem Zweiten Weltkrieg (S.177-190) sowie den Nachbarwissenschaften Soziologie und Politikwissenschaften (S.190-211) zu. Kapitel 6 (S.212-267) ist den Auseinandersetzungen innerhalb der "Zunft", vor allem der Rolle der Rothfels-Gruppe und den Diskussionen auf den westdeutschen Historikertagen von 1958 bis 1976 und Kapitel 7 (S.268-309) dem spezifischen "Denkstil" der vom Vf. als "Königsberger" bezeichneten Gruppe um Conze gewidmet. "Der Untergang im Sieg" ist das abschließende 8. Kapitel (S.310-354) überschrieben. E. resümiert hier, daß zwar "Conzes Wunsch, die Geschichtswissenschaft auf Sozialgeschichte

umzustellen, in Erfüllung gegangen ist. Doch gerade diese erfolgreiche Umstellung bereitete sozialhistorischen Ansätzen den Weg, die sich entschieden von der spezifischen Weltanschauung, die mit Conzes Sozialgeschichte verbunden war, absetzten und sie ersetzten durch eine Weltanschauung, die anderen Generations- und Gruppenzusammenhängen geschuldet ist" (S.354). Der Autor stützt sich auf eine außerordentlich intensive Auswertung des vorhandenen Archivgutes und der relevanten Literatur und bezieht zahlreiche von ihm geführte Interviews sowie schriftliche Mitteilungen von Beteiligten als Quellen ein. Allerdings verzichtet er völlig auf die ab Mitte der 60er Jahre in der DDR entstandenen Arbeiten zur "Auseinandersetzung" mit der Sozialgeschichtsschreibung der Bundesrepublik. Insgesamt entsteht jedoch ein detail- und facettenreiches Bild dieser für die Historiographiegeschichte der Bundesrepublik bedeutsamen Entwicklung. Der Rezensent möchte hier den s.E. zentralen Abschnitt der Arbeit "Historiker als Ritter ihrer Nation: Die Politisierung von Wissenschaft" (S.296-309) noch besonders hervorheben. In ihm wird dezidiert nachgewiesen, daß sich die "frühen Sozialhistoriker" der Bundesrepublik als politische Historiker verstanden, "die grundsätzlich dazu standen, daß Geschichte nicht ‚wertfrei‘ geschrieben werden könne, sondern nur von einem Standpunkt in der Gegenwart aus". Dieser "Standpunkt war die deutsche Nation" (S. 298). Von hier aus definierten sie ihr letztlich selbstgerechtes Verhältnis zu Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtsschreibung, von hier aus entwickelten sie ihre jeweiligen konkreten Geschichtsbilder,

von hier aus beurteilten sie die wissenschaftlichen Leistungen ausländischer Kollegen, und nicht zuletzt, von hier aus reichten sie sich trotz aller Kontroversen mit Vertretern der konkurrierenden Schulen ein in die "generalstabsmäßig geplanten" Aktionen der "Zunft" gegen die Geschichtswissenschaft der DDR.

Der Vf. hat seine Gegenstand souverän dargestellt und eine insgesamt wertvolle, auch sprachlich überzeugende Arbeit vorgelegt. Das umfangreiche Quellen- und Literaturverzeichnis (S.363-435) sowie ein kombiniertes Sach- und Personenregister (S.436-445) sind ein weiterer Vorzug des Bd.es. Die Universität Tübingen hat E.s Studie mit dem von ihr vergebenen Dissertationspreis ausgezeichnet - zu Recht.

Wolfgang Heyn

Annotationen

Vademekum der Geschichtswissenschaften. Verbände, Organisationen, Gesellschaften, Vereine, Institute, Seminare, Lehrstühle, Bibliotheken, Archive, Museen, Dienststellen, Ämter, Verlage und Zeitschriften sowie Historiker in Deutschland, Österreich und der Schweiz, 5. Ausgabe 2002/2003, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2002, 669 S.

Der Franz Steiner Verlag legt die nunmehr 5. Ausgabe des Vademekums der Geschichtswissenschaft vor. Geboten werden zahlreiche Informationen (Adressen, Kontaktmöglichkeiten, Leitungspersonal, in vielen Fällen auch Geschichte und Struktur etc.) von Historischen Verbänden (S

28-31; 28 Einträge), Staatlichen Seminaren für Sozialpädagogik (S.31-33), Historischen Instituten an Hochschulen (S.34-82, 535 Einträge), Akademien (S.83-87, 68 Einträge), Außeruniversitären Instituten (S.88-101, 149 Einträge), Historischen Gesellschaften/Kommissionen (S.102-116, 213 Einträge), Arbeitskreisen/Arbeitsgemeinschaften/Stiftungen (S.117-125, 136 Einträge), Geschichtsvereinen (S.126-142, 272 Einträge), Bibliotheken (S.143-152, 152 Einträge), Archiven (S.152-189, 590 Einträge) und Museen/Gedenkstätten/Schlösser (S.190-218, 422 Einträge). Aufgenommen sind die zumeist staatlichen Einrichtungen für Bildwesen (S.219-220, 24 Einträge) bzw. für Statistik (S.221-223, 48 Einträge) ebenso wie solche der Denkmalpflege (S.224-226, 41 Einträge) oder die Bundes- bzw. Landeszentralen für politische Bildung (S.227). Der Nutzer findet Informationen zu landes-, volks- oder landmannschaftlichen Institutionen und Verbänden (S.228-232, 46 Einträge), zu Verlagen mit historischem Profil (S.233-241, 197 Einträge) und zu historischen Periodika (S.242-268, 469 Einträge). Schließlich enthält der Bd. kurze biographische Angaben sowie Dienst- und Privatadressen von ca. 6500 Historikern, Archivaren oder anderweitig mit Geschichte Beschäftigten (S.269-648) und ein Namensregister (S.649-669). Etwas zufällig erscheint die Auswahl der "Selbstdarstellungen" einzelner Verbände bzw. historischer Arbeitskreise, mit denen der Bd. eingeleitet wird (S.7-25). Nicht nachvollziehbar ist auch die vereinzelte Aufnahme von historischen Einrichtungen mit Sitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs oder der

Schweiz (z.B. S. 62, 76, 88, 91, 95, 98, 99, 100, 118, 159). Insgesamt ist das Vademekum der Geschichtswissenschaft unverzichtbar für alle jene, die auf historiographischem Gebiet tätig sind.

Wolfgang Heyn

Leben ist Streben. Das erste Auguste-Schmidt-Buch. Reden, Vorträge und Dokumente der Ehrungen zum 100. Todestag der Pädagogin, Publizistin und Frauenrechtlerin Auguste Schmidt am 10./11. Juni 2002 in Leipzig. Hrsg. Johanna Ludwig, Ilse Nagelschmidt und Susanne Schötz unter Mitarbeit von Sandra Berndt (Leipziger Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Reihe C, Bd. 2. Zugleich LOUISEum 17. Sammlungen und Veröffentlichungen der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V.), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2003, 294 S., Abb.

Das Motto des Buches wurde von Auguste Schmidt (1833-1902) für ihren Vortrag auf der Gründungsveranstaltung des Leipziger Frauenbildungsvereins im März 1865 gewählt. Mitbegründerin, dann Vizevorsitzende, später Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Frauenvereins (AdF), Mitherausgeberin der Frauenzeitung "Neue Bahnen", Mitbegründerin und erste Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine, Mitbegründerin des Deutschen Lehrerinnenvereins, Lehrerin und Schulvorsteherin am privaten Steyberschen Institut für Mädchenbildung in Leipzig - das sind nur die wichtigsten Wirkungskreise von Auguste Schmidt, jener herausragenden Persönlichkeit der frühen bürgerlichen Frauen-

bewegung, die zu Lebzeiten und bis heute im Schatten von Louise Otto-Peters stand und steht. Die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V. Leipzig nahm den 100. Todestag von Auguste Schmidt zum Anlaß, um im Zusammenwirken mit der Stadt, der Universität und dem Regierungspräsidium Leipzig die Verdienste von Auguste Schmidt zu würdigen und Forschungen über sie zu fördern.

Der Bd. ist in fünf Hauptabschnitte gegliedert: I. Grußworte an die Gedenkveranstaltung und die wissenschaftliche Tagung; II. Festvortrag von Inge von Bönninghausen, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, auf der Gedenkveranstaltung der Stadt Leipzig; III. Bilder und Dokumente aus dem Leben von Auguste Schmidt; IV. Beiträge der wissenschaftlichen Tagung; V. Publizistische Arbeiten von Auguste Schmidt, darunter eine Rezension zu "Der Student und das Weib" von Clara Zetkin, ihrer einstigen Schülerin. Eine Zusammenstellung der wichtigsten Lebensdaten von Auguste Schmidt hätte den Bd. noch bereichert. Die Tagungsbeiträge umfassen zwei Themenkreise. Im Abschnitt "Biographisches" werden von Astrid Franzke, Manfred Leyh und Beate Klemm das Wirken von Auguste Schmidt und ihren Schwestern Anna Schmidt und Clara Claus gewürdigt. Johanna Ludwig hat - wie schon so oft - bisher unbekannte Dokumente ausgegraben. Doris Mundus übergibt Porträt und Büsten von Auguste Schmidt. Gerhard Schwendler behandelt in seinem Beitrag "Frauen in der Leipziger Schreiberbewegung", wobei deren eigentliche Ziele - Jugenderziehung, Sport und Spiel sowie Naturverbundenheit - hervorgehoben sind. Susanne Schötz steuert mit

“Die Eine über die Andere. Louise Otto-Peters und Auguste Schmidt” einen interessanten Vergleich der beiden Protagonistinnen der frühen deutschen Frauenbewegung bei, in dem die außerordentlichen, selbständigen Leistungen von Auguste Schmidt deutlich werden. Die Ausstrahlung ihrer Persönlichkeit und ihre rhetorische Begabung haben viel zur inneren Festigung und zur Außenwirksamkeit des AdF beigetragen, der gegenüber den bürgerlichen Wohltätigkeitsvereinen einen neuen Typ von Frauenorganisation verkörperte und sich auch an Arbeiterinnen wandte. Angesichts weiterführender Forschungen müssen wohl festgeschriebene Urteile über den AdF neu durchdacht werden. Die Beiträge verdeutlichen, daß eine umfassende Biographie über Auguste Schmidt unabdingbar ist. Man kann nur wünschen, daß sich dafür Stipendien bzw. Sponsoren finden.

Ein zweiter Abschnitt widmet sich der “Frauenbewegung und ihren Akteurinnen gestern und heute”. Ulla Wischermann greift “Ereignisse, Themen und Konjunkturen” von den Anfängen der Frauenbewegung bis in unsere Zeit heraus. Für letzteres steht die Neue Frauenbewegung im Vordergrund. Doch sollte man das Erreichte in der DDR nicht ganz aus dem Blickfeld lassen, so das Gesetz vom 9. März 1972 mit der Selbstbestimmung der Frau über die Mutterschaft. Hannelore Rothenburg widmet sich Käthe Windscheid (1859-1943), die die gymnasiale Mädchenbildungsstätte des AdF in Leipzig leitete. Iris Schilke skizziert Anfänge der Frauenbewegung in Dresden. Mechthilde Vahsen behandelt Frauenfreundschaften und Urteile über sie. Su-

sanne Maurer untersucht die Wirkung egalitärer Emanzipationskonzepte und dualistischer Vorstellungen über Geschlechter.

Alles in allem haben die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft und ihre Vorsitzende Johanna Ludwig im Zusammenwirken mit Leipziger Gleichstellungsbeauftragten wissenschaftlich weiterführende, anregende Forschungen zur Geschichte der Frauenbewegung vorgelegt.

Ursula Herrmann

Alexander K. Woronski: Die Kunst, die Welt zu sehen. Ausgewählte Schriften 1911-1936, Arbeiterpresse Verlag, Essen 2003, 551 S.

Der Pfarrerssohn Woronski (1884-1937), Bolschewik seit 1904 und Revolutionsteilnehmer 1905 wie 1917, danach Funktionär der KPR in Iwanowo-Wosnessensk und eben dort Hrsg. der besten Parteizeitung aller russischen Gouvernements, wurde Anfang der 20er Jahre von W. I. Lenin nach Moskau geholt. Er redigierte, hierbei zeitweise mit Maxim Gorki kooperierend, die interessanteste literarische Monatsschrift Sowjetrußlands “Krasnaja now” (Rotes Neuland). Zu seinen Widersachern gehörten die Proletkult-Anhänger, denen gegenüber er gleich Lenin und Leo D. Trotzki die Notwendigkeit verfocht, sich das adlige und bürgerliche kulturelle Erbe anzueignen, statt es zu zerstören. 1923/29 bei der Linken Opposition, fiel Woronski Josef W. Stalin auch deshalb unangenehm auf, weil er eine Erzählung Boris Pilnjaks über den Tod von Kriegskommissar Michail Frunse infolge einer medizinisch überflüssigen,

aber vom Generalsekretär "dringend empfohlenen" Operation (mit Todesfolge) veröffentlichte. Wegen fortdauernd kritischer Haltung auch zum "sozialistischen Realismus" aus dem Amt gejagt und von diversen Apparatschiks diffamiert, wurde er 1937 nach einem Geheimprozeß erschossen. Woronski, dessen Leben der US-amerikanische Slawistik-Dozent Frederick S. Choate im Vorwort beschreibt, war als Publizist ungemein produktiv. Die vorliegenden, z. T. erstmals im Wortlaut veröffentlichten 26 Arbeiten und die anhängenden Dokumente sind gut ausgewählt. Der Autor weist sich als aufmerksamer Beobachter und begabter Darsteller von Personen, literarisch-politischen Gruppen und Richtungen aus, der Wesentliches auf den Punkt brachte. Das Buch verdeutlicht, daß es sinnvoll wäre, die unter Stalin verfälschte und totgeschwiegene Geschichte der frühen, revolutionären sowjetischen Literatur und Kunst näher kennenzulernen.

Manfred Behrend

Unbeirrbar rot. Zeugen und Zeugnisse einer Familie. Erzählt und ausgewählt von Stefan und Witold Leder. Hrsg. von Gerd Kaiser, edition bodoni, Berlin 2002, 314 S.

Ein ungewöhnlicher Titel und ein ungewöhnliches Buch. Eine Familiengeschichte, die aber mehr einer Dynastiegeschichte gleicht - einer Dynastie von Berufsrevolutionären oder zu revolutionärem Handeln Berufenen. Eine jüdisch-polnische Großfamilie - zusammengewachsen vor allem aus den Familien Feinstein¹ (-Leder²) und Hirschfeld -, deren

Geburts-, Wirkungs- oder auch Sterbestätten sich von Rußland über Mitteleuropa bis Spanien von der Mitte des 19. Jh.s bis in unsere Tage erstrecken.

Die Brüder Stefan Leder, geb. 1919, und Witold Leder, geb. 1913, der erste von Beruf Arzt und Psychiater, der zweite Soziologe, Politologe und Publizist, unterstützt von dem ostdeutschen Historiker G. Kaiser, haben den kühnen Versuch unternommen, aus den verstreuten Familiendokumenten, Archivalien, Veröffentlichungen, Erinnerungen ihrer Vorfahren sowie mündlichen Überlieferungen ein Bündel "roter Fäden" zu schnüren und aus den vielfältigen schriftlichen und mündlichen Zeugnissen "Eineinhalb Jahrhunderte Familiensaga" - so ein weiterer Untertitel des Buches - zusammenzufügen. Es ist, das sei vorweggenommen, ein außerordentlich beeindruckender, Herz und Verstand tief berührender, gelungener Versuch. Die Autoren gliedern den Stoff in 13 im wesentlichen chronologisch angeordnete Kapitel, von denen das Wladyslaw Leder-Feinstein, dem Vater der Brüder, gewidmete Kapitel V, sechs Unterkapitel aufweist (S.47-146). Ein Anhang erfüllt mit einer Auswahlbibliografie, Kurzbiografien, Kennzeichnung der erwähnten Parteien, Organisationen, Unternehmen, Medien sowie Personen- und geografischem Register, einem Abkürzungsverzeichnis und dem Familienstammbaum alle Ansprüche des Lesers (S.317-373).

1 Wie im Buch wird hier bei Namen die deutsche Schreibweise verwandt und wird auf diakritische Zeichen verzichtet.

2 Pseudonym, erstmals verwandt von Wladyslaw Feinstein.

In den Kapiteln I und II (S.9-27) erörtern die Brüder Leder den Zusammenhang von Familien- und Zeitgeschichte, die Besonderheiten der konfliktlosen Assimilierung ihrer Großfamilie, deren Angehörige sich mit wenigen Ausnahmen über drei Generationen als Sozialisten bzw. Kommunisten³ in polnischen, deutschen, russischen, französischen Arbeiterparteien dem revolutionären Kampf gegen Ausbeutung und politische Unterdrückung, gegen Zarismus, Imperialismus und Faschismus widmeten und dafür zahlreiche Blutopfer brachten - schrecklicherweise fast ausschließlich in "Stalins Knochenmühle" (S.19). Nachdem Kapitel III in Biogrammen 15 Mitglieder der Familien Feinstein und Hirschfeld vorstellt (S.29-38), steht in den folgenden beiden Kapiteln der schon genannte Wladyslaw Leder-Feinstein (1880-1938) mit einem Lebensbild (S.39-46), einer 254 Titel umfassenden Bibliografie seiner Schriften von 1903 bis 1936 (S.49-60) und fünf ausgewählten Publikationen aus seinem wissenschaftlichen und publizistischen Schaffen im Mittelpunkt (S.63-146).

Bildet im ersten Teil des Bandes - passender ist angesichts des Großformats, der zahlreichen Illustrationen und der vorzüglichen buchkünstlerischen Gestaltung die Bezeichnung Album - historische Dokumentation den Schwerpunkt, dominieren in den Kapiteln VI bis X und XIII Erinnerungen. Sie erstrecken sich zeitlich über weit mehr als ein Jh., beginnend mit Fragmenten aus den berühmten Memoiren

³ Die inhaltliche Identifizierung von "Revolutionär, also Kommunist" (S. 11) erscheint dem Rezensenten zu einengend.

Wera Figiers "Nacht über Rußland", die 1926 im Berliner Malik-Verlag erschienen, übersetzt von Lilly Hirschfeld, der Mutter der Leder-Brüder (S.149-161). Es folgen Rückblicke auf ihre Haft in zaristischen Kerkern durch Edda Tennenbaum, geb. Hirschfeld, der Frau, die wenige Jahre vor ihrem Tode 1952 noch an der Umerziehung deutscher Kriegsgefangener - unter ihnen Hermann Kant und Harri Czepuck - zu Antifaschisten mitwirkte (S.165-191). Sabina Marczak; geb. Feinstein, erzählt vom Terrorregime der faschistischen Besatzer in Warschau 1939 bis 1945 (S.196-217), St. Leder berichtet von Erlebnissen als Militärarzt in der Polnischen Volksarmee 1945 in Mittelpommern (S. 221-224) und zeichnet im abschließenden Kapitel XIII mit zitierten Erinnerungen von Freunden und politischen Kampfgefährten ein tief berührendes Lebensbild seiner 2000 verstorbenen Frau Pola Landau-Leder nach (S. 307-314).

Im Mittelpunkt dieses zweiten Buchteils stehen die im Jahre 2000 niedergeschriebenen "Erinnerungen und Betrachtungen" W. Leders, ergänzt durch seine Notizen in einem Gefängnis des volksdemokratischen Polens 1952 bis 1955 (S. 227-274). Anhand seines Lebensweges, der ihn durch zahlreiche Länder Europas und in vielfältige politische, militärische, wissenschaftliche Funktionen oder Berufe führte, vermittelt der fast 90jährige - kritisch und selbstkritisch - eine ebenso informationsreiche wie emotional anrührende Skizze der so widerspruchsvollen, oft zugleich heroischen wie tragischen Entwicklung der revolutionären polnischen Arbeiterbewegung und ihrer Kommunistischen Partei, die beide ja aufs

engste mit den revolutionären Bewegungen Deutschlands und Rußlands verknüpft waren.

Autoren und Hrsg. haben dem am Thema Interessierten nicht nur ein lesens- und nachdenkenswertes, sondern auch ein - trotz der erschütternden Schilderung der mörderischen stalinschen Repressalien - mutmachendes Buch in die Hand gegeben.

Heinrich Gemkow

Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland. Hrsg. von Heinrich August Winkler, (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 10), R. Oldenbourg Verlag, München 2002, 193 S.

Die vorliegende Publikation dokumentiert Beiträge eines Symposiums, das die "Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte" zum Thema "Gespaltenes Geschichtsbild in Deutschland - Der Streit um den historischen Ort der Weimarer Republik in Ost und West seit 1945" im Februar 2000 in Leipzig durchgeführt hat. Die aufgenommenen Referate beschäftigen sich mit grundlegenden Problemen der Geschichte der Weimarer Republik und ihrer Widerspiegelung in den beiden deutschen Geschichtswissenschaften. Behandelt werden die Entstehung der Weimarer Republik (Klaus Schönhoven), die Novemberrevolution in der Historiographie der Bundesrepublik (Heinrich August Winkler) und der DDR (Jürgen John), die Politik von SPD (Eberhard Kolb) und KPD und Komintern (Andreas Wirsching) in der Endphase der Weima-

rer Republik (Koreferate zu diesen beiden Referaten von Werner Bramke und Hermann Weber) und die Weimarer Reichsverfassung im Widerstreit der Meinungen (Dieter Grimm). Und zu guter Letzt erhält Martin Sabrow noch einmal Gelegenheit zu einem Rundumschlag gegen die "DDR-Geschichtsschreibung im Konflikt von Erfahrung, Politik und Wissenschaft".

Mit Ausnahme der Beiträge von Bramke, der sich um Objektivität bemüht, und von John, der einräumt, "so oder so wurde mit diesem Thema (der Geschichte der Weimarer Republik - W.G.A.) in beiden (sic!) deutschen Staaten Geschichtspolitik betrieben und versucht, politische Identität zu stiften" (S.46), und dafür prompt kritisiert wurde³, ist hier nichts Neues zu erfahren. Es reicht, im Vorwort zu lesen: "Die alte Bundesrepublik war ein pluralistisches Gemeinwesen, und entsprechend pluralistisch waren dort die Auffassungen von der deutschen Geschichte. ... Wandlungen des Geschichtsbildes gab es auch in der DDR. Aber es blieb beim offiziellen, für Wissenschaft und Gesellschaft verbindlichen Geschichtsdeutungsmonopol der SED" (S.9).

Wolf G. Angmeyer

Lotte Ulbricht: Mein Leben. Selbstzeugnisse, Briefe und Dokumente, Das Neue Berlin, Berlin 2003, 288 S.

1 Wolfram Pyta: "Weimar" in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft, in: Christoph Gusy (Hrsg.): Weimars lange Schatten - "Weimar" als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003, S.24f.

Dieses Buch ist Inge Pardon und Elisabeth Ittershagen zu danken, die Lotte Ulbricht in deren letzten Lebensjahren begleitet, die Dokumente gesichert und für die Veröffentlichung vorbereitet haben. Es ist in verschiedene Abschnitte eingeteilt, die jeweils bestimmte Farbtupfer und Informationen über oder von U. geben. Dabei werden ausschließlich Belege aus dem persönlichen Besitz benutzt.

Zwei Verleumdungen haben U. bis ins hohe Lebensalter immer wieder bewegt, so daß sie noch im Alter von 96 Jahren mit ihren Aufzeichnungen begann, die wesentlicher Anlaß für "ein Protokoll" waren, mit dem dieses Buch - nach einigen einleitenden Worten von Hrsg. Frank Schumann - beginnt.

Der erste Vorwurf der SED-Parteiführung: Sie habe Walter Ulbricht politisch negativ beeinflusst und sei deshalb im Herbst 1970 von einem Tag zum anderen kaltgestellt worden. Der zweite Vorwurf, an den sich sicher der eine oder andere Leser erinnern wird: U. hätte nach dem Tod ihres Mannes die DDR verlassen und würde in der Schweiz leben. Sie setzt ihre Sicht entgegen und weist die Vorwürfe anhand konkreter Tatsachen zurück.

Der Hrsg. wählt für dieses Buch das interessante Gestaltungsmittel, mit Hilfe von Randglossen bestimmte im Text erwähnte Sachverhalte oder Namen näher zu erklären und in den zeitlichen Zusammenhang zu stellen und diese nicht in einem gesonderten Anhang zu veröffentlichen. Die Lesbarkeit des Buches wird erleichtert und gewinnt durch diese Gestaltungsmethode. Daß manche Fotos durch ihre Kleinformatigkeit nicht viel aussagen, sei der Vollständigkeit halber

erwähnt. Leider haben sich auch einige Ungenauigkeiten eingeschlichen (z.B. Fotohinweis auf S.50 oder Randglossen S.30). Das Datum 6. März 1997 auf S.115 ist allerdings ein grober Fehler. An verschiedenen Stellen werden Abkürzungen aus der DDR-Zeit wie ABV (S.65) oder IHS (S.116) erklärt, das hätte auch bei anderen Begriffen wie KIM (S.22) oder MOPR (S.24), ebenfalls geschehen sollen.

Den quantitativ größten Teil nimmt der Abschnitt "Lotte Ulbricht als ..." ein, der sie u.a. als Ehefrau, Tochter, Schwester, Mutter, Tante zeigt. Sie bemühte sich, Näheres über das Schicksal ihres Bruders Bruno Kühn, der in der DDR als Spanienkämpfer und Antifaschist geehrt wurde, zu erfahren, was ihr auch - woher, konnten die Hrsg. nicht in Erfahrung bringen - gelang. Über ihre erfolgreiche Recherche informierte sie sogar Erich Honecker, der allerdings darauf nicht reagierte. Aufschlußreich sind die Seiten über die letztlich tragisch endende Beziehung zur Adoptivtochter Beate.

Ausführlich wird auch "Die Staatsreisende" charakterisiert, als die U. das DDR-Staatsobershaupt Walter Ulbricht sozusagen als First Lady - dieser Begriff war wohl damals in Europa noch nicht sehr geläufig - begleitete.

Sehr zur Auflockerung tragen die im Kapitel "Andere über Lotte Ulbricht" veröffentlichten Erlebnisberichte bei. So schreiben Inge und Michael Pardon (S.193ff.) über die Entstehungsgeschichte dieses Buches. U. hatte sich ja nach 1990 allen Interviewwünschen verweigert; auch in der Boulevardpresse erschienene Berichte ließ sie unkommentiert. Der Abschnitt "Briefe an Lotte Ulbricht" enthält post-

lische Belege, die eine ausgewogene Mischung zwischen dem Leser unbekanntem Zeitgenossen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind. Korrespondenzen, die aus den 70er Jahren abgedruckt werden, belegen, daß sie keine isoliert lebende Frau geworden war, sondern stets Kontakte hatte, diese auch pflegte und selbst in den 90er Jahren weiterhin politisch interessiert war.

Die im Abschnitt "Begehrlichkeiten" veröffentlichten Unterlagen, darunter zum Beispiel Briefe mit Wünschen nach Autogrammfotos (sogar noch von Walter Ulbricht), drücken gleichzeitig etwas über die heutige Zeit aus. Am Ende erfährt der Leser auch, warum der Punkt ihres Testaments, "Der Rest nach Ermessen der Erben für politische bzw. soziale Zwecke" zu verwenden, nicht realisiert werden konnte.

Ein Satz in einem Antwortbrief (S.85) auf eine Einladung zu einer Kulturveranstaltung in Lobenstein Anfang 1989 bringt U.s Einstellung auf den Punkt: "Im übrigen habe ich seit meinem 16. Lebensjahr mich immer nur bemüht, meine Pflicht als Kommunist zu tun."

Für den, der sich für diesen Zeitabschnitt deutscher Geschichte und die Frau an der Seite Walter Ulbrichts interessiert, ist es eine interessante, aufschlußreiche und lezenswerte Lektüre. *Joachim Eichler*

NachSatz

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Autorinnen und Autoren,

das JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung wendet sich mit dem Heft 2004/II schwerpunktmäßig der DDR zu. Die Redaktion hat nicht nur Beiträge aufgenommen, die eine "Nachlese" zum vorjährigen Jahrestag des 17. Juni 1953 darstellen oder sich dem Zentrallausschuß der SPD bzw. der Haltung der SED zur SPD-Opposition zuwenden. In der Rubrik "Diskussion" veröffentlicht das JahrBuch Meinungsäußerungen von Jürgen John und Günter Benser zum jüngst erschienenen Buch von Siegfried Lokatis "Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht". Als Zeitschrift, die der Geschichte der Arbeiterbewegung verpflichtet ist, möchten wir mit diesen beiden Aufsätzen weitere Leser zur Diskussion über die Parteigeschichtsschreibung in der DDR anregen. Aber auch Themen aus anderen historischen Zeitabschnitten sind in diesem Heft wieder vertreten. Wir hoffen, unseren Leserinnen und Lesern erneut eine anspruchsvolle und interessante Publikation vorgelegt zu haben. Das war – wie immer – nur mit Unterstützung aller unserer Autorinnen und Autoren möglich, bei denen wir uns herzlich bedanken und sie zugleich bitten, dem JahrBuch weiterhin treu zu bleiben. Wir wünschen uns zudem, daß auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die noch nicht zu den Autoren des JahrBuches zählen, uns ihre Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung anbieten.

Liebe Leserinnen und Leser,
 liebe Autoren und Autorinnen,
 unser Jahrbuch "lebt" von den Abonnements als den "sicheren Posten". Die gesamte Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Erwerben Sie ein Jahresabonnement und unterstützen sie damit unser weiteres Erscheinen in hoher Qualität. Unser Jahresabonnement beträgt, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw. 35 Euro im Ausland. Zu zahlen ist es auf das NDZ-GmbH-Konto-Nr. 57 44 56 10 10 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Für unsere ausländischen Abonnenten: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE75 1009 5744 5610 10.

Zu Anfragen wegen Sonderdrucken der im Jahrbuch veröffentlichten Beiträge teilen wir mit: Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V. bieten Sonderdrucke – mit und ohne Umschlag – an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030 – 28 25 137.

Die Redaktion

Autorenverzeichnis

Wolf G. Angmeyer, Berlin
Hanna Behrend, Dr., Berlin
Manfred Behrend, Dr., Berlin
Horst Benneckenstein, Dr. sc.,
 Neudietendorf
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin

Heidi Beutin, Wissenschaftspublizistin,
 Köthel/Stormarn
Wolfgang Beutin, Dr., Privatdozent an
 der Universität Bremen, Schriftsteller
Nikolaus Brauns, Dr., München
Christoph Classen, Dr., Zentrum für
 Zeithistorische Forschung, Potsdam
Jochen Černý, Dr., Berlin
Martin Creutzburg, Berlin
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Heinrich Gemkow, Prof. Dr., Berlin
Günter Gerdesius, Berlin
Anneliese Griese, Prof. Dr., Berlin
Paul Heider, Prof. Dr., Dresden
Ursula Herrmann, Prof. Dr., Ferch
Wolfgang Heyn, Dr., Bernau
Peter Hübner, Dr. sc. phil, Zentrum für
 Zeithistorische Forschung, Potsdam
Jürgen John, Prof. Dr., Friedrich-
 Schiller-Universität Jena
Gerd Kaiser, Dr., Berlin
Olaf Klenke, Doktorand,
 Freie Universität Berlin
Horst Klein, Dr. sc. phil, Strausberg
Matthias Loeding, Dr., Hameln
Renate Merkel-Melis, Prof. Dr., Berlin
Peter Mönnikes, Paderborn
Ulla Plener, Dr. sc. phil, Berlin
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Walter Rösler, Dr., Berlin
Dagmar Semmelmann, Dr., Berlin
Walter Schmidt, Prof. Dr., Berlin
Irmtraud Schubert, Berlin
Eberhart Schulz, Dr. sc. phil., Friedrich-
 Schiller-Universität, Jena
Horst Schützler, Prof. Dr., Berlin
Wolfgang Uhlmann, Dr., Industrie-
 museum Chemnitz
Sándor Vadasz, Prof. Dr., Institut für
 Politikgeschichte, Budapest
Kurt Wernicke, Dr., Berlin
Detlef Zieg, Dr., Leipzig

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion: Helga Brangsch, Ursel Herschel, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner (Heftverantwortliche), Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

e-mail-Adresse:

mayer-berlin.pb@t-online.de

Erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderswo erschienen sind.

Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word- oder rtf-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollen 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im Jahrbuch übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Satz: Joanna Boegendorff

Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.

info@bodonimuseum.com

Redaktionsschluß: 14. April 2004